



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die multidimensionale Krise in Venezuela:

Eine Analyse externer und interner Faktoren der Krise anhand
der Sichtweisen lokaler Akteur*innen“

verfasst von / submitted by

Larissa Fedora Jung, B.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna, 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Mag. Dr. Margarita Langthaler

“¿Qué tenemos ahora? ¿En los últimos años? Bueno una crisis humanitaria compleja, debido a esta crisis brutal, que abarca todos los ámbitos de la sociedad. Que afecta todo... lo moral, lo económico, lo social, lo político... Nos afecta a todos además [...] Y ha transformado la sociedad hasta hacerla irreconocible. Nosotros no sabemos en qué sociedad vivimos, esa es la verdad. Sabemos que no es una sociedad moderna ya porque... parte de la destrucción del país... puede destruir la estructura social: pobre, clase media, clase media alta, pudiente, propietarios... eso está destruido. Aquí lo que hay es gente que tiene dólares y gente que no tiene dólares. Los que tienen dólares viven muy bien y los que no tienen dólares estamos pasando hambre.” (Interview 7, López Maya, Pos. 159-165)

*Was haben wir aktuell? In den letzten Jahren? Nun, eine komplexe humanitäre Krise, bedingt durch diese brutale Krise, die alle Bereiche der Gesellschaft betrifft. Die alles betrifft... die Moral, die Wirtschaft, das Soziale, die Politik... Sie betrifft uns alle [...] Und sie hat die Gesellschaft bis zur Unkenntlichkeit verändert. Wir wissen nicht mehr, in welcher Gesellschaft wir leben, das ist die Wahrheit. Wir wissen, dass es keine moderne Gesellschaft mehr ist, weil... ein Teil der Zerstörung des Landes... auch die soziale Struktur zerstören kann: Arme, Mittelschicht, mittlere Oberschicht, Reiche, Eigentümer*innen... all das ist zerstört. Was es hier gibt sind Menschen, die Dollars haben und Menschen, die keine Dollars haben. Diejenigen, die Dollars haben, leben sehr gut, und diejenigen, die keine Dollars haben, wir müssen hungern. (Übersetzung L.J.)*

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	V
1 Einleitung und Forschungsfrage.....	1
2 ‚Entwicklungsrelevanz‘ des Themas.....	5
3 Theoretischer Rahmen.....	7
3.1 Das Paradigma der Dependenz	7
3.2 (Neo-)Extraktivismus.....	12
4 Kontextualisierung	17
4.1 Rentenökonomie und die Abhängigkeit von Erdöl in Venezuela.....	17
4.2 Die Bolivarianische Revolution unter Hugo Chávez.....	20
4.2.1 Konstituierende Momente der Bolivarianischen Revolution	22
4.2.2 Die verschiedenen Akteur*innen der chavistischen Basis	25
4.2.3 Das <i>pueblo</i> als konstituierende Kraft der Bolivarianischen Revolution.....	31
4.2.4 Die zwei Regierungsphasen unter Chávez	33
4.3 Schwächen und Grenzen des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“	38
4.4 Politische Koalitionen in Venezuela.....	40
5 Forschungsstand.....	45
5.1 Die wirtschaftliche Krise in Venezuela	45
5.1.1 Die Wirtschaftskrise als Konsequenz exogener Faktoren	46
5.1.2 Die Wirtschaftskrise als Konsequenz endogener Faktoren	49
5.2 Die humanitäre Krise in Venezuela	51
5.3 Die politische Krise in Venezuela	53
5.3.1 Autoritarismus unter der Regierung Maduros	53
5.3.2 Die Opposition als destabilisierender Faktor.....	56
5.3.3 Venezuela als Spielball internationaler Hegemoniekämpfe	57
5.3.4 Der aktuelle Machtkampf	58
5.3.5 Die chavistische Basis in der aktuellen Krise.....	60

5.4	Potentielle Lösungen der Krise.....	60
6	Methodologie und Positionierung.....	63
6.1	Positionierung.....	63
6.2	Prämissen, Forschungsethik und Gütekriterien qualitativer Forschung.....	64
7	Methodische Vorgehensweise	67
7.1	Datenerhebung anhand von Expert*innen-Interviews	67
7.2	Leitfaden gestützte Expert*innen-Interviews.....	69
7.2.1	Sampling.....	69
7.2.2	Feldzugang und Kontaktaufnahme.....	70
7.2.3	Vorüberlegungen zu den Interviews	71
7.2.4	Durchführung der Interviews	72
7.3	Auswertung der Daten anhand der qualitativen Inhaltsanalyse.....	73
7.3.1	Die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse	74
7.3.2	Kategorienbildung und Codieren	75
7.3.3	Einfache und komplexe Analysen.....	76
8	Ergebnisdarstellung.....	79
8.1	Ökonomische Faktoren der Krise auf nationaler Ebene	79
8.1.1	Rentenökonomie.....	79
8.1.2	Fehlende Veränderungen und strukturelle Krise der Rentenökonomie	81
8.1.3	Wirtschaftlicher Sozialismus.....	83
8.1.4	Wirtschaftskrieg, Kapitalflucht und Korruption	84
8.1.5	Inflation, Spekulation und instabile Wechselkurse	85
8.1.6	Inkohärentes Krisenmanagement und Fehlentscheidungen der Regierung ..	86
8.1.7	Ökonomische Liberalisierung	87
8.2	Ökonomische Faktoren der Krise auf globaler Ebene.....	89
8.2.1	Ölpreis	89
8.2.2	Globale Handelsbeziehungen.....	89

8.3	Politische Faktoren der Krise auf nationaler Ebene.....	90
8.3.1	Sozialismus und Bolivarianische Revolution	90
8.3.2	Veränderungen der Demokratie	94
8.3.3	Politischer Kampf um Hegemonie	96
8.3.4	Opposition	98
8.3.5	Wahlen.....	100
8.3.6	Politische Polarisierung und Politikverdrossenheit	101
8.3.7	Nationale Verhandlungen	103
8.4	Politische Faktoren der Krise auf globaler Ebene	103
8.4.1	Internationaler Kampf um Hegemonie	104
8.4.2	Internationale Allianzen	105
8.4.3	Die Rolle der USA.....	105
8.4.4	Sanktionen und deren Auswirkungen.....	106
8.5	Potenzielle Lösungen der Krise und Zukunftsszenarien.....	108
8.5.1	Dialog mit bzw. Partizipation der Zivilgesellschaft und chavistischen Basis 108	
8.5.2	Soziale Widersprüche und Revolution	109
8.5.3	Aufhebung der Sanktionen	110
8.5.4	Wirtschaftsmaßnahmen	111
8.5.5	Lösungen durch Verhandlungen.....	112
8.5.6	Veränderungen durch Wahlen	112
9	Diskussion	115
10	Conclusio	127
11	Literaturverzeichnis	137
12	Anhänge.....	145
12.1	Abstract (Deutsch)	145
12.2	Abstract (English)	147

12.3	Abstract (Español)	149
12.4	Anhang 1: Interviewleitfaden	151
12.5	Anhang 2: Auflistung der Interviews mit Hintergrundinformationen.....	154
12.6	Anhang 3: Transkriptionsregeln	158
12.7	Anhang 4: Kategorienhandbuch	160

Abkürzungsverzeichnis

AD	Acción Democrática - Oppositionspartei
AN	Asamblea Nacional – Nationalversammlung (Parlament Venezuelas)
ANC	Asamblea Nacional Constituyente – Verfassungsgebende Nationalversammlung (unter Maduro als parallel bestehendes Parlament einberufen)
BIP	Brutto-Inland-Produkt
COPEI	Comité de Organización Política Electoral Independiente - Oppositionspartei
EU	Europäische Union
FAVL	Frente Amplio Venezuela Libre – Oppositionskoalition
IMF	International Monetary Fond – Internationaler Währungsfond
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung
MUD	Mesa de la Unidad Democrática - Oppositionskoalition
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries - Organisation erdölexportierender Länder
PDVSA	Petróleos de Venezuela S.A. – Venezolanische staatliche Erdölgesellschaft
USA	United States of America – Vereinigte Staaten von Amerika
VEN	Venezuela

1 Einleitung und Forschungsfrage

Venezuela, das Land mit den weltweit größten Ölreserven, leidet zurzeit unter der stärksten Wirtschaftskrise seiner Geschichtsschreibung, die sich in einer explosionsartigen Inflationsrate, schrumpfender Produktion und fallenden Erdölexporten mit daraus resultierenden verringerten Staatseinnahmen, Versorgungsknappheit an grundlegenden Gütern wie Nahrung oder Medizin und einer generellen Verarmung und Verschlechterung der Lebensqualität der Mehrzahl der venezolanischen Bevölkerung bemerkbar macht. Hinzu kommt eine extrem polarisierte politische Krise des Machtkampfes zwischen der aktuellen Regierung von Nicolás Maduro und einer zersplitterten Opposition. Diese wirtschaftliche und politische Krise hat zudem eine komplexe humanitäre Notlage bedingt, in der die grundlegende Versorgung der Gesellschaft und die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung nicht mehr gewährleistet sind. Folglich haben bereits mehrere Millionen Venezolaner*innen ihr Land verlassen (vgl. Bull/Rosales 2020a: 2; Page et al. 2019: 1254; Roedel/Theije 2020: 9; Scalet/Schmidt 2020:4, 8). Die aktuelle Krise rührt nicht nur von jüngsten Entwicklungen, wie dem Verfall des Ölpreises im Jahre 2014, sondern ist von weit- aus komplexerer Natur, und historisch bedingte Tendenzen sind noch heute von Relevanz. Venezuela ist seit Kolonialzeiten eine Rentenökonomie, d.h. das Staatseinkommen ist abhängig vom Export eines einzelnen Rohstoffes, zunächst war es Kakao, dann Kaffee und seit dem 20. Jahrhundert ist es Erdöl. Diese Exportabhängigkeit und Dependenz bezüglich des Weltsystems machen die venezolanische Wirtschaft extrem abhängig vom Erdölpreis und von Importen grundlegender Güter. Auf politischer Ebene reichen Spaltungen der Gesellschaft entlang intersektionaler Kategorien wie Klasse und *Race* ebenfalls bis in die Kolonialzeit zurück und drücken sich noch heute in einer Weißen¹ Oberschicht-Elite und einer marginalisierten BIPOC² Mehrheitsgesellschaft aus (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 6f.; Tinker Salas 2015: 11f., 20-23, 42, 54f.).

Die Darstellung der aktuellen Krise in Venezuela in internationalen Medien wird der Komplexität der Situation in den seltensten Fällen gerecht, stattdessen dominieren polarisierende

¹ „Weiß“ wird hier groß-geschrieben, da es sich in diesem Zusammenhang nicht um ein Adjektiv handelt, das eine angebliche Hautfarbe beschreiben soll, sondern um eine gesellschaftlich und historisch konstruierte Kategorie des Weißseins, innerhalb derer Personen als privilegiert dargestellt werden und auch tatsächlich eine Reihe sozialer, ökonomischer und politischer Privilegien erfahren.

² Black, Indigenous and People of Colour (BIPOC). Der Begriff schließt alle Personen ein, die sich nicht als Weiß identifizieren.

Katastrophenbilder (vgl. Scalet & Schmidt 2020: 5). Daher strebe ich in meiner Masterarbeit einen differenzierteren Blick auf die aktuelle Situation in Venezuela an, welcher auch tiefer liegenden strukturellen und historischen Ursachen gerecht werden soll, und der sich vor allem von der westlich dominierten Darstellung der Lage in Venezuela distanziert. In meiner Masterarbeit soll daher der Frage nachgegangen werden, welche Rolle endogene und exogene Faktoren in der aktuellen multidimensionalen Krise in Venezuela spielen, und welche Sichtweise lokale Akteur*innen darauf haben.

Zunächst wird in dieser Arbeit kurz die ‚Entwicklungs‘-Relevanz³ des Themas erläutert, sowie im nächsten Kapitel der theoretische Rahmen beschrieben, in welchem ich die Analyse der venezolanischen Krise innerhalb des Paradigmas der Dependenz sowie des Konzeptes des (Neo-)Extraktivismus verorte. Kapitel 4 widmet sich der Kontextualisierung des Forschungsthemas in einem weiter angelegten historischen, ökonomischen und sozio-politischen Rahmen Venezuelas, da das Verständnis gewisser ökonomischer Strukturen und sozio-politischer Prozesse für die Erklärung der Krise unabdingbar ist. Daher werden Besonderheiten der venezolanischen Rentenökonomie, welche die Konfiguration der venezolanischen Wirtschaft und Gesellschaft maßgeblich beeinflusst hat, erläutert. Des Weiteren werden Akteur*innen, konstituierende Momente, sowie die verschiedenen Phasen der Bolivari-anischen Revolution unter Hugo Chávez beschrieben, aber auch Grenzen dieses politischen Projektes aufgezeigt. Im fünften Kapitel wird der spezifische Forschungsstand zur wissenschaftlichen Literatur über die venezolanische Krise dargestellt und in Beiträge zur wirtschaftlichen, humanitären und politischen Krise unterteilt, wobei hier zwischen exogenen und endogenen Krisenursachen unterschieden wird. Kapitel 6 widmet sich der Methodologie und Positionierung und Kapitel 7 beschreibt die methodische Vorgehensweise dieser Arbeit. Es wurden qualitative Expert*innen-Interviews durchgeführt und anhand der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

In Kapitel 8 beschreibe ich die Ergebnisse meiner durchgeführten qualitativen Forschung. Eine Vielzahl ökonomischer und politischer Faktoren wurden sowohl auf nationaler als auch globaler Ebene als wichtige Ursachen für die Entstehung der aktuellen Krise in Venezuela identifiziert. Bei den von mir durchgeführten Expert*innen-Interviews wurde, wie in der

³ Da der Begriff „Entwicklung“ und sein duales Pendant „Unterentwicklung“ einer klaren Definition und Bedeutung entbehren und meist eher Bezug auf gewisse Annahmen bezüglich eines ideologischen, ökonomischen und/oder sozialen Fortschrittsdenkens nehmen (vgl. Rist 2007), wird der Begriff in dieser Arbeit mit einfachen Anführungszeichen versehen, es sei denn, das Wort wird als Synonym für „Ereignisse“, „Entstehung“ etc. verwendet oder steht in einem direkten Zitat, bei dem es im Original nicht in Anführungszeichen gesetzt wurde.

akademischen Literatur zur venezolanischen Krise im Allgemeinen auch, eine starke Polarisierung festgestellt, und die Erklärungsansätze für die aktuelle Krise in Venezuela variieren dementsprechend stark. So ist auffällig, dass anti-chavistische Expert*innen vermehrt auf endogene Faktoren der Krise hinweisen, wie die Beschränkung- und Veränderung der Demokratie hin zu einem linksorientierten Populismus unter Chávez und später unter Maduro zur Autokratie. Für die Wirtschaftskrise werden von anti-chavistischen Expert*innen der unter Chávez angestrebte wirtschaftliche Sozialismus und die hierbei verfolgte Vertiefung der Rentenökonomie als eine wichtige Ursache genannt. Pro-chavistische Expert*innen hingegen verweisen vermehrt auf exogene Faktoren, allen voran der Wirtschaftskrieg gegen Venezuela und die Rolle der USA im internationalen Kampf um Hegemonie, sowie die Rolle nationaler und internationaler Eliten. Auch weisen diese Expert*innen eher auf globale Strukturen im Sinne einer Dependenz Venezuelas zum Weltsystem hin und verbinden die Krise mit Hegemoniekämpfen auf internationaler Ebene, sowie Neokolonisierungsprozessen im Rahmen des Neoextraktivismus. In diesem Kapitel werden auch einige in den Interviews angesprochene Lösungsstrategien und Zukunftsszenarien präsentiert. Im 9. Kapitel komme ich zu einer Diskussion der erhaltenen Ergebnisse und verbinde diese mit Forschungsstand und Theorien. Ein abschließendes Fazit fasst die wichtigsten Erkenntnisse dieser Arbeit zusammen und gibt einen Ausblick auf mögliche Zukunftsszenarien für Venezuela.

2 ‚Entwicklungsrelevanz‘ des Themas

Venezuela ist das Land mit den größten Erdölvorkommen weltweit und ist daher in einer Welt des neoliberalen, fossilen Kapitalismus von großer Bedeutung für den Erhalt des aktuellen (Re-)Produktionsmodells. Konkurrierende geopolitische und wirtschaftliche Interessen verschiedener Länder, allen voran jene der USA, China und Russland, die sich einen Anteil an Venezuelas fossilen Reichtümern sichern wollen, prallen aufeinander. Die aktuelle Krise ist somit auch Ausdruck und Spielball politischer Machtkämpfe auf regionaler und globaler Ebene (vgl. Bull/Rosales 2020a: 10f.; Cardozo/Mijares 2020: 196; Legler 2020: 149f.; Scalet/Schmidt 2020: 8). Zudem werden in Venezuela verschiedene ‚Entwicklungstendenzen‘ deutlich: Zunächst im 20. Jahrhundert jene der Rentenökonomie, des Kapitalismus und des von den USA inspirierten Konsumismus und zusätzlich ab den 1980ern jene des Neoliberalismus. Zu Beginn des Millenniums wurde dann versucht, diese ‚Entwicklungstendenzen‘ durch einen neoextraktivistischen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“⁴ zu ersetzen, der im Sinne des *Buen Vivir* (Gutes Leben) und basisdemokratischer Partizipation von der progressiven Regierung unter Hugo Chávez angestrebt und von manchen als postneoliberale Hoffnung auf eine „bessere Welt“ sowie als Ort gelebter Utopien gesehen wurde, um dann in den vergangenen Jahren wieder eine konservative und autoritäre Wende unter Maduro zu erfahren, die mit einem gewissen Verlust der utopischen und radikaldemokratischen Ansprüche einhergeht (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 5, 9, 11; Tinker-Salas 2015: 6f.). Diese gescheiterte Transformation zu einem post-neoliberalen „Sozialismus des 21. Jahrhundert“ ist zum einen deshalb interessant, weil hierbei deutlich wird, dass für eine nachhaltige Änderung des ‚Entwicklungsmodells‘ auch die bestehenden Produktionsmuster verändert werden müssen, was in Venezuela, wie im Forschungsstand erläutert, nicht der Fall war. Zum anderen zeigt sich in Venezuela die Bedeutung von Graswurzel- und Basisbewegungen für gesellschaftliche Transformation, da es bereits bestehende Basisbewegungen und Organisationen auf kommunaler Ebene waren, die den Aufstieg Chávez überhaupt ermöglichten. Diverse Anliegen wurden im *Chavismo* kanalisiert und fanden dort ihren Ausdruck (vgl. Ciccariello-Maher

⁴ Wird mit Anführungszeichen versehen, da es sich hierbei um eine Eigenbezeichnung durch Chávez handelt, die Literatur sich aber über die tatsächliche Umsetzung eines Sozialismus unter Chávez uneinig ist, wie in Kapitel 4 und 5 deutlich wird.

2013: 5ff.; Tinker-Salas 2015: 163-168). Auch aus dependenztheoretischer und (neo-)extraktivistischer Sicht ist Venezuela eine interessante Fallstudie (vgl. Brand/Dietz 2014: 132, 145).

Venezuela bietet somit sowohl auf wirtschaftlicher, als auch auf politischer und sozialer Ebene eine Vielzahl entwicklungstheoretisch relevanter Tendenzen und Themen, deren Erforschung nicht nur ein besseres Verständnis der komplexen aktuellen Situation vor Ort ermöglichen, sondern die auch auf globaler Ebene von Relevanz sind. Hierbei die Perspektiven lokaler Akteur*innen in den Vordergrund zu stellen, scheint von äußerster Wichtigkeit, um das gängige westliche Narrativ zur Situation in Venezuela zu überwinden.

3 Theoretischer Rahmen

3.1 Das Paradigma der Dependenz

Um die spezielle Lage Venezuelas besser zu verstehen und einzuordnen, bieten sich mehrere theoretische Konzepte an. Besonders die Abhängigkeit Venezuelas vom Erdöllexport auf dem Weltmarkt gibt Anlass, sich für eine solche theoretische Einordnung zunächst den Dependenztheorien zuzuwenden.

Wichtig zu erwähnen sei hierbei zuerst, dass es sich bei den Dependenztheorien nicht um eine einzige Theorie oder „Denkschule“ handelt, sondern vielmehr um ein „Paradigma der ‚Dependenz‘“ (Matis/Bachinger 2004: 5), um „ein Paradigma im Sinne eines wissenschaftlichen Feldes“ (Pimmer/Schmidt: 2015: 5), das anhand verschiedener Zugänge und Sichtweisen einen Erklärungsansatz für die ‚Unterentwicklung‘ des lateinamerikanischen⁵ Kontinents suchte (vgl. Beigel 2015: 16; Pimmer/Schmidt: 2015.: 5). Als Vorläufer der Dependenztheorien kann die Doktrin des „*Cepalismo*“ der lateinamerikanischen UN-Wirtschaftskommission, *Comisión Económica para América Latina y el Caribe* (CEPAL) gesehen werden, die in den 1940er Jahren vor allem unter Einfluss ihres Leiters Raúl Prebisch entstand, und die „internationale Ökonomie als ein Geflecht ungleicher Beziehungen zwischen einem industrialisierten Zentrum und der Peripherie“ ansah (Beigel 2015: 14). Sie setzte als ‚Entwicklungsmodell‘ vor allem auf Protektionismus und importsubstituierende Industrialisierung und stellte sich somit der gängigen liberalen US-Doktrin des Freihandels entgegen (vgl. Matis/Bachinger 2004: 4). Das in den 1950er und 1960er Jahren in Lateinamerika folgende Konzept des *Desarrollismo*, welches Elemente des *Cepalismo* übernahm, aber zusätzlich ausländische Investitionen vorantreiben wollte, um somit eine ‚nachholende‘ Entwicklung oder eine [...] ‚Modernisierung‘“ zu erreichen, wurde beispielsweise auch in Venezuela praktiziert (ebd.: 5). Weder der *Desarrollismo* noch der binnenmarktorientierte *Cepalismo* erwiesen sich als erfolgreich, und „[d]ie Entwicklungsdynamik Lateinamerikas wurde nach wie vor durch äußere Faktoren bestimmt.“ (ebd.: 5) Auch die Devisenbilanz hatte sich nicht verbessert, und ausländische (meist US-amerikanische) multinationale Konzerne investierten in Schlüsselindustrien und errangen von den lateinamerikanischen Regierungen meist weitreichende Zugeständnisse (vgl. ebd.: 5). Im Zuge dieser Entwicklungen entstand Mitte

⁵ Ich bin mir der Problematik des Begriffes „Lateinamerika“ und seiner Entstehung aus einem kolonialen Kontext bewusst, verwende aber zugunsten der Einfachheit und Einheitlichkeit diesen Begriff in meiner Arbeit.

der 1960er Jahre das Paradigma der „Dependenz“, welches verschiedene Perspektiven aufweist. So kann beispielsweise zwischen „strukturalistischen“ und „marxistischen“ Ansätzen der Dependenz unterschieden werden (vgl. ebd.: 6). Alle Perspektiven haben jedoch folgende Annahmen gemein:

- (1) ‚Unterentwicklung‘ wird als Konsequenz des historischen Prozesses der Einbindung von Ländern des Globalen Südens in den von Ländern des Globalen Nordens dominierten kapitalistischen Weltmarkt und somit als exogen bedingt gesehen, und nicht mehr, wie für Modernisierungstheorien typisch, als endogen verursachter Naturzustand eines mangelhaften Modernisierungsprozesses (vgl. ebd.: 6).
- (2) Die Dependenztheorien legen ihren Fokus auf die Situationen der Länder des Globalen Südens und somit, entgegen vorheriger entwicklungstheoretischer Perspektiven, nicht mehr auf die Industriestaaten (vgl. ebd.: 6).

Die ‚Entwicklung‘ des Globalen Nordens wird in den Dependenztheorien im Umkehrschluss somit als durch die ‚Unterentwicklung‘ der übrigen Welt bedingt angesehen (vgl. Peet/Hartwick 2009: 166).

Zwei wichtige Theoretiker des Dependenz-Paradigmas sind André Gunder Frank und Immanuel Wallerstein, deren Ansätze im Folgenden kurz erläutert werden sollen.

André Gunder Franks dependenztheoretischer Ansatz sieht die ‚Unterentwicklung‘ in sogenannten ‚unterentwickelten Ländern‘ als Ergebnis vergangener und aktueller ungleicher ökonomischer Beziehungen zwischen den Industriestaaten, den sogenannten Metropolen und ihren Satelliten, den ‚Entwicklungsländern‘ (vgl. Frank 2008: 149). Laut Frank sei der Zustand der ‚Unterentwicklung‘ somit nicht als ursprünglicher bzw. traditioneller Status anzusehen und sei auch nicht mit dem präindustriellen Zustand der heutigen Industrienationen zu vergleichen. Diese seien niemals ‚unterentwickelt‘ gewesen, sondern nur „unentwickelt“ (ebd.: 149). Aufgrund der auf ungleichen wirtschaftlichen Beziehungen basierenden Struktur des kapitalistischen Systems könne die ‚Entwicklung‘ der ‚unterentwickelten‘ Länder nur abhängig von diesen Beziehungen stattfinden (vgl. ebd.: 150). Diese ungleichen Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Metropolen und Satelliten fänden aber nicht nur auf globaler Ebene statt, sondern auch auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene. Die Satelliten besäßen wiederum eigene nationale und regionale (oft urbane) Metropolen mit ihren jeweiligen (oft ruralen) Satelliten, welche sich in einer „Kette von Metropole-Satellit-Konstellations“

tionen“ aneinanderreichten (ebd.:152). Jeder dieser Satelliten würde von der Metropole instrumentalisiert, um den in den eigenen Satelliten erwirtschafteten Mehrwert abzuziehen und an die „Weltmetropole“ weiterzuleiten (vgl. ebd.:152). Für Frank ist somit die Einbindung in das globale kapitalistische System die Ursache der ‚Unterentwicklung‘ in Lateinamerika (vgl. ebd.: 153).

Immanuel Wallersteins Weltsystem-Theorie ist ebenfalls der dependenztheoretischen Schule zuzuordnen. Wallerstein sieht die ‚Unterentwicklung‘ gewisser Staaten originär in ihrer Integration in das expandierende kapitalistische Weltsystem (vgl. Wallerstein 2008: 183f.). Wallerstein zeichnet in seiner Theorie die historische Entstehung dieses Weltsystems seit dem 16. Jahrhundert nach, welches ihm zufolge zunächst seinen Ursprung in Europa hatte und dann im Laufe der Jahrhunderte immer weiter expandierte. Diese Expansion sei nötig gewesen, da die Erschöpfung von führenden Monopolen zu einer Stagnation der Wirtschaft geführt und somit eine Veränderung des Produktionsprozesses erfordert hätte (vgl. ebd.: 173). Produktionskosten sollten anhand geringerer Lohnkosten, sowie Mechanisierung und Innovation gesenkt werden, was eine Integration billigerer Arbeitskräfte aus neuen geographischen Zonen in den Produktionsprozess und somit in das kapitalistische Weltsystem erforderlich gemacht hätte (vgl. ebd.: 174). Auch für Wallerstein besteht dieses System aus einem Zentrum und einer Peripherie, vergleichbar mit Franks Metropole-Satelliten Metapher, die sich durch eine ungleiche Verteilung des generierten Mehrwertes auszeichnen (vgl. ebd.:170). Den Grund für ‚entwickelte‘ Staaten sieht Wallerstein darin, dass diese Staaten es vermocht haben, sich die „Früchte der Expansion“ (ebd.: 184) der Weltwirtschaft anzueignen. Es seien also nicht die Staaten, die sich entwickelten, sondern die kapitalistische Weltwirtschaft selbst (vgl. ebd. 184).

Für beide Theoretiker spielt folglich die spezifische Einbindung eines Landes in die Weltwirtschaft und die hieraus resultierenden Abhängigkeitsbeziehungen zu anderen Nationen eine maßgebliche Rolle für den ‚Entwicklungszustand‘ des Landes. Diese Abhängigkeitsbeziehungen werden je nach Denkrichtung der Dependenz unterschiedlich erklärt. Zum einen durch eine direkte oder indirekte Ausbeutung der betroffenen Länder durch die Industriestaaten (durch Verschlechterung der *terms of trade*, einen ungleichen Tausch oder einen Gewinntransfer aus der Peripherie durch multinationale Konzerne), zum anderen, in der strukturalistischen Denkrichtung, durch nachteilige „strukturelle Verflechtungen der Peripherien mit den Zentren“ (Matis/Bachinger 2004: 8), die nur ein deformiertes Wachstum im Globalen Süden zuließen (vgl. ebd.: 8-13).

Die Dependenztheorien waren nach ihrer Entstehung weitläufiger Kritik ausgesetzt, wie beispielsweise jener, dass die Industrialisierung und das wirtschaftliche Wachstum einiger lateinamerikanischer und ostasiatischer Länder in den 1970er und 1980er Jahren der dependenztheoretischen Grundannahme einer gehemmten ‚Entwicklung‘ widersprüchen (vgl. Peet/Hartwick 2009: 181). Zudem wurden die den Theorien zugrunde liegenden (neo-)marxistischen philosophischen und methodologischen Annahmen kritisiert (vgl. ebd.: 181f.). Auch die mangelhafte empirische Verifizierbarkeit einiger Grundthesen wurde kritisiert, wie bspw. der Transfer von Kapital ins Zentrum oder der Verfall der *Terms of trade* und die makroökonomische Fixierung auf den Weltmarkt und Ausblendung sozio-politischer Aspekte, wobei endogene Faktoren der ‚Unterentwicklung‘ folglich zu sehr unterschätzt würden (vgl. Matis/Bachinger 2004: 34ff.). Auch wurde der den Theorien zugrundeliegende methodologische Nationalismus sowie die Nichtbeachtung rassialisierter und geschlechtsspezifischer Herrschaftsverhältnisse in der Erzeugung von Abhängigkeitsverhältnissen kritisiert (vgl. Pimmer/Schmidt: 2015: 7). Besonders strukturalistische Ansätze würden laut Cristóbal Kay (1989) ausblenden, dass manche strukturelle Gegebenheiten durch nationale Politikentscheidungen und nicht unausweichlich durch die Expansion des kapitalistischen Weltsystems geschaffen sind. So würde die Berücksichtigung sozialer und politischer Merkmale und Anforderungen zu kurz kommen und, gerade bei angestrebten strukturellen Veränderungen, würden die sozialen Auswirkungen nicht bedacht. Dementsprechend müssten der Staat und der Klassenkampf über die Aneignung und Verteilung des wirtschaftlichen Mehrwerts in Analysen der ‚Unterentwicklung‘ stärker miteinbezogen werden (vgl. Kay 1989: 55f.).

In Bezug auf Kritik an einem totalisierenden und reduktionistischen Abhängigkeitsbegriff räumt der Dependenztheoretiker Fernando Enrique Cardoso (2016 [1995]) ein, dass es sich hierbei um eine Analyse konkreter Abhängigkeitssituationen handeln solle und darum, die „sozialen, politischen und wirtschaftlichen Prozesse ausgehend von konkreten und besonderen Situationen“, in denen diese Abhängigkeitssituationen entstünden, zu analysieren und zu verstehen (Cardoso 2016: 188). Es müsse die „eigenständige Dynamik jeder Abhängigkeitssituation“ (ebd.: 190) berücksichtigt werden und ‚Abhängigkeit‘ sei lediglich „der politische Ausdruck, den die kapitalistische Produktionsweise in der Peripherie annimmt, wenn diese international expandiert.“ (ebd.: 191) Auch Pimmer/Schmidt (2015: 5) betonen, dass es sich bei den Dependenztheorien „um vielfältige Positionen handelt, die unterschiedliche Formen und Ausprägungen von Abhängigkeit fokussierten“. So wurden als Reaktion auf die Kritiken

auch vermehrt politische und soziale Konflikte, also gesellschaftspolitische Faktoren und Akteur*innen berücksichtigt, um die ‚Unterentwicklung‘ zu erklären, und die Notwendigkeit einer kombinierten Analyse von Ökonomie und Politik in ihrem jeweiligen spezifischen Kontext wurde betont (vgl. Beigel 2015: 14f.).

Trotz aller Kritik scheinen die Dependenztheorien noch immer analytisch wertvoll. Betrachtet man die Definition der ‚Dependenz‘ von Teotonio Dos Santos (1971), der sie als historisch bedingte Struktur der Weltwirtschaft bezeichnet, die es einigen Staaten (dem Zentrum) erlaube, zum Nachteil anderer Staaten ein sich selbsterhaltendes Wirtschaftswachstum zu erreichen, während diese anderen Staaten (die Peripherie) nur aufgrund von Veränderungen in den dominierenden Staaten, also in Abhängigkeit von der ‚Entwicklung‘ und Expansion dieser, wachsen könnten (vgl. Peet/Hartwick 2009: 166), scheint eine solche Situation der Abhängigkeit laut Peet/Hartwick (2009) noch immer gegeben zu sein. Denn durch die Globalisierung seien heutzutage alle Ökonomien vom Weltmarkt abhängig, welcher wiederum von US-dominierten Institutionen (Internationaler Währungsfond (IMF), Weltbank etc.) kontrolliert würde. Hierin sehen die Autor*innen eine Intensivierung der Dependenz in neuen finanziellen, kapitalistischen Formen auf globaler Ebene (vgl. ebd.: 185f.). Auch Pimmer/Schmidt (2015: 6) sehen die Notwendigkeit, den Dependenzbegriff auf aktuelle Bedingungen und Akteur*innen hin ‚auszuloten‘ und sehen ebenso wie Peet/Hartwick (2009) in den ‚Zwänge[n] des globalen Finanzsystems ein wesentliches Charakteristikum aktueller Abhängigkeitsbeziehungen‘ (Pimmer/Schmidt 2015: 6). Ebenso müssten geopolitische Veränderungen, wie der Aufstieg Chinas, in dependenztheoretische Analysen mit einbezogen werden (vgl. Pimmer/Schmidt 2015: 6). Gerade im Kontext des Wiedererstarkens ‚entwicklungsstaatlicher‘ ((neo-)extraktivistischer) Projekte in Lateinamerika in den letzten Jahren, könnten die Dependenztheorien hilfreich sein, um anhaltende Blockaden und wiederkehrende Problemlagen dieser ‚Entwicklungsprojekte‘ zu erklären (vgl. Ebenau 2015: 39).

Der Ansatz Cardosos, sich die konkrete Abhängigkeitssituation und ihre sozialen, politischen und wirtschaftlichen Determinanten anzusehen, scheint für den Fall Venezuelas sinnvoll, da Venezuela in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zum weltweiten Erdölmarkt steht, und der Erdölsektor die gesamte Ökonomie des Landes und somit auch die Politik und Gesellschaft dominiert, wie im Forschungsstand noch genauer erläutert wird. Die neoextraktivistische Ausrichtung Venezuelas kann hierbei als eine ‚Fortführung von Abhängigkeitsverhältnissen zu den kapitalistischen Zentren‘ gesehen werden (Pimmer/Schmidt 2015: 4).

Durch die Berücksichtigung der neuen Rahmenbedingungen, in denen aktuelle Abhängigkeitsverhältnisse entstehen, sowie durch die Berücksichtigung damaliger theoretischer Defizite, könne laut Pimmer/Schmidt (2015: 7f.) das Paradigma der Dependenz erneuert und noch immer für die Untersuchung ungleicher Verhältnisse zwischen Peripherie und Zentrum verwendet werden. Aufgrund dieser noch immer bestehenden analytischen Relevanz der Dependenztheorien sollen diese, unter Berücksichtigung der soeben genannten veränderten Rahmenbedingungen und Defizite der ursprünglichen Theorien, für die theoretische Einordnung der Krise in Venezuela herangezogen werden.

3.2 (Neo-)Extraktivismus

Ein weiteres Konzept, das zur Einordnung der Lage in Venezuela hilfreich erscheint, ist jenes des (Neo-)Extraktivismus. Brand und Dietz (2014: 128) bezeichnen den (Neo-)Extraktivismus als „Entwicklungswege [...] die auf der Produktion, Ausbeutung und dem Export von Rohstoffen und Naturelementen basieren“. Dieses ‚Entwicklungsmodell‘ liegt vor, „wenn in konkreten Gesellschaften die gesellschaftlichen Verhältnisse und dominanten Strategien zwar nicht ausschließlich, aber wesentlich von der Inwertsetzung von Naturelementen geprägt sind. Diese sind wiederum über den kapitalistischen Weltmarkt und imperiale Politik vermittelt.“ (ebd.: 136) (vgl. Svampa 2020: 12, 19)

In dieses theoretische Konzept fällt jedoch nicht nur die Berücksichtigung der Abhängigkeit von Rohstoffexporten auf dem Weltmarkt, wie bei den Dependenztheorien, sondern werden auch räumliche und zeitliche Dynamiken, sowie Akteur*innen, allen voran der Staat und die ihn konstituierenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse, deutlicher in den Fokus gestellt. So sei (Neo-)Extraktivismus ein ‚Entwicklungsmodell‘, „das auf bestimmten sozioökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen – inklusive der Integration in den Weltmarkt, Klassenstrukturen, Entwicklungsdispositiven und des Aufbau [sic!] des Staates bzw. der Ausrichtung staatlicher Politiken – basiert und diese absichert.“ (ebd.: 133) (vgl. Svampa 2020: 11) Das Konzept des (Neo-)Extraktivismus kann durch diesen Fokus auf Akteur*innen die Defizite des dependenztheoretischen Strukturalismus in gewisser Weise überwinden und soll daher im Folgenden genauer erläutert werden.

Lateinamerika ist seit der Kolonialisierung wirtschaftlich auf die Extraktion und den Export von Rohstoffen ausgerichtet, dieses ‚Entwicklungsmodell‘ des Extraktivismus habe sich jedoch historisch entsprechend den Dynamiken auf dem Weltmarkt, als auch den Dynamiken innerhalb der lateinamerikanischen Staaten, verändert (vgl. Brand/Dietz 2014: 129; Svampa

2020: 12f.). Diese spezifischen Formen der Naturaneignung hätten wechselseitige Auswirkungen auf die konkrete ökonomische Reproduktionsform sowie auf soziale Machtverhältnisse (vgl. Brand/Dietz 2014.: 142). Die Autor*innen identifizieren eine zunächst unfreie und gewaltsame Aneignung von Edelmetallen durch die Kolonialmächte im 16.-18. Jahrhundert, welche vor allem der Industrialisierung der europäischen Mächte diene. Hierbei etablierte sich bereits die bis heute strukturell wirksame Arbeitsteilung auf internationaler Ebene und eine sozial-räumliche Heterogenität auf nationaler Ebene, die in den Dependenztheorien durch den Begriff der strukturellen Heterogenität zwischen nationalen Peripherien und Zentren berücksichtigt wird (vgl. ebd.: 143). Dieser Phase folgte der „Extraktivismus des liberalen Kapitalismus“ von ca. 1810-1930, in der die jüngst unabhängig gewordenen lateinamerikanischen Staaten, basierend auf Rohstoffexport, ein starkes wirtschaftliches Wachstum erfuhren, die Rohstoffextraktion technologisch modernisiert wurde und sich zunehmend auch internationales Kapital an den nationalen Extraktionssektoren beteiligte (vgl. ebd.: 144). Von 1930 bis 1970 schloss sich die Phase des „Extraktivismus des peripheren Fordismus“ an, in der sich die lateinamerikanischen Staaten, im Kontext des Niedergangs der neokolonialen Ordnung, der Wirtschaftskrise von 1929 und der daraus resultierenden sinkenden Rohstoffnachfrage, vermehrt unter der Strategie des „*desarrollismo*“ einem Wirtschaftsnationalismus und der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) zuwandten. Hierbei wurden Schlüsselindustrien verstaatlicht, und der Aufbau eigener Industrien sollte die Abhängigkeit vom Rohstoffexport und vom Import industrieller Güter verringern. Es kam hierbei jedoch nicht wirklich zu einem Bruch mit dem vorherigen Modell und besonders in Venezuela entwickelte sich bereits in den 1930er Jahren ein „national-populares Entwicklungsmodell“, basierend auf der Erdölextraktion (ebd.: 145). Mit der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren kam es auch zu einer Krise der ISI und unter dem *Washington Consensus* und den Strukturanpassungsprogrammen zur Etablierung einer neoliberalen Wirtschaftsordnung, der asymmetrischen Einbindung von Staaten des Globalen Südens in den Weltmarkt sowie einer Deindustrialisierung und Reprimarisierung der Ökonomien des Globalen Südens (vgl. Brand/Dietz 2014: 146; López Maya 2005: 395f.).

Im Zuge einer steigenden Rohstoffnachfrage seit Beginn des neuen Millenniums, aufgrund der Vertiefung einer ressourcenintensiven, fossilen Produktions- und Lebensweise im Globalen Norden, und einer fortschreitenden Industrialisierung in Teilen des Globalen Südens, erfuhr die Reprimarisierung in Lateinamerika einen erneuten Aufschwung. Hierbei fand eine erneute Fokussierung auf Rohstoffreichtum als Einkommensquelle und den Export primärer

Güter statt (vgl. Brand/Dietz 2014: 147ff.; Svampa 2020: 13f., 22f.). In dieser neuen, aktuellen Phase des Extraktivismus unterscheiden Brand und Dietz (2014) zwischen dem klassischen Extraktivismus, der unter neoliberalen Taktiken wie Privatisierung und Deregulierung stattfindet, und Neoextraktivismus, bei dem es sich um eine post-neoliberale Form des Extraktivismus handele, der meist von linken, progressiven Regierungen verfolgt wird und partielle Nationalisierungen, stärkere politische Kontrolle der Ressourcenextraktion sowie sozialpolitische Umverteilungsprogramme beinhaltet, durch die der Ressourcenreichtum gerechter in der Gesellschaft verteilt werden soll (vgl. Brand/Dietz 2014: 131f.; Svampa 2020: 13, 24). Auch Venezuela fällt unter diese Definition des Neoextraktivismus, da unter der progressiven Regierung Hugo Chávez die Erdölextraktion als Staatsprojekt nationaler ‚Entwicklung‘, sowie einer gerechteren Gesellschaft verfolgt und gesellschaftlich und politisch verankert wurde (vgl. Brand/Dietz 2014: 132).

Die Entstehung des (Neo-)Extraktivismus unterliegt nicht nur historisch spezifischen Bedingungen, sondern gliedert sich auf globaler Ebene in die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise ein, in der Naturelemente angeeignet und ausgebeutet werden, um auf dem Weltmarkt verkauft und/oder in einem Produktionsprozess transformiert zu werden, und somit eine Grundbedingung für den kapitalistischen Verwertungsprozess darstellen. Diese Aneignung von Natur sei jedoch ein politisch umkämpfter Prozess und gestalte sich je nach involvierter Akteur*innen unterschiedlich. Somit spielen spezifische staatlich-politische Strukturen und Prozesse, sowie konfliktive Dynamiken zwischen Staat, wirtschaftlichen Akteur*innen und von der Extraktion direkt betroffenen Bürger*innen, sozialen Bewegungen, Umweltaktivist*innen etc., eine relevante Rolle im Konzept des (Neo-)Extraktivismus (vgl. Brand/Dietz 2014: 138ff.; Svampa 2020: 8). Der Staat⁶ und die Form der Naturaneignung bedingen sich gegenseitig, sodass die Struktur der lateinamerikanischen Staaten historisch durch die Ressourcenextraktion und die hierbei beteiligten Akteur*innen, bspw. internationale Ölkonzerne, geprägt wurde (vgl. Brand/Dietz 2014: 140f.). Ein wichtiger Fokus des (Neo-)Extraktivismus nach Brand/Dietz (2014) liegt also in der Berücksichtigung spezifischer Gesellschaften und konkreter natur-räumlicher, sozio-ökonomischer und politischer

⁶ Der Staat wird hier folgend der Definition von Brand/Dietz (2014: 140) verstanden als „zentrale Instanz der Stabilisierung sozioökonomischer und kultureller Reproduktionsmodi kapitalistischer Gesellschaften und der sie tragenden Kräfteverhältnisse [sowie als] Terrain [...], auf dem unterschiedliche Akteure um die Stärkung ihrer Interessen sowie um konkrete Politiken oder umfassende Projekte ringen und gegebenenfalls Kompromisse einzugehen bereit sind. Über spezifische Politiken, das Staatsbudget, die Anerkennung von Akteuren und Verhältnissen sowie die Schaffung von Wissen stabilisiert der Staat im Effekt gesellschaftliche (Kräfte-) Konstellationen und Diskurse bzw. Selbstverständlichkeiten – wie eben bestimmte Fortschritts- und Naturverständnisse, Orientierungen an Wettbewerbsfähigkeit, rassistische Hierarchisierungen und vieles mehr.“

Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft (vgl. ebd.: 141f.). Die Inwertsetzung von Natur geht mit innergesellschaftlichen Konflikten über die Aneignung der Natur, die Verteilung der Rente und daraus resultierenden In- bzw. Exklusionsprozessen, der Kontrolle der rohstoffreichen Territorien und nicht zuletzt den ökologischen Folgen einer intensiven Ressourcenextraktion im Rahmen einer sich weltweit intensivierenden ökologischen Krise einher (vgl. Brand/Dietz 2014: 153; Svampa 2020: 8, 21). Die Herausbildung des (Neo-)Extraktivismus als ‚Entwicklungsmodell‘ ist entscheidend vom staatlichen Handeln abhängig, denn der Staat muss institutionell und juristisch Naturnutzungsrechte sichern bzw. vergeben, sowie durch infrastrukturelle Maßnahmen wie Häfen, Pipelines etc. die Ressourcenextraktion und den -export ermöglichen (vgl. Brand/Dietz 2014: 155). „(Neo-)Extraktivismus [ist somit] nicht nur eine ökonomisch-technische Form der Ressourcenaneignung [...], [sondern] vielmehr [...] ein zentraler Ausdruck von politischer Herrschaft [...] in dem sich die materiellen, kulturellen und sozio-politischen Dimensionen und Konflikte eines neuen Entwicklungsmodells in der Region kondensieren.“ (ebd.: 155f.)

In Venezuela weist nicht nur die (bis 2014) stetig wachsende Menge an gefördertem Erdöl, sondern auch der Anteil der Erdölrente am Staatshaushalt auf die Konsolidierung eines neoextraktivistischen ‚Entwicklungsmodells‘ hin (vgl. ebd.: 151). Auch der von Brand und Dietz (2014: 153f.) beobachtete Zusammenhang zwischen Extraktivismus und Zentralismus bzw. Autoritarismus lässt sich in Venezuela beobachten, wie im Forschungsstand noch genauer erläutert wird. Die Regierung und der national-populäre Diskurs der nachholenden ‚Entwicklung‘, unter einem starken Staat und mittels der Extraktion von Erdöl, wird zwar trotz aller Widersprüche durch von der Rohstoffrente finanzierte Sozialprogramme legitimiert, doch fördert dieses ‚Entwicklungsmodell‘ einen tendenziell hierarchisch autoritären bzw. militärischen Staat mit einer Staatsspitze, die durch einen unkontrollierten Ressourcenzugang ihre Herrschaft sichern kann. Veränderungen an grundlegenden politischen, ökonomischen und kulturellen Strukturen und den ihnen zugrundeliegenden Kräfteverhältnissen finden nicht statt (vgl. ebd.: 153f.).

In einer Zusammenführung beider theoretischer Konzepte stellt Ernst (2015: 60) fest, dass „[d]ependenztheoretisch betrachtet [...] das extraktivistische Akkumulationsmodell ein manifester Ausdruck der globalen Arbeitsteilung [ist].“ So würde durch die Fixierung auf den Rohstoffexport „ein wachstumsbasiertes Entwicklungsmodell reproduziert, das die kolonial tradierten Nord-Süd-Beziehungen, die internationale Arbeitsteilung sowie die imperiale Lebensweise mit den entsprechenden Produktions- und Konsummustern vertieft“ (ebd.: 70),

(vgl. Svampa 2020: 26). So sei der Extraktivismus aus dependenztheoretischer Sicht eine höchst fragwürdige Strategie für das eigentlich postulierte Erreichen wirtschaftlicher Unabhängigkeit extraktivistischer lateinamerikanischer Staaten. Das für den Abbau natürlicher Rohstoffe nötige Wissen sowie Technologietransfers erhöhten zudem den Einfluss und die Abhängigkeit von transnationalen Konzernen und begünstige die Verbreitung „westlicher Konsummuster“ (Ernst 2015: 71). Der dependenztheoretische Aspekt des ungleichen Tauschs oder Transfers des wirtschaftlichen Surplus kann im Kontext des Rohstoffexportes in der Tatsache verortet werden, dass, im Verhältnis zu den Gewinnen der Weiterverarbeitung der Rohstoffe, nur ein kleiner Teil der Wertschöpfung im Exportland verbleibt. Weitere Aspekte der Dependenz seien die Abhängigkeit von Rohstoffnachfrage und -preisen auf dem Weltmarkt und die daraus resultierende Vulnerabilität bezüglich externer Schwankungen und Krisen (vgl. ebd.: 71). (Neo-)Extraktivismus als ‚Entwicklungsmodell‘ schreibe somit aus einer dependenztheoretischen Perspektive „koloniale ökonomische Ausbeutungsverhältnisse und politische Hierarchisierungs- und Ausgrenzungsprozesse fort“ (ebd.: 77).

4 Kontextualisierung

Die aktuelle multidimensionale Krise Venezuelas kann nicht ohne die Berücksichtigung der transformativen politischen Prozesse der letzten 20 Jahre, sowie die Beleuchtung der spezifischen wirtschaftlichen Struktur des Landes verstanden werden. Daher werden in diesem Kapitel kurz die Rentenökonomie sowie die Bolivarianische Revolution unter Chávez und ihre Folgen dargestellt.

4.1 Rentenökonomie und die Abhängigkeit von Erdöl in Venezuela

Seit der Entdeckung des ersten Erdölvorkommens zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat die Erdölförderung die venezolanische Wirtschaft und Gesellschaft dominiert (vgl. Peters 2019a: 146; Tinker Salas 2009: 237; Tinker Salas 2015: 4). Im Jahr 2018 verfügte Venezuela über 17,5% der globalen Erdölressourcen und ist somit das Land mit den größten Erdölvorkommen weltweit (vgl. Peters 2019a: 146; Scalet & Schmidt 2020: 6). Trotzdem war Venezuela im Jahr 2015 nur der fünftgrößte Erdölexporteur weltweit (vgl. Tinker Salas 2015: 5) und befindet sich aufgrund der seit 2014 stetig fallenden Erdölexporte zurzeit nur noch auf Platz 25 der erdölexportierenden Länder (vgl. OEC 2021; Workman 2021). Dieser Verfall der Erdölexporte wurde durch das Ende des Erdölbooms im Jahr 2014 initiiert, eine Zeit, die durch ungewöhnlich hohe und stabile Erdölpreise gekennzeichnet war. Während des Erdölbooms hatte die venezolanische Regierung jedoch lediglich im Sinne einer neoextraktivistischen ‚Entwicklungspolitik‘ die Erdölextraktion intensiviert, anstatt ebenso in den Erhalt und die Weiterentwicklung der Erdölinfrastruktur und in technologische Innovationen zu investieren. Ein weiteres Versäumnis der venezolanischen Regierung dieser Zeit war der ausbleibende strukturelle Wandel der Wirtschaft hin zu einer diversifizierteren nationalen Produktion, sodass die starke Abhängigkeit vom Öllexport bis heute bestehen blieb. Die Abhängigkeit vom Öl, sowie Sanktionen anderer Staaten, allen voran der Vereinigten Staaten von Amerika, werden unter anderem als wichtige Ursachen für die aktuelle Wirtschaftskrise gesehen (vgl. Bull/Rosales 2020a: 6; Roedel/Theije 2020: 10; Scalet/Schmidt 2020: 6).

Venezuela ist seit der Kolonialzeit eine Rentenökonomie, das bedeutet, dass die gesamte Wirtschaft und das Staatseinkommen vom Export natürlicher Ressourcen, in diesem Fall vom Erdöl, abhängig sind. Ähnlich wie viele andere Staaten der (Semi)-Peripherie des Globalen Südens, die reich an natürlichen Rohstoffen sind, wurde auch Venezuela als Rohstofflieferant für das Zentrum und als Importeur industrieller bzw. weiterverarbeiteter Güter in

das Weltsystem im Sinne Wallersteins eingebunden. Diese Dependenzbeziehungen und die Dominanz des Erdölsektors im venezolanischen Binnenmarkt haben den Aufbau von Produktionskapazitäten in alternativen Marktsegmenten und Industrien vereitelt und dadurch die Importabhängigkeit von industriellen Gütern verstärkt (vgl. Peters 2019a: 144-148; Scarlet/Schmidt 2020: 6f.). Mit über 95% der Gesamtexporte Venezuelas ist Erdöl noch immer, trotz des Rückgangs seit 2014, die Haupteinkommensquelle des venezolanischen Staates (vgl. OEC 2021).

Diese Abhängigkeit vom Erdöl begünstige laut Baptista (2005: 95) einige besondere Eigenschaften der venezolanischen Wirtschaft, welche sie zu einem „*capitalismo rentístico*“, also einem Rentenkapitalismus mache. So sei das nationale Einkommen, das in seiner großen Mehrheit aus dem Erdölexport stammt, deutlich höher als das Nettosozialprodukt des Landes (vgl. Baptista 2005: 97, 102). Der Staat ist als Besitzer der Erdölressourcen auch Hauptempfänger der Erdölrente, was ihm außergewöhnlichen Handlungsspielraum lasse. Baptista (2005) untersuchte die Wirtschaft Venezuelas von den 1920er Jahren bis 2002 und beobachtete einige Besonderheiten für diesen Zeitraum. So sei die Anzahl öffentlicher Angestellter in Venezuela deutlich höher als in anderen vergleichbaren Ländern, und auch die Reallöhne überstiegen die eigentliche Produktivität der Wirtschaft. Zudem lag der Konsum erkennbar höher als das BIP pro Kopf. Die Reallöhne und das BIP pro Kopf sind Variablen, die sich in anderen Ländern eher aneinander anpassen, was hier nicht der Fall war. Des Weiteren war der Wechselkurs des Bolívar durchgehend deutlich überbewertet (vgl. ebd.: 103-109). Die Rentenökonomie sei somit eine nicht dauerhaft funktionsfähige Struktur, da Autoregulierungsmechanismen fehlten, sowie ein stabiles Gleichgewicht, was ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum behindere (vgl. ebd.: 109). Die venezolanische Rentenökonomie sei zudem durch ein Machtungleichgewicht zwischen Wirtschaft und Politik gekennzeichnet, da im Falle der Rentenökonomie der Staat wirtschaftlich autonom sei. Die wirtschaftliche und politische Macht zwischen Staat und Zivilgesellschaft sei nicht wie sonst geteilt, was zu Abhängigkeit und fehlendem Korrektiv führe. Diese Besonderheit behindere das Wirtschaftswachstum und mache das System auf Dauer nicht lebensfähig (vgl. ebd.: 110f.).

Peters (2019b) prägt in Bezug auf Länder, die von der Extraktion und dem Export natürlicher Ressourcen abhängig sind, den Begriff der „Rentengesellschaft“ statt Rentenökonomie. Denn diese Abhängigkeit der Ressourcenrente bedinge nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen und soziokulturellen Besonderheiten dieser Gesellschaften. Auch Tinker Salas (2009: 237ff.) bestätigt, dass die Erdölindustrie nicht nur die venezolanische

Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft transformiert und Werte- und Interessenskonflikte generiert hat, die bis ins 21. Jahrhundert andauern, und zu einem Symbol nationaler Identität wurde. Die Erdölindustrie monopolisierte nicht nur die Wirtschaft in Venezuela, sondern formte, durch die Verbreitung eines Mittelklasse-Lebensstils und „westlicher“ Werte ausländischer (US-amerikanischer) Ölkonzerne, auch soziale Werte und Streben nach sozialer Mobilität. Zudem festigte sie politische Allianzen zwischen US-amerikanischen Ölkonzernen, US-Regierung und der venezolanischen Mittelklasse und deren Parteien, die ein Interesse am Erhalt des Erdölmodells und den daraus für sie resultierenden Privilegien hatten, die quasi als Geburtsrecht angesehen wurden (vgl. ebd.: 238f.; 242f.).

Die durch den Export natürlicher Ressourcen erhaltene hohe Rente ermöglicht der venezolanischen Rentengesellschaft eine hohe Importkapazität, ohne dass die nationale Produktion gesteigert werden müsste. Dies führe dazu, dass in diesen Gesellschaften wirtschaftliche Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit, die Gründung starker Institutionen und Transparenz weder wirtschaftlich nötig, noch politisch erwünscht seien. Rentengesellschaften richteten sich nicht nach der kapitalistischen Logik der Akkumulation und stetigen Reinvestition von Kapital, sondern nach der Logik eines stetigen Flusses von Einnahmen aus der Ressourcenextraktion und dem Export. Dies sei auch in Venezuela der Fall, sodass Entscheidungen über die Verteilung der Erdölrente sich nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen und sozialen Kriterien richte (vgl. Peters 2019b: 7ff.). Die Abhängigkeit vom Erdöl in Venezuela konfiguriere somit den politischen Kampf um die Kontrolle und die Verteilung dieser Rente, die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft, sowie die Ungleichheitsstrukturen innerhalb der venezolanischen Gesellschaft, und sie erzeuge zudem soziokulturelle Muster sowie kollektiv geteilte Vorstellungen (vgl. ebd.: 7f.). Auch wenn unter Chávez die Aneignung und Verteilung der Erdölrente im neoextraktivistischen Sinn nach Brand/Dietz (2014) geändert wurde und zuvor marginalisierte Gruppen nun auch einschloss, folgte diese noch immer der Logik der Rentenökonomie: eine staatliche Kontrolle der Ölrente und eine zentrale Rolle des Staates in der Wirtschaft durch verschiedene Umverteilungsmechanismen. So folgten Entscheidungen bezüglich der Verteilung der Rente weiterhin politischen und sozialen Kriterien, anstatt wirtschaftlichen Anforderungen an Effizienz oder Transparenz (vgl. Peters 2019b: 10f.). Auch wenn der venezolanische Staat dank der Erdölrente finanziell unabhängig von der Gesellschaft und Unternehmen sei, so widerspricht Peters (2019b) der Annahme Baptistas (2005), dass er komplett autonom in seinen Handlungen sei, denn in Venezuela seien gesellschaftliche Erwartungen und Forderungen nach Anteilnahme am Erdölreichtum

als quasi naturalisiertes Geburtsrecht der Venezolaner*innen kollektiv verankert, was dazu führe, dass gewisse Verteilungsmechanismen, wie beispielsweise die starke Subventionierung von Benzin, politisch unantastbar seien, auch wenn diese wirtschaftlich eigentlich nicht tragbar sind (vgl. Peters 2019b: 12f.). Das Erdöl hat zudem soziokulturelle Muster in Venezuela geprägt. Die seit Entdeckung des Erdöls bis zum Ende des 20. Jahrhunderts omnipräsenten ausländischen, zumeist US-amerikanischen Erdölkonzerne formten soziale und politische Werte- und Verhaltensmuster im Sinne einer „westlichen“, amerikanischen Kultur. Sie verbreiteten gezielt einen amerikanischen Arbeits-, Konsum-, und Lebensstil, der nicht nur die Arbeiterschaft in den Erdölindustrien direkt, sondern auch soziale Praktiken in der Gesellschaft als Ganzes beeinflussen sollte. Mit der Zeit wurden diese sozialen Praktiken und Werte in die venezolanische Gesellschaft assimiliert und als „eigen“ angesehen (vgl. Tinker Salas 2009: 242f., 245f.). Durch die hohe Importkapazität zu Zeiten des Erdölbooms wurden Importe ausländischer (Luxus-) Güter möglich, und der US-amerikanisch geprägte Konsumismus der Mittel- und Oberschicht breitete sich trotz bestehender sozialer Klüfte auf die gesamte Gesellschaft aus (vgl. Peters 2019b: 14).

Erdöl durchdringe somit alle Aspekte der venezolanischen Gesellschaft, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und soziokulturell, und habe historisch die spezifischen Gesellschaftsstrukturen in Venezuela geformt. So sei auch heute noch die Vorstellung vom Erdöl als Weg zu Reichtum, Modernität, Fortschritt und Wohlstand kollektiv in der venezolanischen Gesellschaft geteilt, und es bestehe trotz politischer Polarisierung ein sozialer Konsens bezüglich der Extraktion von Erdöl als ‚Entwicklungsmodell‘, was erkläre, warum bisherige Versuche, die Erdölabhängigkeit zu verringern, gescheitert seien (vgl. Peters 2019b: 14ff., Tinker Salas 2009: 238ff.).

4.2 Die Bolivarianische Revolution unter Hugo Chávez

Unter Hugo Chávez‘ Bolivarianischer Revolution und seinem Projekt des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ wurde eine gerechtere Verteilung des venezolanischen Erdölreichtums, sowie eine größere politische Partizipation für marginalisierte Bevölkerungsgruppen versprochen (vgl. Peters 2019a: 148; Scalet/Schmidt 2020: 9). Die von Chávez seit 1999 eingeleiteten politischen Veränderungen stellten bisherige Annahmen über Beziehungen zwischen Bürger*innen und Staat in Frage, und Mittel- und Oberschichten fürchteten, dass neu initiierte Sozial- und Umverteilungsprogramme ihre privilegierten Positionen beeinträchtigen würden (vgl. Tinker Salas 2015: 12). Oppositionskräfte haben daher seit jeher versucht,

das vorherige Staats- und Gesellschaftsmodell eines kapitalistischen, elitendominierten Zwei-Parteien-Systems wiederherzustellen (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 9).

Zu Beginn des neuen Millenniums kamen in mehreren Ländern Lateinamerikas progressive, linksgerichtete Regierungen an die Macht und ersetzten vorherige neoliberale Regierungen. So auch in Venezuela, wo nach fast zwei Dekaden wirtschaftlicher und politischer Krise der 1980er und 1990er Jahre schließlich Hugo Rafael Chávez Frías nach seinem Wahlsieg 1998 eine progressive Regierung von 1999-2013 führte, die sich dem neoliberalen Modell lokaler Eliten und der USA entgegenstellte (vgl. Global Health Watch 2015: 59; Hetland 2018: 144; Tinker Salas 2015: 135). So würden Politiken unter Chávez den Kapitalismus des freien Marktes ablehnen und „sozialistische“ Maßnahmen wie Preiskontrollen, Subventionen und Direktleistungen durch den Staat in mehreren Sektoren (bspw. Gesundheit, Bildung) implementiert werden (vgl. Hetland 2018: 149f.). Zudem wurden weitreichende Re-Nationalisierungen verfolgt, bürgerliche politische Partizipation gefördert, und Venezuela stellte sich auf geopolitischer Ebene zum ersten Mal den USA entgegen, mit denen es zuvor immer alliiert gewesen war (vgl. Smilde 2011: 1).

Das vorherige demokratische Zwei-Parteien-System des „*Punto Fijo*“ Paktes, welches von 1958-1999 Venezuela im Sinne einer eingeschränkten repräsentativen Demokratie regierte, schloss radikalere Parteien aus, reduzierte die politische Partizipation der Bürger*innen auf Präsidentschaftswahlen und zog seine Legitimität aus dem ökonomischen Wohlstand des Volkes, den es bis in die 1980er Jahre erfolgreich vorantrieb. So verbesserten sich Indikatoren der menschlichen ‚Entwicklung‘, wie Lebenserwartung oder Alphabetisierung, und Venezuela verzeichnete ein gleichmäßiges Wirtschaftswachstum und politische und wirtschaftliche Stabilität bis in die 1980er Jahre (vgl. Smilde 2011: 3). Mit fallenden Ölpreisen und einer wachsenden Schuldenkrise in den 1980er Jahren erlebte Venezuela jedoch eine Zeit „struktureller Anpassungen“ im neoliberalen Sinne unter der Anleitung des IMF, welche die bestehende wirtschaftliche Krise jedoch nur intensivierten und im Folgenden zu einer sozialen und politischen Krise mit einer sich intensivierenden sozialen-Mobilisierung der am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen führte. Dies bildete eine wichtige Voraussetzung für den Wahlsieg Hugo Chávez‘ (vgl. ebd.: 4f.). Nach dem 1992 gescheiterten Putschversuch von Chávez und seinem *Movimiento Bolivariano Revolucionario* (MBR-200), kon-

zentrierte sich Chávez nach seiner Haftentlassung auf die Mobilisierung von Graswurzelbewegungen⁷ und kündigte 1997 seine Kandidatur zu den im darauffolgenden Jahr stattfindenden Präsidentschaftswahlen an. Im Zuge der wirtschaftlichen Krise und der Delegitimierung der bisherigen Zwei-Parteien-Demokratie gewann Chávez, der zunächst wenig bekannt war, zunehmend an Popularität und konnte die Wahlen 1998 für sich entscheiden (vgl. Smilde 2011: 7f.).

4.2.1 Konstituierende Momente der Bolivarianischen Revolution

Um die aktuelle Situation Venezuelas und die bisherigen Prozesse der Bolivarianischen Revolution und deren Bedeutung zu analysieren, ist es zunächst wichtig zu erkennen, dass die Bolivarianische Revolution, entgegen gängiger Darstellungen, nicht alleine auf die Person Hugo Chávez als charismatischem oder auch diktatorischem Führer zurückzuführen ist. Tatsächlich hatten weit zurückliegende Kämpfe verschiedener Bevölkerungsgruppen den nun folgenden Bolivarianischen Prozess erst möglich gemacht (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 6f.; Fernandes 2010: 5f.; Tinker Salas 2015: 216; Velasco 2011: 180). Chávez sei somit nicht als Initiator dieses Prozesses zu sehen, vielmehr habe er die bereits existierenden Strömungen und Bestrebungen des *pueblo* kanalisiert (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 7ff.). Der Begriff des *pueblo* wird hierbei als die arme, unterdrückte, gesellschaftlich marginalisierte Mehrheitsbevölkerung definiert, wobei sich hierbei verschiedenste Gruppen in einem Begriff zusammenfinden, und die gemeinsame Identität als *pueblo*⁸ vor allem im Kampf um ihre Rechte liegt (vgl. ebd.: 8). Diese Gruppe des *pueblo* beinhaltet sowohl Guerilla-Bewegungen, Studierende, Bäuerinnen und Bauern, als auch Indigene und Afro-Venezolaner*innen, Frauen, sowie formelle und informelle Arbeiter*innen. Zwei wichtige Ereignisse, in denen die Mobilisierung des *pueblos* ihre revolutionäre Kraft entfaltete, sind der Caracazo 1989 und der Putsch gegen Chávez 2002. In diesen beiden Ereignissen sieht Ciccariello-Maher

⁷ Basisbewegungen, siehe Lehnübersetzung von engl. grass roots = unterste Ebene, Grundlage (vgl. Duden 2022)

⁸ Diese Besonderheit des Begriffes *pueblo* ist auch der Grund, warum er in dieser Arbeit verwendet wird, wenn von marginalisierten Bevölkerungsschichten gesprochen wird, die den Bolivarianischen Prozess und die Regierung Chávez (bzw. Maduros) zwar unterstützen, dieser jedoch auch kritisch gegenüberstehen. Da die Akteur*innen des *pueblo* im Kampf um ihre Rechte ihre eigenen, unabhängigen Entstehungsgeschichten und Identitäten entwickelten, sowie den Bolivarianischen Prozess durch eine starke wechselseitige konfliktive und produktive Dynamik zwischen Staat und *pueblo* weiterentwickelt haben, können sie nicht auf die simple Bezeichnung der „Chavez-Anhänger*innen“ reduziert werden (vgl. Fernandes 2010: 5f.) Ebenso soll hiermit die Vielfalt der Akteur*innen ausgedrückt und diese heterogene Gruppe nicht in einer populistischen Begriffsverwendung auf „das Volk“ reduziert werden (vgl. Angosto-Ferrández 2014: 186f.).

(2013: 89f.) weitaus wichtigere konstituierende Momente der Bolivarianischen Revolution, als im Putschversuch von Chávez 1992 oder seinem Wahlerfolg 1998.

Der Caracazo 1989

Der Caracazo, der landesweite Straßenaufstand des *pueblo* in mehreren Städten Venezuelas am 27. Februar 1989, muss im Kontext der ökonomischen und politischen Entwicklungen der 1980er Jahre gesehen werden (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 89ff.; Tinker Salas 2015: 117ff.). Die 1980er Jahre waren geprägt von den neoliberalen Umstrukturierungsprogrammen unter dem *Washington Consensus* und den Nachwirkungen der Ölkrise der 1970er Jahre. Gegen die unter Carlos Andrés Pérez implementierten Austeritätsprogramme, die vor allem die Situation des *pueblo* verschlechterten, entstand ein vermehrter Widerstand der Betroffenen, auf die der Staat mit gewaltsamer Repression reagierte. In Kombination mit den durch neoliberale Sparprogramme ausgelösten Preisanstiegen, dem Verfall der Löhne, Zusammenbruch der Währung und der daraus resultierenden steigenden Arbeitslosigkeit und Armut, entstand somit eine höchst spannungsgeladene Situation, und der Unmut des Volkes entlud sich im Caracazo (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 73ff.; 90ff.; Tinker-Salas 2015: 111-114). Auch wenn alle Sektoren des *pueblo* beteiligt waren, so waren zu Beginn des Protests vor allem Studierende und mehr und mehr die informellen Arbeiter*innen der Armenviertel, der *barrios*, Kernakteur*innen der Rebellion. Durch ihre langjährige Erfahrung des Widerstandes, sowie Organisations- und Mobilisierungskapazitäten, trug diese Gruppe maßgeblich zur Organisation des Massenaufstandes bei (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 92-96; López Maya 2003: 122). Auch wenn der Aufstand von der Regierung gewaltsam niedergeschlagen wurde, so zeigte sich darin doch die Unzufriedenheit und Mobilisierungskraft weiter Teile der Bevölkerung, und der Mythos der „Vorzeigedemokratie“ Venezuelas war endgültig geplatzt (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 96f.). Zudem wurde deutlich, dass die meisten Venezolaner*innen ihren Glauben an die Parteien und politischen Institutionen verloren hatten. Die Überraschung der Regierung über die Reaktion des *pueblo* auf die Sparmaßnahmen zeigte zudem, wie sehr diese bereits den Kontakt zur Lebensrealität ihrer Bevölkerung verloren hatte (vgl. Tinker Salas 2015: 120). Institutionen der politischen Repräsentation und Mediation in Venezuela hatten bereits seit einigen Jahrzehnten, aufgrund schlechter Leistungen und einer Reformunwilligkeit, an Stärke verloren, sodass politische Parteien oder Gewerkschaften keine wichtige Rolle im Volksaufstand spielten (vgl. López Maya 2003: 118ff.). Hinzu kam, dass Regierungsinstitutionen zunächst gar nicht auf die Proteste reagierten, um

diese dann später mit Gewalt zu unterdrücken. Der Caracazo sei als gewaltsamer Massenprotest einer Gesellschaft zu verstehen, die keine adäquaten Wege hatte, um sich bei der Regierungselite anderweitig Gehör zu verschaffen, und welchen die Regierungselite nur überlebte, weil das Militär loyal blieb (vgl. ebd.: 135f.). Dies zeige, wie sehr der Demokratie in Venezuela demokratische Merkmale und konsistente Institutionen gefehlt hätten. Dies habe zu einem Prozess der Delegitimierung des politischen Prozesses geführt, der wiederum den Weg für die kommenden Ereignisse der 1990er Jahre ebnete (vgl. López Maya 2003: 137; Smilde 2011: 6).

Somit kann der Caracazo als konstituierender Moment für den darauffolgenden, gescheiterten Putschversuch von Chávez 1992 gesehen werden, der wiederum den Weg für den Wahlsieg von Chávez 1998 ebnete (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 89; Tinker Salas 2015: 125). Die Jahre nach dem Caracazo waren von einer Vielzahl an Protesten, einer zunehmenden Mobilisierung des *pueblo*, das sich in lokalen *barrio* Versammlungen organisierte, und der Ausbreitung konfrontativer Protestformen auf übrige Bevölkerungsgruppen geprägt (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 100ff.; López Maya 2002: 199f.; Tinker Salas 2013: 131ff.). Dies zeige, wie sehr das Konfliktniveau in der Gesellschaft seit den 1980er Jahren angestiegen sei, und dass der Caracazo als ein Wendepunkt angesehen werden könne, der einen unwiderruflichen Wandel der Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat sowie der Art, wie die venezolanische Bevölkerung ihren Forderungen Ausdruck verleiht, hervorgerufen habe (vgl. López Maya 2002: 202; 213).

Der Putsch 2002

Der zweite wichtige konstituierende Moment für die Bolivarianische Revolution war der von der Opposition durchgeführte und vor allem durch die Medien inszenierte Putsch 2002 gegen Chávez (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 167f.). Das Vakuum, das zuvor durch eine zersplitterte und unorganisierte-Opposition entstanden war, wurde Anfang der 2000er Jahre zunehmend durch kommerzielle Medien gefüllt, die ihre Berichterstattung zugunsten der Opposition ausrichteten. Die selektive Berichterstattung und Information, die sowohl in Oppositionsmedien, als auch in Pro-Regierungsmedien zu beobachten war, führte zu einer Verstärkung der bereits verbreiteten Sichtweisen von Chavez-Anhänger*innen und Chávez-Gegner*innen und zu einer zunehmenden Polarisierung (vgl. Tinker Salas 2015: 151f.). In der Opposition wurde zunehmend ein Bild Venezuelas am Rande des Kollapses verbreitet, das auch in US-Medien Wiederhall fand (vgl. ebd.: 152).

Im Zuge der Verabschiedung mehrerer Gesetze, die auch das Landrecht und die Regelung des Erdölsektors betrafen, wurden vermehrt Proteste der Opposition und Forderungen nach Chávez' Rücktritt laut. Im April 2002 rief die Opposition zu einem Generalstreik und zu Protestmärschen auf (vgl. Tinker Salas 2015: 153f.). Der darauffolgende Putsch dauerte vom 11.-13. April 2002. Falschnachrichten über einen angeblichen Rücktritt Chávez' und das dadurch vorgeblich entstandene Machtvakuum legitimierten daraufhin einen Putsch von Seiten der Opposition. Diese Fehlinformationen in Kombination mit einem Medien-*Shutdown*, der die Zirkulation wahrer Informationen zur Situation vermeiden sollte, konnten jedoch die Mobilisierung des *pueblo*, der chavistischen Basis, nicht verhindern (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 167f.; Fernandes 2010: 26; Tinker Salas 2015: 155-158). Teile des Militärs reagierten auf diese Mobilisierung des Volkes und stellten sich ebenfalls gegen den Putsch (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 170f.). Die organisierten Teile des *pueblo*, allen voran der *barrios*, sowie Teile des Militärs waren ausschlaggebend für die erfolgreiche Abwendung des Putsches, der nach drei Tagen abgebrochen wurde und Chávez wieder an die Macht brachte (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 175; Tinker Salas 2015: 155-158). Der Putsch von 2002 stellt somit einen weiteren konstituierenden Moment dar, weil er Chávez Position legitimierte und festigte, sowie den Bolivarianischen Prozess zunehmend radikalisierte (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 177).

4.2.2 Die verschiedenen Akteur*innen der chavistischen Basis

Wie im vorherigen Abschnitt erwähnt, waren all die verschiedenen Gruppen des venezolanischen *pueblo* in unterschiedlicher Weise und Intensität an Akten der Revolution beteiligt. Die Vielfalt dieser Akteur*innen, die das venezolanische *pueblo* konstituieren, und deren autonome Mobilisierung im Prozess der Bolivarianischen Revolution mündete, soll im Folgenden genauer erläutert werden.

Guerillas zur Zeit des Zwei-Parteien-Systems

Nachdem im Jahre 1958 der Diktator Marcos Pérez Jiménez gestürzt worden war, wurde in Venezuela eine Demokratie des Zwei-Parteien-Systems unter dem *Punto Fijo* Pakt zwischen den Parteien *Acción Democrática* (AD) und *Comité de Organización Política Electoral Independiente* (COPEI) etabliert (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 9f., 24f.; Tinker Salas 2015: 92ff.). Auch wenn diese nach außen hin ein Bild Venezuelas als Vorzeigedemokratie und

Musterbeispiel der Stabilität abgaben, so war sie innerlich von Korruption, gewaltsamer Unterdrückung und Marginalisierung der unteren Gesellschaftsschichten geprägt (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 12f.; Tinker Salas 2015: 100). Als Antwort auf diese repressive und nur formal existierende Demokratie, entwickelten sich zunächst im Laufe der 1950er und 1960er Jahre verschiedene neue Parteien, die sich dann teilweise in bewaffnete Guerilla-Bewegungen weiterentwickelten (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 10f.; 25-28; Tinker Salas 2015: 94ff.). Zunächst waren die Guerilla-Bewegungen vor allem in ländlichen Gebieten aktiv, und ab den 1970ern auch in den Städten. Doch sowohl der rurale, als auch der urbane Guerilla-Kampf erwies sich als wenig erfolgreich, da der Staat mit extremer Repression reagierte und den Bewegungen zudem der Rückhalt in der ländlichen und städtischen Bevölkerung fehlte (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 11f.; 30ff.; 36ff.; 44; Tinker Salas 2015: 96, 98f.). In den 1980er Jahren gründeten die Guerilla-Bewegungen in den städtischen, von Marginalisierung und Armut geprägten und von den Bewohner*innen selbst errichteten Wohngebieten, den *barrios*, (semi-)legale Organisationen, die weniger auf militärische Aktionen, sondern auf soziale Selbstorganisation ausgerichtet waren (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 63; Fernandes 2010: 18). Zudem entstanden in den *barrios*, auch unabhängig von den Guerillas, revolutionäre Organisationen und Widerstandsbewegungen, die vor allem sozio-kulturelle Arbeit, Selbstorganisation und Bekämpfung von Drogenhandel in den Fokus nahmen (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 72-77; Tinker Salas 2015: 132, 166f.).

Der Kampf von Indigenen und Afro-Venezolaner*innen⁹

Eine weitere wichtige Gruppe des *pueblo* sind Indigene und Afro-Venezolaner*innen. Beide Gruppen haben bereits seit der Kolonialzeit diverse Erfahrungen mit Marginalisierung durch den Staat und mit dagegen gerichtetem bewaffnetem Widerstand gemacht (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 148ff.). In früheren Widerstandskämpfen war vor allem die afro-venezolanische Bevölkerung durch ihre geographische Nähe zu den ländlichen Guerilla-Kämpfen mitverwickelt (vgl. ebd.: 153). Dennoch waren sowohl Afro-Venezolaner*innen als auch Indigene Teil des *pueblo*, das sich am Caracazo und dem Widerstand gegen den Coup 2002 beteiligte (vgl. ebd.: 158ff.). In den 1990er Jahren waren beide Gruppen in selbstorganisierten Netzwerken und Protesten aktiv, um auf ihre soziokulturellen und wirtschaftlichen Beiträge in der Gesellschaft hinzuweisen, ihre Territorien zu verteidigen oder ein alternatives Narrativ der venezolanischen Geschichte zu verbreiten (vgl. Tinker Salas 2015: 132f.). In

⁹ Venezolaner*innen mit aus Afrika stammenden Vorfahren

aktuelleren indigenen Kämpfen geht es vor allem um den Schutz der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen ihrer Territorien, sowie um ein alternatives, nachhaltiges ‚Entwicklungsmodell‘. So stellen sich diese Gruppen aktiv gegen extraktivistische Aktivitäten in ihren Territorien, also gegen das der Bolivarianischen Revolution zugrunde liegende Wirtschaftsmodell (vgl. Fernandes 2010: 241, 245).

Im 20. Jahrhundert wurde in Venezuela mit der Strategie der *mestizaje*¹⁰ von den Eliten die Einwanderung europäischer Migrant*innen gefördert, um somit einerseits die Bevölkerung „weißer“ zu machen, und andererseits kollektive Besitzformen und kommunales Eigentum von Indigenen und Afro-Venezolaner*innen zu enteignen. Aus der Tradition der *mestizaje* entstand die Vorstellung einer „*racial democracy*“ und, dass alle Einwohner*innen Venezuelas zu einem gewissen Grad Mestizen¹¹ seien, ein Argument, das noch heute Rassismus verschleiert (vgl. Angosto-Ferrández 2015: 80; Ciccariello-Maher 2013: 152f.; Smilde 2011: 25).

Feministische Bewegungen in Venezuela

Eine weitere wichtige Akteurinnengruppe des *pueblo* sind Frauen. Bereits in den Guerilla-Kämpfen der 1950er und 1960er Jahre beteiligten sich Frauen aktiv (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 39). Nach dem Abebben der Guerillas entstanden dann die eigentlichen feministischen Bewegungen in Venezuela, diese waren jedoch entlang der Kategorien Klasse und *Race* gespalten. Trotz ihrer Unterschiede gelang es den Frauenbewegungen Venezuelas, sich auf ein gemeinsames Vorantreiben des Klassenkampfes, als auch des Genderkampfes zu einigen, besonders bezüglich der Themen Armut und Ungleichheit. (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 128f.; Tinker Salas 2015: 133). Ab den 1970er und 1980er Jahren versuchten Frauenbewegungen zunehmend, sich mit dem restlichen *pueblo* und den Massen in den *barrios* zu verbinden (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 129f.).

Die Universitäten als Quelle der Revolution

Studierende bilden ein weiteres wichtiges Subjekt des venezolanischen *pueblo*, die sich durch ihre Vielzahl an Denkrichtungen charakterisieren, von liberal konservativ bis radikal kommunistisch (vgl. Ciccariello Maher 2013: 108f.). Zur Zeit der Guerilla-Bewegungen

¹⁰ „Vermischung“ von Indigen und Weißen Europäer*innen

¹¹ Personen, die sowohl Weiße (bzw. europäische) und indigene Vorfahren haben

schlossen sich einige radikalere Studierende den bewaffneten Kämpfen an (vgl. ebd.: 108ff.). Unter der Demokratie des *Punto Fijo* waren Studierendenmärsche und Streiks ein gängiges Mittel der politischen Aktivität, mit dem Ziel, den Universitätsapparat zu renovieren, partizipative Organisationsstrukturen zu errichten und die Universität als ideologischen Apparat in Frage zu stellen (vgl. ebd.: 110f.). Besonders die Student*innenaufstände 1960/61 und 1969/70 wurden vom Staat gewaltsam unterdrückt (vgl. Ciccariello Maher 2013: 112; Tinker Salas 2015: 99f.). Daraufhin folgten symbolische Reformen der Universitäten von Seiten des Staates, sowie eine zunehmende Etablierung privater, autonomer Universitäten. Dies hatte aber vielmehr eine subtile und langanhaltende „Reinigung“ der Universitäten zur Folge, indem ärmere Studierende sukzessive ausgeschlossen wurden, und sich zunehmend Studierende der Oberschicht in den Bildungseinrichtungen akkumulierten (vgl. Ciccariello Maher 2013: 112). Ein solcher Trend der Akkumulation von traditionellen Eliten der Mittel- und Oberschicht in den Universitäten ist auch heute noch beobachtbar, und Studierende der ärmeren Bevölkerungsschichten finden sich eher in den Parallelstrukturen des Bolivarianischen Universitätssystems, das unter Chávez gegründet wurde (vgl. Ciccariello Maher 2013: 115; 121f.; Tinker Salas 2015: 133, 196). Die Mobilisierungskapazität der Universitäten wurde durch diese zunehmende Konzentration von traditionellen Eliten in den Universitäten unter dem *Punto Fijo* Pakt stark eingeschränkt, doch gab es auch eine dynamische Interaktion zwischen radikaleren Studierenden und *barrios*, die im Konzept der „*desobediencia popular*“ Ausdruck fand, eine Mobilisierungsstrategie, die studentischen Radikalismus mit einer Basis in den *barrios* verband und zivilen und gewaltsamen Ungehorsam als gängiges Protestmittel etablierte (vgl. Ciccariello Maher 2013: 113).

Aktuell wird eine mangelnde Demokratie in privaten und autonomen Universitäten beklagt, die sich erfolgreich einer Reformierung unter Chávez entzogen und seit 2008 keine Rektors- oder Dekanatswahlen mehr durchgeführt haben. Diese Beschränkung der internen Demokratie breitet sich jedoch auch auf staatlich kontrollierte Universitäten aus, wie die Bolivarianische Universität Venezuelas, und Angestellte und Studierende haben keine Möglichkeit, durch Wahlen über akademische und administrative Führungskräfte mitzubestimmen. Ein Missstand, gegen den die Regierung bisher nicht vorgegangen ist, und die wichtigsten Universitäten Venezuelas seien somit noch immer unter oppositioneller Führung der traditionellen Eliten (vgl. López Sánchez 2017). In der aktuellen Krise schwindet sowohl die Anzahl an Studierenden, als auch an Dozent*innen und Angestellten drastisch (ein Rückgang der Studierenden von bis zu 90% wurde vermerkt). Diese emigrieren oder wenden sich

anderen Arbeitsstellen zu, weil sie sich das Studium nicht mehr leisten können. Öffentliche Universitäten werden seit Jahren nicht mehr ausreichend von der Regierung finanziert, sodass die venezolanischen Universitäten nicht mehr ihrer Funktion der Lehre und Forschung nachkommen können (vgl. López Sánchez 2021).

Arbeiter*innenkampf in Venezuela

Das Proletariat ist ein weiterer wichtiger Akteur des venezolanischen *pueblo*, auch wenn die formale Arbeiter*innenklasse in Venezuela nur etwa ein Viertel der arbeitstätigen Bevölkerung ausmacht (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 185). Da sich in Venezuela Arbeiter*innen-Organisationen zeitgleich mit den Parteien entwickelten, und nicht wie in Europa die Parteien aus diesen Bewegungen heraus entstanden, waren Arbeiter*innen-Bewegungen in Venezuela stets von Parteien, allen voran AD, beeinflusst (vgl. ebd.: 185). Dennoch war die Mobilisierung der Arbeiter*innen während des Caracazo von Bedeutung, sowie die Mobilisierung der Arbeiter*innen der Ölindustrie, die im Januar 2003 gegen den von der Opposition initiierten Öl *Shut-Down* vorgingen und in den Fabriken verweilten (vgl. ebd.: 181f.). Die Opposition hatte am 2. Dezember 2002 gemeinsam mit der Arbeitergewerkschaft CTV (*Confederación de Trabajadores de Venezuela*) eine landesweite Niederlegung der Arbeit erklärt, mit dem Ziel, vor allem die verstaatlichte Ölindustrie herunterzufahren und somit Regierungseinnahmen zu beschränken (vgl. Tinker Salas 2015: 158).

Bauern- und Bäuerinnenkämpfe und die Landfrage in Venezuela

Bauern und Bäuerinnen sind ein weiterer Bestandteil des *pueblo*. Venezuela ist seit Kolonialzeiten von einer extremen Ungleichheit bezüglich der Verteilung von Land betroffen, und das *Latifundio* als koloniales Erbe hat dazu geführt, dass sich noch bis Ende der 1990er Jahre der größte Anteil an Land in den Händen weniger Eliten konzentrierte (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 203f.). Die Landfrage ist somit ein entscheidender Punkt in den Kämpfen von Bäuerinnen und Bauern. In der Zeit des *Punto Fijo* kämpften Bauernorganisationen mit Landbesetzungen um ihre Rechte auf Land (vgl. ebd.: 205). Eine Landreform 1960 änderte kaum etwas an den Zuständen, und die Bauernbewegung wurde durch eine zunehmende Landflucht und Urbanisierung geschwächt (vgl. ebd.: 206f.). Durch die zunehmende Fixierung der venezolanischen Wirtschaft auf Erdöl seit Beginn des 20. Jahrhunderts, wurde der Agrarsektor immer mehr vernachlässigt, sodass Venezuela die Selbstsuffizienz für die Versorgung von Nahrungsmitteln verlor und zunehmend Nahrungsmittel importieren musste

(vgl. ebd.: 203). Eine unter Chávez initiierte Landreform 2001, die die Umverteilung von Land vorsah, wurde nur teilweise umgesetzt und konnte den lang andauernden, gewaltsamen Konflikt zwischen Bäuerinnen und Bauern und Landbesitzer*innen nicht beenden, sodass sich Bauernbewegungen weiterhin für ihre Rechte mobilisieren (vgl. ebd.: 208-212). Viele Bauern und Bäuerinnen, die in die Stadt migrierten, landeten in den *barrios* und fügten sich der Masse der informellen Arbeiter*innen an (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 204; 219; Fernandes 2010: 15).

Informelle Arbeiter*innen in den *barrios*

Diese informellen Arbeiter*innen, die in (semi-)legalen und illegalen Bereichen tätig sind und für ihre Erwerbstätigkeit oft zwischen Stadtzentrum und *barrios* zirkulieren, bilden die zahlenmäßig größte Gruppe der Erwerbstätigen in Venezuela (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 219; 223). Zudem spielt diese Bevölkerungsgruppe aufgrund ihrer hohen Mobilität eine wichtige Rolle in der Zirkulation von Informationen und ist daher für die Organisation spontaner Proteste ein wichtiger Akteur. So war auch diese Gruppe maßgeblich am Widerstand der Bevölkerung während des Caracazo und des Coup 2002 beteiligt und ist seit langem einer der Hauptakteure für radikale und militante Kämpfe (vgl. ebd.: 225). Unter der Repression der Zwei-Parteien-Demokratie des *Punto Fijo*-Pakts entstand vermehrt eine Selbstorganisation, Selbstverwaltung und bewaffnete Selbstverteidigung in den *barrios* der 1990er Jahre (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 76; Tinker Salas 2015: 132, 166f.). Diese informellen Arbeiter*innen sind entgegen des formellen Proletariats nicht in Gewerkschaften organisiert, sondern in Volksversammlungen, Räten und Netzwerken des alltäglichen Lebens in den *barrios*, und seit Chávez auch in kommunalen Räten (*Consejos Comunales*). Sie versuchen, unabhängige Beziehungen mit dem Staat aufzubauen (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 228; Fernandes 2010: 18; Tinker Salas 2015:166f.). Diese urbanen sozialen Bewegungen sind sehr heterogen und reichen von militanten Gruppierungen, bewaffneten Selbstverteidigungsmilizen, den sogenannten *colectivos*, über Organisationen, die mittels Massenmobilisierung und Versammlungen agieren, bis zu kulturellen Gruppierungen, die ihren Forderungen in Kunst, Musik und Tanz sowie Alltagspraktiken Ausdruck verleihen. Vereint sind sie in ihrem Bestreben, die dominante gesellschaftliche und kulturelle Ordnung in Frage zu stellen, und im Kampf gegen diskursive und strukturelle Marginalisierungsmechanismen (vgl. Ciccariello-Maher 2016: 68; Fernandes 2010: 18f., 25).

4.2.3 Das *pueblo* als konstituierende Kraft der Bolivarianischen Revolution

Die Ereignisse des Caracazo und des Putsches von 2002 zeigten laut Ciccariello-Maher (2013) die Wichtigkeit des *pueblo* und dessen Organisation und Mobilisierung für die Bolivarianische Revolution. Hierbei handele es sich nicht einfach nur um ein Projekt des charismatischen Anführers Chávez, das dem unwissenden Volk aufgezwungen wurde. Der Bolivarianische Prozess sei viel mehr als nur der Präsident, denn er entwickelte sich aus der Radikalisierung und Mobilisierung des *pueblo* und revolutionärer Bewegungen heraus. Es sei somit ein sich seit Jahrzehnten vor Chávez entwickelnder Prozess, und der Wahlsieg Chávez‘ sei nur ein Ergebnis vorheriger Kämpfe gewesen. (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 5ff., 234ff.; Fernandes 2010: 4f.; Velasco 2011: 181). Die Figur Chávez sollte daher nicht als Ursache, sondern vielmehr als Ergebnis, als Kreation der Bolivarianischen Revolution gesehen werden (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 14; 21).

Diese popularen¹² Sektoren und sozialen Bewegungen vertreten jedoch widersprüchliche und konkurrierende Visionen von Demokratie und Revolution, und ihre Kämpfe haben, wie bereits erläutert, eine individuelle, lange Historie, geprägt von wechselnden Loyalitäten und Taktiken, sowie internen Spaltungen, auch aufgrund regionaler und Gender-bedingter Ungleichheiten. Ihre Visionen von Demokratie sind so unterschiedlich wie die einzelnen Gruppierungen selbst (vgl. Fernandes 2010.: 255; Velasco 2011: 180f.). Gemein ist ihnen jedoch der Kampf um Autonomie und ihre von Konflikten, Verhandlungen und Aktivismus geprägte Beziehung zum Staat (vgl. Velasco 2011: 181). Es handelt sich also um eine heterogene Gruppe sozialer Bewegungen mit verschiedenen, teilweise widersprüchlichen Zielen, Prioritäten und Formen der Mobilisierung, sowie unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Positionen innerhalb der venezolanischen Gesellschaftsstrukturen (vgl. Angosto-Ferrández 2015: 2f.). Im Zuge der sich intensivierenden (linkspolitisch orientierten) Organisation des *pueblo* in Form von Graswurzelbewegungen und Gemeinschaftsorganisationen in den 1990er Jahren, mobilisierten sich diese diversen Basisbewegungen jedoch zu Chávez Wahlkampagne 1998 unter einem gemeinsamen Ziel und führten schließlich zu Chávez‘ Wahlsieg (vgl. Angosto-Ferrández 2015: 9; Tinker Salas 2015: 164). Der Zugang zur staatlichen Macht durch den Wahlsieg 1998 wirkte für die Basisbewegungen wie ein Katalysator: fragmentierte einzelne Bewegungen konsolidierten sich in einem national-popularen Block und konnten vereint eine größere Kraft entfalten (vgl. Angosto-Ferrández 2015: 238). Dieser

¹² „popular“ wird hier als Adjektiv von *pueblo* abgeleitet. Es wurde aufgrund unterschiedlicher Bedeutungsnuancen bewusst auf die Nutzung des deutschen Adjektivs „populär“ verzichtet.

nach Chávez Wahlsieg unter einer politischen Identität als *pueblo* konsolidierte Block wurde durch weitere Mobilisierungsprozesse aufrechterhalten, die vom Staat in Form von diskursiver und finanzieller Unterstützung gefördert wurden, was die populare Macht weiter vertiefte (vgl. Angosto-Ferrández 2015: 19f.; Ciccariello-Maher 2013: 236f.). Die Bolivarianische Revolution hat soziale Bewegungen somit zum einen gefördert und dadurch auch geformt, wurde zum anderen aber durch diese sozialen Bewegungen und ihre multiplen Formen kollektiver Handlungen bedingt (vgl. Angosto-Ferrández 2015: 1). Die Beziehung zwischen Staat und sozialen Bewegungen ist somit reziprok, sie beeinflussen und konstituieren sich gegenseitig in einer konfliktiven und produktiven Dynamik gegenseitiger Allianzen, Konflikte und Ermächtigung (vgl. Angosto-Ferrández 2015: 16, 19; Fernandes 2010: 5) Die konfliktiven und dynamischen Prozesse der sozialen Mobilisierung wurden in den Staat inkorporiert, und Synergien zwischen Staat und populärer Macht sind entstanden (vgl. Angosto-Ferrández 2015: 20f.). Soziale Bewegungen sollten jedoch weder als vom Staat absorbiert, noch als dem Staat gegenüberstehend angesehen werden, sondern zeichnen sich durch ihre strategische Ambiguität aus. Sie identifizieren sich zwar als Teil des Staates, um neue Formen des Zugangs und der Inklusion voranzubringen, bemühen sich aber um Autonomie, um, falls nötig, trotzdem Druck auf den Staat ausüben zu können (vgl. Fernandes 2010.: 28).

Obwohl unter Chávez eine bedeutend anti-neoliberale ökonomische Politik verfolgt wurde, ist Venezuela, durch die fortgeführte Integration in den globalen Markt, in gewissem Maße weiterhin dessen neoliberaler Rationalität und Realität verhaftet, was zu einer Inkohärenz zwischen dem nationalen politischen Diskurs und einigen tatsächlichen polit-ökonomischen Realitäten führt. Dies erzeugt Spannungen zwischen *barrio* basierten sozialen Bewegungen und dem Staat und seinen Vertreter*innen, da diese mit widersprüchlichen Realitäten und instrumentellen Logiken der staatlichen Verwaltungsapparate konfrontiert sind (vgl. Fernandes 2010: 2f.). Venezuela unter Chávez könne laut Fernandes (2010) somit als hybrides System gesehen werden, charakterisiert durch eine Mischung aus anti-neoliberalen Politiken und fortbestehenden neoliberalen Institutionen, Praktiken und Denkweisen, was widersprüchliche, koexistierende staatliche Denkweisen und Politiken bewirkt, die zu neuen Formen der Exklusion von Graswurzelbewegungen und dadurch auch zur Mobilisierung gegen staatliche Handlungen führen (vgl. ebd.: 2, 19).

Die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft müsse laut Fernandes (2010: 5) folglich als reziprok angesehen werden: Chávez habe der Mobilisierung des *pueblo* neuen Schwung und

Einigkeit verliehen, die verschiedenen sozialen Bewegungen hätten aber auch Form und Inhalt offizieller Politiken mitbestimmt (vgl. ebd.: 5). Zudem wird angemerkt, dass Befürworter*innen des Chavismus entgegen gängiger Mediendarstellungen keine unwissende und leicht manipulierbare Masse sind, die Chávez als mystifizierter Führungsfigur blindlings folgt, sondern dass es sich in den meisten Fällen um rationale Akteur*innen handelt, die Chávez aufgrund der ihnen zukommenden rechtlichen, materiellen, als auch partizipativen Vorteile unterstützten, gleichzeitig der Regierung aber auch kritisch gegenüberstünden (vgl. Lupien 2015: 337ff.; Tinker Salas 2015: 163f.). So wurden Chávez und seine Regierung nicht von der gesamten chavistischen Basis durchweg positiv gesehen. Zustände, die sehr dem System vor der Bolivarianischen Revolution ähneln, wie bspw. Korruption, eine zunehmende Bürokratisierung, eine gewaltsame Polizei und korrupte Opportunisten in der Regierung, werden auch unter der chavistischen Basis deutlich kritisiert. Zudem besteht die Bereitschaft, wenn nötig, auch ohne oder gegen die Regierung die Revolution weiter voranzubringen (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 5; 84).

Inwieweit die aktuelle Regierung Maduros noch Rückhalt in der chavistischen Basis hat ist fraglich. Angesichts der krisenhaften Lage, die vor allem die unteren Sektoren der Gesellschaft, also weite Teile des *pueblo*, betrifft und ihre Lebenslage maßgeblich verschlechtert, kann eine zunehmende Kritik an der Regierung vermutet werden. Hetland (2018: 153ff.) stellte in jedem Fall eine zunehmende Distanzierung zwischen Regierung und chavistischer Basis, sowie zunehmende Sorgen in Bezug auf Freiheitsrechte und politische Partizipation fest.

4.2.4 Die zwei Regierungsphasen unter Chávez

Die ersten Jahre unter Chávez, von 1999 bis 2003, waren zunächst noch von relativ moderaten Politikmaßnahmen, wenigen sozialen Reformen, wirtschaftlicher Stagnation aufgrund relativ geringer Ölpreise und starkem Widerstand der Opposition geprägt. Dieser fand vor allem Ausdruck im Putschversuch gegen Chávez im April 2002, sowie dem von der Opposition initiierten Ölstreik von 2002-2003, einem gescheiterten Referendum zur Absetzung des Präsidenten 2004 und dem Boykott der Parlamentswahlen 2005. Die USA unterstützen die venezolanische Opposition hierbei rhetorisch, finanziell und logistisch, verzichteten aber auf eine militärische Intervention (vgl. Hetland 2018: 145). In dieser zunächst relativ moderaten ersten Phase von 1999 bis 2003 erfuhr die Regierung Chávez, angesichts der intensiven Opposition durch traditionelle Eliten, eine zunehmende Radikalisierung und Militarisierung,

zudem kam es zu einer sich verstärkenden Klassenspaltung zwischen ärmeren Chávez-Anhänger*innen und wohlhabenderen Chávez-Gegner*innen (vgl. Briceño-Ruiz 2019: 183; Hetland 2018: 145).

In der Regierungsphase zwischen 2004 und 2013, gestützt von starkem Wirtschaftswachstum dank hoher Ölpreise, setzte eine Periode sozialer und politischer Transformation ein, die darauf abzielte, eine radikal partizipative Demokratie, sowie eine inklusivere Gesellschaft zu etablieren (vgl. Bull/Rosales 2020a: 4; Global Health Watch 2015: 349; Hetland 2018: 143; Scalet/Schmidt 2020: 5). In der neuen Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela von 1999 wurden explizit Rechte, wie das Recht auf Gesundheit oder Rechte der Natur, verankert und ausdrücklich auf die Verantwortung des Staates, diese zu garantieren und zu finanzieren, hingewiesen (vgl. Global Health Watch 2015: 60, 349). Auch wenn diese Verfassung von 1999 eine der fortschrittlichsten Verfassungen weltweit darstellt, so ergaben sich in der Umsetzung und Implementierung Grenzen. Die traditionelle politische Kultur Venezuelas, mit ihrer erdrückenden und unbeweglichen Regierungsbürokratie, folgte weiterhin alten Normen der Korruption und Vetternwirtschaft. Des Weiteren erschwerten die fehlende Erfahrung vieler Regierungsangestellten, die sich zum ersten Mal in Regierungs- oder anderen öffentlichen Positionen befanden, sowie der häufige Personalwechsel in Ministerien die erfolgreiche Umsetzung der Verfassung (vgl. Tinker Salas 2015: 139).

Ein umfangreiches Sozialsystem wurde angestrebt, das kostenfrei, fair, universell und partizipativ gestaltet sein sollte. Soziale Reformen wurden integrativ und auf lokaler Ebene gestaltet, sodass es sogenannte *Misiones* in vielen verschiedenen Bereichen gab, darunter Gesundheit, Bildung, Nahrung, Arbeit, Wohnraum und Umwelt (vgl. Global Health Watch 2015: 349f.; Tinker Salas 2015: 192-200). Soziale Reformen unter Chávez „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ hatten für viele Venezolaner*innen verbesserte Lebensbedingungen geschaffen (vgl. Tinker Salas 2015: 192-200). Armut, Ungleichheitsraten und Arbeitslosigkeit fielen und Gesundheitsindikatoren, wie Kinder- und Müttersterblichkeit sowie Unterernährung, verbesserten sich ebenfalls (vgl. Global Health Watch 2015: 352f.). Soziale Ausgaben betragen im Jahr 2000 28% des BIP und stiegen auf 40% des BIP im Jahr 2013 (vgl. Page et al. 2019: 1254). Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) bestätigte im Jahr 2013, dass Venezuela bereits das erste Millenniums-Entwicklungsziel (MDG), die Bekämpfung extremer Armut und Hungers, erreicht hätte (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 4).

Auch wenn seit Chávez Wiederwahl im Jahr 2006 vermehrt Zweifel über die Qualität der Demokratie des *Chavismo* laut wurden, als zunehmend Wahlunregelmäßigkeiten und eine Einschränkung der Medien und Institutionen in ihrer Autonomie von der Opposition beklagt wurden (vgl. Bull/Rosales 2020a: 4), erfuhr die Regierung unter Chávez dennoch in der Phase von 2004 bis 2013 weitreichende Unterstützung durch die Bevölkerung, besonders von Unter- und Mittelschicht und marginalisierteren Gruppen, die am meisten von Chávez Sozialpolitik profitierten. Während dieser Phase wurden Fortschritte hin zu einer partizipativen Demokratie gemacht, und sozialistische und chavistische Ideen wurden im gramscianischen¹³ Sinne hegemonial, da sie im Alltagsverstand und in den politischen „Spielregeln“ etabliert waren (vgl. Hetland 2018: 147-150).

Kritiker*innen sehen vor allem in der zweiten Regierungsphase Chávez‘ eine zunehmende Militarisierung und ein wachsendes politisches Ungleichgewicht, hervorgerufen durch einen zunehmenden Abbau der liberal demokratischen Institutionen und der Gewaltenteilung (vgl. Briceño-Ruiz 2019: 183; López Maya 2014: 69). Das hierbei entstandene System habe Charakteristiken eines autoritären Populismus, der später in einem „hegemonialen Autoritarismus“ mündete (vgl. Alfaro Pareja 2020: 22f.). Laut Ernesto Laclau (2005 zit. nach López Maya 2014: 69) ist Populismus¹⁴ eine Art der Politikführung, die auf einem aggressiven und polarisierenden Diskurs basiert, der die Gesellschaft in „das Volk“ (die guten, armen, unterdrückten Leute) und „die Oligarchie“ (die schlechte, machthabende Elite) spaltet und zudem auf einer charismatischen Führerfigur basiert, die über Gesetze und Institutionen hinweg direkten Kontakt mit dem Volk aufnimmt. Hierin lägen einerseits großes Mobilisierungspotential und Chancen für direkte Demokratie, über den Lauf der Zeit bestehe jedoch die Gefahr, dass vermittelnde Institutionen und Formen politischer Repräsentation geschwächt würden, was die Bedingungen für Autoritarismus und Anomie schaffe (vgl. López Maya 2014: 69; Posner 2021: 303). Anomie ist eine Situation, in der soziale Normen nicht mehr befolgt werden, was die Bedingungen für politische Instabilität, Anarchie, Gesetzlosigkeit und soziopolitische Gewalt schaffe (vgl. López Maya 2014: 69). Die chavistische Regierung

¹³ Im Sinne des Hegemoniekonzeptes nach Antonio Gramsci

¹⁴ Auch wenn der Begriff Populismus und seine Definition in der wissenschaftlichen Debatte umstritten ist, verwende ich ihn dennoch unter der hier genannten Definition nach Laclau, da der Chavismus von Kritiker*innen als eine Art des Populismus bezeichnet wird, und ich dementsprechend die von diesem akademischen Strang verwendeten Begrifflichkeiten benutze. Die Definition nach Laclau scheint mir für den Fall Venezuelas passend, da in der Literatur durchaus die von Laclau benannten Merkmale eines „Populismus“ im Chavismus kritisiert werden, wie dem folgenden Forschungsstand entnommen werden kann.

habe mit einer populistischen Rhetorik und sozialistischen Staatsideologie, welche Institutionen der politischen Repräsentation, institutionelle Vermittlung und Staatsautonomie, sowie die Kontrollinstitutionen der Exekutive ablehne, die repräsentative Demokratie in Venezuela delegitimiert und zersetzt. Dies hätte eine Anti-Politik Kultur und einen Kult um die Person von Chávez kreiert, der über verschiedene Wege erfolgreich direkte Beziehungen mit seinen Anhänger*innen aufgebaut habe (vgl. López Maya 2014: 69f.; Tinker Salas 2015: 168f.) und somit ein Beispiel für lateinamerikanischen Populismus sei (vgl. López Maya 2014: 69f.).

Zudem seien unter dem Chavismus Wahlunregelmäßigkeiten immer häufiger geworden und dadurch ein schleichender Prozess des Abbaus der Demokratie und der Etablierung eines Autoritarismus von Statten gegangen. Manche Unregelmäßigkeiten seien in nur einer Wahl vorgekommen, andere hätten sich dauerhaft etabliert und seien dann auch nie korrigiert worden, sodass bis zu Chávez Tod 2013 das Wahlsystem voller Unregelmäßigkeiten gewesen sei (Corrales 2020: 60). Zudem habe die Regierung bei Wahlniederlagen stets Maßnahmen ergriffen, welche die Auswirkungen der Wahlniederlagen schmälerten, weshalb deren Verfassungskonformität fragwürdig sei (Hetland 2018: 146). Unter Chávez habe sich so ein „hybrides“ System etabliert, das sowohl Elemente der repräsentativen und der illiberalen Demokratie, als auch des Autoritarismus miteinander kombiniere, sodass ein Staat entstehe, der weder demokratisch noch diktatorisch sei (vgl. Alfaro Pareja 2020: 23). Solch „hybride“ Regime zeichnen sich durch die folgenden Charakteristika aus: Wahlen sind von Unregelmäßigkeiten betroffen, Druck wird auf Oppositionsparteien und Journalist*innen ausgeübt, Defizite existieren in Regierungsfunktionen und politischer Teilhabe, Korruption ist weitverbreitet, der Rechtsstaat ist schwach und die Justiz nicht unabhängig (vgl. ebd.: 24).

Auch in den *Misiones* sehen Kritiker*innen einen Mechanismus, der zur Zerstörung von Institutionen beigetragen habe, da sich die *Misiones* parallel zu bereits existierenden staatlichen Strukturen entwickelt hatten. Dies habe die Kultur paternalistischer und teilweise korrupter Schirmherrschaft der Vergangenheit wieder verstärkt und hätte das Potential für eine wirkliche Emanzipation zivilgesellschaftlicher, nachbarschaftlicher und kommunaler sozialer Organisationen vereitelt (vgl. Fernandes 2020: 239; López Maya 2014: 70f.). Zudem seien die *Misiones* gezielt als politisches Instrument eingesetzt worden, um ökonomische und politische Kontrolle über marginalisierte Gruppen zu erhalten und die Loyalität der Wähler zu sichern (vgl. Posner 2021: 311f.).

Der von Chávez verfolgte Populismus könne laut López Maya (2018) als Basis für die Etablierung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gesehen werden, der im Laufe der Zeit die Institutionen der liberalen, repräsentativen Demokratie zerstört und somit auch die Grundlage für Korruption im Staatsapparat geschaffen hätte (vgl. López Maya 2018: 67). Posner (2021: 299f.) hingegen sieht die Ideale des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, darunter partizipative Demokratie und politische Emanzipation der Bürger*innen, als nicht vereinbar und sogar als konträr zum Populismus unter Chávez. Die Regierung habe die Rhetorik der partizipativen Demokratie nur genutzt, um stattdessen eine populistische und zunehmend autoritäre Regierung zu etablieren und zivilgesellschaftliche Forderungen durch institutionalisierte Kanäle (wie die *Consejos Comunales*) zu kontrollieren. Der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ sei somit niemals umgesetzt worden, denn er hätte ursprünglich, so wie linkspolitisch orientierte Programme im Allgemeinen, die Umverteilung von Reichtum, soziale Gerechtigkeit und Autonomie und politische Partizipation unterprivilegierter Gruppen zum Ziel, wohingegen Populismus ein *top-down* Ansatz der politischen Massenmobilisierung durch personalistische Führungspersonen im Kampf „für das Volk“ und gegen alteingesessene Eliten sei (vgl. ebd.: 301).

Die *Comunas* und direktdemokratische Selbstverwaltung in Venezuela

Die zweite, radikalere Regierungsphase von Chávez führte in darauffolgenden Jahren zu Experimenten in radikaler, direkter Demokratie, und neue Institutionen der Selbstregierung, die *Comunas* (Kommunen), wurden gegründet (vgl. Ciccariello-Maher 2016: 7ff.). Doch die Basis für diese direkte Demokratie habe weit vor Chávez Wahlsieg existiert und sei vom revolutionären *pueblo*, allen voran den Bewohner*innen der *barrios*, durch Nachbarschaftsversammlungen gelegt worden (vgl. ebd.: 9). Diese partizipativen Graswurzelversammlungen dienten als Prototyp für die von Chávez per Gesetz 2006 initiierten Gemeinschaftsräte (*Consejos Comunales*), die als offiziell anerkannte Institutionen der direkten demokratischen Selbstverwaltung auf lokaler Ebene dienen sollten (vgl. Ciccariello-Maher 2016: 9, 11-15; Tinker Salas 2015: 166ff.). Mehrere Kommunalräte wurden dann per Gesetz 2010 in sogenannten *Comunas* (Kommunen) zusammengefasst, um größere selbstregierte Gebiete und die Räte zu vereinen (vgl. Ciccariello-Maher 2016: 16). Genau wie der gesamte Bolivarianische Prozess, seien die Kommunalräte und *Comunas* laut Befürworter*innen nicht von oben herab gegründet worden, vielmehr sei eine bereits zuvor entstandene Form der Selbstorganisation in Gesetzen schließlich legitimiert und institutionalisiert worden (vgl. ebd.: 12).

Kritiker*innen sehen in der Etablierung des kommunalen Staates jedoch einen Bruch mit der Verfassung von 1999. Denn um den kommunalen Staat umzusetzen, waren Anpassungen der Verfassung nötig, die jedoch in einer Volksabstimmung abgelehnt wurden. Durch neue Gesetze und spezielle Verordnungen konnte dennoch eine Reform der existierenden Gesetze vorgenommen und die gesetzlichen Bedingungen für einen kommunalen Staat geschaffen werden, der parallel zu dem in der Verfassung von 1999 etablierten Staat entstand (vgl. Alfaro Pareja 2020: 24; López Maya 2014: 71f.). Dieser neue kommunale Staat sei nicht an den liberalen konzeptionellen Rahmen des individuellen Wahlrechts gebunden, es existierten in diesem Staat auch kein politisches Gegengewicht zum Staat oder politische Parteien und das individuelle, freie und geheime Wahlrecht sei beschnitten (vgl. López Maya 2014: 72). Der kommunale Staat sei hierarchisch, vertikal und politisch zentralisiert organisiert, und die Gemeinschaftsorganisationen seien direkt vom Präsidenten abhängig. Somit seien die Kommunalräte oder Kommunen keine autonomen sozialen Organisationen, sondern vielmehr Teil des Staates und der Regierung und von dieser direkt kontrolliert (vgl. López Maya 2014: 73; Posner 2021: 301). Die *Consejos Comunales* und *Comunas* hätten somit laut Posner (2021) wenig mit ihrem eigentlichen Ziel einer partizipativen und direkten Demokratie zu tun und hätten daher auch kein dezentralisiertes, demokratisiertes *Empowerment* für die Bevölkerung gebracht, sondern waren und sind vielmehr geprägt von Fragmentierung, Politisierung, Korruption, Klientelismus, einer *top-down* zentralisierten Kontrolle durch die nationale Exekutive, sowie ökonomischer Abhängigkeit von dieser. Partizipative Demokratie sei somit unter dem Populismus Chávez' vielmehr geschwächt als gestärkt worden, da zivilgesellschaftliche Bewegungen in den Strukturen der *Consejos Comunales* kooptiert worden seien (vgl. Posner 2021: 301; 304; 309f.). Hierin ähnele es sehr dem hoch zentralisierten System unter dem *Punto Fijo* Pakt, das bis 1989 vorherrschte, und widerspräche der in der Verfassung festgesetzten Kombination von repräsentativer und direkter Demokratie (vgl. López Maya 2014.: 72f.).

4.3 Schwächen und Grenzen des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“

Trotz der Erfolge der sozialen Reformen unter Chávez waren diese nicht ohne Schwächen und Widerstand. Obwohl unter Chávez viele Bereiche der Wirtschaft, wie Gesundheit, Bildung und soziale Dienstleistungen dekommodifiziert und die Ölindustrie nationalisiert wurde, sind dennoch die meisten staatlichen Unternehmen nicht sozialistisch geführt, zu-

mindest nicht in dem Sinne, dass eine demokratische Arbeiter*innen-Gemeinschaft die Kontrolle über die Produktion hat. Stattdessen dominiert in Venezuela die Verstaatlichung, d.h. dass Staatsangestellte die Entscheidungsmacht haben. Somit sei Venezuelas Wirtschaft unter Chávez nicht gänzlich sozialisiert worden, sondern sozialistische, verstaatlichte und kapitalistische Strukturen existierten in relativem Chaos parallel zueinander, ohne dass es einen konkreten Plan für eine komplette Sozialisierung der Wirtschaft oder eine effiziente Kombination der drei verschiedenen Wirtschaftsformen gegeben hätte oder gäbe, was als wichtiger Faktor für die aktuelle Krise gesehen wird (vgl. Hetland 2018: 149f.).

Versuche, das venezolanische Sozialsystem zu transformieren, trafen auf Widerstand traditioneller Institutionen des bisherigen Sozialsystems, die Interesse daran hatten, den Status Quo eines segmentierten Sozialsystems, in dem der private Sektor Profit aus Sozialleistungen schlagen konnte, beizubehalten (vgl. Global Health Watch 2015: 63f.; Tinker Salas 2015: 194f.). Daher gelang es nicht, ein einziges, universelles Sozialsystem zu errichten. Stattdessen blieben die *Misiones* als Parallelstrukturen zu bereits bestehenden (privaten), von Ungleichheit in Bezug auf Zugang zu und Qualität von sozialen Dienstleistungen geprägten Strukturen erhalten (vgl. Global Health Watch 2015: 63f.). Das Bestehen paralleler Strukturen mit gleichen oder ähnlichen Funktionen führt zu erhöhten Ausgaben und beeinträchtigt ein effektives Ressourcenmanagement (vgl. López Maya 2014: 77). Zudem seien die *Misiones* vor allem während Wahlkampagnen gefördert und zwischen Wahlkampagnen zunehmend vernachlässigt worden, was deren Effizienz negativ beeinträchtigte (vgl. ebd.: 76). Der revolutionäre Charakter des *Chavismo* habe zudem eine Improvisationslogik in die Regierungsführung eingeführt, die auf provisorischen Handlungen und Notfallmaßnahmen basiere und zu erhöhter Ineffizienz der Regierung führe. Diese provisorische Natur und Ineffizienz der Regierungsführung habe über die Jahre zu großen Defiziten in den öffentlichen Dienstleistungen geführt, was teilweise die soziale Krise und Proteste gegen die Regierung erkläre (vgl. ebd.: 77).

Eine weitere, wichtige Schwachstelle der Sozialreformen des Chavismus war die Tatsache, dass diese hauptsächlich durch Erdöleinkommen finanziert wurden (vgl. Page et al. 2019: 1254). Sozialausgaben, wie auch alle anderen Staatsausgaben, waren damit untrennbar mit dem Erdölsektor und der Preisvolatilität dieses Sektors verbunden, was nachhaltigen Fortschritt im Sozialsystem vereitelte. Während des Erdölbooms (bis 2014) hatte es die Regierung Chávez versäumt, eine strukturelle Transformation der nationalen Ökonomie anzusto-

ßen. Aufgrund hoher Erdölpreise und gesteigerter Extraktion konnten die ambitionierten Sozialprogramme finanziert werden, ohne dass existierende ökonomische Strukturen diversifiziert werden mussten (vgl. Bull/Rosales 2020a: 6f.; López Maya 2014: 76; Scalet/Schmidt 2020: 6). Das nationale Budget war, und ist noch immer, hauptsächlich durch Erdöleinkommen finanziert, was Venezuela zu einem Musterbeispiel des Neoextraktivismus macht (vgl. Peters 2019a: 142, 148; Scalet/Schmidt 2020: 6). Kritiker*innen beklagen dementsprechend, dass die Bolivarianische Revolution unter Chávez, anstatt einen nachhaltigen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu vollziehen, lediglich die bestehende Rentenökonomie und Venezuelas extreme Abhängigkeit vom Erdöl nur verstärkt hätte (vgl. López Maya 2014: 73; Roedel/Theije 2020: 9).

Unter Maduro erlebt Venezuela zunehmende Autokratisierungstendenzen. Auch wenn bereits unter Chávez Kritik an autoritären Tendenzen laut wurde, so hielt die Regierung zumindest bis 2015 demokratische Mindestanforderungen, wie die Abhaltung geplanter Wahlen und die Anerkennung oppositioneller Wahlsiege, aufrecht. Seit 2016 haben mehrere Ereignisse jedoch wenig Zweifel an einer zunehmenden Autokratisierung der Regierung unter Maduro gelassen (vgl. Alfaro Pareja 2020: 24; Hetland 2018: 55; Marsteintredet 2020: 90).

4.4 Politische Koalitionen in Venezuela

Neben dem *pueblo* sind selbstverständlich die Regierungs- und Oppositionskoalitionen wichtige Akteur*innen im politischen Prozess in Venezuela. Laut Alfaro Pareja (2020: 22) müssten die verschiedenen Parteien im politischen Konflikt nicht als feste Strukturen, sondern als sich wandelnde Gruppierungen mit sich verschiebenden Machtzentren gesehen werden. So seien Verschiebungen von Akteur*innen sowohl innerhalb der Koalitionen, als auch zwischen den sich gegenüberstehenden Koalitionen häufig. In beiden Koalitionen seien sowohl radikalere als auch moderate Fraktionen anzutreffen. Alfaro Pareja (2020: 25) unterscheidet zwischen der Regierungskoalition, mit einer illiberalen revolutionären Tendenz mit Chávez und später Maduro an der Spitze, und der oppositionellen Koalition, mit liberal demokratischer Tendenz und wechselnden Führungspersonen, zuletzt unter Juan Guaidó.

Im Jahr 1999 bestand die Koalition der Bolivarianischen Revolution, also die Regierungskoalition, noch aus verschiedenen Parteien mit unterschiedlichen Orientierungen und Gruppierungen, doch der linksradikale und militärische Sektor setzte sich im Laufe der Zeit unter der Führung Chávez durch und moderatere Gruppen wurden verdrängt. 2006 nannte sich die dominierende Partei der Koalition dann um in *Partido Socialista Unido de Venezuela*

(PSUV). Mit dem Tod Chávez als Führer der Koalition hätten die einzelnen Gruppierungen und Fraktionen jedoch wieder mehr Autonomie erlangt (vgl. Alfaro Pareja 2020: 27f.). Der unter Maduro entstandene “*Madurismo*” schein durch eine fortschreitende Distanzierung gegenüber dem *Chavismo* charakterisiert zu sein, sodass inzwischen das Überleben des Regimes über die Fähigkeit zu regieren gestellt würde. Daher gäbe es einen Sektor der Koalition, der sich zunehmend löst, sei es aufgrund nicht vereinbarer Wertvorstellungen, schlechter Führung unter Maduro oder interner Interessenskonflikte, und als dissidenter Chavismus bezeichnet wird (vgl. ebd.: 31). Diese Koalition wird von der Masse marginalisierter und von den Privilegien einer formellen Staatsbürgerschaft exkludierter Bürger*innen getragen und besteht zudem aus einer neu entstehenden politischen, chavistischen Elite an Staatsangestellten, sowie Mitgliedern chavistischer Basisgruppierungen, die von der Regierung unterstützt werden (vgl. Smilde 9f.).

Die Opposition setzt sich seit Beginn der Bolivarianischen Revolution aus vielen verschiedenen Gruppen unterschiedlicher Ideologien zusammen, die vor allem in ihrer Opposition zum Chavismus und im Kampf um eine liberal repräsentative Demokratie vereint seien. Aufgrund der Schwächung der traditionellen Parteien zu Beginn des Millenniums, vereinten sich verschiedene Sektoren der Gesellschaft in einer Koalition, darunter politische Parteien, welche den moderaten Sektor der Koalition ausmachten, aber auch Akteure der Wirtschaft, wie die venezolanische Handelskammer (*Fedecámaras*), der venezolanische Arbeiterverband (*Confederación de Trabajadores de Venezuela*), Gewerkschaften der Ölindustrie und einige Medien, welche den radikaleren Sektor der Opposition ausmachten (vgl. Alfaro Pareja 2020: 28f.). Die Basis der venezolanischen Opposition gegen den Chavismus setzt sich laut Scalet und Schmidt (2020) somit aus der wirtschaftlichen Elite, Unternehmer*innen, Staatsangestellten und formell Beschäftigten der Erdölindustrie der IV Republik zusammen. Ihr Diskurs werde damals wie heute in breiten Teilen von einem rassistisch begründeten Misstrauen gegenüber der marginalisierten Bevölkerungsmehrheit und dem daraus resultierenden Anzweifeln ihrer Fähigkeit zu einer politischen Teilhabe und Orientierung an westlichen, modernistischen, konsumistischen Modellen, besonders jenem der USA, dominiert (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 13f.). Unterstützt wird diese Koalition von jenen, die traditionell einen gefestigten Platz in der Gesellschaft genossen, darunter traditionell konservative Sektoren, wie die Katholische Kirche, Handel und Industrie, aber auch eine reformierte Linke, akademische und Medieninstitutionen und die organisierte Facharbeiter*innenschaft (vgl. Smilde 2011: 10).

Seit 2004 befindet sich die Oppositionskoalition laut Alfaro Pareja (2020) in einem strategischen Dilemma, sodass sie sich auf Drängen der radikaleren Gruppierungen zunächst von den Parlamentswahlen zurückzog, was zu einer komplett chavistisch besetzten Legislative von 2006-2011 führte, sich dann aber auf Druck der moderateren Gruppierungen wieder dazu entschied, an den Präsidentschaftswahlen 2006 teilzunehmen (vgl. ebd.: 28f.). 2009 wurde die *Mesa de la Unidad Democrática* (MUD) als Oppositionskoalition gegründet, die jedoch diesmal nur aus politischen Parteien verschiedenster ideologischer Orientierungen bestand. Eine zunehmende Ausrichtung auf den verfassungskonformen Weg, um über Wahlen an die Macht zu kommen, führte schließlich dazu, dass die Oppositionskoalition 2015 die Mehrheit im Parlament, der *Asamblea Nacional* (AN), gewann. Aufgrund mangelnder Koordination und einer fehlenden strategischen Vision habe die MUD aber zunehmend an Stärke und Effektivität verloren. Mit der Disqualifikation und Verfolgung von Parteiführungskräften und dem Verbot von Parteien der Opposition wurde die MUD dann von einer neuen Koalition, der *Frente Amplio Venezuela Libre* (FAVL), abgelöst. Diese Koalition leitete einen Kurswechsel ein und verbindet nicht nur erneut politische Parteien mit der Zivilgesellschaft, sondern auch dissidente Mitglieder des Chavismus. Ihr Ziel ist es, eine Einheit auf nationaler Ebene zu bilden, welche die Ordnung der Verfassung von 1999 wiederherstellen und eine demokratische Transition erreichen soll. Seit der Autoproklamation Guaidós hat sich die FAVL hinter ihn als Führungsperson gestellt (vgl. ebd.: 29f.). Die FAVL besteht aus einem kleinen sehr moderaten Block, einer größeren gemäßigten und einer kleineren radikaleren Fraktion, die sich auch für einen gewaltsamen Regimewandel ausspricht (vgl. ebd.: 31).

Carey (2019) beobachtet die zunehmende politische Polarisierung zwischen den beiden Koalitionen und ihren Anhänger*innen unter dem Gesichtspunkt der sowohl in Venezuela, als auch weltweit erlebten Zunahme an Verschwörungstheorien in politischen Diskursen. Der Glaube an Verschwörungstheorien sei weit verbreitet in Venezuela, sodass sowohl die Regierungskoalition, als auch die Opposition sich dies zu Nutzen machten. Theorien über die jeweils gegnerische Fraktion würden bewusst verbreitet, um diese zu diskreditieren, zu dämonisieren und seitens der Regierung auch Oppositionspolitiker*innen aufgrund verschwörungsbasierter Vorwürfe zu inhaftieren. Die krisenhafte Lage im Land begünstige eine manichäische¹⁵ und fatalistische Weltsicht, was wiederum den Glauben an Verschwörungstheorien erhöhe. So sei ein politisches Umfeld entstanden, in dem dämonisierte Darstellungen

¹⁵ Eine dualistische Einteilung der Welt in Gut und Böse

des jeweiligen politischen Gegners verbreitet und polarisierte Wahrnehmungen in der Gesellschaft über die jeweilige Koalition verstärkt würden (Carey 2019: 446f., 453f.).

Aktuell leidet Venezuela unter der stärksten Wirtschaftskrise seiner Geschichtsschreibung, die sich in einer explosionsartigen Inflationsrate, schrumpfender Produktion, fallenden Erdölexporten und daraus resultierenden verringerten Staatseinnahmen, Versorgungsknappheit grundlegender Güter und einer generellen Verarmung und Verschlechterung der Lebensqualität der Mehrzahl der venezolanischen Bevölkerung bemerkbar macht, was durch Sanktionen gegen Venezuela noch verstärkt wurde. Hinzu kommt eine extrem polarisierte politische Krise des Machtkampfes zwischen den soeben genannten politischen Lagern. Diese wirtschaftliche und politische Krise hat zudem eine komplexe humanitäre Notlage bedingt, in der die grundlegende Versorgung der Gesellschaft und die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen nicht mehr gewährleistet sind. (vgl. Bull/Rosales 2020a: 2; Page et al. 2019: 1254; Roedel/Theije 2020: 9; Scalet/Schmidt 2020:4, 8; Weisbrot/Sachs 2019: 299-303). Im folgenden Forschungsstand werden diese jüngsten Ereignisse genauer beleuchtet.

5 Forschungsstand

Die Forschungen zur aktuellen multidimensionalen Krise in Venezuela sind so vielfältig wie die Krise selbst, und die Ursachen der Krise, die in den verschiedenen Studien herausgearbeitet werden, sind ebenso mannigfaltig. Genau wie der Chavismus selbst zwischen konträren Interpretationen schwankt, die beide nicht der Realität gerecht werden, so ist auch eine starke politische Polarisierung in der akademischen Forschung zur Krise in Venezuela zu beobachten. So gibt es auf der einen Seite des Extrems die liberal-demokratische Perspektive, die den Chavismus als repressiven, wirtschaftlich katastrophalen Autoritarismus ansieht, und auf der anderen Seite die radikal-demokratische Perspektive, welche ihn als ein emanzipatorisches, antihegemoniales, revolutionäres Projekt betrachtet (vgl. Hawkins 2016: 312; Hetland 2018: 158).

Bull und Rosales (2021a: 2, 13) unterscheiden bezüglich spezifischerer Krisenliteratur zwischen zwei Erklärungsansätzen des akademischen, als auch öffentlichen Diskurses zur venezolanischen Krise. Sie unterscheiden einerseits zwischen jenen Studien, die sich auf einen Klassenkampf im marxistischen Sinne und auf die Rolle internationaler Akteure in der Krise, allen voran die der USA als imperialer Akteur, sowie auf strukturelle Ursachen wie die Öldependenz fokussieren, und andererseits jene Studien, die die Krise hauptsächlich als Folge des Abbaus der Gewaltenteilung und der liberalen Institutionen in Venezuela sehen, womit auch der Wandel zur Autokratie einhergeht. Angelehnt an diese Unterteilung unterscheide ich grundsätzlich zwischen zwei Arten der Forschung zur venezolanischen Krise: Jener Art, die grundsätzlich linkspolitisch orientiert ist und (teilweise) mit der Bolivarianischen Revolution unter Chávez sympathisiert und daher Ursachen außerhalb des Chavismus fokussiert, und jener Art, die der Bolivarianischen Revolution grundlegend kritisch oder ablehnend gegenüber steht und daher Ursachen innerhalb des Chavismus lokalisiert. Um diese Polarisierung zu überwinden, soll in meiner Arbeit sowohl nach endogenen als auch nach exogenen Faktoren der Krise gesucht werden.

5.1 Die wirtschaftliche Krise in Venezuela

Der Beginn der aktuellen Wirtschaftskrise wird in den Forschungsarbeiten allgemein auf den plötzlichen Erdölpreisverfall im Jahr 2014 datiert, welcher enorme Einbußen für das Staatseinkommen und somit den Wegfall der ökonomischen Basis des venezolanischen Staates zur Folge hatte. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Staatsverschuldung bereits seit

dem Jahr 2000 stetig angestiegen war, und zwar von 28% auf 58% des BIP in 2012, Budgetdefizite bereits 2006 bekannt waren, und auch die Erdölindustrie hoch verschuldet war (vgl. Bull/Rosales 2020: 8; Page et al. 2019: 1254). Um den Wegfall dieser Staatseinnahmen zu kompensieren, entschied die venezolanische Regierung, das Geldvolumen zu erhöhen, was in der Folge zu einer Hyperinflation führte (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 8). Zusätzlich zu Währungs- und Preiskontrollen führten eine Verringerung privater Produktion und Miswirtschaft bei staatlichen Unternehmen zu Produktionsrückgängen (vgl. Page et al. 2019: 1254). In Kombination mit einem deutlich verringerten Budget für Importe führte dies zu Versorgungsengpässen bei vielen Produkten, besonders bei Lebensmitteln, was die Nahrungsversorgung für viele Venezolaner*innen gefährdet (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 8). Diese Knappheit an täglichen Gütern wird aufgrund der Hyperinflation von extremen Preisanstiegen begleitet¹⁶ (vgl. Roedel/Theije 2020: 9). Großflächige Stromausfälle, vor allem im März und April 2019, verschlechterten die Versorgungslage zusätzlich (vgl. Boersner 2020: 546f.). Das rigide System strenger Währungskontrollen hat eine „Epidemie“ der Währungsspekulationen, des Schmuggels und Bunkerns bzw. Hortens von Produkten auf dem Schwarzmarkt ausgelöst und zur Inflation und Knappheit an Gütern beigetragen (vgl. Ciccariello-Maher 2016: 131) Zudem sind durch die Korruption wohl Milliarden an der Schnittstelle zwischen privatem Sektor und Staat verschwunden (vgl. ebd.: 131).

Mindestlöhne in Venezuela sind unter die UN Grenze extremer Armut von 1,90 \$/Tag gefallen und ca. 76 % der Bevölkerung lebten 2020-2021 dementsprechend in extremer Armut. Gemessen am Einkommensniveau lebten 94,5% der Bevölkerung in Armut (vgl. BBC 2021; Reuters 2021). Durch Sanktionen-beschränkte Importmöglichkeiten und der Rückgang von Nahrungsverteilungen durch die Regierung haben zu limitierter Nahrungsverfügbarkeit und somit zu weitverbreiteter Nahrungsunsicherheit unter der venezolanischen Bevölkerung geführt (vgl. Doocy et al. 2019: 63).

5.1.1 Die Wirtschaftskrise als Konsequenz exogener Faktoren

Die Beurteilung und Gewichtung dieser hier kurz vorgestellten Entwicklungen in der venezolanischen Wirtschaft fallen jedoch unterschiedlich aus. Wird auf exogene Faktoren der

¹⁶ Seit Ende 2021 besteht keine Hyperinflation mehr. Die akkumulierte Inflation der ersten vier Monate des Jahres 2022 betrug 16,3%, die geringste Rate seit 2014, im Vergleich zu anderen akkumulierten Raten im April der vergangenen Jahre. Stetig steigende Preise erschweren aber noch immer der Mehrheit der Bevölkerung den Zugang zu Waren. Ende März 2022 betrug der akkumulierte Preisanstieg der letzten 12 Monate ca. 284% (vgl. Merco Press 2022; Reuters 2022).

Wirtschaftskrise fokussiert, so wird von Chavismus-Befürworter*innen die Wirtschaftskrise zum Teil als Folge eines “Wirtschaftskrieges”, wie Maduro ihn nannte, gesehen, der von einer Allianz in- und ausländischer Eliten gegen Venezuela geführt werde. Dieser Wirtschaftskrieg äußere sich in einer Knappheit an Gütern, Inflation und einer sich weitenden extremen Differenz zwischen offiziellem und auf dem Schwarzmarkt gehandeltem Wechselkurs von US Dollar und Bolívar, hervorgerufen durch das Horten oder Schmuggeln von Produkten und durch Preisspekulationen (vgl. Ellner 2015: 1-4, Peters 2019b: 3).

Ein weiterer exogener Faktor, der oft genannt wird, sind Sanktionen, vor allem die US Sanktionen gegen Venezuela, obwohl anzumerken ist, dass auch andere Länder, wie Kanada oder einige EU-Staaten, Sanktionen gegen Venezuela erhoben haben, auch wenn diese weniger als die Hälfte aller Sanktionen ausmachen (vgl. Boersner 2020: 556). Weisbrot und Sachs (2019), sowie Emersberger und Podur (2021) sehen die Sanktionen als bedeutenden Faktor in der Wirtschaftskrise. Weisbrot und Sachs (2019: 299) gehen davon aus, dass US-amerikanische Sanktionen, die seit August 2017 gegen Venezuela erhoben wurden, mehr Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung als auf die Regierung hatten. Diese hätten die humanitäre Krise verstärkt und somit vor allem vulnerable Bevölkerungsgruppen getroffen (vgl. ebd.: 299).

Die im August 2017 von den USA veranlassten Sanktionen schlossen Venezuela zunächst vom US-dominanten Finanzmarkt und später auch vom übrigen internationalen Finanzmarkt aus. Dadurch konnte die venezolanische Regierung keine Kredite aufnehmen, und der mangelnde Zugang zu finanziellen Ressourcen hinderte die Regierung daran, ihre Auslandsverschuldung umzuschulden, sowie die Verschuldung des venezolanischen Ölkonzerns *Petróleos de Venezuela S.A.* (PDVSA) umzustrukturieren (vgl. Weisbrot/Sachs 2019: 304-307). Durch den Verlust von Krediten konnten der Betrieb und die Wartung der Ölproduktion, sowie nötige Investitionen nicht getätigt werden, was zu einer drastisch fallenden Ölproduktion führte. Im Jahr 2018 fiel daher die Ölproduktion um 30,1%, drei Mal schneller als bereits zuvor, was zu Devisenverlusten von 6 Milliarden US Dollar für die Regierung führte. In Venezuela werden Importe von Nahrung, Medizin, medizinischen Produkten sowie Ausrüstungsteilen für Elektrizitäts- und Wassersysteme hauptsächlich mit Devisen bezahlt, die aus dem Ölexport stammen. Der Verlust dieser Devisen durch die Sanktionen führte laut Weisbrot und Sachs (2019) folglich zu verringerten Importen grundlegender Güter wie Nahrung oder Medizin (vgl. ebd.: 305f.). So seien Lebensmittelimporte von 11,2 Milliarden US

Dollar in 2013 auf gerade mal 2,46 Milliarden US Dollar in 2018 gesunken (vgl. Emersberger/Podur 2021: 39f.). Die US Sanktionen gegen Venezuela könnten somit als Angriff auf das Recht auf Gesundheit und Nahrung der Venezolaner*innen gesehen werden (vgl. ebd.: 45). Weisbrot und Sachs (2019: 306) sehen im extremen Verlust an ausländischen Devisen zudem einen der wichtigsten Faktoren, der die bereits bestehende hohe Inflation in Venezuela zu einer Hyperinflation werden ließ. Im August 2019 wurden die US Sanktionen weiter verschärft, was zu einem quasi kompletten Handelsembargo mit Venezuela führte (vgl. Emersberger/Podur 2021: 47). Im darauffolgenden Jahr erhoben die USA auch Sanktionen gegen ausländische Firmen, die mit Venezuela handelten, und auf Maduro und andere Regierungsoffizielle wurde ein Kopfgeld ausgesetzt (vgl. ebd.: 50).

Entgegen der Annahmen von Weisbrot und Sachs (2019), sehen Bull und Rosales (2020b: 128f.) in den Sanktionen keinen Grund für Nahrungsmittelknappheit oder die humanitäre Notlage im Land. Importe seien seit Einführung der Sanktionen gewachsen, hauptsächlich dank der Unterstützung von Alliierten wie Russland, die aufgrund geopolitischer Interessen und des Interesses an den Erdölreserven eine langfristige Partnerschaft mit Venezuela anvisierten und für die aktuelle Regierung Maduros ein überlebenswichtiger Partner darstellten. Die von Korruption geprägten Beziehungen zwischen Russland und Venezuela seien somit ein zentraler Faktor in der aktuellen Krise, im Erhalt des Autoritarismus und im Abbau westlicher Institutionen in Venezuela, und verhinderten zudem die Möglichkeit einer verhandelten Lösung der Krise (vgl. Cardozo/Mijares 2020.: 183). China mit seiner Strategie, die eher eine langfristige wirtschaftliche Partnerschaft verfolgt, welche eine „win-win“ Situation für beide Länder bringen soll anstatt politische Intervention, hat sich hingegen, seit der Implementierung der Sanktionen, eher aus Venezuela zurückgezogen und betont, dass China mit allen Koalitionen in Venezuela in Kontakt stünde. Dennoch hat China dazu beigetragen, dass Venezuela die Sanktionen teilweise umgehen kann (vgl. Boersner 2020: 552; Bull/Rosales 2020a: 11). Der Iran, mit dem Venezuela besonders seit 2005 in engen Beziehungen steht, ist ein weiterer Partner, der trotz der Sanktionen weiterhin Geschäfte mit Venezuela abschließt und beispielsweise bei der Reparatur von Ölraffinerien geholfen und Benzin geliefert hat (vgl. Boersner 2020: 552). Die Türkei ist erst seit 2016 ein enger Alliiertes Venezuelas und soll Venezuela mehrere Tonnen Gold im Tausch für Medizin und Nahrung abgekauft haben (vgl. ebd.: 552).

Die Sanktionen haben bisher zu keinem Regimewechsel in Venezuela geführt. Für die diesbezügliche Unwirksamkeit der Sanktionen beobachten Bull und Rosales (2020b: 128) drei

Gründe: Zum einen hätten Sanktionen zu einer zunehmenden Informalisierung und Kriminalisierung der Wirtschaft geführt. Da Transaktionen im formellen Sektor nun zu kostspielig seien, hätten sich viele private Unternehmen Kryptowährungen und die zunehmende Dollarisierung zu Nutze gemacht oder seien gänzlich in den informellen Sektor ausgewichen. Dies führe zu steigenden kriminellen Aktivitäten wie Schmuggel, illegalem Goldabbau oder dem Schürfen von Kryptowährungen. Zweitens seien Sanktionen isoliert von anderen Strategien wie Verhandlungen und multilateraler Diplomatie eingesetzt worden. Drittens beobachten die Autor*innen einen parallel zu den Sanktionen wachsenden Autoritarismus (vgl. ebd.: 128). Die Sanktionen hätten somit bereits bestehende Dynamiken im Wirtschaftssektor unterstützt, die zur Konsolidierung der aktuellen Regierung beitragen. So sei der private Sektor zunehmend geschwächt und die Wirtschaft militarisiert worden. Die Regierungselite habe sich an die schwierigen Umstände angepasst, neue Sektoren erschlossen und die Kontrolle über produktive Unternehmen an Schlüsselfiguren, besonders Militärangehörige, gegeben. Diese könnten hierbei Profite aus der Zuteilung von Devisen, Einfuhrerlaubnissen und dem Mineralienabbau ziehen, was zu einer wachsenden Verflechtung zwischen Regierung und Militär und erhöhter Loyalität geführt habe. Dies mache eine Abwendung des Militärs von der Regierung unwahrscheinlicher. Der Verkauf von Gold oder Dollartransaktionen hätten der Regierung sowie alliierten Unternehmer*innen und Regierungsnahen alternative, inoffizielle Einnahmequellen und somit Überlebensstrategien ermöglicht (vgl. ebd.: 129).

5.1.2 Die Wirtschaftskrise als Konsequenz endogener Faktoren

Andere Erklärungsansätze der Wirtschaftskrise fokussieren mehr auf endogene als auf exogene Faktoren, wie den strukturellen Schwächen des venezolanischen Wirtschaftssystems, der Abhängigkeit vom Erdölexport oder der unter Chávez angestrebten (unvollständigen) Transformation zum Sozialismus. Laut Dachevsky und Kornbliht (2016: 78) ist die Krise das Resultat einer zu geringen Produktivität des staatlichen, als auch privaten Kapitals in Venezuela aufgrund fallender Ölpreise seit 2014 und nicht das Resultat eines „Wirtschaftskrieges“ gegen Venezuela. Durch die Erdölrente konnten ineffiziente Wirtschaftssektoren abseits der Ölindustrie erhalten werden, die ohne die Finanzierung durch diese nicht wettbewerbsfähig gewesen wären. Zudem konnten durch eine zunehmende Überwertung des Bolívar Importe kostengünstig erworben werden, was jedoch auch Währungsflucht in Dollar begünstigte (vgl. ebd.: 89f.).

Briceño-Ruiz (2019) sieht die wirtschaftliche Krise in der irrationalen Wirtschaftspolitik unter Chávez begründet. Der produktive Sektor sei durch Enteignungen bestraft und ein Klima der Rechtsunsicherheit im Wirtschaftssektor geschaffen worden. Öffentliche Ausgaben seien zu unhaltbar hohen Beträgen angewachsen, und Preis- und Wechselkurskontrollen entbehrten jeglicher Logik. Hierdurch sei nicht nur ein Schwarzmarkt entstanden, auf dem Währung und Grundbedarfsgüter gehandelt werden, sondern dies habe auch zu wirtschaftlicher Stagnation geführt. Die Krise konnte durch den Öl Boom noch verschleiert werden, doch sie sei seit dem Fall der Ölpreise offensichtlich (vgl. Briceño-Ruiz 2019: 183f.). Die venezolanische Wirtschaft ist abhängig von Importen, und da nicht genügend offizielle Dollar im Land zirkulieren, um alle Importbedürfnisse zu decken, herrscht auf dem Schwarzmarkt ein deutlich höherer Wechselkurs für den US Dollar als die offiziellen Wechselkurspreise. Bis 2012 war der Unterschied des Wechselkurses zwischen Schwarzmarkt und offiziellem Markt noch 2:1, doch ist er seitdem weiter in die Höhe geschossen, und die Regierung hat es versäumt, entsprechende intervenierende Maßnahmen einzuleiten. Dieser inoffizielle, deutlich höhere Wechselkurs fördert Inflation, da Produkte dann zum teureren Preis des inoffiziellen Wechselkurses verkauft werden (vgl. Ellner 2015: 4f.).

Auch Peters (2019b) führt die aktuelle Wirtschaftskrise hauptsächlich auf strukturelle Ursachen und die Grenzen des ‚Entwicklungsmodells‘ der neoextraktivistischen Rentengesellschaft zurück. Unter Chávez wurde die bereits seit den 1920ern bestehende Rentenökonomie noch weiter vertieft, und die Zentralität des Erdöls als Einkommensquelle machte sozioökonomische Fortschritte unter dem *Chavismo* erst möglich, sei jedoch laut Peters (2019b: 2f.) auch Hauptursache des aktuellen Niedergangs der Bolivarianischen Revolution. So seien seit 2014 nicht nur die Erdölpreise gefallen, sondern auch die in Venezuela geförderte Menge drastisch zurückgegangen, sodass Erdöl nicht nur zu einem geringeren Preis exportiert wurde, sondern auch noch in deutlich verringerten Mengen, was die starke Wirtschaftskrise induziert habe. Drastisch fallende Renteneinnahmen in Kombination mit fehlenden Rücklagen und alternativen Einnahmequellen verhinderten eine Abfederung der Krise (vgl. ebd.: 2f.).

Die venezolanische Historikerin und Sozialwissenschaftlerin Margarita López Maya (2014: 73f.) sieht in dem gescheiterten Modell des ‚Petro-Staates‘ eine wichtige Ursache für die aktuelle Wirtschaftskrise. Der Petro-Staat wird fast nur durch Einkommen aus dem externen Markt finanziert. In dieser Abhängigkeit vom externen Markt läge für chavistische Eliten

und Regierung die Möglichkeit, sich der gesellschaftlichen Kontrolle bzgl. ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten zu entziehen, was Ineffizienz, Korruption und Vetternwirtschaft fördere. Dieses Phänomen sei bereits im Venezuela der 1970er beobachtbar gewesen und habe sich unter Chávez ebenso etabliert. Unter Chávez sei es zudem durch die Beschlagnahmung von Land, Verstaatlichung von Industrien und strikter staatlicher Kontrolle der Industrie zu einer wirtschaftlichen Stagnation und Abnahme der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion gekommen. Der verstaatlichte Ölkonzern PDVSA sei weiterhin von internationalen Investoren abhängig gewesen, und der Konsumboom sei nur dank billiger Importe, meist aus China, finanzierbar gewesen (vgl. Bull/Rosales 2020a: 6f.; López Maya 2014: 73f.). Dieses wirtschaftliche Ungleichgewicht sei seit der zweiten Legislaturperiode von Chávez gewachsen. Auch die Produktivität der Ölindustrie ist unter Chávez trotz hoher Ölpreise während der zweiten Legislaturperiode nicht angestiegen. PDVSA ist teilweise auch für Regierungsprogramme, wie die *Misiones*, im Bildungsbereich oder für Nahrungsmittelverteilungen zuständig oder unterstützt internationale Alliierte. Diese Diversifikation von Aufgaben und Ausgaben habe die Produktions- und Führungskapazitäten der PDVSA geschwächt, wodurch wichtige Investitionen für technologische Upgrades und Instandhaltung der Ölförderanlagen nicht getätigt wurden. Zudem seien Manager*innen und Techniker*innen nicht ausreichend geschult. In Kombination mit häufigen Unfällen in der Industrie und den seit 2014 niedrigen Ölpreisen sei somit die Stagnation der Ölförderung, der Rückgang an ausländischen Divisen und die daraus resultierende Wirtschaftskrise zu erklären (vgl. López Maya 2014: 74f.). Durch wenig nachhaltige Währungskontrollen sei es für die Ölkonzerne unmöglich gewesen, ihre Produktion zu erhalten, Arbeiter*innen zu bezahlen und in ihre Anlagen zu reinvestieren, und die Ölindustrie sei zunehmend verschuldet gewesen. So sei bereits 2013 eine Rezession in der venezolanischen Ölindustrie zu vermerken gewesen, welche durch den Verfall der Ölpreise 2014 dann beschleunigt wurde (vgl. Bull/Rosales 2020a: 7f.).

5.2 Die humanitäre Krise in Venezuela

Die Wirtschaftskrise hat auch eine komplexe humanitäre Krise ausgelöst, da die Grundbedürfnisse der Bevölkerung aufgrund von Knappheit, Hyperinflation und Armut nicht befriedigt werden. Laut Schätzungen der UN haben bisher¹⁷ rund 6 Millionen Venezolaner*innen

¹⁷ Stand Mai 2022

ihr Land verlassen, wobei die Mehrheit in Nachbarstaaten wie Kolumbien und Brasilien Zuflucht suchte (vgl. UNHCR 2022, Roekel/Theije 2020: 9).

Die Regierung Maduros unterläuft seit 2016 eine zunehmende konservative Wende, die mit dem sozialistischen Projekt unter Chávez wenig gemein hat. Gegenwärtige Wirtschaftspolitiken ähneln mit Sparprogrammen, Privatisierung staatlicher Unternehmen, sowie einer zunehmenden Dollarisierung der Wirtschaft eher den neoliberalen Politiken der 1980er und 1990er Jahre (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 9f.). Aktuelle Dollarisierungstendenzen tragen zu erhöhter Ungleichheit bei, da Eliten, Regierungsnahe, sowie höhere Schichten viel leichter Zugang zur Dollarwährung und damit zu Importen ausländischer Güter haben als marginalisierte Bevölkerungsgruppen, allen voran die ländliche Bevölkerung. Inmitten der Krise scheint die venezolanische Gesellschaft also noch weiter auseinanderzudriften, als dies bereits zuvor der Fall war, und ehemalige Umverteilungserfolge des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ scheinen fast vollständig rückgängig gemacht worden zu sein (vgl. ebd.: 2020: 10).

Die aktuelle Krise zeigt sich ebenso in alternativen Überlebensstrategien der Bevölkerung und einer zunehmenden Informalisierung und Kriminalisierung der Wirtschaft. Solche alternativen Strategien beinhalten beispielsweise die Migration innerhalb oder außerhalb des Landes, die Suche nach vorübergehenden Arbeitsmöglichkeiten in Grenzregionen oder den (illegalen) Abbau natürlicher Ressourcen. Diese aus der Not neu entstehenden Geschäfte sind oft mit illegalen transnationalen Netzwerken verbunden, in denen natürliche Ressourcen, Menschen, Währung, Nahrung, Medizin oder Drogen kommerzialisiert werden. Diese Netzwerke gehen meist weit über die lateinamerikanische Region hinaus (vgl. Bull/Rosales 2020b: 108; Roekel/Theije 2020: 9). Die neuen Geschäfte bieten der Bevölkerung zwar neue Einnahmequellen, doch sind Profite hierbei sehr ungleich verteilt. Alte und neue Eliten in Venezuela und im Ausland profitieren am meisten von solch illegalen Geschäften. Für diese Gruppen ist die Krise ein lukratives Geschäft, weshalb zu erwarten ist, dass diese Eliten die Krise eher erhalten als lösen werden (vgl. Roekel/Theije 2020: 9f.).

Die Ölpreise haben sich seither nicht erholt, und durch die gegenwärtige Covid-19 Pandemie hat sich die Situation zunehmend verschlechtert. Im April 2020 fiel der Ölpreis zum ersten Mal in der Geschichte in den Negativbereich, was Venezuela noch tiefer in die Krise stürzte, da alternative Einnahmequellen fehlen. Das Land ist nicht einmal in der Lage, den eigenen Benzinbedarf zu decken, was die Unterversorgung noch verschlimmert, weil notwendige

Produkte aufgrund des Benzinmangels nicht weitertransportiert werden können (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 8).

In der aktuellen humanitären Krise wird die Regierung Maduros für systematische Menschenrechtsverletzungen, darunter exzessive Gewalt gegenüber Demonstrant*innen, willkürliche Verhaftungen, Folter, Beschränkung demokratischer Räume, sowie des universellen Rechtes auf Nahrung und Gesundheit verantwortlich gemacht (vgl. Legler 2020: 143; Page et al. 2019: 1254). Auch die Sicherheitslage im Land hat stark unter der Krise gelitten. Mit dem stetigen Abbau demokratischer Kontrollen hat auch die Rechtstaatlichkeit in Venezuela abgenommen. In Kombination mit einer wachsenden Militarisierung von Polizei und Sicherheitskräften, sowie dem Auftauchen paramilitärischer Gruppen, hat dies zu einer öffentlichen Sicherheitskrise geführt, sodass die Sicherheit venezolanischer Bürger*innen gegenüber Gewaltverbrechen (verübt durch Zivilpersonen, Sicherheitskräfte oder Regierungsakteur*innen) nicht mehr gewährleistet ist (vgl. Gan Galavís 2020: 80f.).

5.3 Die politische Krise in Venezuela

Neben dieser humanitären und wirtschaftlichen Krise ist das Land von einer tief verankerten politischen Krise geprägt. Seit dem Tod von Chávez im März 2013, der bis zum Ende seiner Präsidentschaft Zuspruch von großen Teilen der Bevölkerung erhielt, hat sich die politische Lage zunehmend polarisiert (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 9). Dennoch war die Gesellschaft bereits unter Chávez und auch schon lange zuvor tief gespalten. Spaltungen entlang der Kategorien von Klasse und *Race* waren stets Teil der venezolanischen Gesellschaft, und während Weiße Mittel- und Oberschicht Venezolaner*innen vom Großteil des Erdölreichtums, der Venezuela im 20. Jahrhundert prägte, profitierten, waren untere Schichten und BIPOC Personen an den Rand der Gesellschaft gedrängt und vom Ölreichtum weitestgehend ausgeschlossen (vgl. Tinker Salas 2015: 11f.).

5.3.1 Autoritarismus unter der Regierung Maduros

Viele Forschungsbeiträge verorten den Ursprung der aktuellen politischen Krise im Jahr 2013, auch wenn es bereits zu Beginn von Chávez' Regierung Eskalationen im politischen Machtkampf gab. Chávez' Tod am 5. März 2013 hinterließ laut López Maya (2014) ein großes Machtvakuum, da in der Präsidentschaft Entscheidungsfindung und Macht konzentriert waren. Vor seinem Tod hatte Chávez seinen Vizepräsidenten und Kanzler, Nicolás Maduro, als seinen Nachfolger benannt und im April wurden Neuwahlen abgehalten, bei

denen Maduro kandidierte (vgl. López Maya 2014: 68). Maduro gewann die Wahl mit nur 1,7% Vorsprung, was eine deutliche Schwächung der Regierungspartei PSUV im Vergleich zu vorherigen Wahlen darstellte und diese in eine schwierige Position gegenüber der Opposition und der chavistischen Basis brachte (vgl. ebd.: 68). Die Opposition stellte die Wahlergebnisse in Frage, doch der Nationale Wahlrat (*Consejo Nacional Electoral*, CNE) bestätigte Maduro's Wahlsieg ohne Revision des Wahlprozesses, was die aktuelle politische Krise initiierte (vgl. Legler 2020: 142; López Maya 2014: 78).

Um trotz der geringen Mehrheit regierungsfähig zu bleiben, habe die Regierung unter Maduro Gesetze manipuliert und die Polizei und Armee genutzt, um die Opposition zu unterdrücken. Hohe Oppositionspolitiker*innen seien diskreditiert, verfolgt und teilweise inhaftiert worden, meist unter dem Vorwurf der Korruption (vgl. López Mays 2014: 78ff.). Zudem sei das Recht auf Meinungsfreiheit und Zugang zu vielseitiger Information beschränkt worden, bspw. durch den Kauf privater, kritischer Medien durch die Regierung, um die redaktionelle Ausrichtung des Mediums zu beeinflussen, wie es beispielsweise bei *Globovisión* der Fall war (vgl. López Mays 2014.: 80; Smilde/Ramsey 2020: 160). Der bereits unter Chávez bestehende Abbau der traditionellen Institutionen repräsentativer Demokratie und die Kriminalisierung der Opposition hätten sich unter Maduro zunehmend verstärkt, und ein autoritärer und patrimonialer Regierungsstil sei etabliert worden (vgl. López Maya 2018: 68; Marsteintredet 2020: 90f.). Auch die bereits unter Chávez aufkommenden Wahlunregelmäßigkeiten hätten sich unter Maduro verstärkt und vervielfacht. Besonders seit den Parlamentswahlen 2015, bei denen unerwartet die Opposition die Mehrheit gewann, habe Maduro das Wahlsystem so weit verändert, dass es nun in keiner Weise den demokratischen Standards einer freien und gerechten Wahl entspreche (vgl. Corrales 2020: 60). Da Maduro sowohl das Charisma von Chávez fehle, als auch die finanziellen Ressourcen, auf welche Chávez dank hoher Erdölpreise noch zählen konnte, ziehe Maduro seine Legitimierung einzig und allein aus der Tatsache, dass er von Chávez als sein Nachfolger bestimmt wurde. Um dennoch an der Macht zu bleiben und Autorität zu erlangen, habe er deshalb zu Zwangsmaßnahmen wie der Militarisierung und Abschaffung gerechter und transparenter Wahlen gegriffen und noch mehr Macht in seiner Figur zentralisiert als Chávez es getan hatte (vgl. López Maya 2018.: 70f.).

Die Regierung unter Maduro sei somit laut Autor*innen wie López Maya (2014; 2018), Bull und Rosales (2020b) und Gan Galavís (2020) durch einen zunehmenden Autoritarismus, Nepotismus und Militarisierung gekennzeichnet. Vetternwirtschaft, die bereits unter Chávez

existierte, hätte sich seit Maduro verstärkt, und hierbei würden wichtige öffentliche Posten von Freunden und Familienangehörigen der Regierungselite besetzt. Die Militarisierung ließe sich vor allem bei öffentlichen Sicherheitskräften beobachten, sowie in der Einstellung hoher Militärs in öffentlichen Posten und im Führungskabinett (vgl. Gan Galavís 2020: 80f.; López Maya 2014: 80; López-Maya 2018: 77). Die aus Familienmitgliedern, Freunden und Alliierten zusammengesetzte Regierung habe den Staat unter sich aufgeteilt und regiere ihn nach ihren eigenen, angeblich sozialistischen und revolutionären Interessen. Durch die Zersetzung der liberal-demokratischen Institutionen, das Fehlen von Kontrollmechanismen zwischen Exekutive, Legislative und Judikative und die institutionelle Krise der Rechtsstaatlichkeit und des Strafverfolgungssystems agierten sie außerhalb der Rechtsstaatlichkeit und nützten öffentliche Güter für private Zwecke (vgl. Gan Galavís 2020: 180f.; López-Maya 2018: 68ff). Dies habe zu Straflosigkeit und Korruption geführt. Zudem sei unter Maduro ein zunehmendes Eindringen krimineller Organisationen in den Staatsapparat zu beobachten. Maduro und seine Regierungsalliierten hätten Mafia ähnliche Bündnisse geschlossen und seien in verschiedene Arten des organisierten Verbrechens verwickelt. Regierungsorgane und vor allem Militärangehörige seien zunehmend in Korruption und Fälle organisierten Verbrechens verwickelt (vgl. Bull/Rosales 2020b: 129; López-Maya 2018: 68; 76; Cardozo/Mijares 2020: 183). Zu solchen Fällen organisierten Verbrechens zählten Geldwäsche und Veruntreuung von Geldern, in welche bspw. auch der Ölkonzern PDVSA verwickelt sein soll, Schmuggel von Nahrung (in den auch die Nahrungsverteilungszentren CLAP verwickelt sein sollen), Schmuggel von Medizin oder Waffen, illegale Profite, die mithilfe des Devisenkontrollsystems erwirtschaftet wurden, sowie Menschen- und Drogenhandel (vgl. López-Maya 2018: 68, 73-77). Unter Maduro sei zunehmend ein „*estado delinvente*“ (ebd.: 68), ein krimineller Staat, entstanden. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass die Staatsstrukturen, wie die Exekutive, Judikative, das Finanzsystem, die Polizei und Armee, staatliche Unternehmen oder auch Gouverneurs- und Stadtratsposten, von transnationalen Mafiastrukturen des organisierten Verbrechens durchdrungen würden. Sanktionen gegen zivile oder militärische Personen der Regierung Maduros durch die USA, die EU oder Kanada seien das Ergebnis langanhaltender Ermittlungen gegen diese kriminellen Aktivitäten (vgl. ebd.: 68). Die Konsolidierung dieses *estado delinvente* behindere zudem die Möglichkeiten einer friedlichen und demokratischen Transition. Die Privilegien und Profite, welche die Mafia und Angehörige von Militär und Regierung aus dem aktuellen, korrupten und autoritären System schlugen, erhöhten deren Loyalität und Zusammenhalt. Zudem führe die Furcht

vor Strafverfolgung im Falle einer Amtsenthebung dazu, dass Verhandlungen bezüglich einer politischen Transition mit internationalen Akteur*innen oder der venezolanischen Opposition abgelehnt würden (vgl. López-Maya 2018: 71; Bull/Rosales 2020b: 129). Die krisenhafte politische Lage im Land wird bei diesen Ansätzen also durch den Abbau der Demokratie und den autoritären Staat, gegen den sich die Opposition auflehnt, erklärt.

5.3.2 Die Opposition als destabilisierender Faktor

Andere Autoren, wie beispielsweise Ciccariello-Maher (2016) oder Tinker Salsas (2015), sehen als Ursache für die politische Krise die zum Teil gewaltsamen Versuche der Opposition, die offiziell legal gewählte Regierung abzusetzen. So seien die im Februar 2014 entstandenen landesweiten Proteste der Opposition, an denen sowohl Studierende, als auch andere oppositionelle Gruppen teilnahmen, zwar als spontaner Studierendenprotest präsentiert worden, der Aufstand sei allerdings von Oppositionspolitiker*innen im Vorhinein geplant worden (vgl. Ciccariello-Maher 2016: 49ff.; Tinker Salas 2015: 212f.). In Medien seien im Zuge der Proteste Bilder von Polizeigewalt verbreitet worden, als Beweis für die Gewalt der Regierung. Diese Bilder stammten jedoch, wie sich später herausstellte, wohl von Protestniederschlagungen in anderen Ländern. Die Medienstrategie erwies sich als erfolgreich, und internationale Medien reproduzierten die Nachrichten über den Protest und ein Bild Venezuelas am Rande des Kollapses (vgl. Ciccariello-Maher 2016: 52f.; Tinker Salas 2015: 212f.). Zudem erwies sich der Protest als wenig friedvoll, und Regierungsgebäude wurden angegriffen und Autos niedergebrannt (vgl. Tinker Salas 2015: 212). Es gab mehrere Todesopfer, sowohl auf chavistischer, als auch auf oppositioneller Seite, sowie von Sicherheitskräften (vgl. Ciccariello-Maher 2016: 53f.). Die vorgegebenen Gründe des Protestes waren die sich zusehends verschlechternde Sicherheitslage und die Versorgungsengpässe, doch waren die Forderungen der Opposition hauptsächlich politischer Natur und verlangten den Rücktritt Maduros (vgl. ebd.: 55). Die Teilnehmer*innen des Protests gehörten der Mittel- bis Oberschicht an, und eine Beteiligung breitete sich laut Autoren wohl nicht auf weitere, ärmere Teile der Bevölkerung aus (vgl. Ciccariello-Maher 2016: 55; 58; Tinker Salas 2015: 213). Zudem hätten die Proteste die politische Polarisierung intensiviert, gewaltbereite Sektoren des radikalen Rechten Flügels der Opposition seien ermutigt, sowie repressive Tendenzen der Regierung dadurch verstärkt worden (vgl. Hetland 2018: 157).

Dieser Protest der venezolanischen Opposition müsse laut Ciccariello-Maher (2016: 58ff.) im Kontext sich ausbreitender Jugendbewegungen der extremen Rechten in ganz Lateinamerika, besonders in Staaten mit sozialistischen Regierungen, gesehen werden, welche die Weiße Oberschicht wieder als herrschende Gruppe einzusetzen versuchten. Diese Oppositionsbewegungen würden von verschiedenen Organisationen der USA finanziell unterstützt, auch in Venezuela (vgl. ebd.: 60f.). Die USA hätten mehrere gewaltsame Oppositionsproteste sowohl diskursiv, als auch finanziell unterstützt (vgl. Hetland 2018: 157). In diesen Erklärungsansatz fließen neben den endogenen also zusätzlich exogene Faktoren ein, wie z.B. die Kooperation von Teilen der venezolanischen Opposition mit den USA und generell die Einmischung der USA in die Innenpolitik Venezuelas.

In Beiträgen, welche dem Chavismus eher kritisch gegenüber stehen, werden gewaltsame Maßnahmen der Opposition zwar genannt, jedoch relativiert. So habe der vor allem in den früheren Jahren des Chavismus bestehende sehr fragwürdige Demokratiesinn der Opposition und die gelegentliche Nutzung gewaltvoller Mittel in jenen Momenten stattgefunden, in denen die radikale Fraktion die Kontrolle über die Oppositionskoalition hatte, da diese in einer strategischen Krise aufgrund der Veränderung des politischen Systems steckte. Seit 2007 sei jedoch eher die moderate Fraktion an der Führung und würde den institutionellen Weg der Transition zur Demokratie einschlagen. So sei die Opposition seit 2010 bemüht, über den Weg der Wahlen etwas zu erreichen, eine Strategie, die zumindest bis 2019 von Straßenprotesten begleitet war, in die vor allem Mittelschichten und Studierende involviert waren (vgl. Alfaro Pareja 2020: 25; Briceño-Ruiz 2019: 184).

5.3.3 Venezuela als Spielball internationaler Hegemoniekämpfe

Ein Erklärungsansatz, der eher exogene Faktoren berücksichtigt, sieht die Krise in Venezuela als eng verbunden mit Veränderungen der politischen Ordnung auf globaler und regionaler Ebene: Machtverschiebungen auf globaler Ebene, der Verlust der US-Hegemonie, das Auftauchen neuer *Global Player* und der Wettkampf um eine globale Führungsposition, der Druck auf geltende Prinzipien des Multilateralismus und der liberalen Demokratie sowie der Aufstieg autoritärer Regime (vgl. Bull/Rosales 2020a: 8f.). So ist in der Region Lateinamerikas seit 2015 ein Wechsel von ehemalig links-populistisch orientierten Regierungen hin zu konservativ oder rechts orientierten Regierungen zu beobachten, was Maduro zunehmend ohne Verbündete lässt, allen voran die bis dato wichtigsten Verbündeten, Argentinien, Brasilien und Ecuador (vgl. Briceño-Ruiz 2019: 182).

Legler (2020: 137) nennt diesen Zustand des Wandels der bisherigen regionalen Ordnung „*hemispheric order upheaval*“. Die Ordnung der westlichen Hemisphäre, und damit auch die des lateinamerikanischen Kontinents, befände sich seit Beginn des Millenniums in einer Krise. Hierbei würde zwischenstaatliche Zusammenarbeit durch fehlende Funktionalität der Institutionen, mangelnde Führungskapazitäten, Machtvakua und Autoritätskrisen behindert werden, was zu Problemen in der Kooperation bezüglich der gemeinsamen Verteidigung der Demokratie, Sicherheit und regionaler Integration führe (vgl. ebd.: 150). Dies würde auch erklären, warum die multilaterale Verteidigung der Demokratie in Venezuela innerhalb der amerikanischen Region bisher gescheitert sei (vgl. ebd.: 135). Diese Unfähigkeit der Region, regionale Lösungen für die Krise in Venezuela zu finden, habe in den letzten Jahren zu einer globalen Geopolitisierung der Lage in Venezuela und zur Intervention von extra-regionalen Akteuren geführt (vgl. ebd.: 149f.). Auch Alfaro Pareja (2020: 36) sieht die Einmischung internationaler Akteure in den venezolanischen Konflikt, sei es als Versuch der Vermittlung oder als Unterstützung einer der beiden Koalitionen, als potenziell problematisch, da hierbei die jeweiligen Interessen dieser internationalen Akteure in den politischen Konflikt in Venezuela mit einfließen würden und somit eine souveräne Lösung des Konfliktes erschwert würde. Zudem hätten internationale Akteure erheblichen Einfluss auf die Dynamiken innerhalb der venezolanischen Koalitionen, mit denen sie sich alliierten (ebd.: 22).

Gill (2019) zeigt zudem auf, wie die USA im Kampf um den Erhalt ihrer Hegemonie mit „neuen“ imperialen Strategien die venezolanische Regierung bereits unter Chávez und auch später unter Maduro an der konkreten Umsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele hinderte und versuchte, eine graduelle Stärkung und letztendlich einen Wahlsieg der Opposition zu erreichen (vgl. Gill 2019: 308f.). Zudem wurde von den USA unter Trump verkündet, dass auch eine militärische Invasion gegen Maduro eine mögliche Option sei (vgl. Briceño-Ruiz 2019: 188; Marsteintredet 2020: 88).

5.3.4 Der aktuelle Machtkampf

Der politische Kampf in Venezuela ist 2019 eskaliert, als sich der Präsident der *Asamblea Nacional* (AN) Juan Guaidó, Anfang des Jahres zum Interimspräsidenten des venezolanischen Staates erklärt hatte. Die venezolanische Verfassung gibt vor, dass im Falle einer Vakanz der Präsidentschaft der Präsident des Parlaments solange zum Interimspräsidenten wird, bis neue Wahlen abgehalten werden. Aufgrund einer fragwürdigen Wiederwahl von Nicolás Maduro im Mai 2018, welche von der venezolanischen Opposition und anderen

Staaten und Beobachter*innen als irregulär erachtet wurde, wurde Maduros Präsidentschaft von der Opposition als unrechtmäßig und die Position somit als vakant erklärt. Das Wahlsystem Venezuelas sei zu diesem Zeitpunkt schon so von Unregelmäßigkeiten geplagt und die Mindestanforderungen an eine Demokratie nicht erfüllt gewesen, dass der Vorwurf des Wahlbetrugs von Seiten der Opposition unausweichlich gewesen sei (vgl. BBC 2020; Boersner 2020: 541f.; Briceño-Ruiz 2019: 181f.; Corrales 2020: 60; Legler 2020: 142; Marsteintredet 2020: 91). Über 50 Länder, darunter die USA und die Europäische Union, sowie einige lateinamerikanische Staaten, hatten Juan Guaidó demzufolge als Interimspräsidenten anerkannt. Diese Ereignisse hatten landesweite Proteste der Bevölkerung zur Folge, die mehrheitlich mit dem Krisenmanagement der Regierung, sowie mit den zunehmenden autoritären Tendenzen derselben unzufrieden ist (vgl. Boersner 2020: 543f.; Briceño-Ruiz 2019: 181f.; Scalet/Schmidt 2020: 9). Da aber seitdem keine neuen Wahlen abgehalten wurden, ist diese internationale Anerkennung inzwischen wieder erloschen. Zudem werden einige Handlungen Guaidós von Kritiker*innen als verfassungswidrig angesehen, da sein Aufruf zu einem Aufstand des Militärs im April 2019, sowie Kooperationen mit den USA als misslungene Putschversuche angesehen werden (Emersberger/Podur 2021: 42ff., 48; Marsteintredet 2020: 88).

Die zunehmende Autokratisierung unter Maduro fand zudem in der Etablierung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung (*Asamblea Nacional Constituyente, ANC*) im Jahr 2017 ihren Ausdruck, welche unter äußerst fragwürdigen Bedingungen gewählt wurde, und die von der Opposition mehrheitlich dominierte und durch Wahlen ursprünglich 2015 einberufene AN faktisch ihrer legislativen Macht beraubte. Als eine Art „Supermacht“ bestimmte die ANC bis zu ihrer Auflösung durch erneute Parlamentswahlen im Jahr 2020 die Legislative komplett (vgl. Briceño-Ruiz 2019: 186f.; Bull/Rosales 2020a: 5; Hetland 2018: 155f.; Legler 2020: 142; Marsteintredet 2020: 90f.). Bei den Parlamentswahlen 2020, deren Wahlbedingungen erneut Anlass zu Kritik gaben, erreichte die Regierungspartei die Mehrheit in der AN, und die ANC wurde somit aufgelöst (vgl. López Maya 2020). Die Massenproteste aus 2019 sind inzwischen wieder abgeebbt, und internationale Sanktionen haben bisher nicht zu Maduros Rücktritt geführt. Auch Verhandlungen zwischen Opposition und Regierung blieben bisher weitestgehend erfolglos (vgl. BBC 2020). Guaidó hat seit 2019 zunehmend an Popularität unter der Bevölkerung verloren, die generell von beiden politischen Lagern enttäuscht und gegenüber dem politischen System in Venezuela misstrauisch und pessimistisch eingestellt ist. Nach dem misslungenen Versuch, unter Guaidós Führung

eine Transition einzuleiten, fehle der zersplitterten Opposition nun erneut eine vereinte Strategie (vgl. López Maya 2020).

5.3.5 Die chavistische Basis in der aktuellen Krise

In der aktuellen Krise hat der Chavismus zunehmend an Unterstützung durch die Bevölkerung verloren, zum einen aufgrund nicht verwirklichter demokratischer Freiheit und materieller Nöte, zum anderen aber auch aufgrund einer Unzufriedenheit der Graswurzel-Chavist*innen bezüglich einer immer größer werdenden Distanz zwischen Regierungsführung und Parteimitgliedern, sowie Aktivist*innen der Basis. Außerdem werden zunehmende Sorgen in Bezug auf Freiheitsrechte und politische Partizipation festgestellt (vgl. Hetland 2018: 153ff.). Seit 2014 ist zudem ein härterer Kurs gegenüber den von manchen Teilen der Regierung als allgemein kriminell angesehenen *colectivos* zu beobachten (manche *colectivos* sind tatsächlich in kriminelle Aktivitäten verwickelt). Die Konsequenz ist, dass sie von der Polizei vermehrt unter Beschuss genommen werden. Seit Chávez' Tod sind vermehrt Konflikte zwischen diesen Graswurzelbewegungen und dem Staat aufgekommen, und die Spannungen zwischen militanten Graswurzelbewegungen und der staatlich institutionalisierten Bolivarianischen Revolution bleiben ungelöst (vgl. Ciccariello-Maher 2016.: 66f.; 76f.). Radikalere und kritische Stimmen innerhalb des Chavismus wurden in den letzten Jahren vermehrt zum Schweigen gebracht und sukzessive vom Bolivarianischen Prozess ausgeschlossen, indem beispielsweise Radio- oder Fernsehshows abgesetzt wurden, und somit die Pressefreiheit eingeschränkt wurde (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 231; Ciccariello-Maher 2016.: 78f.). Die emanzipatorische Dimension des Chavismus scheint unter der aktuellen politischen Krise also zunehmend zu schwinden.

5.4 Potentielle Lösungen der Krise

Ein weiterer Teil der Literatur zum Thema beschäftigt sich mit Lösungsansätzen, die hier nur kurz erwähnt werden sollen. Die Einschätzungen von (multilateralen) Verhandlungen als Lösungsstrategie der Krise fallen in der Literatur vielfältig aus. Marsteintredet (2020: 100f.) sieht eine verhandelte Transition zur Demokratie als schwierig an, da einige strukturelle Hindernisse des politischen, als auch ökonomischen Systems dieser im Weg stünden, Verhandlungen limitierten und die Kosten für Zugeständnisse an die jeweils andere Partei für beide Seiten am Verhandlungstisch erhöhten. Zudem sei das Einhalten verhandelter Ab-

kommen auf lange Sicht nicht gesichert (vgl. ebd.: 100f.). Alfaro Pareja (2020: 35f.) hingegen sieht multilaterale Verhandlungsmechanismen, vermittelt durch und beigesteuert von internationalen Akteur*innen, als wichtige Instrumente, die eine weitere Eskalation der Gewalt zwischen den beiden Koalitionen in Venezuela verhindert hätten und eine verhandelte Lösung des Konfliktes vorantreiben könnten. Eine solche Lösung müsse selbstverständlich auf einem Kompromiss aufbauen, damit am Ende der Verhandlung nicht eine Koalition alles gewinnt, und die andere alles verliert (vgl. ebd.: 35f.). Laut Smilde und Ramsey (2020: 172f.) nutze die Regierung Maduros Verhandlungen jedoch, um die Opposition weiter zu fragmentieren und zu demobilisieren und der Regierung gleichzeitig eine demokratische Erscheinung zu geben. Aufgrund Venezuelas geopolitischer Bedeutung sehen Smilde und Ramsey (2020: 174) auch Verhandlungen zwischen den USA, Russland, China und Kuba als elementar für die Lösung der Krise in Venezuela an.

6 Methodologie und Positionierung

6.1 Positionierung

Ich selbst identifiziere mich als Weiße Frau der oberen Mittelschicht, die eine universitäre Ausbildung erhalten konnte, aus dem Globalen Norden kommt und keine körperlichen, geistigen oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen hat. Dies räumt mir in einem rassialisierten, patriarchalen und kapitalistischen Weltsystem und dem akademischen, von kolonialen Machtasymmetrien geprägten System der Wissensproduktion in vielen Aspekten eine privilegierte Position ein, von der ich profitiere. Meine subjektive Position und die damit einhergehenden Privilegien bedingen mein eigenes Wissen und meine Forschung, sowie meine Beziehung zum Forschungsgegenstand und den teilnehmenden Forschungssubjekten (vgl. Ackerly/True 2010: 24). Befragte Personen als teilnehmende Forschungssubjekte, die aktiv durch ihr Wissen zur Forschung beitragen, anzusehen und zu behandeln, ist elementar, wenn man dem Anspruch einer feministisch informierten Forschungsethik gerecht werden soll (vgl. Ackerly/True 2010: 32f.). Mein Masterstudium der Internationalen Entwicklung hat maßgeblich meine epistemologische Sichtweise geprägt. Unbewusst wurde ich durch das Studium in eine selbstreflexive, intersektionale, feministische und natürlich qualitative Richtung geleitet (vgl. Ackerly/True 2010.: 25; Johnson et al. 2004: 44f.), die nun auch meinen jetzigen Forschungsprozess prägt.

Dadurch, dass ich als Kulturforscherin selbst Teil meines Forschungsobjektes bin, habe ich natürlich bereits gewisse Vorstellungen oder gar Vorurteile bezüglich meines Forschungsgegenstandes (vgl. Johnson et al. 2004: 44). Durch die Tatsache, dass ich persönliche Kontakte zu Venezolaner*innen habe, hatte sich in mir bereits vor Beginn meiner Forschung eine persönliche Meinung zur aktuellen Lage in Venezuela geformt, die von der individuellen Perspektive meiner venezolanischen (Mittel-Oberschicht) Kontakte geprägt war. Seit einer zunehmend detaillierteren Auseinandersetzung mit dem Thema im Zuge meiner Masterarbeit, ist diese vorherige eher anti-chavistisch geprägte Meinung jedoch einem differenzierteren Blick gewichen, auch wenn persönliche Vorprägungen und Affinitäten natürlich nicht gänzlich verschwunden sind. Zudem haben meine Biographie und eigenen Erfahrungen weiterhin Auswirkungen auf meine subjektive Position als Subjekt im Forschungsprozess und bezüglich des Forschungsgegenstandes und somit auf den gesamten Forschungsprozess. Im Zuge meiner Forschungsarbeit sollen diese daher stets reflektiert werden (vgl. Dannecker/Englert 2014: 13).

6.2 Prämissen, Forschungsethik und Gütekriterien qualitativer Forschung

Meine Forschung folgt im methodologischen Sinne der qualitativen Sozialforschung. Qualitative Forschung sieht die soziale Welt nicht als vorgegebenes, prozesshaft ablaufendes, objektiv zu erfassendes Faktum, sondern vielmehr als Resultat sozialer Handlungen der Menschen, die wiederum auf deren Interpretation bezüglich der von der Gesellschaft von ihnen erwarteten oder erwünschten Handlungen basieren (vgl. Bogner et al. 2014: 92). Der Untersuchungsgegenstand in der qualitativen Forschung wird also nicht einfach als bereits vorliegend angenommen, sondern es bedarf dessen Erschließung durch Interpretationsleistungen. Daher sollte qualitative Wissenschaft rekonstruktiv verfahren (vgl. ebd.: 92f.).

Als qualitative Daten gelten Texte im Allgemeinen und üblicherweise schriftliche Texte. Solche Texte können in Interviews generiert werden (vgl. Helfferich 2014: 559). Da es sich bei Interviewsituationen um Kommunikationssituationen handelt, in denen interaktiv ein Text erzeugt wird, sollte hierbei berücksichtigt werden, inwiefern diese Textproduktion, also das Sprechen, durch Umgebung, Frageformulierung, Interaktionsdynamiken, Rollenverteilung und –erwartungen zwischen den am Interview beteiligten Personen beeinflusst wird (vgl. ebd.: 559-562). Der in einem Interview generierte Text sollte somit immer als „spezifische, kontextgebundene Version einer symbolischen Welt“ (ebd.: 561) interpretiert werden.

Eine gewisse Instrumentalisierung der Befragten ist bei Interviews nie ganz zu vermeiden, denn Interviews nutzen in gewisser Weise immer eigenen Zwecken, dem persönlichen Erreichen eines akademischen Titels in meinem Fall (vgl. Bogner et al. 2014: 87). Diese Instrumentalisierung müsse aber nicht per se negativ sein, und auch Interviewte könnten aus dem Interview Vorteile ziehen, sei es die Darlegung der eigenen Sichtweise oder altruistische Motive der Hilfeleistung (vgl. Bogner et al. 2014: 88).

Weitere zu beachtende Aspekte der Forschungsethik sind die Freiwilligkeit der Teilnahme an den Interviews, sowie die Anonymisierung der Daten und das ethische Verhalten in der Interview Situation selbst, d.h., dass keine falschen Rollen oder Machtpositionen vorgetäuscht werden sollten, um an Informationen zu gelangen (vgl. Bogner et al. 2014: 88-91).

Aufgrund der bereits geschilderten methodologischen Annahmen qualitativer Forschung, können Gütekriterien der quantitativen Forschung nicht übertragen werden. Die Existenz einer Durchführungsobjektivität wird abgelehnt, da die Ergebnisse der qualitativen Inter-

views von der spezifischen Kommunikationssituation, also der komplexen sozialen Interaktion, in der sie stattfinden, abhängen (vgl. Bogner et al 2014: 93; 98). In der qualitativen Forschung werden daher die Gütekriterien der Nachvollziehbarkeit und Transparenz vorausgesetzt. Um die Interpretation der Daten nachvollziehbar zu machen, müssen sämtliche Aspekte des Forschungsprozesses offengelegt und stets begründet werden. Die Situations- und Interpretationsabhängigkeit der Daten, sowie eigene Vorverständnisse und Annahmen sollten ebenso stets reflektiert werden (vgl. ebd.: 98), denn reflektierte Subjektivität und die Einbeziehung von Kontextgebundenheit der Ergebnisse sind weitere Gütekriterien qualitativer Forschung (vgl. Helfferich 2014: 573).

7 Methodische Vorgehensweise

Die forschungsleitende Frage dieser Masterarbeit lautet: Welche Rolle spielen endogene und exogene Faktoren in der aktuellen multidimensionalen Krise in Venezuela und welche Sichtweise haben lokale Akteur*innen darauf? Um die Perspektive venezolanischer Akteur*innen auf die aktuelle Situation in Venezuela zu erforschen, bieten sich meines Erachtens in erster Linie qualitative Expert*innen-Interviews mit Akteur*innen ausgesuchter Organisationen der venezolanischen Politik oder Zivilgesellschaft an. Hierbei bieten leitfadengestützte Interviews den Vorteil, eine gewisse Struktur im Gespräch zu haben und für das Forschungsinteresse relevante Fragen einbringen zu können, sie bieten aber gleichzeitig die nötige Offenheit, dass Interviewpartner*innen die Möglichkeit besitzen, zusätzliche Informationen einzubringen (vgl. Helfferich 2014: 566). Idealerweise würden diese Interviews während eines Forschungsaufenthaltes im Land persönlich durchgeführt, um so eine authentischere Kommunikation zu ermöglichen und auch Nonverbales besser interpretieren zu können. Zudem ist ein Forschungsaufenthalt auch sinnvoll, um als teilnehmende Beobachterin die Situation vor Ort besser verstehen und beschreiben zu können (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr, 2014: 39-42).

7.1 Datenerhebung anhand von Expert*innen-Interviews

Für meine Forschung habe ich Expert*innen-Interviews durchgeführt. Diese Interviews sind über ihre spezielle Zielgruppe und ihr zugeschriebenes „besonderes“ Wissen definiert (vgl. Helfferich 2014: 560). Die genaue Definition von Expert*innen variiert in der methodischen Literatur, für meine Forschung richte ich mich daher nach folgender Definition: Expert*innen sind Personen, „die über ein spezifisches Rollenwissen verfügen, solches zugeschrieben bekommen und eine darauf basierende besondere Kompetenz für sich selbst in Anspruch nehmen.“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2008 zit. nach Helfferich 2014: 571). Dieses „Rollenwissen“ kann laut Helfferich (2014: 571) auch Hintergrund- und Kontextwissen über sonst schwer zugängliche Erfahrungsbereiche, Erfahrungswissen oder auch außerberufliches Wissen sein, das anhand eines Engagements und daraus resultierender Erfahrung in spezifischen Bereichen erworben wird (vgl. ebd.: 571). Für mein Forschungsinteresse definiere ich daher als Expert*innen Personen, die Wissen zu Hintergründen und Kontexten der aktuellen Krise in Venezuela haben, aufgrund beruflicher Positionen in Parteien oder Institutionen, als auch Personen, die durch ihr Engagement in bestimmten zivilgesellschaftlichen Organisationen,

wie bspw. chavistischen Basisbewegungen, spezifisches Erfahrungswissen aus diesem Bereich mitbringen. Auch Bogner et al. (2014: 10f.) bestätigen, dass Expertenwissen heutzutage nicht nur in der Wissenschaft produziert, sondern auch in zivilgesellschaftlichen Bereichen wie NGOs oder Bürgerbewegungen erzeugt würde. Zudem weisen sie darauf hin, dass der Status des/der Experten*in auch in gewissem Maße eine Zuschreibung durch die Forscherin ist, da diese spezifische Personen im Forschungsprozess als Expert*innen adressiert. Expert*innen seien aber nicht nur das Konstrukt der Forscher*innen, sondern ebenso der Gesellschaft, da diesen Personen auch laut gesellschaftlicher Konventionen ein Spezialwissen und Expertenstatus zugeschrieben werde (vgl. ebd.: 11).

Bei Interviews wird das Wissen der Befragten erhoben. Hierbei stellt sich nun die Frage, welches Wissen erhoben werden soll, und ob dieses Wissen als Tatsachen oder subjektive Deutungen zu interpretieren sind (vgl. Bogner et al. 2014: 6; 17). Ob im Interview technisches Wissen, Prozesswissen oder Deutungswissen erhoben wird, hängt von der Zuweisung der Forscherin ab und wird methodisch entschieden (vgl. ebd.: 18ff.). In jedem Interview würden immer alle drei Arten des Wissens erhoben, und der/die Forscher*in entscheide bei der Auswertung, was sie als „Fakten“ und was als Deutungen interpretiert (vgl. ebd.: 21). Je nachdem, welchen Stellenwert das Expert*innenwissen im Forschungsprozess einnimmt, wird zwischen explorativen und fundierenden Interviews unterschieden. In meinem Fall werden fundierende Expert*innen-Interviews angestrebt, da das Expert*innenwissen eine zentrale Stellung im Forschungsprozess hat, und zentrale Erklärungen und Zusammenhänge der Krise in Venezuela sowie die Perspektive lokaler Akteur*innen durch die Interviews erhoben werden sollen (vgl. ebd.: 22). Da es mir hierbei mehr um das konkrete Sach- und Prozesswissen der Befragten geht, um die Informationsgewinnung, und weniger um ihr Deutungswissen, fallen meine Interviews unter die Kategorie der „systematisierenden Expert*innen-Interviews“, was einen gut ausdifferenzierten Leitfaden laut Bogner et al. (2014) nötig und gerechtfertigt mache, da die Interviewten ja zu Aussagen bezüglich der konkreten Forschungsfrage angeregt werden sollten (vgl. ebd.: 24f.; 32). Auch Helfferich (2014: 571f.) empfiehlt hier einen stärker fokussierten Leitfaden mit spezifischeren Fragen. Generell empfiehlt sie jedoch Offenheit als Priorität in einem Leitfaden, sowie Übersichtlichkeit in der Gestaltung und ein Anpassen der Fragen an den Erzählfluss. Der Leitfaden solle den Befragten die Möglichkeit geben, so frei wie möglich zu sprechen, und nur Aspekte, die nicht bereits von den Befragten selbst erwähnt wurden, sollten nachgefragt werden (vgl. Helfferich 2014: 566f.).

7.2 Leitfaden gestützte Expert*innen-Interviews

Der Leitfaden dient sowohl zur inhaltlichen, als auch methodischen Vorbereitung der Erhebung, das heißt zum einem der Strukturierung des Themenfeldes und des konkreten Forschungsinteresses, und zum anderen als konkretes Hilfsmittel bei der Erhebung, sprich der Interviewdurchführung (vgl. Bogner et al 2014: 27f.). Bogner et al. (2014: 28) empfehlen die Strukturierung des Leitfadens nach spezifischen Themenblöcken, welche aus Hauptfragen, also zentralen Gesprächsanreizen, und Unterfragen bzw. ergänzenden Nachfragen bestehen. Zudem empfehlen sie die Erstellung eines Basisleitfadens, der dann je nach Interviewpartner*in angepasst wird (vgl. ebd.: 29). In der Erarbeitung des Leitfadens (s. Anhang 1) bin ich den von Bogner et al. (2014: 32ff.) empfohlenen Schritten und Leitlinien gefolgt.

7.2.1 Sampling

Die Auswahl der Interviewpartner*innen orientiert sich an der Forschungsfrage und muss daher je nach konkretem Fall entschieden werden (vgl. Bogner et al. 2014: 34f.). Die „Zugänglichkeit der Ereignisse, Aktivitäten oder Personen, die den Gegenstand der Untersuchung bilden sollen“ (Merkens 2004: 288), sind zudem von großer Bedeutung für qualitative Studien, da hiervon abhängt, welche Personen (-gruppen) in die Forschung miteinbezogen werden und welche nicht. Die Zugänglichkeit bestimmt also die Grenzen, in denen ein Fall untersucht werden kann (vgl. ebd.:288).

Da es in meinem Fall aufgrund beschränkter Ressourcen und einer Vielzahl an möglichen Gesprächspartner*innen nicht möglich war, mit allen potentiellen Expert*innen bezüglich des Themas zu sprechen, sowie nicht alle potentiellen Expert*innen zugänglich sind, musste ich bereits eine Vorauswahl der potentiellen Interviewpartner*innen vornehmen. Durch explorative Gespräche mit Expert*innen des Themas an der Universität Wien habe ich Empfehlungen zu lokalen Interviewpartner*innen einholen können. Dieses Sample definiert sich über die Fähigkeit der Personen, mir Auskunft zum Forschungsthema zu geben, und über meine bereits genannte Definition von Expert*innen. Weitere Kriterien sind aufgrund der Zugangsbarrieren zu Expert*innen deren Verfügbarkeit und vor allem Bereitschaft zur Teilnahme, sowie die Abdeckung eines breiten Spektrums an Positionen (sowohl pro-Chavismus als auch Opposition) (vgl. Bogner et al 2014: 34f.; Helfferich 2014: 571). Der Empfehlung von Bogner et al. (2014: 35) folgend, wurde dieses ursprüngliche Sample erweitert, indem

die Interviewkandidat*innen nach weiteren Empfehlungen zu Interviewpartner*innen gefragt wurden.

7.2.2 Feldzugang und Kontaktaufnahme

Anhand dieser Samplingstrategie wurden insgesamt 17 Expert*innen bzw. Organisationen mit Expertenwissen zum Thema kontaktiert. Hierbei wurde spezifisch auf eine Abdeckung sowohl pro-chavistisch als auch oppositionell ausgerichteter Expert*innen geachtet. Die erste Kontaktaufnahme erfolgte stets per E-Mail bzw. in den Fällen, bei denen von Oppositionsparteien keine E-Mail-Adresse herauszufinden war, auch per Facebook-Nachricht bzw. Kontaktformular auf der Webseite der Partei. Bei einer positiven Rückmeldung wurde in den meisten Fällen auf einen telefonischen Kontakt, beziehungsweise einen Kontakt per Messenger (*WhatsApp* oder *Telegram*) erweitert, da hiermit eine schnellere und flexiblere Kommunikation möglich war. Von den anfänglichen zehn Zusagen konnten im Endeffekt aber nur sieben venezolanische Expert*innen tatsächlich interviewt werden, darunter ein Oppositionspolitiker, zwei ehemalige Minister unter der Regierung Chávez bzw. Maduro, eine oppositionelle Akademikerin, zwei Basisaktivist*innen und ein pro-chavistischer Journalist. Aufgrund mangelnder Zusagen und/oder Kontaktabbrüchen von oppositioneller Seite, teilweise nach bereits erbrachten Interviewzusagen und in einem Fall sogar nach einem bereits ausgemachten Interviewtermin, zu dem der Oppositionspolitiker dann nicht erschien, konnten leider nur zwei von sieben Interviews mit anti-chavistisch orientierten Expert*innen durchgeführt werden. Zudem sei angemerkt, dass die interviewte Oppositionspartei dem moderaten Spektrum zuzuordnen ist. Anfragen an radikalere Oppositionsparteien blieben unbeantwortet. Der Zugang zum Feld erwies sich generell als schwierig. Besonders der Zugang zu Oppositionsparteien war beschränkt, da teilweise nicht einmal Kontaktinformationen, wie eine E-Mail-Adresse, zu ermitteln waren. Kontaktanfragen per Facebook oder Kontaktformular der Webseite wurden generell nicht beantwortet. Viele angefragte Expert*innen antworteten gar nicht, und bei den übrigen dauerte es oft wochenlang, bis Antworten erhalten wurden. Aufgrund der Polarisierung des Themas äußerten einige angefragte Personen auch Bedenken, sich hierzu zu äußern oder Kontakte weiterzuempfehlen, und besonders pro-chavistische Expert*innen erfragten spezifische Informationen zum Forschungsvorhaben.

7.2.3 Vorüberlegungen zu den Interviews

Im Interview, als eine zwischenmenschliche Kommunikationssituation, in der Äußerungen immer in Bezug auf den/die Gesprächspartner*in formuliert werden, sind die Gestaltung der Rollen, die daraus resultierenden Rollenerwartungen und der wahrgenommene Status der Person von erheblicher Bedeutung für die getätigten Aussagen und den Verlauf der Kommunikation und somit letztendlich für die Erhebung der Daten (vgl. Bogner et al. 2014: 50f.). Hierbei sind Faktoren wie Macht und Sicherheitsgefühl, Fremdheit oder Gemeinsamkeit der Gesprächspartner*innen und unterschiedliche Diskurskulturen von Bedeutung (vgl. Helfferich 2014: 564f.). Ebenso spielen die zugeschriebene fachliche Kompetenz, Vermutungen über normative Bewertungen des Gegenübers und dessen Einflusspotentiale eine Rolle in der Gestaltung der Kommunikationssituation (vgl. Bogner et al. 2014: 51). Forscher*innen können von den interviewten Expert*innen als Co-Expert*innen, als Laien, als potentielle Kritiker*innen oder als Kompliz*innen wahrgenommen werden und es müssen, je nach Wahrnehmung des Interviewers durch den Interviewten, andere Fragestrategien verfolgt werden (vgl. ebd.: 51-54).

In meiner Rolle als Forscherin sind verschiedene Wahrnehmungen durch die Interviewpartner*innen denkbar. Zum einen ist zu erwarten, dass mein Alter und mein Geschlecht in einer patriarchalen Welt bei den Expert*innen eher zur Bewertung einer untergeordneten Rolle führen, und ich, als junge Frau und noch Studierende, als weniger kompetent wahrgenommen werde. Das Ausmaß dieser Gendereffekte dürfte vermutlich variieren, je nachdem, ob ich mit einem männlichen oder einer weiblichen Gesprächspartner*in interagiere (vgl. Bogner et al. 2014: 55ff.). Ebenso dürfte mein Weiß-Sein in einer rassialisierten Gesellschaft mit ebensolcher Wissensproduktion beeinflussen, wie ich wahrgenommen werde. Durch meinen akademischen Status als Masterstudentin kann davon ausgegangen werden, dass es mir nicht möglich sein wird, mich als Co-Expertin zu positionieren, jedoch auch nicht als komplette Laiin wahrgenommen werde. Eine Positionierung als Kritikerin oder Komplizin halte ich aufgrund der starken Polarisierung der aktuellen Krise in Venezuela für nicht angebracht und je nach Interviewkontext und in Bezug auf eine erfolgreiche Datengenerierung auch für kontraproduktiv. Daher werde ich Helfferich (2014: 572f.) folgen, die bei der Selbstrepräsentation der Forscherin eine Kombination aus Kompetenz und Wissensbedarf empfiehlt.

Da meine Forschung in einem politisch höchst kontroversen Kontext durchgeführt wurde, war ich stets mit der Frage konfrontiert, wie ich mich selbst bezüglich der politischen Polarisierung positioniere. In einem Fall wurde ich vor dem Interview spezifisch nach meiner eigenen Haltung zum politischen Konflikt gefragt. Hierbei habe ich versucht, eine Antwort zu formulieren, die, wie auch Fernandes (2010: 31) bemerkt, die Balance hält zwischen der vom Gegenüber „erwarteten“ Antwort, die nötig ist, um die gewünschten Informationen zu erheben, und der Herausforderung, dabei dennoch meine eigene Position wahrheitsgemäß zu vertreten.

7.2.4 Durchführung der Interviews

Alle Interviews wurden auf Spanisch durchgeführt, da die Interviewführung in der Muttersprache als ideal gilt, und meine Spanischkenntnisse als ausreichend eingeschätzt werden, um auch über komplexe Sachverhalte zu kommunizieren und spontan auf Äußerungen zu reagieren (vgl. Bogner et al. 2014: 44). Dennoch sind aufgrund der Mehrsprachigkeit bei der Interviewführung Probleme und Grenzen im Kommunikationsprozess vorhanden, besonders bei Interviewsituationen per Online-Videokonferenz. Ich habe mich aktiv gegen eine Übersetzung der Interviewtranskripte ins Deutsche entschieden, um die bei einer Übersetzung bereits entstehende, zusätzliche Interpretation zur eigentlichen Dateninterpretation zu vermeiden (vgl. ebd.: 46f.).

Die Interviewfragen und Fragestrategien wurden gemäß den Empfehlungen von Bogner et al. (2014: 59-69) zu Expert*innen-Interviews entwickelt. Trotz der angespannten Sicherheitslage im Land und der Covid-19 Pandemie konnte ein Forschungsaufenthalt von fünf Wochen (vom 12.12.2021 bis zum 18.01.2022) in Venezuela durchgeführt werden. Aufgrund der begrenzten Aufenthaltsdauer, sowie durch Covid-19 bedingte Schwierigkeiten, konnten jedoch nur zwei der sieben durchgeführten Interviews tatsächlich persönlich in Caracas geführt werden. In den anderen fünf Fällen wurden die qualitativen Interviews online per *Zoom* durchgeführt. Hierbei ergaben sich verschiedene Hürden, hauptsächlich technische Schwierigkeiten in Form von Verbindungsproblemen. Auch wenn die Bewertungen von Interviews per Telefon in der Literatur eher skeptisch ausfallen (vgl. Bogner et al. 2014: 39), war die Befragung aufgrund der limitierten Aufenthaltsdauer in Venezuela, sowie der krisen- und pandemiebedingten Hindernisse für persönliche Treffen leider nicht anders durchführbar. Es wurden daher Videoanrufe als vertretbare Alternative zu persönlichen Interviews eingeschätzt, vor allem deshalb, weil anhand der Videoübertragung wesentlich

mehr Informationen übermittelt werden können als bei reinen Telefonaten, bei denen das Fehlen visueller Eindrücke und des Blickkontakts die Kommunikationssituation wesentlich mehr beschränken.

Die beiden persönlichen Interviews wurden in Caracas in einem öffentlichen Café durchgeführt. Der Treffpunkt lag in einem eher oppositionell geprägten Stadtviertel, was einen pro-chavistischen Interviewpartner vor Beginn des Interviews Bedenken bezüglich der Möglichkeit, frei sprechen zu können, äußern ließ. Ein Treffen in dem von ihm vorgeschlagenen pro-chavistischen Stadtteil konnte jedoch aus sicherheitstechnischen Gründen nicht wahrgenommen werden. Das von mir gewählte Café erwies sich dann als wenig besucht, sodass eine annähernd private Atmosphäre etabliert und relativ offen gesprochen werden konnte. Diesbezüglich erwiesen sich die Interviews per Online-Videokonferenz sogar als vorteilhaft, da hierbei eine private Gesprächssituation garantiert werden konnte. Die übrigen fünf Interviews wurden in solchen Videokonferenzen geführt, was trotz gelegentlicher Verbindungsprobleme insgesamt gut funktionierte. Trotz der technischen und räumlichen Barrieren einer Online-Gesprächsführung konnte rasch eine positive Kommunikationssituation etabliert werden. Die Interviews wurden per Tonaufnahmen auf dem Handy bzw. per Aufzeichnung der Videokonferenz dokumentiert und später vollständig transkribiert, mit ergänzenden Hinweisen zu wichtigen, interpretationsrelevanten non-verbalen Äußerungen, Pausen und Betonungen. Post-Interview-Memos wurden direkt nach Durchführung der Interviews ebenfalls per Tonaufnahme aufgezeichnet und als zusammenfassende Memos an die jeweiligen Interviews angehängt (vgl. Bogner et al 2014: 40-43).

7.3 Auswertung der Daten anhand der qualitativen Inhaltsanalyse

Für die Auswertung der Daten wurde die für informatorische Interviews empfohlene qualitative Inhaltsanalyse angewendet (vgl. Bogner et al. 2014: 72). Die qualitative Inhaltsanalyse ist geeignet, soziale Sachverhalte zu rekonstruieren, wobei das Expert*innenwissen als Information konzeptualisiert wird. Da mein Forschungsinteresse den verschiedenen Faktoren gilt, die zur Krise in Venezuela geführt haben, sowie der Frage, welche dieser Faktoren von lokalen Akteur*innen als wichtig erachtet werden, eignet sich dieses Auswertungsverfahren ganz besonders (vgl. ebd.: 72-75). Zudem wurde unterstützend, für eine zeitsparende Auswertung der Daten, die Software MAXQDA verwendet (vgl. ebd.: 83f.). Kuckartz und Rädiker (2022) definieren die qualitative Inhaltsanalyse wie folgt:

Unter qualitativer Inhaltsanalyse wird die systematische und methodisch kontrollierte wissenschaftliche Analyse von Texten, Bildern, Filmen und anderen Inhalten von Kommunikation verstanden. [...] Im Zentrum der qualitativen Analyse stehen Kategorien, mit denen das gesamte für die Forschungsfrage(n) bedeutsame Material codiert wird. Die Kategorienbildung kann deduktiv, induktiv oder deduktiv-induktiv erfolgen. Die Analyse geschieht primär qualitativ, kann aber auch quantitativ-statistische Auswertungen integrieren; sie kann sowohl kategorienorientiert als auch fallorientiert erfolgen. (Kuckartz/Rädiker 2022: 39)

Diese Art der Analyse sei immer dann geeignet, wenn es darum gehe, qualitative Daten systematisch und kategorienbasiert auszuwerten (vgl. ebd.: 42). Bei Forschungsprojekten, die auf Beschreibung statt auf Theoriegenerierung basieren, und bei denen das Erlangen von praktisch verwertbarem Wissen im Vordergrund steht, wie es in meiner Arbeit der Fall ist, kann dank der qualitativen Inhaltsanalyse eine genaue und differenzierte Beantwortung der Forschungsfrage angestrebt werden (vgl. ebd.: 51f.).

Zu Beginn wurden die Daten vorbereitet, das heißt, die Interviews wurden bis auf einleitende und abschließende Kommentare, *Small Talk* etc. vollständig direkt in MAXQDA transkribiert. Bei der Transkription wurde den von Kuckartz und Rädiker (2022: 199f.) vorgeschlagenen Transkriptionsregeln gefolgt, diese wurden jedoch teilweise an forschungsspezifische Bedürfnisse angepasst. Die Transkriptionsregeln, sowie Anpassungen und Begründungen dafür können in Anhang 3 eingesehen werden. Die Interviews wurden nur anonymisiert, falls dies gewünscht wurde, andernfalls wurde der Name angegeben, da es sich bei den Befragten um Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens handelt. Bei den Anonymisierungen wurden zudem Teile von Interviewpassagen nicht transkribiert, da sie Rückschlüsse auf die Identität der interviewten Person zugelassen hätten.

7.3.1 Die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse

Bei der konkreten qualitativen Inhaltsanalyse habe ich mich an den von Kuckartz und Rädiker (2022) vorgeschlagenen Schritten für die computergestützte qualitative Inhaltsanalyse orientiert, genau genommen an der von den Autoren in Kapitel 5 vorgeschriebenen Vorgehensweise für die „inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse“. Alle Arbeitsschritte wurden mit dem Analyseprogramm MAXQDA vorgenommen. Dementsprechend wurde zunächst eine initiiierende Textarbeit geleistet, faktenorientierte, resümierende Fallzusammenfassungen, sowie Memos, in denen die Entstehungsbedingungen und Besonderheiten eines jeden Interviews reflektiert wurden (s. Anhang 2), geschrieben (vgl. ebd.: 118ff., 132f.).

7.3.2 Kategorienbildung und Codieren

Für die folgende Codierung wurden die deduktiv-induktive Kategorienbildung (vgl. Kuckartz/Rädiker 2022: 102f.) und hierbei hauptsächlich thematische, aber auch analytische oder natürliche (*in-vivo*) Kategorien verwendet (vgl. ebd.: 56f.). Aufgrund der in der qualitativen Datenanalyse bestehenden Uneinigkeit und Uneinheitlichkeit bezüglich der Verwendung der Begriffe „Kategorie“ und „Code“, soll in dieser Arbeit, Kuckartz/Rädiker (2022) folgend, lediglich der Begriff „Kategorie“ verwendet werden, auch wenn für das Verbinden gebildeter Kategorien mit Textstellen von „Codieren“ gesprochen wird (vgl. ebd.: 59f.). Beim Codieren wurden Sinneinheiten codiert, das heißt codierte Textsegmente überlappen sich teilweise oder sind ineinander verschachtelt, denn gerade bei einer thematischen Codierung können sich verschiedene Themen in den Textsegmenten überschneiden (vgl. ebd.: 69, 134). Nach der initiierenden Textarbeit wurden in einem 2. Schritt Hauptkategorien gebildet, diese wurden deduktiv aus dem Interviewleitfaden abgeleitet (vgl. ebd.: 71ff., 133f.). Für jede Kategorie wurden dem von Kuckartz/Rädiker (2022: 66) vorgeschlagenen Aufbau folgende Definitionen erstellt, die im Kategorienhandbuch (s. Anhang 4) eingesehen werden können (vgl. ebd.: 66).

In einem 3. Schritt wurden die Daten dann mit diesen deduktiven Hauptkategorien codiert, das heißt die Texte sequenziell durchgegangen und den verschiedenen Hauptkategorien zugewiesen. Nicht sinntragende oder für die Forschungsfrage nicht relevante Passagen wurden nicht codiert (vgl. ebd.: 134ff.). Beim Codieren zweier Interviews wurden zu Beginn die Hauptkategorien „getestet“ und nachfolgend dann auch die restlichen Daten mit diesen Kategorien codiert. Beim Codieren, sowie dem Bilden des Kategoriensystems, also der Organisation der Gesamtheit der Kategorien in ein hierarchisches System aus Ober- und Unterkategorien, wurde den Regeln und Anforderungen von Kuckartz/Rädiker (2022: 63ff., 135f.) gefolgt. Nachdem alle Daten mit den Hauptkategorien deduktiv codiert waren, wurde in einem nächsten Schritt eine induktive Codierung mit Subkategorien vorgenommen. Dafür wurden alle codierten Segmente einer Hauptkategorie in MAXQDA dargestellt und diese Textsegmente dann induktiv codiert, das heißt es wurden aus dem Text heraus Subkategorien abgeleitet und diese systematisierend im Kategoriensystem der zugehörigen Hauptkategorie untergeordnet. Auch für die Subkategorien wurden Definitionen im Kategorienhandbuch erstellt (s. Anhang 4) (vgl. ebd.: 138ff.). Die restlichen Daten wurden mit den so generierten Subkategorien codiert, wobei es einen zyklischen Ablauf zwischen Kategorienbildung und Codierung gab, und weitere Subkategorien gebildet, angepasst, zusammengefasst

oder weiter ausdifferenziert wurden (vgl. ebd.: 142ff.). Hierbei wurde zudem eine weitere Hierarchisierung der Subkategorien durchgeführt und diese erneut geordnet. Während des gesamten Codierungsprozesses wurden Memos verfasst, wenn Auffälligkeiten, Unsicherheiten, Fragen etc. aufkamen (vgl. ebd.: 97).

Für die Qualitätssicherung beim Codierungsprozess empfehlen die Autoren die Arbeit im Team. Da ein Codieren durch mehrere Personen in meinem Fall aber nicht möglich war, folgte ich den Empfehlungen der Autoren und habe nach mehreren Wochen Abstand einen zweiten Codierungsdurchlauf durchgeführt, bei dem die zuvor generierten Kategorien und deren Definitionen noch einmal überprüft und gegebenenfalls angepasst, sowie Textsegmente besser geeigneten Kategorien neu zugeordnet wurden (vgl. ebd.: 137).

7.3.3 Einfache und komplexe Analysen

Für die inhaltliche Auswertung des so codierten Datenmaterials wurden die von Kuckartz/Rädiker (2022: 147ff.) vorgeschlagenen einfachen und komplexen Analysemethoden verwendet. Zunächst wurden, wie von den Autoren bei einer umfangreichen Menge codierten Materials empfohlen, fallbezogene thematische Zusammenfassungen in einer Themenmatrix in MAXQDA erstellt, um die codierten Elemente inhaltlich zu komprimieren und auf für die Forschungsfrage Relevantes zu reduzieren (vgl. ebd.: 143f.). Hierbei habe ich mich auch für den Schritt der Übersetzung ins Deutsche entschieden, weshalb die codierten Segmente einer jeden Kategorie pro Fall nur in Deutsch zusammengefasst wurden. Da bei einer solchen Zusammenfassung in jedem Falle eine Interpretation durch die Forscherin stattfindet, wurde dieser Schritt für die bei einer Übersetzung zusätzlich anfallende Interpretation als am besten geeignet erachtet. Mit diesen Fallzusammenfassungen wurde dann weitergearbeitet und eine kategorienbasierte Analyse entlang der Hauptkategorien vorgenommen (vgl. ebd.: 148f.). Um Unterschiede zwischen pro- und anti-chavistischen Expert*innen herauszufinden, wurde zudem eine qualitative Kreuztabelle mit den thematischen Fallzusammenfassungen erstellt, um einen Gruppenvergleich vorzunehmen (vgl. ebd.: 150). Die hierbei ermittelten auffälligen Gruppenunterschiede wurden im Ergebnisbericht hervorgehoben. Bei der Ergebnisdarstellung wurde nicht die Reihenfolge des Kategoriensystems eingehalten, sondern die Themen in eine für die Beantwortung der Forschungsfrage sinnvolle Reihenfolge gebracht. Zudem wurden Kategorien, die sich im Nachhinein als für die Beantwortung der Forschungsfrage nicht relevant herausstellten, in der Ergebnisdarstellung nicht

berücksichtigt. Im Ergebnisbericht angeführte direkte Zitate aus den Interviews wurden in einer Fußnote durch die Autorin der Arbeit übersetzt.

8 Ergebnisdarstellung

Wie bereits angemerkt, ist auch die akademische Debatte über die Krise in Venezuela einer nicht zu unterschätzenden Polarisierung verhaftet, die auch bei der Datenerhebung festgestellt wurde. Eine Offenlegung der politischen Orientierung, im Sinne von anti-chavistischer oder pro-chavistischer Gesinnung, ist daher auch für die Interpretation der Ergebnisse der durchgeführten Expert*innen-Interviews nötig. Bei der Darstellung der Ergebnisse wird daher, wenn nötig, zwischen den beiden Expert*innen-Gruppen unterschieden und auf auffällige Unterschiede oder Extrempositionen zwischen den pro-chavistischen und anti-chavistischen Erklärungen der Krise hingewiesen.

Aufgrund der Vielfalt genannter Ursachen der Krise wurde bei der Ergebnisdarstellung nicht nur zwischen endogenen und exogenen Faktoren, sondern auch zwischen politischen und wirtschaftlichen Faktoren unterschieden, und zwar auf nationaler und globaler Ebene.

8.1 Ökonomische Faktoren der Krise auf nationaler Ebene

Es werden in den Expert*innen-Interviews eine Reihe verschiedener wirtschaftlicher Faktoren auf nationaler Ebene genannt, welche die Entstehung der Krise in Venezuela beeinflusst beziehungsweise begünstigt haben. Im Folgenden sollen diese genauer erläutert werden.

8.1.1 Rentenökonomie

Die Rentenökonomie als strukturelles Erbe Venezuelas wird von beiden Expert*innen-Gruppen als wichtiger Faktor angesprochen. Der Petro-Staat und die Rentenökonomie, die schon lange Venezuelas Wirtschaft als peripheres Land im Kontext sukzessiver (Neo-)Kolonisierungsprozesse strukturieren, und die Tatsache, dass diese nie überwunden wurden, werden als Kernursachen der Krise gesehen. Die folgende Aussage der Chavismus-kritischen Historikerin Margarita López Maya verdeutlicht dies: “Entonces eso le da una particularidad de estado rentista del petro-estado de Venezuela. Que yo creo que está en el corazón de la crisis no haber podido superar eso. No haberlo podido superar.” (Interview 7, López Maya, Pos. 46-47)¹⁸

¹⁸ Das verleiht dem venezolanischen Petro-Staat also eine Besonderheit als Rentenökonomiestaat. Ich glaube, im Zentrum der Krise steht, dass dies nicht überwunden werden konnte. Es nicht überwunden haben zu können. (Übersetzung L.J.)

Anti-chavistische Expert*innen sehen in der Finanzierung des Staates durch Erdöleinnahmen zudem das Problem, dass die Regierung viel Handlungsfreiheit hat und sich daher gesellschaftlicher Kontrolle entziehen kann. Staatliche Subventionen in der Wirtschaft haben zudem dazu geführt, dass Produktivität, Effizienz, Modernisierung etc. nicht als notwendige Prämissen der Wirtschaft erachtet wurden.

Ein interessanter Aspekt ist die Tatsache, dass einer der pro-chavistischen Experten die allgemeine Verteufung der Rentenökonomie revidiert, denn dank des Erdöls hat Venezuela erst die Modernisierung und ‚Entwicklung‘ erleben können, die es erlebt hat. Zuvor war Venezuela eines der „unterentwickeltsten“ und ärmsten Länder in Lateinamerika. Zudem habe die Erdölextraktion die Wirtschaft Venezuelas nicht weniger divers gemacht, der Wirtschaftssektor war vor Entdeckung des Erdöls quasi non existent, es gab keine Industrien in Venezuela, sondern nur Subsistenzwirtschaft. Der Export von Kaffee und Kakao war zudem durch internationale Konkurrenz rückläufig geworden, und das Land war nach fast 100 Jahren Unabhängigkeitskriegen in einem desolaten Zustand. Unter diesen Grundvoraussetzungen einer „unterentwickelten“ und unproduktiven Wirtschaft, unter denen die Erdölextraktion entstand, sei es dann schwierig gewesen, eine wirtschaftliche Diversifizierung zu erreichen, auch wenn dies laut weiterer pro-chavistischer Expert*innen in den ersten Jahren des Chavismus sogar relativ gut erreicht wurde. Das Erdölmodell hat jedoch auch zu Importökonomie und Importmonopolen, dominiert von jenen Sektoren, die einfachen Zugang zu Devisen haben, und zu einem sehr ungleichen Wirtschaftssystem geführt. Hierzu stellt einer der Experten fest:

La economía venezolana, por su propia construcción en los últimos cien años tiene unos balances terribles. Porque tenías una economía muy subdesarrollada con un modelo de agricultura latifundista no muy extensivo y muy poco productivo, y por encima de eso se venía a montar un modelo petróleo desde afuera con... un choque muy grande con muchas consecuencias, ¿no? (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 26-29)¹⁹

Die Erdölförderung wurde somit in einem Land voller struktureller Ungleichheiten etabliert, welche dadurch noch vertieft wurden, und hat zudem zusätzliche Konflikte geschürt. Die aktuelle Krise kann als einer der größten Konfliktmomente um die Aneignung dieses Erdöls gesehen werden, d.h. der Kampf um die Aneignung des Erdöls steht im Zentrum der Krise,

¹⁹ Die venezolanische Wirtschaft hat, aufgrund ihres Aufbaus in den letzten hundert Jahren, eine furchtbare Bilanz. Weil auf eine sehr unterentwickelte Wirtschaft mit einer wenig ausgedehnten und wenig produktiven großgrundbesitzbasierten Landwirtschaft ein Erdölmodell von außen aufgesetzt wurde... ein sehr großer Schock mit vielen Konsequenzen, nicht? (Übersetzung L.J.)

wie das folgende Zitat verdeutlicht: “Bueno lo que tenemos es como una disputa por la apropiación del petróleo y eso está al centro de la crisis.” (Interview 4, Ana Felicien, Pos. 71-72)²⁰

8.1.2 Fehlende Veränderungen und strukturelle Krise der Rentenökonomie

Die aktuelle Wirtschaftskrise liegt also in den strukturellen Bedingungen der Rentenökonomie begründet. Diese strukturelle Krise findet ihre Ursprünge bereits in den Jahren nach dem *Black Friday*, als sich das Modell der Rentenökonomie zunehmend erschöpfte. Diese strukturelle Krise der 1980er Jahre blieb ungelöst und ist somit ausschlaggebend für die aktuelle, zunächst soziale und dann auch zunehmend politische Krise. Margarita López Maya erläutert diesbezüglich Folgendes:

[E]n lo profundo de esta crisis yo creo que se nació o germinó, se sembró en los años después del viernes negro cuando Venezuela se encontró con un agotamiento de, de su economía rentística, ¿no? Yo creo, no es que sea lo, ni siquiera quizás lo determinante en la evolución hacia el autoritarismo que ha tenido Venezuela. Pero sí es determinante en la crisis que va a ser primero social y después va a ser política. (Interview 7, López Maya, Pos. 37-40)²¹

Laut anti-chavistischer Expert*innen war bereits in den 1970/1980er Jahren das zunächst erfolgreiche Modell der Rentenökonomie erschöpft, aber die damaligen Eliten waren unfähig, ein alternatives Wirtschaftsmodell zu etablieren. 20 Jahre lang wurden Versuche unternommen, makroökonomische Anpassungen vorzunehmen, aber keine wirkliche Lösung gefunden. Auch Chávez hätte, als er an die Macht kam, das strukturelle Problem der Rentenökonomie und die Erschöpfung dieses Modelles nicht anerkannt, sondern die Probleme auf korrupte Eliten des *Puntofijismo* geschoben, die sich die öffentlichen Gelder aneignen. Die aktuelle Krise sei somit Ausdruck des Scheiterns, eine Lösung für die seit fast 40 Jahren bestehende strukturelle Krise der Rentenökonomie zu finden: “Eso es un fracaso, lo que nosotros estamos viviendo es un fracaso. Un fracaso por salir de esta crisis estructural... que estaba para mí ya en los años 80 y que no se ha resuelto.” (Interview 7, López Maya, Pos. 158-159)²²

²⁰ Also wir haben es hier mit einer Art Konflikt um die Aneignung des Erdöls zu tun und das steht im Zentrum der Krise. (Übersetzung L.J.)

²¹ Ich glaube die Kernursache dieser Krise entstand bereits in den Jahren nach dem Schwarzen Freitag, als sich Venezuela mit einer Erschöpfung ihrer Rentenökonomie konfrontiert sah, nicht? Ich glaube, dass es vielleicht nicht mal ein ausschlaggebender Faktor für die Entwicklung hin zum Autoritarismus ist, die Venezuela erlebt hat. Aber es ist sehr wohl ausschlaggebend für die Krise, die zunächst sozial und später politisch sein wird. (Übersetzung L.J.)

²² Dies ist ein Misserfolg, was wir erleben, ist ein Misserfolg. Ein Misserfolg aus dieser strukturellen Krise zu kommen... die für mich schon in den 1980er Jahren entstand und nicht gelöst wurde. (Übersetzung L.J.)

Pro-chavistische Expert*innen hingegen unterstreichen, dass unter Chávez durchaus Versuche unternommen wurden, diese Abhängigkeitsstrukturen der venezolanischen Wirtschaft zu verändern, räumen aber ein, dass wenig Fortschritt diesbezüglich erzielt wurde, da es sich hierbei um einen Jahrzehnte andauernden Prozess handelt. Der drastische Fall der Ölpreise 2014 hätte dann diese Versuche, die Wirtschaft zu transformieren, stark beeinträchtigt. Das erdölbasierte Akkumulationsmodell und die Produktionsmatrix seien daher unter Chávez nicht wirklich verändert worden. Die Ölindustrie war zwar verstaatlicht, aber die Erdölrente sei weiterhin von einer Finanz-Oligarchie und dem privatem Kapital angeeignet worden, wie es historisch gesehen schon immer der Fall gewesen sei. Zudem sei die Diversifizierung der Wirtschaft unter Chávez von Eliten, die sich gegen eine Transformation der Wirtschaft wehrten, durch einen sogenannten „Wirtschaftskrieg“ geblockt worden. Denn eine wirtschaftliche Diversifizierung impliziert nicht nur eine Änderung der wirtschaftlichen Aktivitäten, sondern auch die politische Auseinandersetzung mit den dominanten Wirtschaftssektoren, die verändert werden sollen, wie die folgende Aussage verdeutlicht:

Y es que si tú quieres diversificar el país, económicamente hablando, eso no solamente es un problema económico en el sentido de cuáles son las actividades que vas a hacer, sino que significa que debes enfrentarte a los sectores dominantes en la economía que tú quieres cambiar. (Interview 1, Anonym, Pos. 216-218)²³

Ein wichtiger Grund der Krise, sowohl laut anti- als auch pro-chavistischer Expert*innen, ist somit die Tatsache, dass das Akkumulationsmodell unter Chávez nie wirklich transformiert wurde, sondern lediglich einige Akteur*innen ausgewechselt, die Importabhängigkeit weiter vertieft und die landwirtschaftliche Produktion dadurch gehemmt wurde, auch wenn hierbei unterschiedliche Erklärungsansätze für das Scheitern der Transformation angebracht werden.

Die strukturelle Krise in Venezuela betrifft aber nicht nur die Politik und Wirtschaft, sondern ist nach Aussage eines der pro-chavistischen interviewten Experten auch kulturell bedingt. Die Transformationen unter Chávez führten nicht zu einem kulturellen Wandel, und das amerikanisch geprägte materialistische Konsummodell blieb weiterhin bestehen. Hierbei konnte eine Minderheit der *conspicuous consumption* frönen, während die Mehrheit marginalisiert blieb.

Creo que hay un tema central, ¿no? Que es el tema de que en ese proceso de transformaciones, ese proceso de cambios y de democratización del poder [...] Lo que no hubo fue un cambio en el patrón

²³ Wenn du das Land ökonomisch diversifizieren willst, ist das nicht nur ein wirtschaftliches Problem in dem Sinne, welche Aktivitäten du umsetzen wirst, sondern es bedeutet auch, dass du dich mit den dominanten Wirtschaftssektoren, die du verändern willst, auseinandersetzen musst. (Übersetzung L.J.)

cultural. No hubo transformación substantiva en lo cultural. El modelo de sociedad consumista americana sigue siendo el mismo modelo. (Interview 3, Alex Alayo, Pos. 255-258)²⁴

Zudem habe sich ein extremer Individualismus etabliert, was in der aktuellen Krise auch zu einer moralischen Krise geführt hätte, in der es normalisiert sei, auf Kosten anderer zu überleben und voran zu kommen. Es sei hierbei egal, mit welchen Mitteln man zum Ziel kommt (Ausbeutung anderer, illegale Aktivitäten, Korruption etc.), solange man sein Ziel erreicht. Um die Krise langfristig zu lösen, ist somit laut seiner Aussage auch ein kultureller Wandel nötig.

Porque una sociedad en crisis... la individualización de las personas genera una profunda crisis de valores. Profunda crisis de valores que termina por ejemplo haciendo aceptar como normal que no importa cómo uno crezca, cómo uno logra el éxito. No importa el método sino lo que importa es hacerlo. (Interview 3, Alex Alayo, Pos. 261-263)²⁵

8.1.3 Wirtschaftlicher Sozialismus

Von anti-chavistischen Expert*innen wird die von der Regierung Chávez angestrebte Transformation zu einer sozialistischen Wirtschaftspolitik als eine der Ursachen der Wirtschaftskrise genannt. Durch sozialistische Maßnahmen, wie Enteignungen, seien private Produzent*innen und Investor*innen abgeschreckt und dadurch die Wirtschaftskrise mit verursacht worden.

Von pro-chavistischen Expert*innen wird eher der Versuch, unter der Bolivarianischen Revolution einige strukturelle Faktoren der Wirtschaft zu transformieren, hervorgehoben. So wurden wichtige strategische Sektoren, wie die Ölindustrie, unter Chávez nationalisiert, was zu mehr Reichtum in den Händen des Staates und einer Umverteilung dieses Reichtums durch den Staat geführt hat. Dennoch habe es laut den pro-chavistischen Expert*innen nie einen wirklichen Übergang zum Sozialismus gegeben, sondern es habe immer eine gemischte Wirtschaft existiert, und das private Kapital sei in Venezuela immer aktiv gewesen. Zudem war die venezolanische Wirtschaft stets in eine kapitalistische Weltmarktlogik eingebunden.

²⁴ Ich glaube es gibt ein zentrales Thema, nicht? Und zwar, dass in diesem Transformationsprozess, diesem Prozess des Wandels und der Demokratisierung der Macht [...] kein Wandel des kulturellen Musters stattgefunden hat. Es gab keinen grundlegenden kulturellen Wandel. Das Modell der amerikanischen Konsumgesellschaft bleibt weiterhin bestehen. (Übersetzung L.J.)

²⁵ Denn eine Gesellschaft in der Krise... die Individualisierung der Menschen erzeugt eine tiefe Wertekrise. Eine tiefe Wertekrise, die zum Beispiel bewirkt, dass es als normal akzeptiert wird, dass es keine Rolle spielt wie man vorankommt, wie man Erfolg hat. Die Methode ist egal, was zählt, ist es zu schaffen. (Übersetzung L.J.)

Todo eso [los cambios estructurales en la economía] fue avanzado pero no a un ritmo suficiente que te permitiera realmente cambiar la matriz productiva de la economía porque digamos la prioridad era atender de una al pueblo. Eso es mucho más fácil hacerlo con la renta. Si no tienes, si no estás produciendo comida suficiente, bueno impórtala, igual que las medicinas y todo. (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 46-49)²⁶

Es wird zudem die uneinheitliche Wirtschaftspolitik kritisiert, welche zum Beispiel zum einen Zugang zu Land demokratisierte, aber gleichzeitig hauptsächlich in den agro-industriellen Sektor und wenig in kleine Produzent*innen investierte. Gleichzeitig wurde aber auch eine Importökonomie verfolgt, was die nationale landwirtschaftliche Produktion negativ beeinträchtigte und die Nahrungsmittelknappheit mitverursachte, als es an Devisen für Importe mangelte. Auch heute noch würden kleine Produzent*innen nicht ausreichend vom Staat unterstützt.

8.1.4 Wirtschaftskrieg, Kapitalflucht und Korruption

Wirtschaftliche Attacken gegen Venezuela durch nationale und internationale wirtschaftliche als auch politische Eliten, besonders ab 2013, werden von einigen pro-chavistischen Expert*innen als weiterer, wichtiger Grund für den plötzlichen wirtschaftlichen Abschwung in Venezuela gesehen. Anti-chavistische Expert*innen sprechen dieses Thema gar nicht an. Als wirtschaftliche „Attacken“ werden Preisspekulation, Kapitalflucht und Manipulation des Wechselkurses benannt, die zu wirtschaftlicher Instabilität und Inflation geführt hätten. Auch wenn anerkannt wird, dass der Krise zudem strukturelle Ursachen zugrunde liegen, wird darauf hingewiesen, dass es ohne Wirtschaftskrieg nicht zu einer solch ausgeprägten Krise gekommen wäre, wie im folgenden Zitat deutlich wird:

Y a mi modo de ver, independientemente de las causas estructurales que pueda haber, a mi modo de ver no existe nada que explique, nada distinto a ataques económicos, que explique cómo se reversionaron las tendencias en aquel momento. (Interview 1, Anonym, Pos. 121-123)²⁷

Los ataques económicos tenían que ver sobre todo con la fuga de capitales, la especulación con los precios y la manipulación del tipo de cambio. [...] Lo cual empezó a generar una inestabilidad que es lo que explica el proceso inflacionario desde el 2013, ese proceso inflacionario ahí. Para mí, ahí está el origen. Por supuesto puede haber razones más profundas, estructurales. Pero digamos yo creo que

²⁶ All das [die strukturellen Änderungen in der Wirtschaft] wurde vorangetrieben, aber nicht in dem Tempo, dass eine wirkliche Veränderung der Produktionsmatrix möglich gewesen wäre, weil, sagen wir mal, die Priorität war zuerst das Volk zu versorgen. Das ist mit der Rente viel leichter zu machen. Wenn du nicht genug hast, wenn du nicht genug Nahrung produzierst, naja, dann importierst du sie halt, genauso wie Medikamente und alles andere. (Übersetzung L.J.)

²⁷ Und meines Erachtens nach, unabhängig von den strukturellen Ursachen die es geben mag, meines Erachtens nach gibt es nichts was erklärt, nichts anderes als Wirtschaftsattacken, was die Umkehrung der Tendenz zu diesem Zeitpunkt erklärt. (Übersetzung L.J.)

sin haberse ocurrido aquellos ataques nada de lo que ha pasado después hubiese pasado. (Interview 1, Anonym, Pos. 133-137)²⁸

Auf der anderen Seite werden von den pro-chavistischen Expert*innen aber auch innere Probleme, wie Vetternwirtschaft und Korruption, als Problem genannt. Korruption wird als ein historisches und strukturelles Problem Venezuelas anerkannt, es gab und gibt weiterhin Leute innerhalb der Regierung, die ihren privilegierten Zugang zur Ölrente ausnutzen, um Devisen zu veruntreuen. So werden beispielsweise Devisen an den privaten Sektor für angebliche Produktion oder Importe gegeben, die dann verschwinden. Es gäbe eine große Gruppe solcher (privater) Akteur*innen, die sich aufgrund korrupter Praktiken innerhalb des Staates die Erdölrente aneignen und außer Landes schaffen können.

[P]ero creo que el principal factor de corrupción... quizás no se debe llamar corrupción sino... no sé, malversación de divisas, son esas divisas que se siguen entregando al sector privado con la cosa de que el sector privado va a producir o a importar y... esas divisas desaparecen simplemente, ¿no? (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 212-215)²⁹

Diese Kapitalflucht wird aber auch als Versuch von Eliten gesehen, das sozialistische Modell unter Chávez zu zerstören. Private Konzerne seien zudem in Schmuggel von Gütern und Sabotageakte verwickelt. Es wird ein Anstieg der Korruption in den letzten Jahren beobachtet, und Sektoren, die bereits unter Chávez von den Preiskontrollen profitierten, seien auch heute noch in korrupte Praktiken involviert und mit internationalen Eliten verbunden.

8.1.5 Inflation, Spekulation und instabile Wechselkurse

Pro-chavistische Expert*innen weisen zudem darauf hin, dass Venezuela eine lange Geschichte der Inflation und Wechselkursinstabilität hat, die nun auch Auswirkungen auf die Wirtschaftskrise hat. Seit den 1980er Jahren lagen Inflationsraten in Venezuela immer im zweistelligen Bereich. Ab 2013 schoss die bis dato halbwegs kontrollierte Inflationsrate dann weiter in die Höhe, wie auch der Wechselkurs, was 2017 zu einer Hyperinflation führte. Zudem ist der Dollar auf dem Schwarzmarkt mit einer zunehmenden Differenz zum offizi-

²⁸ Die Wirtschaftsattacken hatten vor allem mit Kapitalflucht, Preisspekulation und der Manipulation des Wechselkurses zu tun [...] Dies begann, eine Instabilität zu verursachen und erklärt den Inflationsprozess seit 2013, diesen Inflationsprozess hier. Für mich liegt hierin der Ursprung. Natürlich kann es noch tieferliegende Ursachen geben, strukturelle Ursachen. Aber sagen wir, ich glaube, dass ohne diese Attacken nichts von alledem, was danach passiert ist, geschehen wäre. (Übersetzung L.J.)

²⁹ Aber ich denke, dass der Hauptfaktor der Korruption... vielleicht sollte es nicht Korruption, sondern... ich weiß nicht, Veruntreuung von Devisen genannt werden, diese Devisen, die weiterhin an den privaten Sektor geleitet werden, mit der Idee, dass der private Sektor produzieren oder importieren wird und... diese Devisen verschwinden einfach, nicht wahr? (Übersetzung L.J.)

ellen Wechselkurs gehandelt worden, was zu Währungsspekulationen führte und die Inflation zusätzlich verstärkte. Da Devisen ein knappes Gut waren, und in der kapitalistischen Marktlogik jedes knappe Gut für Spekulationen genutzt wird, sei die Spekulation mit der Dollar-Währung als Ausdruck einer inhärent kapitalistischen Logik zu verstehen.

8.1.6 Inkohärentes Krisenmanagement und Fehlentscheidungen der Regierung

Bezüglich wirtschaftlicher Faktoren auf nationaler Ebene, welche die Krise mitbedingt haben, wird auch das mangelhafte Krisenmanagement der Regierung Maduros kritisiert, vor allem in Bezug auf wirtschaftspolitische Entscheidungen. Eine Reformunwilligkeit beziehungsweise eine zu langsame oder zu späte Entscheidungsfindung wird bemängelt, besonders im Zeitraum von 2013-2015, was die Krise verstärkt habe. Zudem seien nie wirkliche Wirtschaftsreformen, sondern nur Anpassungsmaßnahmen durchgeführt worden:

Yo creo que es un periodo en lo que predomina es la inercia. Yo creo que más que tomar decisiones equivocadas o... yo creo que aquí se hizo siempre todo lo contrario. [...] O sea yo creo que es un periodo, estoy hablando como del 2013-2015, es un periodo más bien de inercia, como de decisiones que se toman tarde. (Interview 5, Reinaldo Iturriza, Pos. 175-180)³⁰

Ebenso wird die Entscheidung kritisiert, in der Krise weiterhin die externen Schulden Venezuelas abzubezahlen, anstatt das Geld in Wohlstands- und Konsumförderung zu investieren. Die hohe Verschuldung Venezuelas wird zwar als wichtiger, jedoch nicht als auslösender Faktor in der Wirtschaftskrise angesehen.

Ein großer Teil der Verantwortung für die aktuelle Wirtschaftskrise wird also in den späten, mangelnden oder fehlerhaften wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung gesehen, da diese die Situation meist eher verschlimmert als verbessert haben. Das Krisenmanagement wird als uneinheitlich bezeichnet, was zu einer ambigen Situation zwischen Liberalisierung und Nicht-Liberalisierung bzw. Kontrolle der Wirtschaft geführt hat. Interessant ist, dass diese Aspekte nur von pro-chavistischen Expert*innen angesprochen wurden. Einer von ihnen bemerkt diesbezüglich:

[Y]o creo que es imposible no decir que hay una fuerte responsabilidad del gobierno nacional actual, del gobierno de Maduro en el manejo de esa situación. Muchas de las medidas tomadas no solamente

³⁰ Ich glaube, es ist eine Zeit, in der Trägheit dominiert. Ich glaube, anstatt falsche Entscheidungen zu treffen, oder... ich glaube hier wurde immer das Gegenteil gemacht. [...] In anderen Worten, ich glaube, es ist eine Zeit, ich rede von 2013-2015, es ist eine Zeit der Trägheit, der Entscheidungen, die zu spät getroffen werden. (Übersetzung L.J.)

no sirvieron para revertir el problema que se estaba creando, sino que en buena medida lo profundizaron. (Interview 1, Anonym, Pos. 147-150)³¹

8.1.7 Ökonomische Liberalisierung

Unter Maduro entwickelt sich nun ein neues Wirtschaftsmodell mit ökonomischer Liberalisierung, aber laut anti-chavistischer Expert*innen auch mit autokratischen Tendenzen. Die wirtschaftliche Liberalisierung wird von diesen Expert*innen als Versuch Maduros gesehen, an der Macht zu bleiben, denn mit der wirtschaftlichen geht keine politische Liberalisierung einher: “Bueno entonces eso es lo que hay. Maduro tratando y diseñando a la medida que avanza un proyecto de autocracia con economía liberal de alguna manera.” (Interview 7, López Maya, Pos. 242-243)³²

Es handelt sich hierbei jedoch nicht um eine komplette Liberalisierung und freie Marktwirtschaft, die Wirtschaft wird noch immer staatlich stark kontrolliert und ist zudem militarisiert. Liberalisierungen sind nicht in Gesetzen, sondern nur in der Praxis verankert. Der Staat toleriert zurzeit beispielsweise den Handel in Dollar, weil er ein Liquiditätsproblem hat, könnte aber jederzeit wieder in die Wirtschaft intervenieren.

Auch pro-chavistische Expert*innen beobachten eine liberale Wende der Regierung ab 2016 und einen Versuch, sich mit dem privaten Kapital zu alliieren, sowie eine Vertiefung der Liberalisierung und Privatisierungen ab 2018, also eine Abkehr vom bisherigen Wirtschaftsmodell des Chavismus:

El gobierno adoptó básicamente la agenda económica y política que era la agenda de la oposición. Liberalización extrema etcétera. Y bueno estamos en ese estatúo ambiguo donde la transición ocurrió dentro del chavismo. Digamos un chavismo que es un chavismo del madurismo, pues del presidente Nicolás Maduro, que aunque ideológicamente siga reivindicándose como chavismo etcétera y defendiendo el legado de Chávez y todo eso, en la práctica no lo es. (Interview 1, Anonym, Pos. 161-165)³³

Im Zuge der Liberalisierungen wurden Wirtschafts- und Preiskontrollen, sowie Wechselkurskontrollen aufgehoben, sodass Preise sich jetzt nach Angebot und Nachfrage richten.

³¹ Ich glaube es ist unmöglich, nicht zu sagen, dass die aktuelle nationale Regierung, die Regierung Maduros, eine starke Verantwortung für die Handhabung dieser Situation hat. Viele der getroffenen Maßnahmen waren nicht nur unnütz darin, das entstehende Problem zu lösen, sondern haben es zu einem großen Teil sogar verstärkt. (Übersetzung L.J.)

³² Das ist also die aktuelle Lage. Maduro, der versucht ein autokratisches Projekt mit einer Art liberaler Wirtschaft zu entwerfen und voranzutreiben. (Übersetzung L.J.)

³³ Die Regierung hat im Wesentlichen die wirtschaftliche und politische Agenda der Opposition übernommen. Extreme Liberalisierung und so weiter. Und naja, wir befinden uns in diesem ambiguen Zustand, in dem die Transition innerhalb des Chavismus stattgefunden hat. Sagen wir, ein Chavismus der ein Chavismus des Madurimus, also des Präsidenten Nicolás Maduro, ist, der sich zwar ideologisch noch als chavistisch etc., und als Verfechter des Erbes von Chávez und all das erklärt, es in der Praxis aber nicht ist. (Übersetzung L.J.)

Hierbei treten die Interessen der Arbeiter*innenklasse in den Hintergrund und die der Bourgeoisie in den Vordergrund, denen Zugeständnisse gemacht und für die bessere Bedingungen für private/ausländische Investitionen geschaffen werden. Da es der Regierung an Devisen mangelt, werden private Investor*innen als einzige Lösung der Wirtschaftskrise angesehen und bekommen viele Privilegien zugesprochen, wenn sie denn trotz der bestehenden Sanktionen in Venezuela investieren. Pro-chavistische Expert*innen stellen in Frage, ob sich die Regierung aktiv für eine Liberalisierung entschieden hat, oder ob sie keine Wahl hatte und diese sich „eingeschlichen“ hat, weil es keine Alternativen mehr gab. De facto bestünde aber ein Neoliberalismus in Venezuela, und in den letzten Jahren seien die Konsequenzen eines deregulierten Kapitalismus zu spüren gewesen: “En todo caso lo que predomina en Venezuela es una clase trabajadora sumamente golpeada, sumamente digamos en un mercado de trabajo desregulado por la vía de hechos, flexibilización por la vía de hechos.” (Interview 5, Reinaldo Iturriza, Pos. 347-348)³⁴. Die humanitäre Krise wird hier also auch zum Teil durch die wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen erklärt.

Die Liberalisierung hat die krisenhaften Tendenzen in der Wirtschaft in gewisser Weise zunächst gestoppt oder sogar umgekehrt, jedoch würde die inkomplette Transition zum Sozialismus nun vollends gestoppt und der Kapitalismus eher vertieft als überwunden werden, was auch zu einer de facto Deregulierung von Arbeit geführt hat. Löhne sind hierbei zu Staub zerfallen, und es existiert kein Arbeitnehmer*innenschutz mehr. Pro-chavistische Expert*innen sehen soziale Auswirkungen eines bisher unbekanntes Ausmaßes vorher, die zu sozialen Spannungen führen werden.

Yo creo que lo que estamos viviendo es un modelo económico que es real. La dolarización de la sociedad es real, la apertura económica todo eso es real. Eso está generando todas esas consecuencias. Eso en algún momento va a llegar a un techo. Y va a generar contradicciones y va a generar problemas. Lo que pasa es que nadie lo quiere ver. (Interview 3, Alex Alayo, Pos. 271-274)³⁵

³⁴ Auf jeden Fall überwiegt in Venezuela eine schwer getroffene Arbeiterklasse, in einem de facto deregulierten Arbeitsmarkt, einer de facto Flexibilisierung. (Übersetzung L.J.)

³⁵ Ich denke, was wir erleben, ist ein reales Wirtschaftsmodell. Die Dollarisierung der Gesellschaft ist real, die wirtschaftliche Öffnung und all das ist real. Und das erzeugt all diese Konsequenzen. Irgendwann wird das eine Grenze erreichen. Und es wird zu Widersprüchen und Problemen führen. Die Sache ist, dass niemand es sehen will. (Übersetzung L.J.)

8.2 Ökonomische Faktoren der Krise auf globaler Ebene

8.2.1 Ölpreis

Der Verfall der Ölpreise 2014 wird als wichtiger Auslöser auf internationaler Ebene der wirtschaftlichen Krise gesehen, welcher bereits bestehende wirtschaftliche Probleme intensiviert hat, da die Renteneinnahmen extrem gefallen sind. Aktuell steigende Ölpreise können nicht ausgenutzt werden, da für eine höhere Fördermenge, aufgrund veralteter oder stillgelegter Erdölförderanlagen und des Mangels an Fachpersonal, die Kapazitäten fehlen.

8.2.2 Globale Handelsbeziehungen

Die politische Krise hat laut pro-chavistischer Expert*innen ihren Ursprung auch im Kampf um die wirtschaftliche Macht in Venezuela, was auch eine Auseinandersetzung mit internationalen Akteur*innen impliziert, wie transnationale Konzerne, welche Banken, Geschäfte und Fabriken in Venezuela kontrollieren. Venezuelas Krise muss zudem im Kontext der Rolle Venezuelas in der internationalen Arbeitsteilung als Lieferant billigen Erdöls gesehen werden, was die ökonomischen Beziehungen, sowie die venezolanische Identität geprägt hat:

Bueno, Venezuela tiene un papel en el mapa de la división internacional de trabajo como proveedor de petróleo barato. Y eso a lo largo del tiempo generó toda una configuración de nuestras relaciones económicas y una identidad también como venezolanos. [...] Y bueno, sí creo que eso es un elemento de una causa estructural, nuestra herencia como país petrolero. Además un país petrolero en la periferia del mundo con sucesivos procesos de colonización y neo-colonización. (Interview 4, Ana Felicien, Pos. 60-64)³⁶

Die Extraktionsprozesse in Venezuela sind in einem internationalen Kontext zu verstehen, da diese Ressourcen an den Weltmarkt geliefert werden, und somit ein Interesse internationaler Wirtschaftssektoren besteht, den Extraktivismus in Venezuela zu intensivieren. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die lateinamerikanische Region wirtschaftlich von den USA abhängig ist, und dass intraregionale Handelsbeziehungen schwach sind und durch die aktuelle venezolanische Krise und die Covid-19 Pandemie zudem erschwert werden. Diese

³⁶ Nun, Venezuela spielt in der internationalen Arbeitsteilung die Rolle des Lieferanten billigen Erdöls. Und das hat im Laufe der Zeit eine spezifische Konfiguration unserer Wirtschaftsbeziehungen und eine Identität als Venezolaner*innen hervorgebracht. [...] Und ja, ich glaube, dass dieses Erbe als Erdölstaat ein Element der strukturellen Ursachen ist. Zudem ist es ein erdölproduzierendes Land in der Peripherie der Welt mit sukzessiven Kolonisierungs- und Neokolonisierungsprozessen. (Übersetzung L.J.)

intraregionalen Handelsbeziehungen könnten aber ein wichtiger Weg sein, um die Sanktionen gegen Venezuela zu umgehen.

8.3 Politische Faktoren der Krise auf nationaler Ebene

8.3.1 Sozialismus und Bolivarische Revolution

Von anti-chavistischen Expert*innen wird die ab 2005 von der Regierung Chávez vollzogene Bewegung weg von der repräsentativen Demokratie und hin zum Sozialismus als wichtiger Faktor der politischen Krise gesehen, und unter Maduro hat sich der offizielle sozialistische Diskurs weiter verstärkt. Das sozialistische Projekt wird als schlecht geplant und auch nie mehrheitlich von der Bevölkerung unterstützt angesehen. Seit dem Tod Chávez' schwindet die Unterstützung dafür zudem deutlich.

Pro-chavistische Expert*innen hingegen weisen darauf hin, dass statt einer kompletten sozialistischen Revolution unter Chávez eher ein Prozess der sozialen Inklusion und sozialen Gerechtigkeit vorangetrieben wurde. Zu Beginn wurde vor allem die Strategie des *Desarrollismo* verfolgt, später nannte Chávez sein ‚Entwicklungsmodell‘ zwar „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, es gab aber den pro-chavistischen Expert*innen zufolge nie einen wirklichen Sozialismus in Venezuela, sondern nur eine Revolution im Politik-, Bildungs-, Gesundheits- und Ernährungsbereich, also vergleichbar mit einer Art karibischen Wohlfahrtsstaates. Bezüglich des Wirtschaftsmodells hätte es jedoch, aufgrund des Widerstandes ökonomischer Eliten, keine Transformation gegeben.

Pero la explicación económica para mí determinante tiene que ver con las disputas por el poder económico. Es decir, si tú quieres hacer una transformación... Chávez a mi modo de ver hizo una revolución política, hizo una revolución educativa, hizo una revolución de salud, hizo una revolución en materias de alimentación etc. Al momento de hacer una revolución económica, sea socialista o lo que tú quieras llamarla, ¿verdad?, eso genera una confrontación con los grupos de poder económico. Inevitable. (Interview 1, Anonym, Pos. 264-268)³⁷

³⁷ Aber die ausschlaggebende wirtschaftliche Erklärung hat für mich mit den Auseinandersetzungen um die wirtschaftliche Macht zu tun. Das heißt, wenn du eine Transformation machen willst... Chávez hat meiner Meinung nach eine politische Revolution, eine Revolution im Bereich Bildung, Gesundheit, Ernährung usw. durchgeführt. Aber in dem Moment, in dem du eine wirtschaftliche Revolution machen willst, sei es eine sozialistische Revolution oder wie auch immer du sie nennen willst, nicht wahr, erzeugt das eine Konfrontation mit den wirtschaftlich mächtigen Gruppen. Unvermeidlich. (Übersetzung L.J.)

Es gab also einen politischen Transformationsprozess und eine Umverteilung der Erdölrente zugunsten der Mehrheit, aber keine Transformation der Wirtschaft. Die strategische Ausrichtung auf eine Überwindung des Kapitalismus und die Errichtung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ sei nie wirklich umgesetzt worden, was als Defizit angesehen wird.

Auch wenn die Bolivarianische Revolution in letzter Zeit an transformativem Potential verloren, die politische Partizipation des *pueblo* stark abgenommen und die aktuelle Regierung wenig mit den ursprünglichen Politiken zu tun hat, so wird sie von einem der pro-chavistischen Experten doch als das revolutionärste Projekt in ganz Lateinamerika der letzten 20 Jahre angesehen.

Tampoco hay que despreciar... así sea en condiciones diferentes ahorita y quizás menos transformador, este proyecto político sigue siendo lo más revolucionario que ha pasado en América Latina en los últimos 20 años. Entonces no hay que perder esto de perspectiva cuando uno trata de entender todo el resto. [...] Bueno todo creo yo, no es que gira alrededor de esto, pero esto está en el centro de alguna forma. Incluso la forma cómo la oposición actúa... si ahora la oposición es dividida lo que los une es el anti-chavismo. No es que ellos son capaces de definirse como... no sé, liberal, conservador, lo que quieras, las definiciones tradicionales de la derecha. Sino que se definen como alternativa [al proyecto chavista]. (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 618-627)³⁸

Sozialpolitik

Pro-chavistische Expert*innen weisen im Rahmen der Bolivarianischen Revolution auf die soziale Inklusion unter Chávez dank der Demokratisierung der Ölrente hin. Die marginalisierte Mehrheitsbevölkerung hat durch die Sozialpolitiken nicht nur bessere Lebensstandards erfahren, sondern wurde auch als selbstständiger politischer Akteur integriert.

Die Sozialpolitiken werden von anti-chavistischen Expert*innen hingegen auch als Anreiz für populäre Sektoren gesehen, politisch treu zu bleiben. Durch das *Sistema Patria*, das mithilfe chinesischen *Knowhows* eingerichtet wurde, werden beispielsweise Bonuszahlungen und subventionierte Nahrungskisten an im System registrierte Bürger*innen vergeben, wodurch das Einkommen vom Mindestlohn (zur Zeit der Durchführung der Interviews ca. 5 US-\$/Monat) auf ca. 25-30 \$ im Monat gehoben werden könne.

³⁸ Es darf auch nicht aus den Augen gelassen werden, dass dieses politische Projekt, obwohl es aktuell unter anderen Bedingungen stattfindet und vielleicht weniger transformativ ist, weiterhin das Revolutionärste ist, was in den letzten 20 Jahren in Lateinamerika passiert ist. Das darf also nicht aus dem Blick geraten beim Versuch, alles andere zu verstehen. [...] Nun, ich glaube nicht, dass sich alles unbedingt um diese Tatsache dreht, aber sie ist dennoch zentral in gewisser Weise. Sogar die Art und Weise, wie die Opposition agiert... wenn die Opposition gerade gespalten ist, so eint sie doch der Anti-Chavismus. Sie sind nicht einmal fähig, sich als... ich weiß nicht, als liberal, konservativ oder was auch immer du willst zu definieren, die traditionellen Definitionen der Rechten. Sondern sie definieren sich als Alternative [zum chavistischen Projekt]. (Übersetzung L.J.)

Konflikte innerhalb des Chavismus

Ein wichtiger Faktor in der aktuellen politischen Krise, der sowohl von anti- als auch pro-chavistischen Expert*innen genannt wird, sind Konflikte und Spaltungen innerhalb des Chavismus. Der Chavismus war schon immer eine poli-klassistische und diverse Bewegung, und es gab stets radikalere und moderatere linke und rechte Flügel innerhalb des Chavismus, sowie opportunistische Gruppen. Doch nach dem Tod von Chávez wurden die linksorientierten Fraktionen langsam marginalisiert, und die liberaleren Fraktionen gewannen an Stärke, wie die folgende Aussage zeigt:

[D]igamos el chavismo siempre fue poli clasista, entonces hubo gente, siempre hubo gente de derecha dentro del chavismo, ¿no? [...] Sí, con Chávez tú tenías un proyecto que era claramente de izquierda e incluso pues puede tener un recorte claramente socialista. Cuando Chávez se muere, yo creo que no había mucha gente que, que entendía o que compartía esa visión y con el tiempo las otras visiones que son... que bueno, que el sector privado sí puede tener un papel protagónico, eso va ganando peso. (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 207-211)³⁹

Chávez wird von pro-chavistischen Expert*innen als zentrale Figur in der Schlichtung interner Konflikte gesehen, sodass sein Ableben dazu führte, dass es niemanden mehr gab, der in der Lage war, diese internen Konflikte zu mildern und eine einheitliche Politikausrichtung zu garantieren. Maduro sei dazu nicht in der Lage, was im Folgenden zu schlechter Vorausplanung und Reformunwilligkeit, späten oder fehlenden Entscheidungen und dem neoliberalen Kurswechsel geführt hätte:

[N]o había una figura en el chavismo que fuera capaz de hacer lo que hacía Chávez, que era disminuir los conflictos, arbitrar los conflictos internos [...] Chávez era un tipo que arbitraba las diferencias internas del chavismo y eso quería decir entre otras cosas que mientras Chávez estuviera ahí, el centro de gravedad lo iba a ocupar siempre la clase trabajadora venezolana. (Interview 5, Reinaldo Iturriza, Pos. 121-125)⁴⁰

Zudem wird eine wachsende Intoleranz gegenüber Kritik von innen, sowie fehlende Kontrolle durch die chavistische Basis bemängelt, was die neoliberale Neuausrichtung des Projekts erklären würde.

³⁹ Sagen wir, der Chavismus war immer poli-klassistisch, es gab also Leute, es gab immer Leute, die rechts waren, innerhalb des Chavismus, nicht? [...] Ja, man hatte mit Chávez ein eindeutig linksorientiertes Projekt, das zudem einen deutlichen sozialistischen Einschnitt hatte. Ich glaube als Chávez starb, gab es nicht viele, die diese Vision verstanden oder geteilt haben, und im Laufe der Zeit gewannen andere Visionen an Kraft, Visionen, naja, dass der private Sektor doch eine führende Rolle spielen kann. (Übersetzung L.J.)

⁴⁰ Es gab innerhalb des Chavismus keine Figur, die fähig gewesen wäre das zu tun, was Chávez tat, und zwar interne Konflikte zu mindern und zu schlichten [...] Chávez war jemand, der die inneren Differenzen des Chavismus schlichtete, und das bedeutet unter anderem, dass, solange Chávez da war, das Hauptaugenmerk immer auf der venezolanischen Arbeiterklasse lag. (Übersetzung L.J.)

Chavistische Basis

Von pro-chavistischen Expert*innen wurde die Zentralität des popularen Sektors, also des *pueblo*, als Hauptakteur politischer Partizipation in der Bolivarianischen Revolution, sowie deren Rolle für eine mögliche Lösung der Krise unterstrichen. Anti-chavistische Expert*innen sprachen gar nicht von der chavistischen Basis.

Trotz aktueller Krisenlage bleibt laut pro-chavistischer Expert*innen eine bedeutende chavistische Basis bestehen, die sich weiterhin mit dem chavistischen Projekt identifiziert, was zeige, wie transformativ dieses war.

Lo cierto es que hay una base muy significativa que se mantiene, que de hecho es sorprendente y... no sé si inesperado, pero inesperado por un lado y por otro quizás son una medida de cuán transformador fue el proceso. Porque incluso en estas situaciones tan difíciles tienes gente que se sigue identificando con el proyecto. (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 259-261)⁴¹

Die Kommunen, als selbstregierte Zonen sowie als Inhaberinnen von Produktionsmitteln, hätten in der Krise das Potenzial, der popularen Macht neue Kraft zu geben sowie Alltagsprobleme zu lösen, da sie selbst beispielsweise Nahrung produzieren. Die aktuelle Krise habe jedoch die Ziele des kommunalen Staates, die Emanzipation und Selbstregierung der Kommunen und deren Finanzierung, negativ beeinträchtigt, sodass die Kommunen zum Großteil inaktiv geworden sind, was einen Verlust von Dialog und demokratischem Raum innerhalb des Chavismus bedeutet.

Y al mismo tiempo pasa lo mismo que, digamos de la misma forma, que dentro del chavismo, o del partido si quieres. Se reduce el espacio para el debate, hay una merma en... en la democracia interna en la base. Sin embargo... esta democracia sigue estando allá. Lo que pasa es que... la gente tiene menos ganas de participar. Ahorita porque bueno, está buscando a ver cómo alimenta a sus hijos, cómo resuelve... (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 599-602)⁴²

Zudem wird bemängelt, dass die Regierung einen Vertrauensverlust in die chavistische Basis hat, sodass das kommunale Projekt vor allem seit 2016 an Kraft verliert:

⁴¹ Die Wahrheit ist, dass eine sehr bedeutende Basis weiterhin besteht, was tatsächlich überraschend ist und... ich weiß nicht, ob unerwartet, aber einerseits unerwartet und andererseits vielleicht auch ein Maßstab dafür ist, wie transformativ der Prozess war. Weil es sogar in dieser schwierigen Zeit noch Leute gibt, die sich weiterhin mit dem Projekt identifizieren. (Übersetzung L.J.)

⁴² Und gleichzeitig passiert dasselbe, auf dieselbe Weise, was innerhalb des Chavismus, oder wenn du willst innerhalb der Partei, passiert. Es reduziert sich der Raum für Debatten, es gibt einen Rückgang der... der inneren Demokratie in der Basis. Aber dennoch... diese Demokratie bleibt weiterhin bestehen. Die Sache ist, dass... dass die Leute weniger Lust haben teilzunehmen. Weil sie gerade damit beschäftigt sind, ihre Kinder zu ernähren und zu schauen, wie sie über die Runden kommen... (Übersetzung L.J.)

Pero lo que comienza a ocurrir [...] esta inercia la que te hablo comienza a convertirse, te repito lento pero progresivamente, va derivando en una pérdida muy grande de confianza en el pueblo organizado. En la potencia del pueblo organizado (Interview 5, Reinaldo Iturriza, Pos. 218-221).⁴³

Es wird aber auch auf die Verantwortung der chavistischen Basis für den aktuellen Zustand des Landes hingewiesen, da diese eventuell zu „arrogant“ gewesen sei und im Glauben, dass alles gut lief, Kritik nicht rechtzeitig geäußert oder nötige Änderungen nicht eingefordert hätte.

8.3.2 Veränderungen der Demokratie

Als weitere Ursache der aktuellen politischen Lage werden Veränderungen der Demokratie unter Chávez genannt, allerdings nur von anti-chavistischen Expert*innen. Unter Chávez habe eine Zersetzung, sowie eine diskursive Deslegitimierung und Marginalisierung der Institutionen der liberal repräsentativen Demokratie, sowie eine Kritik an Pluralismus und der Autonomie der öffentlichen Gewalten stattgefunden, sodass die Legitimität der liberalen Demokratie, sowie des Rechtsstaates untergraben worden sei, was im folgenden Zitat deutlich wird:

O sea él [Chávez] comienza a poner a un lado las instituciones de la democracia representativa y de lo que habla es de los mecanismos de democracia directa y participativa. Y más bien empieza a criticar el pluralismo político, empieza a criticar la autonomía de los poderes públicos. (Interview 7, López Maya, Pos. 101-104)⁴⁴

Zudem konnte die Regierung durch die neue Verfassung und durch Änderungen des politischen Handelns der Exekutive auf regionaler und kommunaler Ebene einen größeren Handlungsspielraum für sich erreichen:

Pues [los del gobierno chavista] llevaron al cambio de la constitución, llevaron al cambio del accionar político de los poderes ejecutivos regionales y municipales y locales. Esto de alguna manera los fue llevando hasta tener un mayor esquema de conducción y espacio político en el país. (Interview 6, COPEI, Pos. 23-25)⁴⁵

Durch die komplette Kontrolle über die Legislative in den Jahren 2005-2010, in denen 100% der Sitze im Parlament von Regierung Anhänger*innen besetzt waren, konnten Gesetze

⁴³ Aber es beginnt [...] diese Trägheit, von der ich sprach, beginnt sich langsam, aber sicher in einen großen Vertrauensverlust in das organisierte *pueblo* zu wandeln. In die Macht des organisierten *pueblo*. (Übersetzung L.J.)

⁴⁴ Das heißt, [Chávez] beginnt, die Institutionen der repräsentativen Demokratie zu marginalisieren und spricht von den Mechanismen der direkten und partizipativen Demokratie. Und er beginnt eher den politischen Pluralismus, die Autonomie der öffentlichen Gewalten zu kritisieren. (Übersetzung L.J.)

⁴⁵ Also [jene der chavistischen Regierung], brachten die Änderung der Verfassung voran und änderten das politische Handeln der regionalen, kommunalen und lokalen Exekutive. Und das hat auf gewisse Weise dazu geführt, dass sie einen größeren Einfluss auf die Führung und mehr politischen Handlungsspielraum im Land hatten. (Übersetzung L.J.)

durchgebracht und mehr Kontrolle über den Staat und die Institutionen erlangt werden. Zudem wurden die übrigen politischen Parteien geschwächt, vor allem durch innere Spaltungen, sodass es keine inneren oder äußeren politischen Gegner mehr gab, die Chávez hätten kontrollieren können. Juan Carlos Alvarado, Generalsekretär der Partei COEPI, äußert diesbezüglich:

En estos 20 años que ha estado el partido del gobierno en la conducción del poder ejecutivo nacional, de alguna manera los partidos políticos se han debilitado. Y se han debilitado porque han existido muchas fracturas, han existido también muchas divisiones. Pues el gobierno, el partido del gobierno han venido haciendo lo que tienen que hacer. Uno de los principios de Machiavelli: Divide y vencerás. Y obviamente así lo ha aplicado de una manera muy clara y exitosa el gobierno y algunos sectores de la oposición han caído en esta necesidad. (Interview 6, COEPI, Pos. 144-148)⁴⁶

Populismus

Chávez wird zwar von Pro-Chavismus-Expert*innen als zentrale Führungsperson anerkannt, deren Tod einen bedeutenden Bruch verursacht hat, doch bezeichnen nur die anti-chavistischen Expert*innen Chávez als populistischen Führer, der im Kontext der Krise der 1990er Jahre auftauchte. Der Wahlsieg Chávez' sei als Versuch zu verstehen, die damalige Krise mit einem linksorientierten, militärischen Bündnis und einem populistischen Bruch zu lösen. Durch einen polarisierenden Diskurs sei die Gesellschaft in Gut und Böse gespalten worden, und Chávez, als charismatischer Führer, habe eine direkte Beziehung zum Volk aufgebaut. Staatliche Subventionen und Sozialleistungen seien hierbei als eine Art persönlicher Gefallen oder Geschenke von Chávez inszeniert worden, was die Historikerin Margarita López Maya wie folgt beschreibt:

[Chávez] [e]ra como un rey, vamos a decirlo así. Porque el líder populista es como un rey, ¿no? Con un culto a la personalidad pero súper exacerbado. Entonces bueno la crisis produce este primer, este primer diría yo, la primera ruptura, que es la ruptura populista. (Interview 7, López Maya, Pos. 82-84)⁴⁷

In der ersten Regierungsphase von Chávez habe noch ein Kampf zwischen der populistischen Machtausübung und dem rationalen Rechtsstaat bestanden, doch seit 2007 hätte Chávez vollends den Weg der charismatischen Legitimität eingeschlagen. Dies habe dann

⁴⁶ In diesen 20 Jahren, in denen die Regierungspartei die Führung der nationalen Exekutive innehatte, wurden die politischen Parteien in gewissem Maße geschwächt. Und sie wurden geschwächt, weil es viele Brüche und auch viele Spaltungen gab. Und naja, die Regierung, die Regierungspartei, hat getan, was sie tun musste. Einer von Machiavellis Grundsätzen: Teile und du wirst siegen. Und offensichtlich hat die Regierung genau das sehr erfolgreich umgesetzt, und einige Sektoren der Opposition sind dem zum Opfer gefallen. (Übersetzung L.J.)

⁴⁷ [Chávez] war wie ein König, sagen wir es mal so. Denn der populistische Führer ist wie ein König, nicht? Mit einem sehr zugespitzten Personenkult. Die Krise erzeugt also diesen ersten, diesen ersten Bruch, würde ich sagen, der ein populistischer Bruch ist. (Übersetzung L.J.)

Maduro in einem Kontext zerstörter Institutionen freies Feld gelassen, doch aufgrund mangelnden Charismas, sowie reduzierter Erdöleinnahmen gelänge Maduro nicht derselbe Grad populistischer Führung wie Chávez.

Autokratie und Diktatur

Mit dem verlorenen Referendum von 2007, mit dem eine erneute Änderung der Verfassung angestrebt wurde, wird das chavistische Projekt laut anti-chavistischer Expert*innen zunehmend autoritär, da der Sozialismus und der Kommunale Staat trotz Ablehnung des Volkes durchgesetzt wird. Unter Maduro „degeneriere“ der Populismus weiter "en un socialismo autoritario estadista tipo cubano“ (Interview 7, López Maya, Pos. 157)⁴⁸ bzw. in eine liberale Autokratie im Stil Russlands oder Chinas. Maduro besitze einen extrem effizienten Propaganda-Apparat und wird von einer der Expert*innen explizit als Diktator bezeichnet.

8.3.3 Politischer Kampf um Hegemonie

Eine der Kernursachen der aktuellen Krise liegt zudem im politischen Kampf um Hegemonie begründet. Während der Bolivarianischen Revolution wurde der Versuch unternommen, eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen und die Gesellschaft zu transformieren, sowie die Erdölrente umzuverteilen, was starke Spannungen mit anderen mächtigen politischen, sowie wirtschaftlichen Gesellschaftssektoren und somit eine politische Konfrontation hervorgerufen hat. Dies hat beispielsweise Ausdruck im Putschversuch 2002 und im Öl-*Shutdown* 2002-2003 gefunden, danach folgte eine relativ ruhige Phase, in der Chávez die Auseinandersetzung zu dominieren vermochte, jedoch wurde keine Lösung des Konfliktes gefunden. Nach Chávez' Tod eskalierte die politische Konfrontation erneut. In dieser politischen Konfrontation wird von pro-chavistischen Expert*innen der Ursprung der Krise gesehen, aber diese sei wiederum in wirtschaftlichen Ursprüngen begründet, denn letztendlich gehe es bei der Konfrontation um die wirtschaftliche Macht, welche in jedem Land die reale Macht darstellt. Der politische Kampf um Hegemonie sei also lediglich Ausdruck des Kampfes um wirtschaftliche Hegemonie und Kontrolle. Einer der Experten äußert hierzu:

⁴⁸ In einen autoritären Staatssozialismus im kubanischen Stil (Übersetzung L.J.)

Ahora yo lo que creo que es el detonante de la crisis actual es una confrontación política que a su vez tiene su origen en la disputa por el control del poder económico que es el poder real en cualquier país. (Interview 1, Anonym, Pos. 294-295)⁴⁹

Die aktuelle wirtschaftliche Transition im Sinne der Agenda der Opposition ist ein Mittel der Regierung, um im aktuellen Hegemoniekampf an der Macht zu bleiben. Auch von anti-chavistischen Expert*innen wird die ökonomische Umstrukturierung als Versuch der Regierung Maduros gesehen, die ökonomische Situation ein wenig zu stabilisieren, um die in den letzten 22 Jahren hergestellte Hegemonie beizubehalten.

In diesem Kampf um Hegemonie ist der Preis eines Machtverlustes für die Regierung sehr hoch. Hierbei würden sie aufgrund der vorliegenden Sanktionen das Risiko einer Inhaftierung eingehen. Es geht für sie somit nicht mehr nur um einen Machtkampf, sondern ums pure „Überleben“, was dazu führt, dass sie sich noch mehr in ihrer Position verankern:

Entonces el costo de salir del poder para el chavismo no es simplemente el costo de, no sé, perder el acceso a la renta y al estado y a las fuerzas armadas efectivamente. Sino que son una sobrevivencia misma, ¿no? Eso por un lado, y por otro EE.UU. ha puesto estas acusaciones de narcotráfico con recompensas de millones de dólares por Maduro y otros que no tienen ningún fundamento. Entonces, pero si haces eso, ¿qué incentivo tiene Maduro para salir del poder, no? Si las dos alternativas son estar en el poder o estar en la cárcel, es una decisión muy sencilla. Entonces... por eso hay también una... incentiva a que se aferren más al poder (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 322-327).⁵⁰

Die bereits seit 2014 anhaltende, politisch krisenhafte Zeit führte 2019 dazu, dass nach Juan Guaidós Autoproklamation, die von manchen pro-chavistischen Expert*innen als Putschversuch gehandelt wird, ein Wandel innerhalb kürzester Zeit erwartet wurde oder zumindest denkbar war, sei es durch einen Putsch oder militärische Intervention der USA. Schlecht geplante Versuche der Opposition, einen Putsch zu provozieren, sind jedoch gescheitert und das Militär hat sich zu Maduro bekannt, sodass das Momentum der Bewegung schnell abgenommen hat.

Der Oppositionspolitiker von COPEI bemerkt zudem: “Hay que recordar que a Venezuela en los últimos 4 años le ha tocado prácticamente vivir una dualidad de gobernabilidad y del

⁴⁹ Nun, ich glaube, dass der Auslöser der aktuellen Krise eine politische Konfrontation ist, die wiederum ihren Ursprung in dem Streit um die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht hat, welche die eigentliche Macht in jedem Land ist. (Übersetzung L.J.)

⁵⁰ Der Preis eines Machtverlustes sind also für den Chavismus nicht nur die Kosten des, ich weiß nicht, des Verlustes des Zugangs zur Rente und zum Staat und zum Militär. Sondern es geht ums reine Überleben, nicht wahr? Das zum einen, und zum anderen haben die USA diese Anschuldigungen des Drogenhandels mit Millionen von Dollar an Kopfgeld auf Maduro und andere erhoben, die keinerlei Grundlage haben. Aber wenn du das machst, welchen Anreiz hat Maduro dann die Macht abzugeben? Wenn die beiden Alternativen sind, entweder an der Macht oder im Gefängnis zu sein, ist das eine sehr einfache Entscheidung. Also... deshalb gibt es auch einen... Anreiz, dass sie sich mehr an die Macht klammern. (Übersetzung L.J.)

poder. Dentro de Venezuela y fuera de Venezuela.” (Interview 6, COPEI, Pos. 91-92).⁵¹ In den letzten vier Jahren hat das Land demzufolge eine Dualität der Regierung und der Macht erlebt, und zwar durch das parallele Bestehen von Maduro und Guaidó als teilweise (von unterschiedlichen Akteur*innen) legitim anerkannte Regierungsführung, sowohl innerhalb als auch außerhalb Venezuelas, sowie durch das parallele Bestehen der AN und ANC.

Ohne eine Lösung dieser politischen Pattsituation wird es laut Expert*innen jedoch auch keine Lösung der ökonomischen Krise geben.

8.3.4 Opposition

Die Oppositionsparteien sind gespalten und es mangelt an einer gemeinsamen Führung oder einem gemeinsamen Zukunftsprojekt. Anti-chavistische Expert*innen stellen eine, seit den 1980/1990er Jahren stattfindende, zunehmende Verschlechterung der Führung politischer Parteien und eine Entfremdung bzw. einen Bezugsverlust dieser zur Bevölkerung fest, was zur aktuellen politischen Lage geführt habe. Dies kommt in den folgenden Aussagen der Oppositionspartei COPEI zum Ausdruck:

“Y se fue evidenciando, yo creo que llegamos a cómo estamos en Venezuela en la situación política porque se fueron deteriorando los liderazgos de los partidos políticos.” (Interview 6, COPEI, Pos. 6-8)⁵²

Und:

“Creo que [los partidos políticos] se fueron desconectando sin duda del sentir de la gente. Creo que se fue perdiendo la conexión con los ciudadanos.” (Interview 6, COPEI, Pos. 12-13)⁵³

Zudem hat die Opposition den Fehler begangen, sich nach der gewonnenen Parlamentswahl 2015 in der AN in einzelne Fraktionen aufzuspalten, die jede ihre eigene, statt eine gemeinsame Strategie verfolgt haben. So wurden bei darauffolgenden Wahlen nicht die Mehrheiten erreicht, die hätten erreicht werden können. Aus Sicht einer der anti-chavistischen Ex-

⁵¹ Man darf auch nicht vergessen, dass Venezuela in den letzten vier Jahren praktisch eine Dualität der Regierung und Macht erlebt hat. Innerhalb und außerhalb Venezuelas. (Übersetzung L.J.)

⁵² Und es wurde deutlich, dass wir, wie ich glaube, zum jetzigen Zustand der politischen Lage in Venezuela gekommen sind, weil sich die Führung der politischen Parteien verschlechtert hat. (Übersetzung L.J.)

⁵³ Ich denke, [die politischen Parteien] haben sich ohne Zweifel von den Menschen entfremdet. Ich denke, dass sie den Bezug zu den Bürger*innen verloren haben. (Übersetzung L.J.)

pert*innen kann die Opposition aktuell lediglich in einer intelligenten und beständigen, langfristigen Strategie kleine Zugeständnisse von Maduro erringen, um sich dann in näherer Zukunft ihm entgegenzustellen. Aufgrund fehlender Flexibilität, Intelligenz und der Fragmentierung der politischen Oppositionsparteien erlangen Organisationen der Zivilgesellschaft wieder mehr Bedeutung im politischen Prozess.

Pro-chavistische Expert*innen haben einen kritischeren Blick auf die Opposition und bezeichnen sie teilweise als intolerant, rassistisch, sowie anti-demokratisch, wie die folgende Aussage verdeutlicht: “La derecha venezolana es una derecha golpista, la oposición venezolana. [...] No es una derecha, una oposición democrática. Es una derecha intolerante.” (Interview 3, Alex Alayo, Pos. 185-186)⁵⁴

Die Opposition ist nach ihrer Ansicht unfähig, mit dem Chavismus in einen Dialog zu treten und hätte diesen nie verstanden, sondern ihn immer als etwas Fremdes angesehen. Durch die Beibehaltung eines radikalen Diskurses hat die Opposition aktuell nicht die vom Chavismus inzwischen enttäuschten Massen für sich gewinnen können. Radikalere Sektoren der Opposition haben moderatere Kandidaten der Opposition nicht toleriert, welche das Potential gehabt hätten, die von Maduro enttäuschte chavistische Basis für sich zu gewinnen. Zudem wird das historische Problem der Opposition gesehen, dass sie kurzfristige (teils undemokratische) Lösungen anvisiert und nicht abwartet, um langfristig an Stärke zu gewinnen und dann eine demokratische Transition zu planen: “Y eso es históricamente el problema de la oposición. Que siempre han sido muy cortoplacista.” (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 392-393)⁵⁵

Nach dem Wahlsieg in der AN 2015 verfolgte die Opposition größtenteils kurzfristige Pläne, um Maduro abzusetzen, statt sich auf die Präsidentschaftswahlen 2018 zu konzentrieren. Und auch Guaidós Versprechen 2019, die Regierung innerhalb kürzester Zeit abzusetzen, war ein unrealistisches Versprechen. Da dieses Ziel nicht eingehalten werden konnte, ging die Unterstützung der Bevölkerung verloren, und die Opposition wurde komplett diskreditiert. Nach der gescheiterten Autoproklamation Guaidós steht die Opposition nun wieder am Scheideweg und muss sich zwischen der Teilnahme an oder dem Boykott von Wahlen entscheiden. Beide Optionen werden von verschiedenen Fraktionen verfolgt. Die Opposition

⁵⁴ Die venezolanische Rechte, die venezolanische Opposition sind Putschisten [...] Sie sind keine demokratische Rechte, keine demokratische Opposition. Es ist eine intolerante Rechte. (Übersetzung L.J.)

⁵⁵ Und das ist das historische Problem der Opposition. Dass sie schon immer sehr kurzfristig war. (Übersetzung L.J.)

ist laut pro-chavistischer Expert*innen nur in ihrem Anti-Chavismus vereint und schafft es nicht, sich als etwas Eigenes zu definieren, sondern nur als Alternative zum Chavismus.

Uneinigkeiten und Konflikte innerhalb der Opposition werden sowohl von pro- als auch von anti-chavistischen Expert*innen als große Defizite der Opposition genannt, welche sie daran hindern, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu kanalisieren und als wirkliches politisches Gegengewicht zur Regierung zu agieren. Der Opposition fehlt es an einer gemeinsamen und vereinten Strategie, sowie Zukunftsvision, sie ist tief gespalten zwischen moderateren Fraktionen, die an Wahlen teilnehmen, und radikaleren Fraktionen, die Wahlen boykottieren, was eine vereinte Strategie verhindert, welche aber nötig wäre, um die Regierung zu besiegen. Denn “una oposición más dividida... le hace la vida más fácil al gobierno.” (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 472-473)⁵⁶

8.3.5 Wahlen

Die Parlamentswahlen 2005 und 2015 werden von beiden Expert*innen-Gruppen als Schlüsselmomente für die Entwicklungen im politischen Konflikt gesehen. Die Wahlen 2005 führten aufgrund des Boykotts der Wahlen von Seiten der Opposition, was im Nachhinein als Fehler eingeschätzt wurde, zu einer 100% chavistisch besetzten Legislative, sodass Chávez die komplette Macht über Staat, Exekutive, Legislative und die ebenso bereits kontrollierte Judikative hatte:

[Y] en el 2005 un sector de la oposición llamó a la abstención. Por cierto, era una elección de la Asamblea Nacional para aquel momento y obtuvo el gobierno nacional el 100% de los diputados en el parlamento [...] No hubo ningún tipo de variación en cuanto a la gobernabilidad desde el poder legislativo. Ellos fueron aprobando leyes, fueron avanzando en el intento de poder seguir teniendo un mayor control del estado y de las instituciones. (Interview 6, COPEI, Pos. 32-36)⁵⁷

2015 konnte dann die Opposition durch eine vereinte Strategie bei den Parlamentswahlen die Mehrheit gewinnen, was die erste richtige Wahlniederlage des Chavismus war und somit in gewisser Weise einen Bruch des historischen Blocks des Chavismus darstellt. Aber die Opposition wurde, aufgrund einer nach Besetzung des Parlaments mangelnden vereinten

⁵⁶ eine gespaltene Opposition... macht der Regierung das Leben leichter. (Übersetzung L.J.)

⁵⁷ [Und] 2005 rief ein Teil der Opposition zur Stimmenthaltung auf. Damals wurde übrigens die *Asamblea Nacional* gewählt, und die nationale Regierung erhielt 100% der Abgeordneten im Parlament [...] Es gab keinerlei Veränderung bezüglich der Regierungsfähigkeit von Seiten der Legislative. Sie erließen Gesetze und trieben ihren Versuch voran, weiterhin die größte Kontrolle über den Staat und die Institutionen zu haben. (Übersetzung L.J.)

Strategie zwischen den einzelnen Parteien, in ihrem politischen Handeln gespalten und geschwächt:

Una vez que se alcanza la victoria del 2015, uno de los grandes errores que se cometieron fue cuando lleguen al parlamento nacional los partidos políticos de la oposición, toman la decisión de fragmentarse y de agarrar y tomar el control por fracciones. (Interview 6, COPEI, Pos. 45-47)⁵⁸

Einige Oppositionssektoren riefen bei den Präsidentschaftswahlen 2018 erneut zum Boykott auf, sodass Maduro erneut knapp die Wahlen gewann. Auch bei den Parlamentswahlen 2020 war die Opposition gespalten in einen Sektor, der an den Wahlen teilnahm, und in denjenigen Sektor, der sie boykottierte und auch die 2020 gewählte AN nicht als legitim anerkennt.

Die Wahlbedingungen in Venezuela werden von beiden Expert*innen-Gruppen zwar als nicht optimal eingeschätzt, und die Regierung nutzt bspw. das Boni System, um Wähler*innen zu überwachen, aber aus Sicht der Oppositionspartei COPEI können diese Bedingungen nur verbessert werden, indem am Wahlprozess aktiv teilgenommen wird und dabei bessere Bedingungen erkämpft werden: “Que repito, no es que aquí haya el 100% de las condiciones modeladas perfectamente para el proceso electoral, pero hay que dar la pelea. Y hay que dar la lucha dentro del sistema de los procesos electorales.” (Interview 6, COPEI, Pos. 201-202)⁵⁹ Internationale Beobachtungen der letzten Wahlen hätten zudem bestätigt, dass das Wahlsystem in Venezuela an sich funktioniere, auch wenn Defizite festgestellt wurden.

Die jüngsten Regionalwahlen Ende 2021 werden als Ausdruck der politischen Unzufriedenheit im Land gesehen, denn die Wahlen haben eine massive Stimmhaltung verzeichnet, und aufgrund einer fehlenden vereinigten Strategie wurden laut anti-chavistischer Expert*innen hier weniger regionale Verwaltungen von der Opposition gewonnen, als eigentlich möglich gewesen wäre.

8.3.6 Politische Polarisierung und Politikverdrossenheit

Durch den populistischen und manichäischen Diskurs Chávez‘ ist laut anti-chavistischer Expert*innen eine politische Polarisierung entstanden. Diese erlaubt aktuell reduktionistische und einfache Erklärungen für die Wirtschaftskrise. Bis vor kurzem war die Mehrheit der

⁵⁸ Nach dem Sieg von 2015 war einer der großen Fehler, die begangen wurden, die Entscheidung der politischen Parteien, sich beim Einzug in das Parlament aufzuteilen und die Kontrolle in Fraktionen zu übernehmen. (Übersetzung L.J.)

⁵⁹ Ich wiederhole, es ist nicht so, dass die Wahlbedingungen hier zu 100% perfekt sind, aber wir müssen darum kämpfen. Und dieser Kampf muss innerhalb des Wahlsystems ausgetragen werden. (Übersetzung L.J.)

Bevölkerung entweder pro- oder anti-chavistisch eingestellt, die politische Polarisierung hat in letzter Zeit jedoch abgenommen und ist einem politischen Desinteresse gewichen.

Entonces yo no creo que la gente se vaya a conformar con esta situación por mucho tiempo. Lo que pasa es que las mayorías no tienen, no encuentran una traducción política. La mayoría no tiene traducción política, no hay un correlato político. Esa idea de oposición, de oposición anti-chavismo eso ya dejó de ser en Venezuela. O sea ya hay una gran mayoría de gente que se opone tanto a uno como al otro. (Interview 5, Reinaldo Iturriza, Pos. 409-412)⁶⁰

Die politische Polarisierung ist laut pro-chavistischer Expert*innen hingegen eher konditioniert durch den wirtschaftlichen Sektor und den Streit um die Aneignung und Verteilung der Erdölrente. Die venezolanische Zivilgesellschaft verschwindet bei dieser Polarisierung aus dem Blickfeld, zudem werden dadurch auch Chavismus-interner sowie innergesellschaftlicher demokratischer Dialog und Diskussionen über Wirtschaftspolitik verhindert. Die Polarisierung unterbindet somit eine Diversität der Debatten und ist daher auch als eine der Ursachen für die aktuelle politische Krise zu verstehen, denn im Diskurs der beiden Extreme gäbe es keinen Platz für Meinungen in der Mitte. Einer der Pro-Chavismus Experten stellt zudem hauptsächlich die Opposition als polarisierend und absolutistisch dar, die Regierung habe nur ihre Vorteile aus der politischen Polarisierung der „Rechten“ gezogen.

Beide Expert*innen-Gruppen stellen eine aktuelle Politikverdrossenheit der Bevölkerung fest. Die Regierung unter Maduro hat zunehmend an Popularität verloren, und “[l]a mayoría de la gente en Venezuela no está con el gobierno” (Interview 5, Reinaldo Iturriza, Pos. 286)⁶¹, aber auch von der Opposition ist die Mehrheit der Bevölkerung enttäuscht. Ein Großteil der Bevölkerung identifiziert sich weder mit dem einen, noch mit dem anderen politischen Lager, und der Glaube an die politischen Parteien, die politischen Institutionen und das gesamte politische System ist verloren.

La inmensa mayoría de la población... bueno eso es lo que te quiero comentar. La gente no solamente es crítica del gobierno sino [...] [e]n este momento de toda la clase política. Yo creo que el índice o lo que podría definirse como un índice de desafiliación política debe alcanzar ahorita un 60 o 70% de la población. (Interview 5, Reinaldo Iturriza, Pos. 291-293)⁶²

⁶⁰ Ich glaube also nicht, dass sich die Menschen noch lange mit dieser Situation zufrieden geben werden. Die Sache ist die, dass die Mehrheit keine politische Vertretung findet. Die Mehrheit hat keine politische Vertretung, es gibt kein politisches Korrelat. Diese Idee der Opposition, der anti-Chavismus Opposition, die gibt es in Venezuela nicht mehr. Anders gesagt, es gibt bereits eine große Mehrheit von Menschen, die sowohl das eine, als auch das andere ablehnen. (Übersetzung L.J.)

⁶¹ Die Mehrheit der Menschen in Venezuela ist nicht auf der Seite der Regierung. (Übersetzung L.J.)

⁶² Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung... also das ist, was ich dir erzählen wollte. Die Menschen sind nicht nur gegenüber der Regierung kritisch eingestellt, sondern [...] in diesem Moment gegenüber der Politik im Allgemeinen. Ich glaube, dass der Index, oder das, was man als Index der politischen Entfremdung definieren könnte, aktuell bei 60% oder 70% der Bevölkerung liegen muss. (Übersetzung L.J.)

Die Leute fühlen sich von der Politik im Stich gelassen, und die Mehrheit der Bevölkerung findet keine Vertretung ihrer Interessen durch die Politik, egal ob durch die Regierungspartei oder die Opposition. Diese große Unzufriedenheit mit der Politik im Allgemeinen, äußert sich durch hohe Enthaltungsraten bei Wahlen.

8.3.7 Nationale Verhandlungen

Verhandlungen zwischen Regierung und moderater Opposition werden nur von den anti-chavistischen Expert*innen angesprochen, allerdings wird vermutet, dass die Regierung nur daran teilnimmt, im Kalkül, somit eine Milderung der gegen Venezuela erhobenen Sanktionen zu erreichen. Sonstige Anreize für die Regierung für Verhandlungen sind gering. Bei solchen Verhandlungen könnte die Opposition zudem nur kleine Zugeständnisse von der Regierung erringen und keine Machttransition, denn Maduro ist in seiner Macht konsolidiert, und die Opposition hat nicht die Macht, ihn aus dem Amt zu drängen. Aktuelle Untersuchungen des Internationalen Gerichtshofes gegen Venezuela könnten jedoch ein Anreiz für die Regierung sein, doch noch zu verhandeln. Vor allem der Militärssektor könnte in dieser Untersuchung als Hauptverantwortlicher für Menschenrechtsverletzungen in den Fokus geraten, und es wäre denkbar, dass Maduro einige Militärs dem Internationalen Gerichtshof „opfern“ könnte. Daher besteht die Möglichkeit, dass der Militärssektor, von welchem die Regierung abhängig ist, ein Interesse an einer verhandelten Transition und Amnestie hat und daher Druck auf die übrige Regierung ausübt, doch an Verhandlungen teilzunehmen.

Bisherige Verhandlungen zwischen Opposition und Regierung haben zur Umsetzung der Parlamentswahlen 2020 und somit zum Ende der Regierungsdualität geführt, denn auch die ANC wurde damit aufgelöst. Es konnten jedoch bei diesen Verhandlungen nur für die politische Klasse und nicht für die gesamte Bevölkerung positive Ergebnisse errungen werden.

8.4 Politische Faktoren der Krise auf globaler Ebene

Auch politische Faktoren auf internationaler Ebene werden von den Expert*innen als wichtig in der Entstehung und Perpetuierung der venezolanischen Krise erachtet, darunter vor allem der internationale Kampf um Hegemonie und die darin involvierten internationalen Akteur*innen.

8.4.1 Internationaler Kampf um Hegemonie

Laut pro-chavistischer Expert*innen muss der gesamte Konflikt in Venezuela im Kontext der sich wandelnden geopolitischen Machtkonstellationen auf globaler Ebene seit den 1990er Jahren gesehen werden. Die 1990er Jahre waren durch die unipolare Hegemonie des US-amerikanischen neoliberalen Modells geprägt, in dessen Kontext die Bolivarianische Revolution als alternatives Modell auftaucht, das mit der bisherigen Machtorganisation auf globaler Ebene bricht. Denn bis dato gab es nur eine unipolare bzw. zwischen der Konfrontation von Russland und den USA eine bipolare Welt. Das Auftauchen eines multipolaren Modells in Venezuela, sowie das Erstarken von Süd-Süd Kooperationen, die Venezuela auch entschieden vorangetrieben hat, veränderte die Machtkonstellationen weltweit, was die Vormachtstellung der USA direkt beeinträchtigte.

Esa democratización del poder al nivel mundial generó obviamente muchos heridos, muchas consecuencias. Y el primer gran perdedor en esa nueva visión fue EE.UU. Pero no solamente eso. En términos económicos, estratégicos se reconstruyó la OPEC. Y al construirse la OPEC el petróleo recupera precio a nivel mundial. Entonces hay un redominio en el tema de la acumulación de la renta petrolera a nivel mundial. Que afecta directamente a EE.UU. Entonces EE.UU. tenía muchísimas razones por qué golpear e impedir el crecimiento o desarrollo de ese nuevo modelo. ¿Entiendes? Entonces la crisis que vive Venezuela es consecuencia de eso. Yo no me lo explico de otra manera, es un tema geo-estratégico. (Interview 3, Alex Alayo, Pos. 234-240)⁶³

Auf wirtschaftlicher Ebene hat zudem das Wiedererstarken der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) die USA und ihre multinationalen Ölkonzerne ebenso negativ beeinflusst. Daher hätten die USA stets viele Gründe gehabt, das Entstehen des venezolanischen Modells zu verhindern. Die Krise in Venezuela ist also auch durch geostrategische Faktoren bedingt. Es ginge hierbei laut pro-chavistischer Expert*innen also nicht nur um den Zugang zu venezolanischem Erdöl, sondern auch um die Machtkonstellationen auf globaler Ebene sowie um die Notwendigkeit der USA, das venezolanische Modell zu zerstören, um ihre eigene Machtposition zu erhalten.

⁶³ Diese Demokratisierung der Macht auf nationaler Ebene hat natürlich viele Opfer gefordert, viele Konsequenzen gehabt. Und der erste große Verlierer dieser neuen Vision waren die USA: Aber nicht nur das. In wirtschaftlicher und strategischer Hinsicht wurde die OPEC wiederaufgebaut. Und mit diesem Aufbau der OPEC erholte sich der Erdölpreis weltweit. Es gibt also eine neue Dominanz bezüglich der Akkumulation der Erdölrente weltweit. Was die USA direkt betrifft. Daher hatten die USA sehr viele Gründe, das Wachstum und die Entwicklung dieses neuen Modells zu verhindern, verstehst du? Die Krise, die Venezuela durchlebt, ist also eine Folge davon. Ich kann es mir nicht anders erklären, es ist eine geo-strategische Frage. (Übersetzung L.J.)

Laut anti-chavistischer Expert*innen wird in Venezuela zurzeit wieder ein alternatives Modell entwickelt, allerdings ein dem westlichen Staatsmodell gegenüberstehendes, autokratisches Modell, das im Kontext einer aktuellen turbulenten Weltordnung unter Maduro etabliert wird.

8.4.2 Internationale Allianzen

Anti-chavistische Expert*innen stellen die Rolle internationaler Alliierte der Regierung in den Vordergrund, die Maduro helfen, sein System zu erhalten und zu konsolidieren. China, Russland, der Iran und Kuba helfen ihm, Sanktionen zu umgehen und transferieren Technologie. Der kubanische Geheimdienst sei zudem in die Kontrolle hochrangiger venezolanischer Militärs impliziert. Im Aufstieg linksorientierter Regierungen in Argentinien, Mexiko, Peru, Chile und Honduras seit 2019 werden mögliche neue Alliierte oder Handelspartner Venezuelas in der Region Südamerika gesehen.

Pro-chavistische Expert*innen hingegen stellen die Rolle internationaler konservativer oder rechter Eliten, transnationaler Konzerne sowie spezifischer Regierungen, wie bspw. den USA, in den Vordergrund, die sich mit der nationalen oppositionellen Elite alliieren. Diese Allianzen würden den Handlungsspielraum der Regierung Maduros beschränken wollen und verstärken die Polarisierung.

8.4.3 Die Rolle der USA

Die USA werden von beiden Expert*innen-Gruppen als wichtiger internationaler Akteur in der venezolanischen Krise genannt. Da die USA Maduro nicht als legitimen Präsidenten anerkennen, resultieren aus diesem Konflikt die US-Sanktionen gegen Venezuela. Durch die Sanktionen ist die Wirtschaft in Venezuela zudem von Wahlkonjunkturen in den USA abhängig, da Sanktionen gegen Venezuela strategisch genutzt werden, um bestimmte Wählergruppen bei US-Wahlen zu gewinnen. Von pro-chavistischen Expert*innen wird darauf hingewiesen, dass es, seit Chávez an die Macht kam, immer eine Konfrontation mit den USA gegeben hat, die vor allem 2001 eskalierte. Unter Donald Trump war das Konfliktniveau weiter gestiegen. Die Deklaration Venezuelas als außerordentliche Bedrohung der USA kreierte zudem international ein „Anti-Venezuela-Klima“ und eine „Kalter-Krieg“-Mentalität, laut der die Regierung Maduros gestürzt werden muss. Einer der pro-chavistischen Experten führt dazu aus:

Y yo creo que ahí viene el tercer golpe muy duro que es el decreto de Barack Obama de marzo de 2015, ¿no? El decreto que declara a Venezuela una amenaza inusual extraordinaria para la seguridad nacional de los EE.UU. Y eso en sí mismo no es... mucho, ¿no? Es solo una declaración, pero eso va a sentar las bases legales para las sanciones más tarde, pero de una crea un clima de que digamos Venezuela es toxica. (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 71-74)⁶⁴

Zudem werden die USA von pro-chavistischen Expert*innen als Partner der venezolanischen Opposition bezeichnet, die Maduro absetzen wollen. Die Opposition ist ihnen zufolge kein autonomer Akteur, sondern von den USA abhängig. Venezuela wird hierbei als „una pieza más en el tablero“ (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 374), also als eine „weitere Figur auf dem Spielbrett“ (Übersetzung L.J.) der USA bezeichnet. Unter Joe Biden fand auch kein Kurswechsel im Vergleich zu Trump bezüglich der Außenpolitik mit Venezuela statt.

8.4.4 Sanktionen und deren Auswirkungen

Die Sanktionen sind laut pro-chavistischer Expert*innen Ausdruck geopolitischer Interessen. Die Deklaration Venezuelas als außerordentliche Bedrohung für die USA hat die gesetzlichen Bedingungen für die darauffolgenden Sanktionen geschaffen. Diese beginnen 2017, und seit 2019 besteht nicht nur ein Ölembargo, sondern auch ein Embargo von US-Firmen gegen die komplette venezolanische Wirtschaft. Ab 2020 werden zudem Länder, die mit Venezuela handeln, sanktioniert. Basierend auf Anschuldigungen des Drogenhandels, welche laut pro-chavistischer Expert*innen keinerlei Fundierung hätten, wurden zudem Kopfgelder auf Maduro und andere hohe Regierungsangestellte ausgesetzt.

Neben den Sanktionen wird von pro-chavistischen Expert*innen ein karikaturistisches oder mystifizierendes „Anti-Venezuela Narrativ“ in internationalen Medien beobachtet, welches das internationale Bild Venezuelas und die dortigen Geschehnisse prägt und welches verhindern würde, dass Länder mit Venezuela Geschäfte abschließen oder in das Land investieren:

Quiero decir desde antes de que Chávez ganara las elecciones en 1998, siempre ha habido un relato que caricaturiza lo que ocurre en Venezuela. Sí, como un relato grotesco que mistifica un montón de

⁶⁴ Und ich glaube hier kommt nun der dritte schwere Schlag, nämlich das Dekret von Barack Obama im März 2015, nicht? Das Dekret, das Venezuela als eine ungewöhnliche, außerordentliche Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA erklärt. Und das ist an und für sich nicht... viel, richtig? Es ist nur eine Erklärung, die aber die rechtlichen Grundlagen für die späteren Sanktionen legen wird, aber sie schafft sofort ein Klima, dass Venezuela, sagen wir, toxisch ist. (Übersetzung L.J.)

cosas, con medias verdades y muchas falsedades, entonces bueno lo que está ocurriendo con lo económico obviamente no se va a escapar de eso (Interview 5, Reinaldo Iturriza, Pos. 38-41).⁶⁵

Die negativen Auswirkungen der Sanktionen auf das Allgemeinwohl in Venezuela werden von beiden Expert*innen-Gruppen anerkannt. Einer der pro-chavistischen Experten äußert sich hierzu wie folgt:

Yo creo que las sanciones sí tienen un efecto de no solo agravar brutalmente la crisis sino de bloquear cualquier tipo de soluciones porque estás completamente, por un lado cerrado de los mercados, y por otro,... con los ingresos muy golpeados lo que también limita aún más tu capacidad de maniobra. (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 167-169)⁶⁶

Sanktionen gegen die Ölindustrie, die bereits 2014 in der Krise steckte, haben die Situation weiter verschlechtert, den bereits bestehenden Rückgang in der Ölproduktion beschleunigt und eine wirtschaftliche Erholung verhindert. Sanktionen fördern die Korruption und beschränken die bürgerliche Kontrolle und Mitbestimmung im Bereich der Wirtschaft. Das Ölembargo hat Venezuela zudem sehr viel Geld gekostet, denn die Sanktionen schrecken andere Länder vom Handel mit Venezuela ab, wie in der folgenden Aussage deutlich wird: “Pero el efecto de las sanciones hizo un efecto de disuasión ¿no? De meter miedo a quienes estén considerando hacer negocios con, con el estado, con las empresas del estado.” (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 120-121)⁶⁷

Wenn doch mit anderen Ländern gehandelt wird, geschieht dies nicht auf offiziellen, sondern auf inoffiziellen Wegen, was aber höhere Transferkosten für Venezuela impliziert. Somit ist der „*cost of doing business*“ für Venezuela sehr hoch, weil Venezuela zum einen günstig verkaufen und zum anderen die Risiken der Sanktionen abdecken muss. Dadurch vermindern nicht nur gesunkene Erdöleinnahmen, sondern auch durch die Sanktionen gestiegene Transaktionskosten Venezuelas Einkommen.

Die Ölindustrie ist zudem eine sehr kapitalintensive Industrie und benötigt ständige Investitionen. Die Sanktionen beschränken aber den Zugang zu Finanzierungsmechanismen, vor

⁶⁵ Was ich sagen will ist, dass es bereits vor Chávez Wahlsieg 1998 immer ein Narrativ gab, das Geschehnisse in Venezuela karikiert. Ja, wie ein groteskes Narrativ, dass viele Dinge mystifiziert, mit Halbwahrheiten und vielen Unwahrheiten, und naja, das, was im ökonomischen Bereich passiert, wird sich dem natürlich auch nicht entziehen. (Übersetzung L.J.)

⁶⁶ Ich glaube, dass die Sanktionen nicht nur die Krise brutal verschärfen, sondern auch jedwede Lösung blockieren, weil zum einen bist du komplett von den Märkten abgeschnitten, und auf der anderen Seite... ist dein Einkommen sehr beeinträchtigt, was deine Handlungsfähigkeit noch mehr einschränkt. (Übersetzung L.J.)

⁶⁷ Aber die Sanktionen hatten einen Abschreckungseffekt, nicht wahr? Um denen Angst zu machen, die in Betracht ziehen, mit dem Staat, mit staatlichen Unternehmen Geschäfte zu machen. (Übersetzung L.J.)

allem verhindern sie den Zugang zum Internationalen Währungsfond, wo der günstigste Kredit zu bekommen wäre, was die Erdölförderung und damit die gesamte Wirtschaft zusätzlich negativ beeinträchtigt. Die Sanktionen reduzieren den wirtschaftlichen Handlungsspielraum des Landes und haben negative Auswirkungen auf die Versorgung mit Nahrung und Medizin. Vor allem die Sanktionen gegen sogenannte *Swap Deals*, bei denen Rohöl gegen Diesel getauscht wurde, hatten gravierende Auswirkungen auf die venezolanische Landwirtschaft, die auf Basis von Diesel funktioniert, und somit direkt auf die Nahrungsversorgung im Land.

Laut anti-chavistischer Expert*innen blockieren die Sanktionen zwar die wirtschaftlichen Tätigkeiten Venezuelas, dienen der Regierung aber auch als Ausrede für die desolate Wirtschaft. Die Sanktionen hätten zudem die Regierung nicht geschwächt, sondern weiter in ihrer Macht verankert und hauptsächlich negative Auswirkungen auf die Bevölkerung gehabt, die immer ärmer wird und keinen Zugang zu Gütern hat. Die Regierung hingegen kann mit den Sanktionen leben, auch wenn sie für sie „ungemütlich“ sind. Individuelle Sanktionen gegen Personen der Regierung erschweren ihnen das Leben, da sie nun beispielsweise nicht mehr reisen oder Konten im Ausland anlegen können oder nicht mehr an im Ausland lagerndes Gold kommen.

8.5 Potenzielle Lösungen der Krise und Zukunftsszenarien

Abschließend wurde in den Interviews auch die Frage nach möglichen Lösungen der Krise gestellt. Auch wenn Zukunftsszenarien nicht Teil der Forschungsfrage sind, sollen sie als Ausblick vorgestellt werden.

8.5.1 Dialog mit bzw. Partizipation der Zivilgesellschaft und chavistischen Basis

Beide Expert*innen-Gruppen sehen die Partizipation der Zivilgesellschaft für eine Lösung der Krise als notwendig an, und alle Sektoren der Gesellschaft müssen in einen Dialog mit einbezogen werden. Dafür ist es wichtig, mehr Raum für Diskussionen abseits der Polarisierung zu schaffen, an dem alle verschiedenen Akteur*innen teilnehmen und in einem bürgerlichen Dialog Lösungen gemeinsam erarbeiten können:

[U]n diálogo ciudadano nacional no polarizado que supere primero, que sane las heridas de la polarización. Yo creo que aquí va a tener que haber una reconciliación importante pero eso no lo van a

decidir los de las élites, ni el gobierno ni la oposición, tiene que decidir la sociedad. (Interview 4, Ana Felicien, Pos. 309-311)⁶⁸

Insgesamt bedarf es einer nationalen Wiederversöhnung, “[para] [b]ueno volvernos a reconocer, como vivimos en el mismo territorio...” (Interview 4, Ana Felicien, Pos. 316).⁶⁹

Von pro-chavistischen Expert*innen werden zudem die Kommunen als wichtige Akteurinnen in der Lösung der Krise betont, denn sie besitzen produktive Mittel und können daher aktiv zur Produktion beitragen, um alltägliche Probleme des Nahrungsmittelzugangs zu lösen. Wenn die Kommunen mehr Unterstützung erfahren würden, wären sie ein wichtiger Ort für die Erneuerung einer politischen Debatte und der politischen Partizipation der Bevölkerung. Diese innere Kapazität für Dialog der Kommunen ist aber von externen nationalen und internationalen Konjunkturen abhängig. Ein Wiedererstarken der chavistischen Basis müsse zudem selbstkritisch und selbstreflexiv passieren, und eine Neuzusammensetzung sowie Neudefinition der Basis sei nötig, denn diese ist zurzeit zerstreut und unorganisiert: “Creo que hace falta una rearticulación, una recomposición del campo militante popular chavista. Que está sumamente desarticulado, desconcertado. Como está casi toda la sociedad venezolana.” (Interview 5, Reinaldo Iturriza, Pos. 373-375)⁷⁰

8.5.2 Soziale Widersprüche und Revolution

Pro-chavistische Expert*innen sehen zudem, dass die venezolanische Gesellschaft, die sich bereits in krisenhaften Momenten der 1980er und 1990er Jahre politisiert und rebelliert hat, auch die aktuelle Situation nicht mehr lange tolerieren wird. Einer der pro-chavistischen Experten bemerkt hierzu: “Tú no le puedes pedir a esa sociedad que se conforme con lo que tiene ahorita. O sea, no sé en qué cabeza cabe que la gente se va a conformar con esto.” (Interview 5, Reinaldo Iturriza, Pos. 319-320)⁷¹ Die durch die Wirtschaftskrise verursachten sozialen Konsequenzen und die daraus resultierenden sozialen Widersprüche würden sich

⁶⁸ Ein nationaler, nicht polarisierter bürgerlicher Dialog, der zunächst die Wunden der Polarisierung überwindet und heilt. Ich glaube, hier muss es eine Wiederversöhnung geben, aber das werden nicht die Eliten entscheiden, weder die Regierung noch die Opposition, das muss die Gesellschaft entscheiden. (Übersetzung L.J.)

⁶⁹ [damit] wir uns wieder gegenseitig anerkennen, wir leben schließlich in demselben Gebiet... (Übersetzung L.J.)

⁷⁰ Ich glaube, eine Neuformulierung, eine Neuzusammensetzung des militanten chavistischen populären Sektors ist nötig. Der sehr zerschlagen, zerstreut ist. So wie beinahe die gesamte venezolanische Gesellschaft. (Übersetzung L.J.)

⁷¹ Du kannst nicht von dieser Gesellschaft verlangen, dass sie sich mit dem zufrieden gibt, was sie jetzt gerade hat. Ich meine, ich weiß nicht wie man glauben kann, dass die Leute sich damit zufrieden geben werden. (Übersetzung L.J.)

zudem weiter intensivieren. Der wirtschaftliche Kurswechsel würde zurzeit noch durch einen sozialisierenden Diskurs abgeschwächt, doch lange würde dieser Widerspruch zwischen Diskurs und Realität nicht mehr von der Bevölkerung geduldet werden:

Eso va a tener consecuencias. Es como que la economía la tengan por un lado y la política por otro. Y el discurso por otro. Y cuando se encuentren, eso va a generar una explosión... va a generar una explosión. (Interview 3, Alex Alayo, Pos. 281-283)⁷²

Zurzeit gibt es zwar noch wenig Widerstand in der Bevölkerung, aber auf lange Sicht würden neue Akteur*innen und Proteste entstehen, und der Protest würde Ausdruck in Wahlergebnissen gegen die Regierung finden.

8.5.3 Aufhebung der Sanktionen

Eine Erleichterung der Wirtschaftskrise durch die Flexibilisierung der Sanktionen wird von beiden Expert*innen-Gruppen als wichtig erachtet. Sanktionen, welche die gesamte Wirtschaft betreffen, sollten aufgehoben werden, Sanktionen gegen Einzelpersonen könnten laut anti-chavistischer Expert*innen bestehen bleiben. Die komplette Aufhebung der Sanktionen wird als nicht realistisch eingeschätzt, aber die Möglichkeit einer Flexibilisierung der Sanktionen, die zumindest einige spezifische Transaktionen zulassen, um die Situation kurzfristig zu verbessern, ist denkbar:

Entonces sí, yo creo que vamos a seguir en esto por lo menos un rato más. Yo creo que quizás sea demasiado ambicioso hablar de levantar sanciones, pero quizás más realista, si hay presión suficiente desde adentro es que se permiten algunos negocios puntuales. (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 422-424)⁷³

Die Erdölproduktion kann ohne die Aufhebung der Sanktionen nur bis zu einem gewissen Grad gesteigert werden, und ohne Erholung der Erdölindustrie kann auch keine Erholung der gesamten Wirtschaft stattfinden. Die Regierung Maduros hat aufgrund der Sanktionen keine Möglichkeiten mehr, weitere Zugeständnisse an Investor*innen zu machen. Laut pro-chavistischer Expert*innen müssten aber auch individuelle Sanktionen (wie Anschuldigungen des Drogenhandels) aufgehoben werden, damit überhaupt ein Anreiz für die Regierungsmitglieder besteht, ihre Machtposition aufzugeben.

⁷² Das wird Folgen haben. Es ist, als ob sie die Wirtschaft auf der einen Seite und die Politik auf der anderen Seite hätten. Und den Diskurs auf wieder einer anderen Seite. Und wenn sie aufeinandertreffen, wird es eine Explosion geben... es wird eine Explosion geben. (Übersetzung L.J.)

⁷³ Also ja, ich glaube, dass wir zumindest noch eine Weile in dieser Lage bleiben werden. Ich denke, es ist vielleicht zu ambitioniert von einer Aufhebung der Sanktionen zu reden, aber vielleicht ist es realistischer, wenn es genug Druck von innen gibt, dass bestimmte Handelsmöglichkeiten zugelassen werden. (Übersetzung L.J.)

8.5.4 Wirtschaftsmaßnahmen

Ein Konsens zwischen den beiden Expert*innen-Gruppen besteht bezüglich der Rolle des Erdöls in der Lösung der Krise. Die Erdölförderung wird als Schlüsselindustrie für die wirtschaftliche Erholung angesehen, doch wird auch darauf hingewiesen, dass Reformen in der Ölindustrie nötig sind, um das Land aus der Krise zu holen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Möglichkeiten der Erdölförderung begrenzt sind, zum einen wegen Personalman- gels aufgrund der massiven Migration und defizitärer Infrastrukturen, wie mangelhafte Strom- und Wasserversorgung, zum anderen aber auch, weil aufgrund der Sanktionen nur geringe Mengen exportiert und zudem keine Ersatzteile für veraltete Erdölförderanlagen im- portiert werden können. Eine der pro-chavistischen Expertinnen weist als einzige auf die ökologischen und sozialen Konsequenzen hin, die eine weitere Vertiefung des neoextrakti- vistischen Modells mit sich bringen würde:

Pasan entonces del modelo extractivista minero, como opción para apalea esta crisis, entonces todo una serie de problemas ecológicos, políticos, territoriales en cuánto a los territorios indígenas que ponen refinerías en fin, en fin, en fin. Que eso, bueno, configuró un escenario económico del país presente y futuro bastante complicado. (Interview 4, Ana Felicien, Pos. 219-222)⁷⁴

Und:

[C]on la excusa de la crisis bueno empieza entonces a posicionar a Venezuela en esos procesos de profundización de la extracción. Que son la vuelta de la colonización. Entonces yo creo que eso tam- bién es como un factor. (Interview 4, Ana Felicien, Pos. 249-251)⁷⁵

Trotz der Fokussierung auf die Erdölindustrie als Schlüsselindustrie wird aber auch eine Diversifizierung und mehr Autonomie der Wirtschaft als nötig erachtet, um eigene Produk- tions-, Verteilungs- und Konsumkreisläufe zu schaffen und zerstörte Sektoren wiederaufzu- bauen. Von anti-chavistischen Expert*innen werden zudem der Dialog und wirtschaftliche Abkommen zwischen Staat und dem privaten Sektor als wichtig erachtet, damit beide wirt- schaftlich profitieren können.

Ohne Lösung des politischen Konfliktes wird auch eine Lösung der wirtschaftlichen Krise als schwierig erachtet, denn laut eines pro-chavistischen Experten braucht es für eine wirt- schaftliche ‚Entwicklung‘ einen starken und glaubwürdigen Staat, der einen Prozess des

⁷⁴ Dieses extraktivistische Modell wird also als Option für die Überwindung der Krise gesehen und bringt eine Reihe an ökologischen, politischen und territorialen Problemen mit sich, in Bezug auf die indigenen Ge- biete, in denen Raffinerien errichtet werden und so weiter. Und das, naja, hat ein ziemlich kompliziertes wirt- schaftliches Szenario für das Land geschaffen, sowohl aktuell als auch für die Zukunft. (Übersetzung L.J.)

⁷⁵ Mit der Krise als Ausrede wird Venezuela also in diesen Prozess der Intensivierung der Extraktion positio- niert. Was die Rückkehr zur Kolonialisierung ist. Ich glaube also, dass das auch ein Faktor ist. (Übersetzung L.J.)

Wiederaufbaus vorantreibt. Um das Lebensniveau von 2012 wieder zu erreichen, müsste laut ihm jedoch ein jährliches Wirtschaftswachstum von 5% erreicht werden, und das über die nächsten 30 Jahre, was er als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt.

8.5.5 Lösungen durch Verhandlungen

Formelle als auch informelle Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition bzw. den USA, werden zwar als mögliche Lösungsstrategie genannt, aber als wenig vielversprechend eingestuft, da die Spaltung der Opposition diese in den Verhandlungen schwächt und die Regierung zugleich stärkt. Bei solchen Verhandlungen müsste den Militärs zudem eine Übergangsjustiz bzw. Amnestie angeboten werden, weil diese sonst nicht zu Verhandlungen bereit sind, da sie im Zuge der aktuellen Untersuchung des Internationalen Gerichtshofes gegen Venezuela als Hauptverantwortliche für Menschenrechtsverletzungen in den Fokus geraten könnten. Beide Expert*innen-Gruppen sind sich einig, dass eine nationale Lösung des politischen Konfliktes und ein nationaler Prozess des Wiederaufbaus verhandelt werden muss. Hierbei brauche es eine politische Alternative, welche die Polarisierung überwindet. Die Rolle internationaler Akteur*innen wird hierbei jedoch auf die von Mediator*innen reduziert, und Juan Carlos Alvarado der Partei COPEI betont:

Mira yo creo que los problemas de los venezolanos al final lo vamos a estar resolviendo los venezolanos. Yo creo que también es importante la participación de la comunidad internacional. Es sumamente importante y fundamental. Pero bajo este esquema, bajo el esquema de facilitador. No bajo un esquema de quien sea que ponga las directrices del accionar político. (Interview 6, COPEI, Pos. 237-239)⁷⁶

8.5.6 Veränderungen durch Wahlen

Eine mögliche Lösung der politischen Krise durch Wahlen wird von beiden Expert*innen-Gruppen angesprochen, doch könne die Opposition hier nur als Gewinner hervorgehen, wenn sie eine vereinte und intelligente Strategie sowie einen einzigen Kandidaten hat. Sie müsse zudem ausdauernd sein und eine langfristige Strategie anvisieren, die auf kleiner Ebene anfängt, denn es wird keinen Machtwechsel von heute auf morgen geben. Das heißt, zuerst müssten lokale Wahlen gewonnen und bspw. mit den Kommunalräten geredet werden, um dann auf größerer Ebene Wahlen gewinnen zu können. Von anti-chavistischen Expert*innen wird diese Strategie als wichtigstes Mittel zur Lösung der Krise angesehen. Für

⁷⁶ Schau, ich glaube, dass die Probleme der Venezolaner*innen am Ende von den Venezolaner*innen gelöst werden. Ich glaube auch, dass die Beteiligung der internationalen Gemeinschaft wichtig ist. Sie ist äußerst wichtig und grundlegend. Aber im Rahmen einer vermittelnden Rolle. Und nicht in einem Rahmen, in dem sie die Leitlinien für das politische Handeln vorgeben. (Übersetzung L.J.)

die Präsidentschaftswahlen 2024 muss die Opposition einen Konsens, eine gemeinsame Strategie sowie einen einzigen Kandidaten finden. Es müsse sich hierbei jedoch nicht nur um eine politische Koalition handeln, sondern auch um eine gemeinsame Zukunftsvision und ein gemeinsames politisches Projekt.

Auch die pro-chavistischen Expert*innen sehen die nächsten Präsidentschaftswahlen als Schlüsselmoment. Auch wenn es schwer vorstellbar ist, sehen sie dennoch eine Möglichkeit, dass der Chavismus diese erneut gewinnt. Denn im venezolanischen Wahlsystem besteht die Möglichkeit, dass die größte Minderheit anstatt der Mehrheit gewinnt, wie es auch bei den Regionalwahlen Ende 2021 der Fall war, bei denen auch PSUV die Mehrheit der Regionalverwaltungen gewonnen hat, obwohl sie nicht mehrheitlich von der Bevölkerung unterstützt wurden. Zudem wird die Möglichkeit eines Referendums zur Abberufung des Präsidenten angesprochen oder die Möglichkeit, dass im Gegenzug zur Aufhebung von Sanktionen Maduros Rücktritt vereinbart wird, und sich der Chavismus mit einer neuen Besetzung als Opposition organisieren darf. Diese Option wird jedoch als sehr unwahrscheinlich angesehen, weil die Regierung keine Anreize dafür hat. Wenn sie mit der moderaten wirtschaftlichen Erholung weiter voranschreiten, hätten sie auch eine gewisse Basis, die loyal bleibt, und könnten vielleicht sogar die Präsidentschaftswahlen 2024 gewinnen.

Zudem wird von einem der pro-chavistischen Experten angemerkt, dass auch die Möglichkeit besteht, dass Maduros Regierung weiterhin geduldet wird, da die Regierung ihren wirtschaftlichen Kurs im Sinne eines „imperialistischen Pragmatismus“ gewechselt hat. Diesbezüglich sagt er:

¿Un escenario cuál es? En la medida en que el liderazgo chavista ha cedido una enormidad en términos programáticos, sobre todo en lo económico... ¿cuál es el problema que sigan en el poder? Es decir el gobierno puede perfectamente seguir así. Digo ahora ya parados en el pragmatismo imperial, ¿no? (pausa) Eso es un escenario. O sea no me parece en absoluto descabellado. (Interview 5, Reinaldo Iturriza, Pos. 398-401)⁷⁷

In jedem Fall wird die Lösung der politischen Krise als essentiell angesehen, da ohne sie auch die übrige wirtschaftliche und soziale Krise nicht gelöst werden kann, und die humanitäre Krise weiter andauern wird. Einer der pro-chavistischen Experten äußert seine Sorgen

⁷⁷ Was wäre ein mögliches Szenario? In dem Maße, in dem die chavistische Führung eine Menge an pragmatischen Zugeständnissen gemacht hat, vor allem in der Wirtschaft... Wo liegt das Problem, wenn sie an der Macht bleiben? Ich meine, die Regierung kann durchaus so weiter machen wie bisher. Ich meine, jetzt, da sie schon dem imperialistischen Pragmatismus verschrieben sind, nicht? (Pause) Das ist ein Szenario. Also das scheint mir gar nicht so abwegig. (Übersetzung L.J.)

diesbezüglich wie folgt und bezeichnet die aktuelle Lage in Venezuela als eine Situation des „rette sich wer kann“:

Ahora yo, para resumirte, yo creo que debería haber un proceso, o sea el conflicto político, para que se salga de todo lo demás el conflicto político se debe solucionar. Tiene que resolverse. De alguna manera o de otra. Porque si no lo que se va a prolongar es esta situación actual que es una especie de salvase quien puede. El que tiene dinero, el que tiene contactos... sobrevive. Lo que significa que todos que no tienen dinero y no tienen contactos no sobreviven. Y eso es más o menos la realidad que ocurre en el momento actual.” (Interview 1, Anonym, Pos. 362-367)⁷⁸

⁷⁸ Also, um dir das zusammenzufassen, ich glaube, dass etwas geschehen muss, das heißt der politische Konflikt muss gelöst werden, um aus all dem anderen rauszukommen. Er muss gelöst werden. Auf die eine oder andere Weise. Wenn nicht, wird sich die aktuelle Situation des „rette sich wer kann“ verlängern. Wer Geld und Kontakte hat... überlebt. Was bedeutet, dass alle, die kein Geld und keine Kontakte haben, nicht überleben. Und das ist mehr oder weniger die Realität der aktuellen Lage. (Übersetzung L.J.)

9 Diskussion

Die soeben präsentierten Ergebnisse der Expert*innen-Interviews verdeutlichen die bereits im Forschungsstand ersichtliche Diversität an Ursachen der multidimensionalen Krise. So wurden sowohl politische als auch wirtschaftliche Faktoren auf nationaler und globaler Ebene genannt, die teilweise historisch bedingt sind oder auch soziale und kulturelle Komponenten umfassen. Die Tatsache, dass nur zwei der sieben Interviews mit oppositionellen Expert*innen geführt wurden, sowie die allgemeine Beschränkung der Datenmenge, die erhoben werden konnte, erfordert die Annahme, dass weitere Faktoren der Krise existieren, die nicht ergründet werden konnten.

Wie bereits bei der Ergebnisdarstellung erwähnt, wurde auch bei den Expert*innen-Interviews eine starke Polarisierung festgestellt, und die Erklärungsansätze für die aktuelle Krise in Venezuela variieren dementsprechend. So ist auffällig, dass anti-chavistische Expert*innen vermehrt auf endogene Faktoren der Krise hinweisen, wie die Veränderungen beziehungsweise Beschränkungen der Demokratie unter Chávez und später unter Maduro, bis hin zu Populismus und Autokratie. Der Abbau der liberal-repräsentativen Demokratie und der Gewaltenteilung unter Chávez und die Entwicklung eines zunehmend autoritären Führungsstils unter Maduro, der auch in der Krisenliteratur genannt wird (vgl. u.a. Bull/Rosales 2020b: 129; Cardozo/Mijares 2020: 18; Marsteintredet 2020: 90f.), wird von den anti-chavistischen Expert*innen hauptsächlich als Ursache der politischen Krise genannt. Entgegen der Beobachtungen von Corrales (2020: 60), dass Wahlen in Venezuela in keiner Weise den demokratischen Standards einer freien und gerechten Wahl entsprechen, wurden die Wahlbedingungen jedoch vom Oppositionspolitiker von COPEI zwar nicht als ideal, aber dennoch als ausreichend angesehen, um an Wahlen teilzunehmen.

Für die Wirtschaftskrise werden von den anti-chavistischen Expert*innen der unter Chávez angestrebte wirtschaftliche Sozialismus und die Vertiefung der Rentenökonomie genannt, welche private Investor*innen abgeschreckt und den produktiven Sektor negativ beeinträchtigt hätten. Die von Chávez verfolgte, sozialistisch orientierte Wirtschaftspolitik wird hier also als wichtige Ursache der Wirtschaftskrise genannt (vgl. Briceño-Ruiz 2019: 183f.; Dachevsky/Kornblihtt 2016: 78). Aber auch die durch die Abhängigkeit vom Erdöl bedingte, spezifische materielle Grundlage der venezolanischen Ökonomie sowie die Rolle des Erdöls bei der Ausgestaltung von Gesellschaft, Politik und venezolanischem Alltag, welche Vene-

zuela laut López Maya zu einem „petro estado“ (Interview 7 Pos. 46-47) bzw. zu einer „Rentengesellschaft“ macht, werden von diesen Expert*innen als Hauptursachen der aktuellen Krise genannt (vgl. Peters 2019b: 2f.).

Pro-chavistische Expert*innen hingegen verweisen vermehrt auf exogene Faktoren, allen voran den Wirtschaftskrieg gegen Venezuela und die Rolle der USA im internationalen Kampf um Hegemonie, welcher eine Behinderung des chavistischen Projektes in Venezuela von Seiten der USA erforderlich machte. Zudem wird die Rolle nationaler, oppositioneller Eliten, welche sich mit internationalen Eliten alliierten, betont. Dennoch werden auch interne Faktoren angesprochen und Defizite der Bolivarianischen Revolution anerkannt. Hierbei wird aber nicht das chavistische beziehungsweise sozialistische Projekt an sich in Frage gestellt, sondern die mangelhafte Umsetzung und fehlende Überwindung des bisherigen kapitalistischen Systems kritisiert. Auch weisen diese Expert*innen eher auf globale Strukturen im Sinne einer Dependenz Venezuelas zum Weltsystem hin und verbinden die Krise mit Hegemoniekämpfen auf internationaler Ebene sowie Neokolonisierungsprozessen im Rahmen des Neoextraktivismus. Die neoextraktivistische Ausrichtung Venezuelas kann hierbei im Sinne der Dependenztheorien als eine „Fortführung von Abhängigkeitsverhältnissen zu den kapitalistischen Zentren“ gesehen werden (Pimmer/Schmidt 2015: 4).

Im internationalen Kampf um Hegemonie stellt Venezuela einen Störfaktor für die USA dar. Die Ablehnung des Neoliberalismus sowie der Versuch Venezuelas, intra-regionale wirtschaftliche und politische Kooperationen auf Augenhöhe und im Interesse der lateinamerikanischen Staaten zu vertiefen, beeinträchtigte direkt die Vormachtstellung der USA in der Region Südamerikas (vgl. López Maya 2005: 400ff.). Seit Jahren sei deutlich, dass die USA einen Regierungswechsel in Venezuela wünschen (vgl. Bull/Rosales 2020a: 10f.). Gill (2019) zeigt auf, wie die USA daher mit „neuen“ imperialen Strategien die venezolanische Regierung, bereits unter Chávez und auch später unter Maduro, an der konkreten Umsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele hinderte und versuchte, eine graduelle Stärkung und letztendlich einen Wahlsieg der Opposition zu erreichen. Hierzu zählen Maßnahmen, welche politische Akteur*innen und Dynamiken beeinflussen sollten, darunter Oppositionsparteien, die venezolanische Gesetzgebung sowie Justiz, das internationale Ansehen und den internationalen Einfluss Venezuelas (vgl. Gill 2019: 308f.). Die Rolle der USA, vor allem im Hinblick auf ihre Außenpolitik, scheint somit ein nicht außer Acht zu lassender Faktor in der Entwicklung der aktuellen Lage in Venezuela zu sein.

Dennoch muss die venezolanische Krise auch im Rahmen der sich wandelnden Umstände in der lateinamerikanischen Region betrachtet werden, die Legler (2020: 148) als „*systemic shock*“ bezeichnet. Mit dem Ende des Ressourcenbooms 2014-2015, welcher zunächst den Aufstieg post-liberaler oder post-hegemonialer Regionalismen in Lateinamerika ermöglicht hätte, erfuhren eine Vielzahl der Länder der Region wirtschaftliche Probleme sowie eine Veränderung in politischen Wahlergebnissen, was zu einer erneuten ideologischen Konfrontation zwischen rechts- und linkspolitisch orientierten Flügeln geführt hätte. Zudem habe die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten die Spaltung in Lateinamerika zwischen Ländern, die mit den USA kooperieren und jenen, die sich ihrer Hegemonie entgegensetzen, verstärkt. Mit dem Verschwinden von Führungskräften wie Obama, Chávez und Lula da Silva sei die zwischenstaatliche Kooperation in der amerikanischen Region quasi zum Erliegen gekommen (vgl. ebd.: 148). Die Unfähigkeit, regionale Lösungen für die Krise in Venezuela zu finden, habe in den letzten Jahren zu einer globalen Geopolitisierung der Lage in Venezuela und zur Intervention extra-regionaler Akteure geführt. So sei eine Verteidigung der Autokratie durch symbolische als auch materielle Unterstützung durch (autoritäre) Länder wie China, Russland, den Iran und die Türkei zu beobachten, was der venezolanischen Regierung das Überleben sichere (vgl. ebd.: 149f.). Russland ist laut Cardozo und Mijares (2020) für die aktuelle Regierung Maduros ein überlebenswichtiger Partner, und in der von Korruption geprägten Kooperation zwischen beiden Ländern spielten sowohl geopolitische als auch korporative Interessen eine wichtige Rolle. Russlands Interessen an Venezuela als Land mit der größten Erdölreserve sind zum einen natürlich wirtschaftlicher Natur, zum anderen sei Venezuela für Russland ein geopolitisches Instrument im Konkurrenzkampf mit den USA und im Bestreben, weiterhin eine Staatsmacht mit Einfluss und Vetorechten auf die westliche Hemisphäre zu bleiben. Maduros Regierung hingegen findet in Russland einen wichtigen Partner, um die US-Sanktionen zu umgehen, und einen wichtigen politischen Alliierten. Der Zusammenhalt zwischen Venezuela und Russland werde durch Korruption gestärkt, da korrupte Praktiken neue (illegale) Finanzierungs- und Investitionsmöglichkeiten für beide Länder lieferten, die beiden Partner vereinten und dadurch auch zum Erhalt des Autoritarismus in beiden Ländern beitragen (vgl. Cardozo/Mijares 2020: 181f., 196). Auf globalpolitischer Ebene spielen also nicht nur die Beziehungen zwischen Venezuela und alliierten Nationen, wie Russland, China und der Türkei, oder gegnerischen Staaten wie den USA, eine Rolle, sondern auch die Beziehung und Machtkämpfe zwischen diesen Nationen selbst. Venezuela kann somit, im Sinne der in Interview 2 (Pos. 374) verwendeten Metapher,

als „una pieza más en el tablero“, als eine weitere Spielfigur auf dem Brett internationaler Hegemoniekämpfe gesehen werden.

Die von den USA (und anderen Staaten) gegen Venezuela erhobenen Sanktionen sind auch Ausdruck dieser geopolitischen Dimension, welche von den pro-chavistischen Expert*innen in den Interviews deutlich in den Fokus gestellt wird. Die USA hatten die Sanktionen angeblich mit dem Ziel eingesetzt, die venezolanische Regierung zur Achtung der Menschenrechte zu zwingen. Gleichzeitige Drohungen der US-Regierung zeigten laut Weisbrot und Sachs (2019: 303) jedoch, dass die eigentliche Intention der Sanktionen ein Regimewechsel in Venezuela sei. Seit der Wahl von Chávez im Jahr 1998 zeigten sich die USA durchgehend unzufrieden mit der Regierung Venezuelas und sahen diese als einen „destabilisierenden“ Faktor der lateinamerikanischen Region an (vgl. Tinker Salas 2015: 143). Auch wenn die venezolanische Wirtschaft bereits Jahre vor den ersten US-Sanktionen einer tiefen Rezession unterlag, mindestens seit dem Verfall der Ölpreise 2014, und die Entwicklung der Versorgungsgänge ohne die Verhängung von Sanktionen gegen Venezuela unmöglich abzuschätzen ist, so gehen Weisbrot und Sachs (2019: 311f.) dennoch davon aus, dass die Sanktionen den Kollaps der Wirtschaft und die daraus resultierende Krise zumindest beschleunigt bzw. verschlimmert, Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaftskrise und der Hyperinflation vereitelt und somit zumindest eine mögliche wirtschaftliche Erholung des Landes verhindert haben (vgl. Weisbrot/Sachs 2019: 316ff.; Emersberger/Podur 2021: 51). Sanktionen seien zudem laut mehrerer Rechtswissenschaftler*innen ein Verstoß gegen internationales Recht, wie bspw. die UN-Menschenrechtskonvention (vgl. Weisbrot/Sachs 2019: 315).

Wird beim Beispiel der Sanktionen erneut der Bogen zu den Dependenztheorien geschlagen, scheint die Relevanz, welche diese Theorien in der Einordnung der venezolanischen Krise haben können, deutlich. So kann der durch US-Sanktionen erschwerte Zugang zu Krediten, allen voran zu verhältnismäßig günstigen Krediten des von den USA dominierten IMF, zum einen als Ausdruck der Abhängigkeit Venezuelas vom Weltmarkt und den ihn dominierenden Institutionen, also einer Dependenz vom globalen Finanzsystem, gesehen werden (vgl. Peet/Hartwick 2009: 185f.; Pimmer/Schmidt 2015: 6). Zum anderen aber auch als Versuch der USA, Venezuela in einem solchen Dependenzverhältnis zu halten und ein Ausbrechen aus dem Weltsystem zu verhindern. Diese Versuche scheinen erfolgreich zu sein, ist doch die Vision des Chavismus, den Kapitalismus zu überwinden und einen „Sozialismus des 21.

Jahrhunderts“ zu installieren, in den letzten Jahren zunehmend in Vergessenheit geraten und einer progressiven liberalen Wende unter Maduro gewichen.

Auch wenn bei Erklärungen zur Krise von beiden politischen Lagern gerne die Verantwortung der jeweils gegenüberstehenden Fraktion betont wird, so sind doch beide Expert*innen-Gruppen auch sehr selbstkritisch und sehen die Ursachen der Krise nicht ausschließlich durch das gegenüberliegende politische Lager verschuldet. So sind oppositionelle Expert*innen nicht zurückhaltend mit Kritik an der Opposition und deren Defiziten, vor allem an deren mangelnder Einigkeit und Strategie sowie zum Teil nicht verfassungskonformen Handlungen. Pro-chavistische Expert*innen geben bereitwillig Defizite sowohl in der Regierungsführung und im Krisenmanagement als auch in der chavistischen Basis zu, bemängeln einen fehlenden demokratischen Dialog innerhalb des Chavismus und stehen der aktuellen Regierung und ihren Politiken mehr als kritisch gegenüber.

Ein Konsens besteht bezüglich der Priorisierung der verschiedenen Krisenaspekte. Die politische Krise wird als Schlüsselement angesehen, da ohne eine Lösung des politischen Konfliktes auch keine Lösung der Wirtschaftskrise für möglich gehalten wird. Dennoch wird angemerkt, dass die politische Krise wiederum wirtschaftlich bedingt ist und der Kampf um die wirtschaftliche Macht in ihrem Zentrum steht. Im politischen Kampf geht es also um mehr als nur um Spannungen aufgrund von Unterschieden bezüglich Klasse oder *Race*. Kontrolle über den Staat bedeutet auch Kontrolle über die nationalen Ölressourcen und damit den unschätzbaren ökonomischen Wert, der in Venezuelas Untergrund liegt. Die aktuelle politische Krise kann daher hauptsächlich als Kampf um diese Ressourcen und darum, wie der Gewinn davon in der Gesellschaft verteilt werden soll, gesehen werden (vgl. Peters 2019b: 7f.; Tinker Salas 2015: 5f.). Diese Rolle des Erdöles im politischen Kampf wurde bei den Interviews deutlich, wurde die aktuelle politische Krise doch als Kampf um die wirtschaftliche Macht im Land und die Aneignung und Verteilung der Erdölrente bezeichnet, vor allem von pro-chavistischen Expert*innen. Laut des Konzeptes des (Neo-)Extraktivismus von Brand/Dietz (2014: 138ff.) geschieht die Aneignung von Natur im Rahmen eines politisch umkämpften Prozesses und gestaltet sich je nach involvierter Akteur*innen unterschiedlich. Für sie ist (Neo-)Extraktivismus somit „ein zentraler Ausdruck von politischer Herrschaft“ (ebd.: 155). Die Abhängigkeit vom Erdöl in Venezuela konfiguriert folglich den politischen Kampf um die Kontrolle und die Verteilung dieser Rente, die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft sowie die Ungleichheitsstrukturen innerhalb der venezolanischen Gesellschaft (vgl. Peters 2019b: 7f.). Dies ist kongruent mit den Aussagen einiger

Expert*innen (s. besonders Interview 1 Pos. 264-268; 294-295 und Interview 4 Pos. 71-72), die bestätigen, dass es in der politischen Krise hauptsächlich um den Kampf um wirtschaftliche Macht und Kontrolle sowie die Aneignung und Verteilung der Erdölrente geht.

Mögliche Lösungsansätze gibt es viele, doch wurden diese von den Expert*innen stets mit reichlich Skepsis und Vorsicht geäußert. Allgemein bestand ein Bewusstsein, dass eine rasche Lösung der Krise unmöglich ist, und die aktuelle Situation noch einige Zeit fortbestehen wird. Die Notwendigkeit einer nationalen Widerversöhnung sowie Eröffnung eines demokratischen Dialoges wurde in den Vordergrund gestellt. Die aktive Partizipation der Zivilgesellschaft sowie der chavistischen Basis wird hierbei als elementar angesehen. Eine Machttransition durch Wahlen, besonders durch die Präsidentschaftswahlen 2024 und nationale Verhandlungen wird als möglicher Weg gesehen. Auch wenn noch eine gewisse Basis an Unterstützung für die aktuelle Regierung besteht, wird dennoch vermutet, dass sich die Bevölkerung nicht mehr lange mit den sozialen und ökonomischen Konsequenzen der Krise zufriedengeben und künftig ihren Unmut durch Wahlen ausdrücken wird. Dennoch wird angemerkt, dass durch eine Fortführung der aktuellen, moderaten wirtschaftlichen Erholung und eventuelle Erleichterungen der Sanktionen, die wirtschaftliche Lage auch soweit stabilisiert werden könnte, dass die Regierung Maduros weiterhin an der Macht bleiben kann.

Der Erdölsektor steht bei beiden Expert*innenperspektiven im Fokus einer Lösung der Wirtschaftskrise und wird als Schlüsselindustrie gesehen. Natürlich ist die Zentralität dieser Industrie für eine rasche wirtschaftliche Erholung im Moment nicht von der Hand zu weisen, da es in Venezuela an anderen gut ausgebauten Wirtschaftssektoren mangelt. Es wird von den Expert*innen zwar auf die Limitierungen der Ölindustrie hingewiesen, aber nur im Sinne einer begrenzten Erholung aufgrund der Sanktionen und mangelnder Infrastruktur sowie mangelnden Personals, aber nicht auf sich langfristig ergebende soziale und ökologische Konsequenzen. Darauf wurde nur in einem der Interviews hingewiesen (vgl. Interview 4, Pos. 219-222; 243-251), was zeigt, wie tief verankert das neoextraktivistische ‚Entwicklungsmodell‘ in der gesamten venezolanischen Gesellschaft ist. Eine Überwindung dieses Modells wird nicht einmal angedacht. In Anbetracht der gravierenden humanitären Krise ist es jedoch verständlich, dass eine rasche ökonomische Erholung im Vordergrund steht und längerfristige ökologische und soziale Bedenken in den Hintergrund treten. Dennoch verdeutlicht dies die von Peters (2019b) beschriebenen Charakteristika einer Rentengesellschaft, denn das Erdöl durchdringt nicht nur die venezolanische Wirtschaft, sondern auch die Politik und Gesellschaftsstrukturen und wird als Weg zu Wohlstand, beziehungsweise in

der aktuellen Lage als Weg aus der Krise, kollektiv geteilt. So besteht zwischen den polarisierten Lagern, auch zwischen den beiden Expert*innen-Gruppen, ein Konsens bezüglich der Rolle des Erdöls als Weg aus der Krise (vgl. Peters 2019b: 14ff.), was die politisch ideologische Bedeutung des Extraktivismus als „alternativlos“ verdeutlicht (vgl. Svampa 2020: 28).

Paradoxerweise wurden die Rentenökonomie und die ausbleibende Überwindung dieses wirtschaftlichen Modells jedoch mehrfach von den Expert*innen als zwei der Hauptgründe der aktuellen Krise genannt. Es scheint also ein theoretisches Bewusstsein bezüglich der Problematik der Rentenökonomie und der daraus resultierenden Dependenz zu geben, doch scheint eine praktische Überwindung dieses Modells nicht anvisiert. Diese Paradoxie zwischen theoretischem Bewusstsein und konträrer tatsächlicher Praxis verdeutlicht, was Peters (2019b: 14ff.) in Bezug auf die bisherige gescheiterte Transformation der Rentenökonomie feststellt: Die historische und soziokulturelle spezifische Durchdringung des Erdöls aller Aspekte der venezolanischen Gesellschaft, welche die Erdölindustrie als Schlüssel zu Reichtum und Modernisierung in der Gesellschaft seit circa 100 Jahren kollektiv verankert hat, macht eine Abkehr von diesem ‚Entwicklungsmodell‘ schier unmöglich. Zudem muss natürlich angemerkt werden, wie es auch einer der pro-chavistischen Experten tat (s. Interview 5, Pos. 148-151), dass eine Überwindung eines so tief in gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Strukturen verankerten ‚Entwicklungsmodells‘ auch nicht von heute auf morgen vollzogen werden kann, sondern einen langwierigen, Jahrzehnte andauernden Wandlungsprozess benötigt.

Laut pro-chavistischer Expert*innen wurde unter Chávez nicht nur eine Umverteilung der Erdölrente verfolgt, sondern auch solch eine tatsächliche Transformation des Wirtschaftsystems angestrebt, welche die Abhängigkeit Venezuelas vom Erdöl verringern sollte. Anti-chavistische Expert*innen bezweifeln hingegen, dass der Chavismus das Modell der Rentenökonomie tatsächlich als erschöpft und transformationsbedürftig ansah, sondern vermuten, dass nur eine korrupte Aneignung der Erdölrente durch traditionelle Eliten und nicht das ‚Entwicklungsmodell‘ an sich als Problem erkannt wurde. Unabhängig von den wahren Intentionen der Bolivarianischen Revolution, sei es im Sinne einer wirklichen Überwindung der Rentenökonomie oder nur einer Umverteilung der Rente, ist es offensichtlich, dass das rentenökonomische ‚Entwicklungsmodell‘ nicht überwunden wurde. In der aktuellen krisenhaften Lage erscheint es immer weniger wahrscheinlich, dass es noch dazu kommen wird.

Im Kontext der humanitären Krise treten ursprüngliche Ziele des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ weiter in den Hintergrund, und der aktuelle Wirtschaftskurs der Regierung Maduros scheint eine neoliberale Intensivierung des neoextraktivistischen Modells zu sein.

Gerade im Kontext dieses Wiedererstarkens eines ‚entwicklungsstaatlichen‘ neoextraktivistischen Projektes in Venezuela in den letzten Jahren kann die Dependenztheorien laut Ebenau (2015: 39) hilfreich sein, um anhaltende Blockaden und wiederkehrende Problemlagen dieser ‚Entwicklungsprojekte‘ zu erklären. In diesem Sinne ist die Überlegung, ob eine Überwindung des neoextraktivistischen bzw. rentenökonomischen ‚Entwicklungsmodells‘ überhaupt möglich ist, angebracht. Aus dependenztheoretischer Sicht könnte hierbei argumentiert werden, dass die Zentren des Weltsystems von der Ressourcenextraktion in der Peripherie (in diesem Fall Venezuela) in einem solchen Ausmaß profitieren, dass sie ein Interesse am Fortbestehen dieser Extraktionsmodelle haben und dementsprechend auch Maßnahmen zu deren Perpetuierung ergreifen könnten. So wurde auch in Interview 4 (Pos. 244-247) die Rolle internationaler Wirtschaftsakteure genannt, die ein Interesse an der Vertiefung des Extraktivismus in Venezuela besitzen.

Die unvollständige und inzwischen, wie es scheint, aufgegebene Transformation zum „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ sollte zudem unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, dass es sich beim Neoliberalismus nicht nur um eine spezifische wirtschaftspolitische Ausrichtung, sondern laut Fernandes (2010: 22f.), im Sinne Michel Foucaults, auch um eine Art der Gouvernamentalität, also eine Art der Machtausübung handelt. Es geht dabei um Wissen und Techniken, die das alltägliche Leben und das Verhalten der Menschen regeln. Bei der neoliberalen Gouvernamentalität werden die Marktlogik und die Kommodifizierung auf alle Bereiche staatlichen Handelns und auf ursprünglich nicht ökonomische Bereiche übertragen. Diese neoliberalen Logiken und Mechanismen könnten auch in Kontexten bestehen, in denen wirtschaftspolitisch kein Neoliberalismus verfolgt wird. Dies sei auch in Venezuela der Fall. Durch die Integration in einen neoliberal geprägten Weltmarkt bestehen weiterhin neoliberale Denkweisen und Praktiken in einer Reihe staatlicher und nicht-staatlicher Bereiche, was Venezuela zu einer ‚*post neoliberal order*‘ (ebd.: 23), einem hybriden Staat zwischen anti-neoliberal orientierten Politiken und neoliberalen Kontinuitäten macht. Diese neoliberalen Kontinuitäten und externen Zwänge des globalen Marktes scheinen wichtige Aspekte zu sein, die erklären, warum Venezuela keine vollständige Transformation zum „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gelang, und warum aktuell eine kontinuierliche Rückkehr in Richtung Neoliberalismus zu beobachten ist.

Ein Aspekt, der oft in den Interviews angesprochen wurde, in der Literatur zur venezolanischen Krise aber bisher wenig präsent ist, ist die aktuelle Politikverdrossenheit der Bevölkerung. Die politische Polarisierung scheint hierbei nicht mehr so stark, wie es bisher der Fall war und eventuell teilweise auch noch wahrgenommen wird. Die Mehrheit der Bevölkerung fühlt sich demnach mit keinem der politischen Lager verbunden. Trotzdem ist der politische Diskurs noch stark polarisiert, und es gibt keinen Raum für Meinungen in der Mitte. Das ist auch in der akademischen Debatte teilweise zu beobachten. Diese Polarisierung wird aber zum einen der Realität der Mehrheitsbevölkerung nicht gerecht, die sich mit keinem der beiden Extreme mehr identifiziert, und zum anderen ist sie für ein Verständnis und eine Lösung der Krise hinderlich. Beide Expert*innen-Gruppen sind sich einig, dass hierfür eine Überwindung der Polarisierung und eine Art nationale Wiederversöhnung nötig sind, auch wenn die Expert*innen dieser Polarisierung selbst teilweise verhaftet bleiben. Die Polarisierung fördert zudem, wie einer der Experten anmerkte (s. Interview 2, Pos. 232-235), reduktionistische und meines Erachtens teilweise sogar manichäische Krisenerklärungen, welche, je nach politischer Ausrichtung des/der Erklärungssuchenden, entweder dem „bösen“ Chavismus oder aber der „bösen“ nationalen bzw. internationalen neoliberalen Elite die Hauptschuld für die aktuelle Lage zuweisen und dabei der Komplexität der Situation in keiner Weise gerecht werden. Zudem erschweren solche Erklärungsansätze auch eine tatsächliche Lösung der Krise. Die bereits bestehende Forschung zum Thema sowie die in dieser Masterarbeit durchgeführte Datenerhebung haben gezeigt, dass es eine Vielzahl verschiedener wirtschaftlicher, politischer, sozialer, kultureller und historischer Faktoren für die Entstehung der multidimensionalen Krise in Venezuela gibt, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Wie einer der Experten hierzu passend anmerkte: “Hay diferentes explicaciones [para la crisis] ¿no? Creo que lo que varía es qué peso lo atribuyes a cada uno de los factores.” (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 2-4)⁷⁹. Die Frage ist also nicht unbedingt, welche dieser Faktoren nun wirklich eine Rolle in der aktuellen Krise in Venezuela spielen, denn alle scheinen ihre Daseinsberechtigung zu haben, sondern vielmehr welche Bedeutung ihnen in den jeweilig unterschiedlich ausgerichteten Erklärungsansätzen zugeschrieben wird.

Diese Gewichtung der Faktoren scheint je nach politisch-ideologischer Ausrichtung beziehungsweise sozio-ökonomischem Hintergrund zu variieren. In der akademischen Debatte

⁷⁹ Es gibt unterschiedliche Erklärungen [für die Krise], nicht? Ich denke, es kommt darauf an, wie man die einzelnen Faktoren gewichtet. (Übersetzung L.J.)

scheint die allgemeine politisch-ideologische Neigung der Autor*innen in der Bewertung des Chavismus und auch der aktuellen venezolanischen Krise entscheidend zu sein. Hawkins (2016: 313) unterscheidet zwischen zwei akademischen Perspektiven auf das Phänomen des Chavismus. Der liberal-demokratischen (als auch wirtschaftlich liberalen) und der radikal-demokratischen (wirtschaftlich sozialistischen) Perspektive. Liberal-demokratisch ausgerichtete Studien fokussieren den zunehmenden Verfall der Demokratie unter Chávez und Maduro. So seien laut dieser Studien mehrere demokratische Grundprinzipien, darunter das Recht auf freie und faire Wahlen, und Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit missachtet worden. Des Weiteren sei die Gewaltenteilung unter der chavistischen Regierung aufgeweicht worden, und vor allem die Judikative habe ihre Unabhängigkeit verloren. Zudem habe die bereits zuvor schwache Rechtsstaatlichkeit weiter abgenommen, und es seien im politischen Machtkampf nachteilige Wettbewerbsbedingungen für die Opposition kreiert worden (vgl. ebd.: 314ff.). Die radikal-demokratischen akademischen Beiträge zum Chavismus hingegen fokussieren eher die Potenziale des Chavismus, den Chavismus als neue Form der partizipativen Demokratie und der Überwindung des Kapitalismus, woraus sich neue Möglichkeiten des autonomen Handelns für das *pueblo* ergeben (vgl. ebd.: 318ff.). Für liberal-demokratisch ausgerichtete Studien ist die Krise hauptsächlich eine Folge des Abbaus der Gewaltenteilung und der liberalen Institutionen in Venezuela und dem damit einhergehenden Wandel zur Autokratie. Radikal-demokratische Studien fokussieren hingegen einen Klassenkampf im marxistischen Sinne, die Rolle internationaler Akteur*innen in der Krise, allen voran die der USA als imperialer Akteur, sowie strukturelle Ursachen wie die Öldependenz (vgl. Bull/Rosales 2021a: 2, 13).

Die Sichtweise der verschiedenen venezolanischen Akteur*innen auf die aktuelle Situation dürfte auch durch ihren spezifischen sozio-ökonomischen Hintergrund geprägt sein. Angehörige der Mittel- und Oberschichten, welche traditionell vom Erdölreichtum Venezuelas profitierten, fürchteten, dass ihre privilegierten Positionen durch die von Chávez neu initiierten Sozial- und Umverteilungsprogramme beeinträchtigt würden (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 9; Tinker Salas 2015: 12). Dies erklärt, warum sie generell eher der Opposition angehören und entsprechend geprägte Krisenerklärungen vertreten. Die Basis der venezolanischen Opposition setzt sich tendenziell aus der wirtschaftlichen Elite, Unternehmer*innen, Handel und Industrie, traditionell konservativen Sektoren wie der Katholische Kirche, Staatsangestellten und formell Beschäftigten der Erdölindustrie der IV Republik, aber auch

einer reformierten Linken sowie akademischen und Medieninstitutionen zusammen, also jenen, die traditionell einen gefestigten Platz in der Gesellschaft genießen (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 13f.; Smilde 2011: 10). Ihre gefestigte Position in der Gesellschaft drohte durch die Umbrüche unter der Bolivarianischen Revolution zu zerfallen, was zu Einbußen an Privilegien geführt hätte, was aus politökonomischer Sicht eine Ablehnung dieser Revolution erklärt. Eine generell negative Haltung gegenüber der Bolivarianischen Revolution erklärt wiederum, warum Ursachen für die Krise eher innerhalb dieser verortet werden.

Umgekehrt lässt sich dasselbe beobachten. Jene Bevölkerungsgruppen, die traditionell vom Erdölreichtum und von den Privilegien einer formellen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen am Rande der Gesellschaft lebten, sahen ihre sozioökonomischen Bedingungen unter Chávez' Sozialpolitiken verbessert (vgl. Smilde 2011: 9f.; Tinker Salas 2015: 192-200.). Die zuvor marginalisierte Mehrheitsbevölkerung sah ihre sozioökonomischen Interessen unter der Bolivarianischen Revolution also besser vertreten als zuvor, was eine generell positive Haltung gegenüber dem Chavismus erklärt. Dies könnte dementsprechend auch erklären, warum Ursachen für die Krise eher außerhalb des Chavismus gesucht werden. Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass sozio-ökonomische Anreize, wie bereits ausführlich erläutert, nicht der ausschließliche Grund für eine Unterstützung der Bolivarianischen Revolution sind. Die Transformation unter Chávez, die darauf abzielte, eine radikal partizipative Demokratie sowie eine inklusivere Gesellschaft zu etablieren, unterstützte vorherige Bestrebungen des *pueblo*, die dominante gesellschaftliche und kulturelle Ordnung in Frage zu stellen und ihren Kampf gegen diskursive und strukturelle Marginalisierungsmechanismen zu führen (vgl. Bull/Rosales 2020a: 4; Ciccariello-Maher 2016: 68; Fernandes 2010: 18f., 25; Hetland 2018: 143; Scalet/Schmidt 2020: 5).

In den Erklärungsansätzen der Krise, als auch in der politischen Krise selbst, spielen also soziale und politische Interessen und Kräfteverhältnisse innerhalb der Gesellschaft sowie der Kampf um den Erhalt beziehungsweise die Veränderung des Status Quo dieses Kräfteverhältnisses eine wichtige Rolle.

Auch aus psychologischer Sicht lässt sich mithilfe des Konzeptes des „*confirmation bias*“ erklären, warum Chávez-Befürworter*innen und Chávez-Gegner*innen unterschiedliche Krisenerklärungen vertreten. Auch wenn es sich bei der vorliegenden Masterarbeit nicht um eine Arbeit im Bereich der Psychologie handelt, soll dieser psychologisch begründete Erklärungsansatz kurz vorgestellt werden. Der *confirmation bias* bezieht sich auf das Phänomen, dass Menschen Informationen, die mit ihren vorherigen Meinungen nicht konform sind, eher

als unwahr ablehnen. In anderen Worten, Menschen tendieren dazu, sich jene Information zu suchen und diese so zu interpretieren, dass ihre bisherige Meinung dadurch bestätigt wird (vgl. Kappes et al. 2020: 130). Dies erklärt, warum Menschen, die generell eine ablehnende Haltung gegenüber dem Chavismus beziehungsweise der Bolivarianischen Revolution einnehmen, tendenziell Ursachen der Krise innerhalb des Chavismus suchen. Eine Erklärung der Krise anhand der schlechten und fehlorientierten politischen und wirtschaftlichen Führung unter dem Chavismus bestätigt deren bisherige negative Annahmen über die Bolivarianische Revolution an sich. Personen, die der Bolivarianischen Revolution gegenüber generell positiv eingestellt sind, werden daher eher dazu tendieren, Ursachen außerhalb des Chavismus zu suchen, wie beispielsweise in der Rolle internationaler Akteur*innen und in globalen Strukturen, die im pro-chavistischen Diskurs generell negativ konnotiert sind.

Sowohl der politisch-ideologische, politökonomische als auch psychologische Ansatz bieten Erklärungsansätze dafür, warum die Entstehung der venezolanischen Krise so unterschiedlich interpretiert und erklärt wird. Jeder der in dieser Arbeit herausgearbeiteten Faktoren hat ein Erklärungspotential für die aktuelle Krise in Venezuela. Wie diese Faktoren aber gewichtet werden und welche Bedeutung ihnen in der Entstehung der Krise zugeschrieben werden, hängt von der individuellen Interpretation des oder der Leser*in ab.

Es erscheint in einer globalisierten Welt jedoch in jedem Fall wichtig, die gesamte Krise im Kontext ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft und des globalen, neoliberalen Akkumulationsmodells, des Neoextraktivismus sowie der Dependenz Venezuelas vom Weltsystem zu verorten. Nationale Faktoren spielen selbstverständlich eine wichtige Rolle, jedoch sollten Krisenerklärungen nicht nur auf einen Kampf zwischen Chavismus und Opposition reduziert werden. Hierbei geraten globale Dimensionen aus dem Blick, die in der Auslösung und Perpetuierung der Krise eine ebenso wichtige Rolle spielen.

Ein wirkliches Verständnis der Ursachen der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise in Venezuela bedarf einer ganzheitlichen Betrachtung der Situation abseits der politischen Polarisierung. Im Rahmen dieser Masterarbeit wurde angestrebt, ein solches Verständnis zu initiieren, doch muss in Anbetracht der Komplexität der Krise auf die inhaltlichen sowie methodischen Limitierungen dieser Arbeit verwiesen werden. Ein tiefgreifendes Verständnis der Krise bedarf weiterer, ausführlicher Auseinandersetzung und wissenschaftlicher Arbeiten zum Thema.

10 Conclusio

Venezuela erfährt aktuell die stärkste Wirtschaftskrise seiner Geschichtsschreibung, die mit einer explosionsartigen Inflationsrate, schrumpfender Produktion und fallenden Erdölexporten einhergeht. Daraus resultierende verringerte Staatseinnahmen sowie gegen Venezuela erhobene Sanktionen haben eine Versorgungsknappheit grundlegender Güter, wie Nahrung oder Medizin, und eine generelle Verarmung und Verschlechterung der Lebensqualität der Mehrzahl der venezolanischen Bevölkerung verursacht. Diese aus der wirtschaftlichen Krise resultierende komplexe humanitäre Notlage, in der die grundlegende Versorgung der Gesellschaft und die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung nicht mehr gewährleistet sind, hat bisher ca. 6 Millionen Venezolaner*innen dazu veranlasst, ihr Land zu verlassen (vgl. Bull/Rosales 2020a: 2; Page et al. 2019: 1254; Roekel/Theije 2020: 9; Scalet/Schmidt 2020:4, 8; UNHCR 2022). Neben dieser humanitären und wirtschaftlichen Krise ist das Land von einer tief verankerten politischen Krise geprägt, die bis in die 1980er Jahre zurück reicht. Seit dem Tod von Chávez im März 2013 hat sich die politische Lage zunehmend polarisiert (vgl. Scalet/Schmidt 2020: 9). 2019 eskalierte der politische Kampf, als sich der Präsident der *Asamblea Nacional* (AN) Juan Guaidó Anfang des Jahres, aufgrund einer fragwürdigen Wiederwahl von Nicolás Maduro im Mai 2018, zum Interimspräsidenten des venezolanischen Staates erklärt hatte (vgl. BBC 2020; Boersner 2020: 541f.; Briceño-Ruiz 2019: 181f.; Legler 2020: 142; Marsteintredet 2020: 91). Über 50 Länder, darunter die USA und die Europäische Union, sowie einige lateinamerikanische Staaten, hatten Juan Guaidó demzufolge als Interimspräsidenten anerkannt. Diese Ereignisse hatten landesweite Proteste der Bevölkerung zur Folge, die mehrheitlich mit dem Krisenmanagement der Regierung sowie mit den zunehmenden autoritären Tendenzen derselben unzufrieden ist (vgl. Boersner 2020: 543f.; Briceño-Ruiz 2019: 181f.; Scalet/Schmidt 2020: 9). Da aber seitdem keine neuen Wahlen abgehalten wurden, ist diese internationale Anerkennung inzwischen wieder erloschen und auch die Massenproteste sind wieder abgeebbt. Internationale Sanktionen haben bisher nicht zu Maduros Rücktritt geführt, und auch Verhandlungen zwischen Opposition und Regierung blieben bisher weitestgehend erfolglos (vgl. BBC 2020; López Maya 2020).

Um die Entstehung dieser mehrdimensionalen Krise zu ergründen, bedarf es zunächst des Verständnisses spezifischer ökonomischer und sozio-politischer Merkmale und Prozesse,

welche Venezuela in den vergangenen Jahrzehnten prägten. Zum einen ist die venezolanische Wirtschaft, seit der Entdeckung des ersten Erdöls zu Beginn des 20. Jahrhunderts, von der Erdölförderung dominiert. Venezuela hat seitdem eine zunehmende Abhängigkeit von der Erdölextraktion und dem Erdöllexport entwickelt. Diese Abhängigkeit von der Erdölrente macht Venezuela zu einer typischen „Rentenökonomie“, einer Gesellschaft, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und soziokulturell von der Erdölindustrie geprägt ist. So hat das Erdöl auch die venezolanische Gesellschaft transformiert und Werte- und Interessenskonflikte generiert, die bis ins 21. Jahrhundert andauern. Das Erdöl wurde zu einem Symbol nationaler Identität (vgl. Peters 2019a: 146; Tinker Salas 2009: 237; Tinker Salas 2015: 4; 237ff.). Die Abhängigkeit vom Erdöl konfiguriert in Venezuela hierbei den politischen Kampf um die Kontrolle und die Verteilung dieser Erdölrente, die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft sowie die Ungleichheitsstrukturen innerhalb der venezolanischen Gesellschaft (vgl. Peters 2019b: 7f.). So war diese stets gespalten entlang der Kategorien von Klasse und *Race*, und während Venezolaner*innen der Weißen Mittel- und Oberschicht vom Großteil des Erdölreichtums des 20. Jahrhunderts profitierten, waren untere Schichten und BIPOC Personen an den Rand der Gesellschaft gedrängt und vom Ölreichtum weitestgehend ausgeschlossen (vgl. Tinker Salas 2015: 11f.).

Unter Hugo Chávez, der 1998 die Präsidentschaftswahlen gewann, wurde mit der Bolivarianischen Revolution ein politisches Projekt angestrebt, das durch neu initiierte Sozial- und Umverteilungsprogramme eine gerechtere Verteilung des venezolanischen Erdölreichtums sowie durch die Etablierung basisdemokratischer Mechanismen eine größere politische Partizipation für marginalisierte Bevölkerungsgruppen versprach (vgl. Peters 2019a: 148; Scarlet/Schmidt 2020: 9). Die von Chávez bis 2013 geführte, progressive Regierung stellte sich zudem dem neoliberalen Modell der USA entgegen und verfolgte die Etablierung eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (vgl. Hetland 2018: 144, 149f.; Smilde 2011: 1; Tinker Salas 2015: 135).

Die Ereignisse der Bolivarianischen Revolution sollten für ein umfassendes Verständnis des sozio-politischen Kontextes in Venezuela jedoch nicht als ein Projekt gesehen werden, das dem venezolanischen Volk von Chávez, als charismatischem oder diktatorischem Führer, aufgezwungen wurde. Vielmehr hat sich die Bolivarianische Revolution aus verschiedensten Kämpfen der marginalisierten, venezolanischen Mehrheitsbevölkerung, dem *pueblo*, die bereits in den 1950er und 1960er Jahren entstanden, heraus entwickelt. Bemerkenswerte Momente dieser Mobilisierung des venezolanischen Volkes sind der Caracazo 1989 und der

Putsch von 2002, bei denen das Mobilisierungspotential des *pueblo* zum Ausdruck kam und welche als konstituierende Momente der Bolivarianischen Revolution angesehen werden können (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 89f.). Trotz der teilweise konträren Visionen und Ziele dieser verschiedenen sozialen Bewegungen, mobilisierten sich diese diversen Basisbewegungen jedoch zu Chávez Wahlkampagne 1998 unter einem gemeinsamen Ziel und führten schließlich zu Chávez' Wahlsieg (vgl. Angosto-Ferrández 2015: 9; Tinker Salas 2015: 164). Im politischen Projekt unter Chávez wurden sie dann zu einem national populären Block vereint und von der Bolivarianischen Regierung weiterhin unterstützt (vgl. Angosto-Ferrández 2015: 238; Ciccariello-Maher 2013: 6f.; Fernandes 2010: 5f., 255; Tinker Salas 2015: 216; Velasco 2011: 180f.). Die Beziehung zwischen Staat und sozialen Bewegungen ist somit reziprok, sie beeinflussen und konstituieren sich gegenseitig in einer konfliktiven und produktiven Dynamik gegenseitiger Allianzen, Konflikte und Ermächtigungen. Denn die Bolivarianische Revolution hat soziale Bewegungen zum einen gefördert und dadurch auch geformt, wurde zum anderen aber durch diese sozialen Bewegungen und ihre multiplen Formen kollektiver Handlungen bedingt und mit Inhalt gefüllt (vgl. Angosto-Ferrández 2015: 1, 16, 19; Fernandes 2010: 5). Zudem sollte beachtet werden, dass Befürworter*innen des Chavismus entgegen gängiger Mediendarstellungen keine unwissende und leicht manipulierbare Masse sind, die Chávez als mystifizierter Führungsfigur blindlings folgt, sondern in den meisten Fällen rationale Akteur*innen, die Chávez aufgrund der ihnen zukommenden rechtlichen, materiellen als auch partizipativen Vorteile unterstützten, gleichzeitig der Regierung aber auch kritisch gegenüberstünden (vgl. Lupien 2015: 337ff.; Tinker Salas 2015: 163f.). In der aktuellen krisenhaften Lage, die vor allem die unteren Sektoren der Gesellschaft, also weite Teile des *pueblo*, betrifft und ihre Lebenslage maßgeblich verschlechtert, können eine zunehmende Distanzierung zwischen Regierung und chavistischer Basis sowie zunehmende Bedenken in Bezug auf Freiheitsrechte und politische Partizipation festgestellt werden (vgl. Hetland 2018: 153ff.).

Die Erklärungsansätze für die aktuelle multidimensionale Krise in Venezuela sind vielfältig. Genau wie auch die Bolivarianische Revolution unter Hugo Chávez von polarisierten Interpretationen geprägt ist, bleiben auch Erklärungen der Krise dieser Polarisierung verhaftet. So wird der Chavismus aus liberal-demokratischer Perspektive als repressiver, wirtschaftlich katastrophaler Autoritarismus, und aus radikal-demokratischer Perspektive als ein emanzipatorisches, antihegemoniales, revolutionäres Projekt gesehen (vgl. Hawkins 2016: 312; Hetland 2018: 158). Für die Erklärung der Krise werden dementsprechend von Letzteren der

Klassenkampf im marxistischen Sinne, die Rolle internationaler Akteur*innen in der Krise, allen voran die der USA als imperialer Akteur, sowie die strukturellen Ursachen wie die Öldependenz fokussiert. Die liberal-demokratische Perspektive sieht die Krise hauptsächlich als Folge des unter dem Chavismus stattgefundenen Abbaus der Gewaltenteilung und der liberalen Institutionen in Venezuela und des damit einhergehenden Wandels zur Autokratie (vgl. Bull und Rosales 2021a: 2, 13). Ich selbst habe grundsätzlich zwischen zwei Arten der Forschung zur venezolanischen Krise unterschieden: Jener, die grundsätzlich linkspolitisch orientiert ist und (teilweise) mit der Bolivarianischen Revolution unter Chávez sympathisiert und daher Ursachen außerhalb des Chavismus fokussiert, und jenen Studien, die der Bolivarianischen Revolution grundlegend kritisch oder ablehnend gegenüber stehen und daher Ursachen innerhalb des Chavismus in den Vordergrund stellen. Um diese Polarisierung zu überwinden, wurde in meiner Arbeit sowohl nach endogenen als auch exogenen Faktoren der Krise gesucht.

Die Wirtschaftskrise wurde durch den plötzlichen Verfall der Erdölpreise 2014 initiiert, der enorme Einbußen für das Staatseinkommen und somit den Wegfall der ökonomischen Basis des venezolanischen Staates zur Folge hatte. Jedoch besaß Venezuela bereits zuvor eine hohe Staatsverschuldung, und auch die Erdölindustrie war hoch verschuldet (vgl. Bull/Rosales 2020: 8; Page et al. 2019: 1254). Die aktuelle Wirtschaftskrise wird in einem endogen angelegten Erklärungsversuch mit den strukturellen Besonderheiten einer neoextraktivistischen Rentengesellschaft begründet, da seit 2014 nicht nur die Erdölpreise gefallen, sondern auch die in Venezuela geförderten Mengen drastisch zurückgegangen sind. Dadurch sinkende Renteneinnahmen in Kombination mit fehlenden Rücklagen und mangelnden alternativen Einnahmequellen verhinderten eine Abfederung der Krise (vgl. Peters 2019b: 2f.).

Die Abhängigkeit der venezolanischen Rentenökonomie vom externen Markt ermögliche zudem den chavistischen Eliten und der Regierung, sich der gesellschaftlichen Kontrolle bzgl. ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten zu entziehen, was Ineffizienz, Korruption und Vetternwirtschaft fördere. Ein Phänomen, das bereits im Venezuela der 1970er beobachtbar gewesen sei und sich unter Chávez weiter etabliert habe (vgl. López Maya 2014: 73f.). In dieser Perspektive wird die Krise auch als Resultat einer zu geringen Produktivität des staatlichen als auch privaten Kapitals aufgrund fallender Ölpreise seit 2014 sowie der irrationalen Wirtschaftspolitik unter Chávez gesehen (vgl. Briceño-Ruiz 2019: 183f.; Dachevsky/Kornblihtt 2016: 89f.).

Eine auf exogene Faktoren gestützte Erklärung sieht die Wirtschaftskrise zum Teil als Folge eines “Wirtschaftskrieges”, der von einer Allianz in- und ausländischer neoliberaler Eliten gegen Venezuela geführt werde (vgl. Ellner 2015: 1-4, Peters 2019b: 3). Dieser äußere sich beispielsweise auch durch eine „Epidemie“ der Währungsspekulation, des Schmuggels und Bunkerns bzw. Hortens von Produkten auf dem Schwarzmarkt, was zur Inflation und Knappheit an Gütern beigetragen habe (vgl. Ciccariello-Maher 2016: 131). Sanktionen gegen Venezuela werden in diesem exogen orientierten Ansatz zudem als bedeutende Faktoren in der Wirtschaftskrise angesehen. US-amerikanische Sanktionen, die seit August 2017 gegen Venezuela erhoben wurden, hätten enorme Einkommenseinbußen für Venezuela verursacht, jedoch stärkere Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung als auf die Regierung gehabt und hätten die humanitäre Krise verstärkt sowie eine wirtschaftliche Erholung vereitelt (vgl. Weisbrodt/Sachs 2019: 299).

Auch die politische Krise wird je nach pro- oder anti-chavistischer Gesinnung unterschiedlich begründet. Der Ursprung der aktuellen politischen Krise wird zumeist im Jahr 2013 verortet, auch wenn es bereits zu Beginn von Chávez‘ Regierung Eskalationen im politischen Machtkampf gab. Nach Chávez‘ Tod am 5. März 2013 wurde Nicolás Maduro als sein Nachfolger gewählt, jedoch nur mit 1,7% Vorsprung, was eine deutliche Schwächung der Regierungspartei im Vergleich zu vorherigen Wahlen darstellte und diese in eine schwierige Position gegenüber der chavistischen Basis und der Opposition brachte, welche die Wahlergebnisse in Frage stellte (vgl. López Maya 2014: 68, 78).

In tendenziell anti-chavistisch orientierten Erklärungen wird die weiter anhaltende politische Krise durch den zunehmenden Autoritarismus, Nepotismus und Militarisierung unter Maduro erklärt (vgl. Gan Galavís 2020: 80f.; López Maya 2014: 80; López-Maya 2018: 77). Um trotz der geringen Mehrheit regierungsfähig zu bleiben, habe die Regierung unter Maduro Gesetze manipuliert und die Polizei und Armee genutzt, um die Opposition zu unterdrücken sowie das Recht auf Meinungsfreiheit und Zugang zu vielseitiger Information zu beschränken (vgl. López Mays 2014: 78ff.; Smilde/Ramsey 2020: 160). Der bereits unter Chávez bestehende Abbau der traditionellen Institutionen repräsentativer Demokratie sowie Wahlunregelmäßigkeiten und Kriminalisierung der Opposition hätten sich unter Maduro zunehmend verstärkt, und ein autoritärer und patrimonialer Regierungsstil sei etabliert worden (vgl. Corrales 2020: 60; López Maya 2018: 68; Marsteintredet 2020: 90f.).

Pro-chavistisch orientierte Ansätze fokussieren die Rolle der Opposition als destabilisierenden Faktor, welche seit Chávez' Machtübernahme versuchte, das vorherige Gesellschaftsmodell, in dem sie eine privilegierte Position genossen, wieder zu etablieren und in Allianz mit den USA zu treten. Hierbei wurden teils verfassungswidrige Strategien angewandt, wie der Putschversuch 2002 (vgl. Hetland 2018: 157; Scalet/Schmidt 2020: 9; Tinker Salas 2015: 153f.). Die Rolle der USA, die durch verschiedene Strategien die venezolanische Regierung an der konkreten Umsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele hinderte und versuchte, einen Wahlsieg der Opposition zu erreichen, wird ebenso betont (vgl. Gill 2019: 308f.). Zudem wird die Krise in diesen Ansätzen in einem regional- und globalpolitischen Kontext verordnet. Machtverschiebungen, der Verlust der US-Hegemonie, das Auftauchen neuer *Global Player* und der Wettkampf um eine globale Führungsposition sowie der Druck auf geltende Prinzipien des Multilateralismus und der liberalen Demokratie und der Aufstieg autoritärer Regime müssten auf globaler Ebene berücksichtigt werden (vgl. Bull/Rosales 2020a: 8f.). Auf regionaler Ebene sei ein Wandel der bisherigen regionalen Ordnung seit 2015 zu beobachten, der sich in einem Wechsel von ehemals links-populistisch orientierten Regierungen hin zu konservativ oder rechts orientierten Regierungen ausdrückt, was Maduro zunehmend ohne Verbündete lässt. Auch werde die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der Region durch fehlende Funktionalität der Institutionen, mangelnde Führungskapazitäten, Machtvakua und Autoritätskrisen behindert. Dies habe zu einer globalen Geopolitisierung der Lage Venezuelas und zur Intervention extra-regionaler Akteur*innen geführt (vgl. Briceño-Ruiz 2019: 182; Legler 2020: 137, 149f.).

Für die Beantwortung des ersten Teils der Forschungsfrage, welche Rolle endogene und exogene Faktoren in der aktuellen multidimensionalen Krise in Venezuela spielen, scheint eine Vielzahl solcher Faktoren zu existieren. Die von mir durchgeführten Expert*innen-Interviews bestätigten diese Diversität an Ursachen der Krise, aber auch die im Forschungsstand festgestellte Polarisierung der Erklärungsansätze. So nannten anti-chavistisch eingestellte Expert*innen vermehrt endogene Faktoren wie den Abbau der liberal demokratischen Institutionen und eine fehlorientierte Wirtschaftspolitik unter Chávez und Maduro. Pro-chavistische Expert*innen fokussierten mehr auf exogenen Faktoren wie die Rolle internationaler Akteur*innen, Sanktionen und Strukturen des globalen Wirtschaftssystems.

Endogene Faktoren wie der Abbau der liberal-repräsentativen Demokratie und der Gewaltenteilung, also Beschränkungen der Demokratie unter Chávez und später unter Maduro, bis

hin zum Populismus beziehungsweise zur Autokratie werden von den Expert*innen als Ursachen der politischen Krise genannt. Der unter Chávez angestrebte wirtschaftliche Sozialismus und die hierbei verfolgte Vertiefung der Rentenökonomie, welche private Investor*innen abgeschreckt und den produktiven Sektor negativ beeinträchtigt hätte, sowie die durch die Abhängigkeit vom Erdöl bedingte spezifische materielle Grundlage der venezolanischen Ökonomie werden als endogene Ursachen der aktuellen Wirtschaftskrise genannt. Exogene Faktoren, die von den Expert*innen genannt wurden, beziehen sich auf den Wirtschaftskrieg gegen Venezuela und die Rolle der USA im internationalen Kampf um Hegemonie sowie auf gegen Venezuela erhobene Sanktionen. Auch wird die Rolle nationaler oppositioneller Eliten, welche sich mit internationalen Eliten alliierten, genannt und auf globale Strukturen im Sinne einer Dependenz Venezuelas vom Weltsystem, auf Hegemoniekämpfe auf internationaler Ebene sowie auf Neokolonisierungsprozesse im Rahmen des Neoextraktivismus hingewiesen.

Im zweiten Teil der Forschungsfrage wurde die Sichtweise lokaler Akteur*innen auf die Krise und ihre Ursachen betrachtet. Die Sichtweise der verschiedenen Interviewpartner*innen auf die endogenen und exogenen Faktoren variiert stark. So scheint nicht nur die generelle politisch-ideologische Gesinnung, sondern auch der sozio-ökonomische Hintergrund der Akteur*innen deren Sicht auf die Krise zu beeinflussen. Wie auch die Bolivarianische Revolution an sich von den verschiedenen Akteur*innen unterschiedlich wahrgenommen und bewertet wird, so fällt auch die Gewichtung der verschiedenen Faktoren in der Krise unterschiedlich aus. Zuvor marginalisierte Bevölkerungsgruppen, welche unter Chávez nicht nur eine materielle Aufwertung ihrer Lebensgrundlage erlebten, sondern auch eine Emanzipation im bürgerlichen und politischen Sinne, scheinen der Bolivarianischen Revolution gegenüber generell positiver eingestellt zu sein und suchen dementsprechend nach exogenen Krisenursachen. Gruppen, welche ihre bis dato privilegierte Position in der venezolanischen Gesellschaft durch die Veränderungen unter der Bolivarianischen Revolution gefährdet sahen, sind dieser gegenüber kritischer eingestellt und tendieren daher eher dazu, Krisenursachen innerhalb der Bolivarianischen Revolution zu suchen. Die verschiedenen Erklärungsansätze sind also nicht nur durch eine eher liberal-demokratisch bis konservativ beziehungsweise radikal-demokratisch bis sozialistisch orientierte Ideologie beeinflusst, sondern auch von den sozio-ökonomischen Hintergründen und den daraus resultierenden unterschiedlichen Interessen und Kräfteverhältnissen innerhalb der venezolanischen Gesellschaft.

Wichtig erscheint es mir hierbei zu betonen, dass die verschiedenen Ansätze alle ein Erklärungspotential besitzen, und alle genannten Faktoren ihren Beitrag zur Entstehung und Perpetuierung der Krise geleistet haben dürften. Wie diese verschiedenen Faktoren jedoch gewichtet werden, und welche Bedeutung ihnen in der Krise zugeschrieben wird, hängt von der individuellen Interpretation eines jeden Akteurs und Lesers, und einer jeden Akteurin sowie Leserin ab. In einer globalisierten Welt erscheint es jedoch in jedem Fall wichtig, die gesamte Krise im Kontext ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft und des globalen Akkumulationsmodells, des Neoextraktivismus sowie der Dependenz Venezuelas vom Weltsystem zu verorten. Nationale Faktoren spielen selbstverständlich eine wichtige Rolle, jedoch sollten Krisenerklärungen nicht nur auf einen Kampf zwischen Chavismus und Opposition reduziert werden. Hierbei geraten globale Dimensionen aus dem Blick, die in der Auslösung und Fortführung der Krise eine ebenso wichtige Rolle spielen.

In der aktuellen Krise scheint die Polarisierung in öffentlichen und akademischen Diskursen als auch in den Erklärungsansätzen jedoch deutlich intensiver als in der venezolanischen Gesellschaft selbst. Aktuell lässt sich eine allgemeine Politikverdrossenheit der Bevölkerung feststellen, die weder in das eine noch in das andere politische Lager Vertrauen hat. Polarisierende Krisenperspektiven werden weder der Realität der venezolanischen Bevölkerung gerecht, noch sind sie für eine Lösung der Krise förderlich. Ein wirkliches Verständnis der Ursachen der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise in Venezuela bedarf daher einer ganzheitlichen Betrachtung der Situation abseits der politischen Polarisierung. Im Rahmen dieser Masterarbeit wurde eine solche Betrachtung angestrebt, doch es bedarf weiterer, ausführlicher Auseinandersetzung und wissenschaftlicher Arbeiten zu diesem Thema.

Trotz all der Polarisierung bezüglich der aktuellen Lage in Venezuela scheint ein Konsens bezüglich des neoextraktivistischen Modells als möglicher Ausweg aus der Krise zu bestehen, was verdeutlicht, wie tief und kollektiv die Erdölindustrie als Weg zu Wohlstand und „Modernität“ in der venezolanischen Gesellschaft verankert ist. In Anbetracht der mit der Intensivierung des neoextraktivistischen Modells einhergehenden ökologischen sowie sozialen Konsequenzen, drängt sich jedoch die Frage nach der Nachhaltigkeit einer solchen Lösungsstrategie auf. Angesichts des aktuellen russischen Krieges gegen die Ukraine und den daraus resultierenden Sanktionen gegen Russland, einschließlich eines Ölembargos der EU (vgl. Bundesregierung 2022), ergibt sich auf dem internationalen (beziehungsweise europäischen) Markt ein fehlendes Angebot an Erdöl, welches Venezuela füllen könnte. Inwieweit

dies aber vor dem Hintergrund beschränkter Förderkapazitäten sowie der gegen Venezuela bestehenden Sanktionen möglich ist, ist fraglich. Im Juni 2022 hatten die USA den europäischen Ölkonzernen Eni und Repsol zumindest wieder sogenannte *oil-for-debt swap deals* mit PDVSA erlaubt, sodass venezolanisches Erdöl erneut in die EU eingeführt wurde, um die durch das Embargo gegen Russland entstandene Knappheit zu verringern und die Ölexporte nach China, als größtem Abnehmer venezolanischen Öls, in die EU umzuleiten (vgl. Chávez Alava 2022). Inwieweit das Embargo gegen russisches Erdöl die Position Venezuelas als Erdölexporteur weiter beeinflussen wird, wird sich in den kommenden Monaten und eventuell Jahren abzeichnen.

Mögliche Lösungsansätze gibt es viele, doch wurden diese von den Expert*innen stets mit reichlich Skepsis und Vorsicht geäußert. Allgemein bestand ein Bewusstsein, dass eine rasche Lösung der Krise unmöglich ist und die aktuelle Situation vermutlich noch einige Zeit fortbestehen wird. Dennoch merkt einer der Experten an: “Pero bueno, los tiempos políticos en Venezuela son más rápidos de lo que uno se imagina.” (Interview 2, Ricardo Vaz, Pos. 481-482)⁸⁰ Ein politischer Wechsel könnte also auch schneller kommen als momentan für möglich gehalten wird, besonders in Anbetracht der sozialen Konsequenzen der Krise, die von der Bevölkerung vermutlich nicht auf Dauer geduldet werden dürften. In jedem Fall wird eine Lösung der politischen Krise, eine nationale Wiederversöhnung sowie eine wirtschaftliche Erholung ein langwieriger Prozess sein, der angesichts der humanitären Notlage hoffentlich früher als später initiiert werden wird.

⁸⁰ Aber naja, die politischen Zeiten in Venezuela sind schnelllebiger als man denkt. (Übersetzung L.J.)

11 Literaturverzeichnis

Ackerly, Brooke/True, Jacqui (2010): *Doing Feminist Research in Political and Social Science*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Alfaro Pareja, Francisco José (2020): Archipiélagos políticos bajo la tormenta en Venezuela: Coaliciones, actores y autocratización. In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies/Revista Europea de Estudios Latinamericanos y del Caribe*, January-June 2020 (109), 21–40.

Angosto-Ferrández, Luis Fernando (2014): Ordering Discontent. Domestic and International Dynamics of the Bolivarian Revolution. In: ebd. (Hg.): *Democracy, Revolution, and Geopolitics in Latin America. Venezuela and the International Politics of Discontent*. New York: Routledge, 177-194.

Angosto-Ferrández, Luis Fernando (2015): *Venezuela reframed. Bolivarianism, indigenous peoples and socialisms of the twenty-first century*. London/New York: Zed Books.

Baptista, Asdrúbal (2005): El capitalismo rentístico. Elementos cuantitativos de la economía venezolana. In: *Cuadernos del CENDES*, 22 (60), 95-111.

Beigel, Fernanda (2015): Das Erbe des lateinamerikanischen Dependenzismus und die Aktualität des Begriffs der Abhängigkeit. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXXI (3), 11-38.

Boersner, Adriana (2020): Venezuela 2019: A Tale of Two Presidents. In: *Revista de Ciencia Política*, 40 (2), 539-565.

Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2014): *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2014): (Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika. In: Müller, Franziska et al. (Hg.): *Entwicklungstheorien. Weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen*. Baden-Baden: Nomos, 128-165. (Sonderheft PVS. 48.)

Briceño-Ruiz, José (2019): The Crisis in Venezuela: A New Chapter, or the Final Chapter?. In: *Latin American Policy*, 10 (1), 180-189.

- Bull, Benedicte/Rosales, Antulio (2020a): The crisis in Venezuela: Drivers, transitions, and pathways. In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies/Revista Europea de Estudios Latinamericanos y del Caribe*, January-June 2020 (109), 1–20.
- Bull, Benedicte/Rosales, Antulio (2020b): Into the shadows: sanctions, rentierism, and economic informalization in Venezuela. In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies/Revista Europea de Estudios Latinamericanos y del Caribe*, January-June 2020 (109), 107–133.
- Cardoso, Fernando Enrique (2016 [1995]): ‚Dependenztheorie‘ oder konkrete Analyse von Situationen der Abhängigkeit?. In: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hg.): *Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen*. Wien: Mandelbaum, 186-204.
- Cardozo Uzcátegui, Alejandro/Mijares, Victor M. (2020): The versatile amalgam: Interests and corruption in Russia-Venezuela relations. In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies/Revista Europea de Estudios Latinamericanos y del Caribe*, January-June 2020 (109), 181–202.
- Carey, John Michael (2019): Who Believes in Conspiracy Theories in Venezuela?. In: *Latin American Research Review*, 54 (2), 444–457.
- Ciccariello-Maher, George (2013): *We Created Chávez. A People’s History of the Venezuelan Revolution*. Durham/London: Duke University Press.
- Ciccariello-Maher, George (2016): *Building the Commune. Radical Democracy in Venezuela*. London/New York: Verso.
- Corrales, Javier (2020): Democratic backsliding through electoral irregularities: The case of Venezuela. In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies/Revista Europea de Estudios Latinamericanos y del Caribe*, January-June 2020 (109), 41–65.
- Dachevsky, Fernando/Kornblihtt, Juan (2016): The Reproduction and Crisis of Capitalism in Venezuela under Chavismo. In: *Latin American Perspectives*, 44 (1), 78-93.
- Dannecker, Petra/Englert, Birgit (2014): Einleitung. In: ebd. (Hg.): *Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung*. Wien: Mandelbaum, 1-19.
- Doocy, Shannon et al. (2019): The food security and nutrition crisis in Venezuela. In: *Social Science & Medicine*, 226, 63–68.

- Ebenau, Matthias (2015): Abhängige Entwicklung im 21. Jahrhundert: ein kritischer Dialog zwischen Dependenztheorie und Neodesarrollismo. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXXI (3), 39-59.
- Emersberger, Joe/Podur, Justin (2021): The Guaidó Era. A Sixth, Very Long Coup Attempt. In: *Monthly Review*, 73 (2), 37–53.
- Ernst, Tanja (2015): Jenseits des ‚westlichen‘ Fortschrittsparadigmas? Zum widersprüchlichen Verhältnis von Dependenz, Differenz und Demokratie in Bolivien. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXXI (3), 60-85.
- Fernandes, Sujatha (2010): *Who Can Stop the Drums? Urban Social Movements in Chávez's Venezuela*. Durham/New York: Duke University Press.
- Frank, André Gunder (2008 [1966]): Die Entwicklung der Unterentwicklung. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg.): *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*. Wien: Mandelbaum, 147-167.
- Gan Galavís, Natalia (2020): Rule of law crisis, militarization of citizen security, and effects on human rights in Venezuela. In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies/Revista Europea de Estudios Latinamericanos y del Caribe*, January-June 2020 (109), 67–86.
- Gill, Timothy M. (2019): Shifting Imperial Strategies in Contemporary Latin America. The U.S. Empire and Venezuela under Hugo Chávez. In: *Journal of Historical Sociology*, 32 (3), 294-310.
- Hawkins, Kirk A. (2016): Chavismo, Liberal Democracy, and Radical Democracy. In: *Annual Review of Political Science*, 19, 311-329.
- Helfferrich, Cornelia (2014): Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer, 559-574.
- Hetland, Gabriel (2018): Two decades of Venezuela's Bolivarian Revolution. Achievements and Limits. In: Munck, Ronaldo/Delgado Wise, Raúl (Hg.): *Reframing Latin American Development*. London: Routledge, 143-163.
- Johnson, Richard et al. (2004): *The Practice of Cultural Studies*. London/Thousand Oaks: SAGE.

- Kappes, Andreas et al. (2020): Confirmation bias in the utilization of others' opinion strength. In: *Nature Neuroscience*, 23 (1), 130-137.
- Kay, Cristóbal (1989): *Latin American Theories of Development and Underdevelopment*. London/New York: Routledge.
- Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Legler, Thomas (2020): A story within a story: Venezuela's crisis, regional actors, and Western hemispheric order upheaval. In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies/Revista Europea de Estudios Latinamericanos y del Caribe*, January-June 2020 (109), 135–156.
- López Maya, Margarita (2002): Venezuela after the Caracazo: Forms of Protest in a Deinstitutionalized Context. In: *Bulletin of Latin American Research*, 21 (2), 199-218.
- López Maya, Margarita (2003): The Venezuelan Caracazo of 1989: Popular Protest and Institutional Weakness. In: *Journal of Latin American Studies*, 35, 117-137.
- López Maya, Margarita (2005): *Del viernes negro al referendo revocatorio*. Caracas: Editorial Alfa.
- López Maya, Margarita (2014): Venezuela: The Political Crisis of Post-Chavismo. In: *Social Justice*, 40 (4), 68-87.
- López Maya, Margarita (2018): Populism, 21st-century socialism and corruption in Venezuela. In: *Thesis Eleven*, 149 (1), 67-83.
- Lupien, Pascal (2015): Ignorant Mobs or Rational Actors? Understanding Support for Venezuela's "Bolivarian Revolution". In: *Political Science Quarterly*, 130 (2), 319-340.
- Marsteintredet, Leiv (2020): With the cards stacked against you: Challenges to a negotiated transition to democracy in Venezuela. In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies/Revista Europea de Estudios Latinamericanos y del Caribe*, January-June 2020 (109), 87-106.
- Merkens, Hans (2004): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: Flick, Uwe et al. (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Hamburg: Rowohlt, 286-298.
- Page, Kathleen R. et al. (2019): Venezuela's public health crisis: a regional emergency. In: *The Lancet*, 393 (10177), 1254–1260.

- Peet, Richard/Hartwick, Elaine (2009): *Theories of Development. Contentions, Arguments, Alternatives*. New York/London: Guilford.
- Peters, Stefan (2019a): *Rentengesellschaften. Der lateinamerikanische (Neo-)Extraktivismus im transregionalen Vergleich*. Baden-Baden: Nomos. (Studien zu Lateinamerika/Latin America Studies. 34.)
- Peters, Stefan (2019b): *Sociedades rentistas: Claves para entender la crisis venezolana*. In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies / Revista Europea de Estudios Latinamericanos y del Caribe*, July-December 2019 (108), 1-19.
- Pimmer, Stefan/Schmidt, Lukas (2015). *Dependenztheorien reloaded*. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXXI (3), 4–10.
- Posner, Paul W. (2021): *Reevaluating the Chávez Regime: Participatory Democracy or Rentier Populism?*. In: *Bulletin of Latin American Research*, 40 (2), 299–315.
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2014): *Im Feld: Zugang, Beobachtung, Erhebung*. In: ebd. (Hg.): *Qualitative Sozialforschung: ein Arbeitsbuch*. 4. Aufl., München: Oldenbourg, 39-49.
- Rist, Gilbert (2007): *Development as a buzzword*. In: *Development in Practice*, 17 (4-5), 485-491.
- Roekel, Eva van/Theije, Marjo de (2020): *Hunger in the land of plenty. The complex humanitarian crisis in Venezuela*. In: *Anthropology Today*, 36 (2), 8–12.
- Scalet, Jonathan/Schmidt, Lukas (2020): *Venezuela: Utopien und Krisen*. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXXVI, (2), 4-27.
- Smilde, David (2011): *Participation, Politics, and Culture. Emerging Fragments of Venezuela's Bolivarian Democracy*. In: Smilde, David/Hellinger, Daniel (Hg.): *Venezuela's Bolivarian Democracy. Participation, Politics, and Culture under Chávez*. Durham/New York: Duke University Press, 1-27.
- Smilde, David/Ramsey, Geoff (2020): *International peace-making in Venezuela's intractable conflict*. In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies / Revista Europea de Estudios Latinamericanos y del Caribe*, January-June 2020 (109), 157–179.
- Svampa, Maristella (2020): *Die Grenzen der Rohstoffausbeutung. Umweltkonflikte und ökoterritoriale Wende in Lateinamerika*. Bielefeld: Bielefeld University Press.

Tinker Salas, Miguel (2009): *The Enduring Legacy. Oil, culture, and society in Venezuela*. Durham/London: Duke University Press.

Tinker Salas, Miguel (2015): *Venezuela. What everyone needs to know*. New York (u.a.): Oxford University Press.

Velasco, Alejandro (2011): "We Are Still Rebels". *The Challenge of Popular History in Bolivarian Venezuela*. In: Smilde, David/Hellinger, Daniel (Hg.): *Venezuela's Bolivarian democracy. Participation, Politics and Culture under Chávez*. Durham/New York: Duke University Press, 157-185.

Wallerstein, Immanuel (2008 [1988]): *Entwicklung: Leitstern oder Illusion?* In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg.): *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*. Wien: Mandelbaum, 168-193.

Weisbrot, Marc/Sachs, Jeffrey (2019): *Punishing Civilians: U.S. Sanctions on Venezuela*. In: *Challenge*, 62 (5), 299-321.

Weblinks

BBC (2020): *Venezuela crisis: How the political situation escalated*. 12.08.2021. <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-36319877>. [Zugriff: 05.07.2021].

BBC (2021): *Venezuela crisis: Three in four in extreme poverty, study says*. 30.09.2021. <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-58743253> [Zugriff 10.06.2022].

Bundesregierung (2022): *Reaktion auf den Angriff. Diese Sanktionen gegen Russland wurden beschlossen*. 26.07.2022. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/eu-sanktionen-2007964> [Zugriff: 02.08.2022].

Chávez Alava, Andreína (2022): *Venezuela Maintains Stable Oil Output, To Restart Shipments to Europe*. 16.06.2022. <https://venezuelanalysis.com/news/15550> [Zugriff: 02.08.2022].

Duden (2022): *Wörterbuch. Graswurzeldemokratie*. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Graswurzeldemokratie> [Zugriff: 29.08.2022].

Ellner, Steve (2015): *After Chávez: The Maduro government and the 'economic war' in Venezuela*. <http://latinamericanperspectives.com/wp-content/uploads/2015/05/01.08.15-After-Chavez-The-Maduro-Government-and-the-Economic-War-in-Venezuela-by-Steve-Ellner1.pdf> [Zugriff am 31.05.2022].

Global Health Watch (2015): Global Health Watch 4. An alternative world health report. <https://www.ghwatch.org/ghw4.html> [Zugriff 28.06.2021].

López Maya, Margarita (2020): La dictadura obtiene un respiro, la oposición requiere un nuevo plan. 10.12.2020. <https://letraslibres.com/politica/la-dictadura-obtiene-un-respiro-la-oposicion-requiere-un-nuevo-plan/> [Zugriff 19.05.2022].

López Sánchez, Roberto (2017): La Democracia en las universidades no existe, gracias al Pacto PSUV-MUD. 05.02.2017. <https://www.aporrea.org/educacion/a241085.html> [Zugriff: 25.07.2022].

López Sánchez, Roberto (2021): La Universidad Venezolana está en vías de desaparecer. 11.09.2021. <https://www.aporrea.org/educacion/a305800.html> [Zugriff: 25.07.2022].

Matis, Herbert/Bachinger, Karl (2004): Dependenz- & Weltsystem-Theorie. Die Entwicklung der Unterentwicklung. Telematik Script WU Wien. <http://www.wu-wien.ac.at/inst/vw3/telematik/wsg/wsg7.html> [Zugriff: 2008; **Link mittlerweile inaktiv**].

Merco Press (2022): Venezuela's inflation for April 2022 stands at 4.4%. 07.05.2022. <https://en.mercopress.com/2022/05/07/venezuela-s-inflation-for-april-2022-stands-at-4.4> [Zugriff 10.06.2022].

OECD (2021): What does Venezuela export? (2010-2019). <https://oec.world/en/visualize/stacked/hs92/export/ven/all/show/2010.2019/> . [Zugriff: 05.07.2021].

Reuters (2021): Extreme poverty in Venezuela rises to 76.6% - study. 29.09.2021. <https://www.reuters.com/world/americas/extreme-poverty-venezuela-rises-766-study-2021-09-29/> [Zugriff: 10.06.2022].

Reuters (2022): Venezuela's inflation slows down to lowest in almost a decade. 07.04.2022. <https://www.reuters.com/world/americas/venezuelas-inflation-slows-down-lowest-almost-decade-2022-04-06/> [Zugriff: 10.06.2022].

UNHCR (2022): Venezuela situation. <https://www.unhcr.org/venezuela-emergency.html>. [Zugriff 24.05.2022].

Workman, Daniel (2021): Crude Oil Exports by Country. <https://www.worldstopexports.com/worlds-top-oil-exports-country/> [Zugriff: 05.07.2021].

12 Anhänge

12.1 Abstract (Deutsch)

Venezuela leidet zurzeit unter einer multidimensionalen Krise, die sich nicht nur in der schwersten Wirtschaftskrise seiner Geschichtsschreibung und einem hoch polarisierten politischen Konflikt äußert, sondern auch mit einer tiefgreifenden humanitären Krise einhergeht, welche bereits die Migration von schätzungsweise 6 Millionen Venezolaner*innen bedingt hat. In dieser Masterarbeit wurden die Ursachen der multidimensionalen Krise in Venezuela sowie die Perspektive lokaler Akteur*innen auf die Krise ergründet. Genauso divers wie die Krise sind auch die Ursachen dieser. So wurden sowohl politische, als auch wirtschaftliche Faktoren auf nationaler und globaler Ebene identifiziert, die teilweise historisch bedingt sind oder auch soziale und kulturelle Komponente umfassen. Die politische Krise agiert hierbei als Schlüsselement, da ohne eine Lösung des politischen Konfliktes auch keine Lösung der Wirtschaftskrise möglich scheint. Die politische Krise ist jedoch wiederum wirtschaftlich bedingt, und der Kampf um die wirtschaftliche Macht und die Aneignung und Verteilung des Erdölreichtums steht in ihrem Zentrum. Hierbei muss auch die Besonderheit Venezuelas als Rentenökonomie mit einem neoextraktivistischen ‚Entwicklungsmodell‘ sowie die spezifischen sozio-politischen Ereignisse unter der Bolivarianischen Revolution der letzten 20 Jahre berücksichtigt werden.

Die bereits bestehende Forschung zum Thema sowie die in dieser Masterarbeit durchgeführte Datenerhebung haben gezeigt, dass eine starke Polarisierung bezüglich der verschiedenen Erklärungsansätze der Krise besteht. Diese spiegelt die Polarisierung der aktuellen politischen Krise, sowie der widersprüchlichen Bewertung der Bolivarianischen Revolution in Venezuela wider. In den verschiedenen Erklärungsansätzen fällt die Gewichtung der diversen wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und historischen Faktoren für die Entstehung der multidimensionalen Krise in Venezuela unterschiedlich aus. Diese Gewichtung der Faktoren scheint je nach politisch-ideologischer Ausrichtung beziehungsweise sozio-ökonomischem Hintergrund zu variieren. In den Erklärungsansätzen der Krise und in der politischen Krise selbst spielen soziale und politische Interessen, sowie Kräfteverhältnisse innerhalb der Gesellschaft, als auch der Kampf um den Erhalt beziehungsweise die Veränderung des Status Quo dieses Kräfteverhältnisses, eine wichtige Rolle. In einer globa-

lisierten Welt scheint es jedoch unabdingbar, die gesamte Krise im Kontext ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft und des globalen, neoliberalen Akkumulationsmodells, des (Neo-)Extraktivismus, sowie der Dependenz Venezuelas zum Weltsystem zu verorten. Nationale Faktoren spielen selbstverständlich eine wichtige Rolle, jedoch sollten Krisenerklärungen nicht nur auf einen Kampf zwischen Chavismus und Opposition reduziert werden. Hierbei geraten globale Dimensionen aus dem Blick, die in der Auslösung und Perpetuierung der Krise eine ebenso wichtige Rolle spielen.

Stichworte: Venezuela, multidimensionale Krise, Polarisierung, Neoextraktivismus, Rentenökonomie, Bolivarianische Revolution, Dependenz

12.2 Abstract (English)

Venezuela is currently suffering a multidimensional crisis that encompasses not only the worst economic crisis in its history and a highly polarized political conflict, but also an extensive humanitarian crisis which has led approximately 6 million of Venezuelans to leave their country. This master's thesis analyses the causes of this multidimensional crisis in Venezuela as well as local actors' perspectives on the crisis. The causes of the crisis are as diverse as the crisis itself. Political and economic factors which partially include historical, social or cultural components have been identified on a national and global level. The political crisis features as a key element, as a solution of the economic crisis seems impossible without a solution of the political conflict. The political crisis itself stems from the fight over the economic power, with the fight over the appropriation and distribution of the oil wealth at its core. Here, it is also necessary to consider the special configuration of Venezuela as a rentier economy with a neo-extractivist 'development model', as well as specific socio-political developments under the Bolivarian Revolution in the past 20 years.

Existing academic research on the topic as well as data collection in this master's thesis have shown a strong polarization between the different explanations of the crisis. They reflect the polarization of the current political crisis as well as the polarization concerning evaluations of the Bolivarian Revolution in Venezuela in general. The different explanations of the crisis weigh the various economic, political, social, cultural and historical factors differently. This evaluation seems to differ depending on the politico-ideological inclination or socio-economic background. Explanations of the crisis, as well as the political crisis itself, depend thus on social and political interests and power relations within the Venezuelan society, as well as on the fight over the perpetuation or alteration of the status quos of these power relations. Nonetheless, it is important to consider the crisis within its globalized context and its integration into a global economy and neoliberal system of accumulation, neo-extractivism, as well as Venezuela's dependence from the world system. National factors play an important role, but explanations of the crisis should not reduce it to a conflict between *chavismo* and opposition, as this overlooks global dimensions that also play an important role in the causing and perpetuating of the crisis.

Keywords: Venezuela, multidimensional crisis, polarization, neo-extractivism, rentier economy, Bolivarian Revolution, dependence

12.3 Abstract (Español)

Venezuela está sufriendo una crisis multidimensional, la cual no solo se expresa en una de las crisis económicas más graves de su historia y en un conflicto político extremadamente polarizado, sino también en una profunda crisis humanitaria que ya causó la migración de aproximadamente 6 millones de venezolanas y venezolanos. En esta tesis de máster se analizaron las causas de esta crisis multidimensional en Venezuela y las perspectivas de actores locales sobre la misma. Las causas de esta crisis son igual de diversas como la crisis mencionada. Se identificaron factores políticos y económicos tanto a nivel nacional como a nivel internacional, abarcando también componentes históricos, sociales y culturales. La crisis política parece ser un elemento clave, puesto que una solución de la crisis económica parece imposible sin que se dé una solución del conflicto político. La crisis política a su vez está condicionada por factores económicos, por la lucha por el poder en este sector y por la apropiación y distribución de la riqueza petrolera. Aquí también hay que tomar en cuenta la singularidad de Venezuela como economía rentística con un ‘modelo de desarrollo’ neo-extractivista, igual que los acontecimientos socio-políticos transcurridos bajo la Revolución Bolivariana en los últimos 20 años.

La literatura existente acerca de este tema, igual que la recopilación de datos en el marco de esta tesis, demuestran que existe una fuerte polarización acerca de las diferentes explicaciones de la crisis. Esta refleja tanto la polarización de la crisis política actual, como aquella de las evaluaciones generales de la Revolución Bolivariana. Las diferentes explicaciones de la crisis atribuyen un peso diferente a cada uno de los diferentes factores económicos, políticos, sociales, culturales e históricos para el origen de la crisis multidimensional en Venezuela. Esta ponderación de los factores parece depender de las inclinaciones político-ideológicas o del contexto socio-económico. En las explicaciones de la crisis, igual que en el mismo conflicto político, tanto los intereses sociales y políticos, así como también las relaciones de poder dentro de la sociedad juegan un papel importante. De igual importancia se debe mencionar la lucha por la perpetuación o la modificación del statu quo de estas relaciones de poder. No obstante, en un mundo globalizado es necesario ubicar la crisis dentro del contexto de las interdependencias con la económica mundial y el sistema global neoliberal de acumulación, del neo-extractivismo y de la dependencia de Venezuela del sistema mundial. Los factores nacionales juegan por supuesto un papel importante, pero las explicaciones de la

crisis no se deberían limitar a una lucha entre el chavismo y la oposición, obviando las dimensiones globales, las cuales influyen considerablemente en el desarrollo y en la perpetuación de la crisis.

Palabras clave: Venezuela, crisis multidimensional, polarización, neo-extractivismo, economía rentística, Revolución Bolivariana, dependencia

12.4 Anhang 1: Interviewleitfaden

Leitfrage	Unterfragen / Inhaltliche Aspekte	Nachfragen
Inicio		
<p>Presentación mía y de la tesis.</p> <p>Acuerdo de uso de datos para tesis y grabación.</p>	<p>La entrevista que vamos a realizar se utilizará como método de investigación para mi tesis de máster. Le pido que lea y firme esta declaración de consentimiento antes de empezar.</p> <p>La entrevista puede ser anonimizada si lo desea.</p> <p>Quisiera grabar nuestra conversación. ¿Está de acuerdo?</p>	
<p>Pregunta inicial:</p> <p>Usted es.../trabaja en....</p> <p>¿Puede contarme un poco sobre su trabajo/su proyecto actual/ su posición y explicarme sus tareas en el ámbito?</p>		
<p>La situación actual en Venezuela es muy compleja y hay muchos factores interrelacionados que juegan un papel importante en la crisis. Pero a pesar de esa complejidad,</p> <p>¿Puede explicarme cuáles son para usted las causas más importantes que llevaron a la crisis actual en Venezuela?</p>		
Tema 1: factores interiores		
<p>Me gustaría hablar un poco más sobre factores nacionales que llevaron a la crisis.</p>		

¿Cuáles cree Usted son las causas nacionales más relevantes que contribuyeron a la crisis actual en el país?		
¿Cuáles son las causas económicas más importantes de la crisis?	¿Cómo definiría el sistema económico de Venezuela? ¿Qué problemas ve en el sistema económico? ¿Cuál es el papel del sector petrolero en la crisis?	¿Cómo evalúa el sistema económico de Venezuela? ¿Cómo evalúa la dependencia petrolera?
¿Cuáles son las causas políticas más importantes de la crisis?	¿Cómo definiría el sistema político en Venezuela? ¿Cuál es el papel del Chavismo en la crisis? ¿Cuál es el papel del gobierno actual en la crisis? ¿Cuál es el papel de la oposición en la crisis? ¿Cuál es el papel de los movimientos sociales? ¿Cuáles son los intereses de los diferentes actores?	¿Qué papel juega la corrupción? ¿Qué papel juega la polarización de medios, la desinformación? ¿El gobierno actual todavía representa la Revolución Bolivariana?
¿Cuáles son las causas sociales más importantes de la crisis?	¿Cuál importancia tienen las categorías sociales, como la clase económica o la etnicidad en la sociedad venezolana?	¿Cuál es el papel de los grupos marginalizados en la sociedad y en el proceso político?
Tema 2: factores exteriores		
¿Cuáles cree Usted son los factores exteriores más importantes de la crisis?		
¿Cuál es el papel de la economía global (y de las sanciones) en la crisis venezolana?	¿Qué impacto tuvieron las sanciones internacionales sobre la economía venezolana?	¿Qué importancia tiene la dependencia de la economía global para la crisis venezolana?
¿Cuáles factores políticos a nivel internacional son importantes para la crisis venezolana?	¿Qué factores del contexto político a nivel internacional favorecieron al desarrollo de la crisis? ¿Cuál papel juegan los intereses geopolíticos de otros países en la crisis?	

¿Hay otros aspectos que llevaron a la crisis que quiere mencionar?		
Tema 3		
¿Qué serían soluciones para salir de la crisis para Usted?		
Fin		
Agradecimiento. Explicar qué pasará con los datos	<p>Muchísimas gracias por su tiempo y su participación en la entrevista.</p> <p>La grabación de la entrevista se transcribirá en un texto que se analizará para la tesis de master.</p> <p>Si desea, puedo mandarle la transcripción antes de usarla para el análisis.</p>	

12.5 Anhang 2: Auflistung der Interviews mit Hintergrundinformationen

Interview 1: Anonym

- Durchführungsart des Interviews: per Zoom online geführt
- Datum: 08.12.2021 um 15 Uhr deutsche Zeit bzw. 10 Uhr venezolanische Zeit
- Ort: online aus Deutschland, Düsseldorf und Venezuela, Caracas
- Gesprächsführung: guter Gesprächsfluss von Seiten P1, starker Redefluss, daher hatte ich Schwierigkeiten, meine eigenen Fragen anzubringen und das Gespräch zu strukturieren.
- besondere Umstände: Unterbrechung des Gesprächs für einige Minuten, da Haushaltsarbeiten von P1 durchgeführt werden mussten, Internetverbindung stabil.
- weitere Anmerkungen: Anonymisierung gewünscht, daher wurden Passagen entfernt, die zu viele Detailinformationen enthielten, die Rückschlüsse auf die Person ermöglicht hätten, zu den Forschungsfragen inhaltlich aber nicht so viel beigetragen haben. Deshalb wurden gesamte Passagen im Transkript gestrichen.

Interview 2: Ricardo Vaz, Journalist bei venezuelanalysis

- Durchführungsart des Interviews: in Präsenz
- Datum: 21.12.2021, ca. 11.30-13.00 Uhr, venezolanische Zeit
- Ort: Café bei Plaza los Palos Grandes in Caracas, Venezuela
- Gesprächsführung: relativ entspannte Gesprächsführung, offene Kommunikation, Fragen konnten von mir recht gut angebracht werden. Das Interview war besser strukturiert als das erste Interview, und alle wichtigen Punkte konnten angesprochen werden.
- besondere Umstände: die akustische Atmosphäre im Café war teilweise laut, daher gab es im Gespräch teilweise akustische Verständnisprobleme. Viele Nebengeräusche bei der Aufnahme, aber letztendlich ist diese dennoch recht gut verständlich. Es gab Unterbrechungen von außen durch die Bedienung und einmal durch meine Begleitperson (die aber sonst während des Interviews nicht anwesend war, sondern draußen gewartet hat).

- weitere Anmerkungen: zuvor wurden von P2 Bedenken genannt, an einem öffentlichen Ort einer oppositionell geprägten Nachbarschaft offen sprechen zu können. Eine Durchführung des Interviews an dem von P2 vorgeschlagenen Ort, in einer chavistisch geprägten Nachbarschaft, wurde jedoch aus sicherheitstechnischen Gründen abgelehnt. Letztendlich war das Café aber nicht zu stark besucht und P2 sprach über alle Themen, nach denen ich gefragt habe, und schien auch keiner Frage auszuweichen oder sie nicht zu beantworten.

Interview 3: Alex Alayo, Aktivist der Bauernbewegungen

„Movimiento Nacional Campesino“

- Durchführungsart des Interviews: in Präsenz
- Ort: Café Nähe Plaza los Palos Grandes in Caracas, Venezuela
- Datum: 22.12.2021, ca. 09.30-10.30 Uhr
- Gesprächsführung: recht gute Gesprächsführung, konnte meine Fragen besser anbringen.
- besondere Umstände: P3 hatte sich am Vorabend nicht mehr gemeldet, um eine genaue Uhrzeit anzugeben und hat dann erst früh morgens angerufen, um zu sagen, dass er jetzt da ist. Daher musste ich schnell aufbrechen und zum Treffpunkt gehen. Deshalb gab es meinerseits eine leicht gestresste Situation und der Start ins Gespräch war etwas schwierig, zumal es auch zunächst Probleme gab, sich am Treffpunkt zu finden. Der Ort des Interviews war im selben Café wie mit P2, es war also wieder teilweise laut, und es gab Unterbrechungen durch die Bedienung. Einmal haben wir das Gespräch pausiert, weil eine Gruppe von Kindern sehr laut war.

Interview 4: Ana Felicien, Expertin in Agroökologie und Aktivistin bei

"Fuerzas hacia la Soberanía Alimentaria"

- Durchführungsart des Interviews: online via Zoom
- Datum: 23.12.2021, 16.00-17.00 Uhr
- Ort: online, beide aus Caracas, Venezuela

- Gesprächsführung: sehr gute zwischenmenschliche Kommunikationssituation, aber technische Schwierigkeiten in Form einer schlechten Internetverbindung haben zu Verzerrungen in der Übertragung geführt. Ich konnte meine Fragen gut anbringen.
- besondere Umstände: eigentlich war ein persönliches Treffen geplant, aber da das Auto von P4 kaputt war, konnte P4 nicht persönlich zum Treffen erscheinen und wollte wegen Covid-19 nicht mit der Metro fahren.

Interview 5: Reinaldo Iturriza, Soziologe, Autor und ehemaliger Minister unter Maduro

- Durchführungsart des Interviews: online via Zoom
- Datum: 08.02.2022, 15-16.30 Uhr deutsche Zeit bzw. 10-11.30 Uhr venezolanische Zeit
- Ort: online aus Caracas, Venezuela und Tübingen, Deutschland
- Gesprächsführung: gute Kommunikation, gute Internetverbindung, Fragen waren schon etwas besser angepasst als in vorherigen Interviews, aber auch hier großer Redefluss von P5 und wenig eigene Sprechbeiträge meinerseits möglich.
- besondere Umstände: keine

Interview 6: Juan Carlos Alvarado, Generalsekretär von COPEI

- Durchführungsart des Interviews: online via Zoom
- Datum: 15.02.2022, 16:00-17:00 Uhr deutsche Zeit bzw. 11:00-12:00 Uhr venezolanische Zeit
- Ort: online aus Caracas, Venezuela und Düsseldorf, Deutschland
- Gesprächsführung: ich konnte meine Fragen weniger gut anbringen, er hat von alleine eine Art Vortrag gehalten.
- besondere Umstände: es konnten nicht alle Fragen gestellt werden, es war mehr wie eine Art Werbung, die er für seine Partei gemacht hat, er hat hauptsächlich über Politik und weniger über Wirtschaft gesprochen.

Interview 7: Margarita López Maya, Historikerin und Autorin

- Durchführungsart: online via Zoom
- Datum: 18.02.2022 14:30-15:45 deutsche Zeit bzw. 09:30-10:45 venezolanische Zeit
- Ort: online aus Caracas, Venezuela und Düsseldorf, Deutschland
- Gesprächsführung: gute Kommunikationssituation, P7 hat bereitwillig Auskunft gegeben, ich musste kaum nachfragen, konnte aber auch wenig eigene Fragen anbringen.
- besondere Umstände: ich hatte extra spezifische Fragen vorbereitet, die dann gar nicht nötig waren, da von P7 von alleine ein Redefluss zu den gewünschten Themen kam.
- weitere Anmerkungen: eigentlich war ein persönliches Interview in Präsenz Anfang Januar 2022 in Caracas geplant gewesen, wegen Erkrankung meinerseits konnte aber kein Treffen vor Ort mehr stattfinden.

12.6 Anhang 3: Transkriptionsregeln

Die gesamten Regeln wurden wörtlich zitiert aus Kuckartz und Rädiker (2022: 200f.). Anpassungen der Regeln an spezifische Bedürfnisse der Masterarbeit wurden durch die Autorin vorgenommen und in *kursiv* ergänzt und begründet.

1. „Jeder Sprechbeitrag wird als eigener Absatz transkribiert [...]. Zwischen den Sprechbeiträgen wird eine Leerzeile eingefügt, um die Lesbarkeit zu erhöhen.“ *Kurze Einwürfte anderer Personen wie „Sí“, „No“, „Exacto“ werden in Klammern nach dem Namen und Doppelpunkt eingefügt, sofern sie den Sprechfluss nicht unterbrechen. Bei Unterbrechung des Sprechflusses wird ein extra Absatz eingefügt und der Sprecherwechsel kenntlich gemacht.*
2. „Absätze der interviewenden oder moderierenden Person(en) [...] [und der] befragten Person(en) [werden] durch [...] [Namen oder im Falle einer gewünschten Anonymisierung durch Nummerierung mit P1, P2 etc. gekennzeichnet] [...]. Die Kennzeichnungen der Sprechenden werden zur besseren Erkennbarkeit fett gesetzt.“ *Bei Interviews, die keine Anonymisierung wünschen, steht der Name, da es sich um Personen handelt, die aus ihrer öffentlichen Position heraus sprechen.*
3. „Es wird wörtlich transkribiert, also nicht lautsprachlich oder zusammenfassend. Vorhandene Dialekte werden nicht mit transkribiert, sondern möglichst genau in [Schriftspanisch] [...] übersetzt, damit die Texte gut durchsucht werden können.“
4. „Die Sprache wird leicht geglättet, das heißt an das [Schriftspanisch] [...] angenähert. [...]. Die Wortstellung, bestimmte und unbestimmte Artikel etc. werden auch dann beibehalten, wenn sie Fehler enthalten.“ *Zum Beispiel wird aus "pa' ello" → „para ello“. Versprecher werden ebenso geglättet. Angefangene Sätze, die nicht weitergeführt werden, und dadurch keine inhaltliche Kohärenz liefern, werden ausgelassen, weil es sich um informatorische Interviews handelt, und um die Verständlichkeit der Texte zu erhöhen.*
5. „Deutliche, längere Pausen werden durch [das in Klammern gesetzte Wort "pausa" markiert, kürzere Pausen durch] in Klammern gesetzte Auslassungspunkte „(...)“ markiert.“
6. „Besonders betonte Begriffe werden durch Unterstreichungen gekennzeichnet.“

7. ~~„Sehr lautes Sprechen wird durch Schreiben in Großschrift kenntlich gemacht.“~~ Diese Regel wurde weglassen, da lautes/leises Sprechen durch die Interviewsituationen und die technische Verbindung bedingt sind und in meinem Fall nichts zum Erkenntnisinteresse beiträgt.
8. „Zustimmende bzw. bestätigende Lautäußerungen („mhm“, „aha“ etc.) werden nicht mit transkribiert, sofern sie den Redefluss der sprechenden Person nicht unterbrechen oder als direkte Antwort auf eine Frage zu verstehen sind.“
9. „Fülllaute wie „ähm“ werden nur transkribiert, wenn ihnen eine inhaltliche Bedeutung zugemessen wird.“
10. „Störungen von außen werden unter Angabe der Ursache in Doppelklammern notiert, z. B. „((Handy klingelt))“.“
11. „Lautäußerungen werden in einfachen Klammern notiert, z. B. [„(risa)“] [...] und Ähnliches.“
12. ~~„Bei Videoaufzeichnungen von Interviews und Fokusgruppen: Nonverbale Aktivitäten werden wie Lautäußerungen in einfache Klammern gesetzt, z. B. „(öffnet das Fenster)“, „(wendet sich ab)“ und Ähnliches.“~~ Diese Regel wurde ausgelassen, da keine Videoaufzeichnungen analysiert wurden.
13. „Unverständliche Wörter und Passagen werden durch [„(inaudible)“] [...] kenntlich gemacht. Wörter und Passagen, bei denen der Wortlaut nur vermutet wird, werden eingeklammert und am Ende mit einem Fragezeichen versehen“, z. B. „(en cambio ?)“.
14. „Zeitmarken werden am Ende jedes Sprechbeitrags eingefügt; bei Bedarf auch bei unverständlichen Passagen in einem längeren Absatz“ bzw. bei sehr langen Absätzen zwischendurch zur besseren Strukturierung und Lesbarkeit.
15. Fremdsprachliche Wörter oder Neologismen werden in Kursiv gesetzt.
16. Wiederholte Worte werden nicht transkribiert, wenn die Wiederholung aufgrund von Sprachverzögerung, Überlegen etc. kam. Wiederholungen, die inhaltlich etwas verdeutlichen sollen, werden transkribiert.

Zitiert aus Kuckartz und Rädiker (2022: 200f.). Anpassungen und Ergänzungen der Regeln an spezifische Bedürfnisse dieser Arbeit in Kursivschrift kenntlich gemacht.

12.7 Anhang 4: Kategorienhandbuch

Kategorie	Anzahl der kodierten Segmente
1 National ökonomische Faktoren	2
1.1 Fehlentscheidungen/inkohärentes Krisenmanagement	15
1.2 Wirtschaftskrieg, Kapitalflucht und Korruption	21
1.3 Inflation, Spekulation und instabile Wechselkurse	6
1.4 Wirtschaftlicher Sozialismus	22
1.5 Defizitäre Infrastruktur, Personal und staatl. Dienstleistungen	6
1.6 Ökonomische Liberalisierung	28
1.6.1 Nationale Produktion und Unternehmertum (fördern)	8
1.7 Rentenökonomie	20
1.7.1 Strukturelle Krise der Rentenökonomie	5
1.7.2 Fehlende Veränderungen der Rentenökonomie	15
2 Global ökonomische Faktoren	0
2.1 Globale Handelsbeziehungen/transnationale Akteure	7
2.2 Ölpreis	8
3 National politische Faktoren	0
3.1 Sozialismus/Revolución Bolivariana	19
3.1.1 Sozialpolitik/Sozialleistungen	10
3.1.2 Konflikte innerhalb des Chavismus	13
3.1.3 Chavistische Basis	12
3.1.4 Veränderungen der Demokratie	11
3.1.4.1 Populismus	10

3.1.4.2 Autokratie/Diktatur	7
3.2 Politische Polarisierung	10
3.3 Politisches Desinteresse/Politikverdrossenheit	12
3.4 Politischer Kampf um Hegemonie	37
3.4.1 Wahlen	24
3.4.2 Nationale Verhandlungen	10
3.4.3 Eliten	7
3.5 Opposition	27
3.5.1 Konflikte innerhalb der Opposition	7
4 Global politische Faktoren	0
4.1 USA	9
4.2 Internationale Verhandlungen	6
4.3 Sanktionen	25
4.3.1 Auswirkungen der Sanktionen	20
4.4 Internationaler Kampf um Hegemonie	11
4.5 Internationale Allianzen	10
5 National soziale Faktoren	0
5.1 Soziale Ungleichheit	7
6 Sonstiges	12
7 Potentielle Lösungen/Zukunftsszenarien	0
7.1 Dialog mit/Partizipation der Zivilgesellschaft/Kommunen	12
7.2 Soziale Widersprüche und Rebellion	7
7.3 Lösung durch Aufhebung von Sanktionen	8
7.4 Lösung durch Wirtschaftsmaßnahmen	10
7.5 Sonstige	12

7.6 Lösungen durch Verhandlungen	6
7.7 Veränderung durch Wahlen	12
8 Konsequenzen der Krise	1
8.1 Wirtschaftliche Konsequenzen	16
8.2 Soziale Konsequenzen	17

1 National ökonomische Faktoren

Def.: Ökonomische Ursachen der Krise, die auf nationaler Ebene anzusiedeln sind, d.h. wirtschaftliche Strukturen und Entwicklungen der nationalen Ökonomie, auch Entscheidungen bzgl. der Wirtschaft, die sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart liegen.

Anwendung: Wird codiert, wenn Aspekte, Charakteristika, Entwicklungen, Besonderheiten, Wirtschaftsentwicklungen etc. der nationalen Wirtschaft genannt werden, auch bei politischen Entscheidungen, die die Wirtschaft betreffen.

1.1 Fehlentscheidungen/inkohärentes Krisenmanagement

Def.: Fehlentscheidungen bzw. widersprüchliche oder späte Entscheidungen der Regierung bezüglich des Managements der Wirtschaftskrise.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Fehlentscheidungen, späten, ausbleibenden oder inkohärenten/widersprüchlichen Entscheidungen im Krisenmanagement der Regierung gesprochen wird, oder allgemein von der Verantwortung der Regierung im Krisenmanagement.

Bsp.: “Pero también un manejo muy malo por parte del gobierno nacional de esa situación en la primera etapa.” (Interview 1, Pos. 155-156)

1.2 Wirtschaftskrieg, Kapitalflucht und Korruption

Def.: Handlungen, Entwicklungen und Aspekte, die einem Wirtschaftskrieg gegen Venezuela zuzuordnen sind, sowie allgemeine Kapitalflucht oder Akte der Korruption.

Anwendung: Wird codiert, wenn von einem Wirtschaftskrieg gegen Venezuela gesprochen wird, sowohl durch nationale als auch internationale Akteur*innen, sowie wenn von Kapitalflucht und Korruption gesprochen wird.

Bsp.: “Ellos son ejemplos de una lógica de corrupción y apropiación del capital mayor. O sea hay una lógica. Dónde ellos son unos actores más. Hay muchísimos otros actores más.” (Interview 3, Pos. 90-92)

1.3 Inflation, Spekulation und instabile Wechselkurse

Def.: Aspekte und Entwicklungen bzgl. der Inflation, der Währungsspekulation und der Wechselkurse in Venezuela.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Entwicklungen, Aspekten oder Effekten der Inflation, Währungsspekulation oder der instabilen Wechselkurse in Venezuela gesprochen wird.

Bsp.: "[E]l año 2018 que es el año de la hiperinflación, ¿no? La hiperinflación comienza a finales de 2017." (Interview 5, pos. 281-282)

1.4 Wirtschaftlicher Sozialismus

Def.: Aspekte, Entwicklungen, Entscheidungen, Einschätzungen etc. auf wirtschaftlicher Ebene, welche die Errichtung eines sozialistischen Wirtschaftssystems betreffen bzw. dem Konzept des Sozialismus entsprechen.

Anwendung: Wird codiert, wenn Entwicklungen, Entscheidungen, Einschätzungen etc. genannt werden, die sich auf die Errichtung eines sozialistischen Wirtschaftssystems in Venezuela beziehen.

Abgrenzung: Wird nicht codiert, wenn es sich um politische Aspekte des Sozialismus handelt, also bspw. politische Partizipation, Basisdemokratie etc.. Dann wird die Kategorie "Politischer Sozialismus" codiert.

Bsp.: "Entonces tú tienes todo ese esfuerzo de... tener las empresas estatales. No solo la petrolera sino todas las otras, la petroquímica, las industrias básicas en el oriente del país, quizás vas a pasar por allá. Y hay un esfuerzo muy grande también por recuperar la tierra improductiva, entonces esos latifundios que son muy improductivos, que estaban en su mayoría abandonados, permitir que los movimientos campesinos las rescataran." (Interview 2, Pos. 43-46)

1.5 Defizitäre Infrastruktur, Personal und staatl. Dienstleistungen

Def.: Aspekte und Entwicklungen, die sich auf eine defizitäre Infrastruktur, mangelndes Personal oder defizitäre staatliche Dienstleistungen beziehen.

Anwendung: Wird codiert, wenn mangelnde Infrastruktur, mangelndes Personal und/oder mangelnde staatliche Dienstleistungen genannt werden.

Bsp.: "En este momento Venezuela no lo puede aprovechar porque los campamentos están desmantelados, los equipos están desactualizados, no hay personal profesional suficiente." (Interview 7, Pos. 379-380)

1.6 Ökonomische Liberalisierung

Def.: Aspekte, Charakteristika, Entwicklungen, die bezüglich aktueller (d.h. seit ca. 2014, seit Krisenbeginn) ökonomischer Liberalisierungsstrategien und -politiken genannt werden.

Anwendung: Wird codiert, wenn Maßnahmen, Entscheidungen und Entwicklungen der Liberalisierung in der Wirtschaft seit 2014 genannt werden. Gilt nicht für Liberalisierungsversuche vor Chávez.

Bsp.: "Ese es el modelo que está surgiendo. Intentando entonces un modelo de liberalización económica" (Interview 7, Pos. 207)

1.6.1 Nationale Produktion und Unternehmertum (fördern)

Def.: Entwicklungen, Projekte, Entscheidungen etc., um nationale Produktion, nationales und internationales Unternehmertum zu fördern/zu erhöhen.

Anwendung: Wird codiert, wenn Aspekte, Entwicklungen, Entscheidungen zur Förderung der nationalen Produktion und/oder des Unternehmertums genannt werden.

Bsp.: "Y después hay otros empresarios que están comenzando a conversar con el gobierno y el gobierno está dispuesto a darles algunas concesiones para que ellos levanten alguna producción local." (Interview 7, Pos. 223-225)

1.7 Rentenökonomie

Def.: Aspekte, Charakteristika, Entwicklungen und Konsequenzen der venezolanischen Rentenökonomie in der Vergangenheit und Gegenwart.

Anwendung: Wird codiert, wenn Aspekte, Eigenschaften, Entwicklungen der venezolanischen Rentenökonomie genannt werden, oder auch durch die Rentenökonomie verursachte Konsequenzen auf die nationale Wirtschaft sowie die Entstehung und der Entstehungskontext der Rentenökonomie in Venezuela genannt werden.

Bsp.: "En Venezuela lo que predomina digamos, lo que existía en Venezuela comienza el siglo 20, es lo que algunos expertos llaman el modelo económico capitalista rentista. Esa es la manera cómo a partir de ese momento se inserta la nación venezolana en la economía del mundo." (Interview 5, Pos. 52-54)

1.7.1 Strukturelle Krise der Rentenökonomie

Def.: Aspekte, die eine strukturelle Krise der venezolanischen Wirtschaft ansprechen.

Anwendung: Wird codiert, wenn spezifisch von einer strukturellen Krise bzw. strukturellen Defiziten oder Aspekten einer strukturellen Krise der venezolanischen Wirtschaft gesprochen wird.

Bsp.: "En mi opinión particular las causas de la crisis no tenían que ver con la intervención del estado en la economía ni con el tema de los controles. Tenía que ver con... se apoyan en razones estructurales que expliqué en el tema económico de largo plazo." (Interview 1, Pos. 41-43)

1.7.2 Fehlende Veränderungen der Rentenökonomie

Def.: Aspekte, die auf notwendige und/oder fehlende Änderungen sowie unzureichende bzw. unvollständige/gescheiterte Veränderungsversuche des rentenökonomischen Systems in Venezuela hinweisen.

Anwendung: Wird codiert, wenn von nötigen Veränderungen der Rentenökonomie gesprochen wird bzw. von unzureichenden/gescheiterten Versuchen, die Rentenökonomie zu verändern, zu diversifizieren bzw. weniger abhängig vom Erdöl zu machen.

Bsp.: "La incapacidad de las élites de encontrar un modelo que sustituye esa economía rentística tan exitosa que se tuvo pero que se agotó en algún momento de finales de los años 70, principios de los años 80." (Interview 7, Pos. 40-42)

2 Global ökonomische Faktoren

Def.: Faktoren auf global-wirtschaftlicher Ebene, also wirtschaftliche Entwicklungen, Krisen, Konjunkturen etc. auf globaler Ebene, Handlungen von/mit internationalen Wirtschaftsakteuren, Handelspartnern etc. Venezuelas.

Anwendung: Wird codiert, wenn Entwicklungen, Tendenzen, Strukturen der globalen Wirtschaft oder Abkommen/Handlungen von/mit internationalen, transnationalen Akteuren/Institutionen genannt werden.

Abgrenzung: Wird nicht codiert, wenn von internationalen Sanktionen gegen Venezuela (VEN) oder dem FMI gesprochen wird, dann wird Kategorie "Globale politische Faktoren" codiert, da es sich bei Sanktionen um politisch motivierte Maßnahmen handelt und der FMI auch als politischer Akteur definiert wird.

2.1 Globale Handelsbeziehungen/transnationale Akteure

Def.: Aspekte, Entwicklungen, Handlungen etc. internationaler Handelsbeziehungen von VEN mit internationalen/transnationalen Akteuren.

Anwendung: Wird codiert, wenn von internationalen Handelsbeziehungen Venezuelas oder von Aspekten, Entwicklungen dieser Beziehungen oder transnationalen/internationalen Akteuren in VEN gesprochen wird.

Bsp.: "Entonces bueno eso supone no solamente enfrentarte con digamos los actores locales sino también con actores internacionales, que tiene transnacionales aquí, que controlan los bancos, que controlan negocios de auto, las fábricas que existen." (Interview 1, Pos. 299-301)

2.2 Ölpreis

Def.: Entwicklungen des internationalen Ölpreises.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Entwicklungen des internationalen Ölpreises gesprochen wird.

Bsp.: "[P]orque en 2014 empiezan a caer los precios del petróleo, ¿no? Entonces en ese momento donde tu renta empieza a mermar muy significativamente" (Interview 2, Pos. 64-65)

3 National politische Faktoren

Def.: Politische Ursachen der Krise, die auf nationaler Ebene anzusiedeln sind, d.h. Entwicklungen, Entscheidungen auf politischer Ebene, sowie Charakteristika des politischen Systems, sowohl in der Vergangenheit, als auch in der Gegenwart.

Anwendung: Wird codiert, wenn aktuelle oder vergangene politische Aspekte, politische Entwicklungen, Entscheidungen oder Gegebenheiten des politischen Systems auf nationaler Ebene angesprochen werden.

Abgrenzung: Wird nicht codiert, wenn es sich um politische Entscheidungen bzgl. der Wirtschaft handelt, dann wird die Kategorie "National ökonomische Ursachen" codiert.

3.1 Sozialismus/Revolución Bolivariana

Def.: Sozialismus auf politischer oder diskursiver Ebene. Veränderungen, Handlungen, Entscheidungen auf politischer Ebene bzw. Änderungen der politischen Struktur und der Institutionen hin zu einem Sozialismus.

Anwendung: Wird codiert, wenn Entwicklungen, Handlungen und politische Entscheidungen genannt werden, welche das politische System zum Sozialismus hin verändern.

Abgrenzung: Wird nicht codiert, wenn es um wirtschaftliche Maßnahmen geht, die der sozialistischen Wirtschaftstheorie zuzuordnen sind. Dann wird die Kategorie "Wirtschaftlicher Sozialismus" codiert.

Bsp.: "Y mientras Chávez estuviera ahí el centro de gravedad del horizonte estratégico digamos iba a pasar por o sea el problema iba a seguir siendo como transitar del capitalismo a eso que Chávez llamaba socialismo del siglo 21." (Interview 5, Pos. 127-128)

3.1.1 Sozialpolitik/Sozialleistungen

Def.: Aspekte der Sozialpolitik und Sozialleistungen unter der Bolivarianischen Revolution unter Chávez bzw. unter der aktuellen Regierung Maduros und ihre Konsequenzen.

Anwendung: Wird codiert, wenn von der Sozialpolitik des Chavismus und deren Auswirkungen gesprochen wird.

Bsp.: "Tenías esas masas históricamente olvidadas y por fin les pudiste traer servicios, salud, educación y todo pero bueno. Más allá ves, que eso no es tanto el enfoque, también

convertirlos en actores políticos y protagonistas de su propia historia por primera vez en su existencia." (Interview 2, Pos. 41-43)

3.1.2 Konflikte innerhalb des Chavismus

Def.: Konflikte, Spannungen, Uneinigkeiten innerhalb des Chavismus als Bewegung, als auch innerhalb der Regierung und Regierungspartei.

Anwendung: Wird codiert, wenn Spannungen und Konflikte innerhalb der Regierung, der Regierungspartei oder der chavistischen Bewegung im Allgemeinen genannt werden.

Bsp.: "Y yo creo que lo que se va perdiendo progresivamente a partir de la desaparición física de Chávez... Lo primero es que cualquier persona que hubiera ocupado sus zapatos en ese momento no había una figura en el chavismo que fuera capaz de hacer lo que hacía Chávez, que era disminuir los conflictos, arbitrar los conflictos internos. Es decir eso es ni bueno ni malo, eso era así. Luego uno como político puede opinar qué le parece eso. Pero es una verdad incontrovertible. Chávez era un tipo que arbitraba las diferencias internas del chavismo y eso quería decir entre otras cosas que mientras Chávez estuviera ahí, el centro de gravedad lo iba a ocupar siempre la clase trabajadora venezolana." (Interview 5, Pos. 120-125)

3.1.3 Chavistische Basis

Def.: Bevölkerung sowie spezifische Gruppen, Organisationen und Akteur*innen, die den Chavismus unterstützen und sich damit identifizieren, als auch Handlungen und Eigenschaften des organisierten *pueblo*.

Anwendung: Wird codiert, wenn Akteur*innen der chavistischen Basis, d.h. sowohl Teile der Bevölkerung, als auch spezifische Akteur*innen, wie Organisationen, Kommunen etc., die sich mit dem Chavismus identifizieren bzw. die Regierung unterstützen, sowie deren Eigenschaften und Handlungen genannt werden.

Bsp.: "Lo cierto es que hay una base muy significativa que se mantiene, que de hecho es sorprendente y ... no sé si inesperado pero inesperado por un lado y por otro quizás son una medida de cuán transformador fue el proceso. Porque incluso en estas situaciones tan difíciles tienes gente que se sigue identificando con el proyecto y que no está dispuesta a ... (firmar o leer?) para otra cosa." (Interview 2, Pos. 259-262)

3.1.4 Veränderungen der Demokratie

Def.: Handlungen, Entwicklungen, Entscheidungen, Gesetze etc., welche die politische Struktur und Institutionen der bis dato repräsentativen Demokratie in VEN veränderten.

Anwendung: Wird codiert, wenn Handlungen, Entscheidungen, Gesetze o.ä. genannt werden, welche die politische Form der bis 1999 bestehenden repräsentativen Demokratie ändern.

Bsp.: "Pues llevaron al cambio de la constitución, llevaron al cambio del accionar político de los poderes ejecutivos regionales y municipales y locales. Esto de alguna manera los fue llevando hasta tener un mayor esquema de conducción y espacio político en el país." (Interview 6, Pos. 23-25)

3.1.4.1 Populismus

Def.: Elemente, welche die aktuelle Regierung oder die Regierung unter Chávez als populistisch beschreiben.

Anwendung: Wird codiert, wenn die aktuelle Regierung oder die Regierung unter Chávez als populistisch bezeichnet wird oder Eigenschaften derselben genannt werden, die allgemeingültig als populistisch betrachtet werden können.

Bsp.: "Bueno pero entonces yo diría es que ese, los venezolanos trataron de solucionar la crisis con una ruptura populista" (Interview 7, Pos. 156)

3.1.4.2 Autokratie/Diktatur

Def.: Aspekte der Politik in VEN, die als autoritär, autokratisch oder diktatorisch beschrieben werden.

Anwendung: Wird codiert, wenn die aktuelle Regierung oder die Regierung unter Chávez als autoritär, autokratisch oder diktatorisch beschrieben wird oder solche autoritären/diktatorischen Eigenschaften genannt werden.

Bsp.: "Entonces para mí, ahí es cuando comienza en firme la vía autoritaria de Chávez. Porque él no va a obedecer ese mandato popular." (Interview 7, Pos. 137-238)

3.2 Politische Polarisierung

Def.: Aspekte oder Entwicklungen der politischen Polarisierung in VEN.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Aspekten oder Entwicklungen der politischen Polarisierung in VEN die Rede ist.

Bsp.: "Yo creo que quizás en este momento la percepción de la polarización es más grande que la polarización misma." (Interview 2, Pos. 309)

3.3 Politisches Desinteresse/Politikverdrossenheit

Def.: Mangelnde Identifikation der venezolanischen Bevölkerung mit jedweder politischen Partei, mangelndes Interesse bzw. Partizipation an politischen Entscheidungen und Ereignissen in VEN.

Anwendung: Wird codiert, wenn mangelnde Identifikation der Bevölkerung mit jedweder politischen Partei, mangelndes politisches Interesse der Bevölkerung, mangelndes Vertrauen der Bevölkerung in das politische System, sowie eine allgemeine Politikverdrossenheit der Bevölkerung genannt wird.

Bsp.: "La inmensa mayoría de la población... bueno eso es lo que te quiero comentar. La gente no solamente es crítica del gobierno sino (Larissa: De la política en general?). En este momento de toda la clase política. Yo creo que el índice o lo que podría definirse como un índice de desafiliación política debe alcanzar ahorita un 60 o 70% de la población." (Interview 5, Pos. 291-293)

3.4 Politischer Kampf um Hegemonie

Def.: Aspekte, Ereignisse, Entscheidungen etc., die sich auf den politischen Machtkampf zwischen nationalen Akteur*innen um die politische (als auch wirtschaftliche) Hegemonie im Land beziehen.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Ereignissen, Aspekten etc. die Rede ist, die sich auf den politischen Machtkampf zwischen den lokalen politischen Akteur*innen um die Hegemonie innerhalb des Landes beziehen.

Abgrenzung: Wird nicht codiert, wenn es sich um den Hegemoniekampf auf internationaler/globaler Ebene handelt.

Bsp.: "Ahora yo lo que creo que es el detonante de la crisis actual es una confrontación política que a su vez tiene su origen en la disputa por el control del poder económico que es el poder real en cualquier país." (Interview 1, Pos. 294-295)

3.4.1 Wahlen

Def.: Entwicklungen, Handlungen, Aspekte, Entscheidungen etc., die mit Wahlen (lokal, regional, national etc.) zu tun haben.

Anwendung: Wird codiert, wenn Aspekte, Entwicklungen und Entscheidungen bzgl. nationaler, regionaler und lokaler Wahlen genannt werden.

Bsp.: "Pero luego en el año 2012-2013 con Henrique Capriles al frente del liderazgo de la oposición pues se logró construir una gran mayoría. Una gran mayoría que estuvo muy cerca de poder alcanzar esta victoria. Y se pudo luego materializar en el año 2015 alcanzando las dos terceras partes de la Asamblea Nacional." (Interview 6, Pos. 40-43)

3.4.2 Nationale Verhandlungen

Def.: Politische Verhandlungen auf nationaler Ebene, d.h. zwischen Regierung und Opposition oder auch der Zivilgesellschaft, auch wenn diese von internationalen Mediatoren geleitet werden. Internationale Akteur*innen sind hier nur Vermittler und nicht verhandelnde Parteien.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition bzw. Zivilgesellschaft (mit oder ohne internationale Vermittlung) gesprochen wird.

Abgrenzung: Wird nicht codiert, wenn von direkten Verhandlungen zwischen Regierung oder Opposition mit internationalen Akteur*innen gesprochen wird. Dann wird die Kategorie "Internationale Verhandlungen" codiert.

Bsp.: "Yo sé bueno, te puedo decir para ser un poquito más optimista que hay (pausa) algunas organizaciones no políticas, los políticos están tratando sentarse en una mesa de negociación, pero no tienen músculo político para eso, para que les den ningunas concesiones importantes. Pero bueno, ellos se sientan y el gobierno se sienta con ellos para ver qué le sacan. Si pueden sacar que levanten unas sanciones porque sí están incómodos con las sanciones." (Interview 7, Pos. 256-259)

3.4.3 Eliten

Def.: Veränderungen, Entwicklungen, Komposition und Status Quo bzgl. der politischen und wirtschaftlichen Eliten.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Entwicklungen bzw. dem Status Quo der politischen und wirtschaftlichen Eliten gesprochen wird.

Bsp.: "Las élites de hoy en día son otras. No tienen nada que ver con las élites que... que dominaban el país en 1998, 1999. Esa gente fue derrotada, fue desmantelada, debilitada, muchos se fueron del país otros quedaron presos, otros le confiscaron las tierras. En fin esa élite se acabó. Tuvieron éxito en cambiar la élite." (Interview 7, Pos. 149-152)

3.5 Opposition

Def.: Entwicklungen, Handlungen, Charakteristika, Bewertungen etc. der nationalen politischen Opposition, sowohl Parteien, als auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Entwicklungen, Handlungen und Eigenschaften der Opposition in Venezuela die Rede ist.

Bsp.: "Creo que [los partidos políticos; Anm.] se fueron desconectando sin duda del sentir de la gente. Creo que se fue perdiendo la conexión con los ciudadanos. Creo que la acción social fue desapareciendo en el marco de lo que debería cumplir el rol de un partido político." (Interview 6, Pos. 12-14)

3.5.1 Konflikte innerhalb der Opposition

Def.: Konflikte, Uneinigkeiten und Spaltungen in der politischen Opposition in VEN.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Uneinigkeiten, Konflikten und Spannungen innerhalb der politischen Opposition in VEN gesprochen wird.

Bsp.: "Una vez que se alcanza la victoria del 2015, uno de los grandes errores que se cometieron fue cuando lleguen al parlamento nacional los partidos políticos de la oposición, toman la decisión de fragmentarse y de agarrar y tomar el control por fracciones." (Interview 6, Pos. 45-47)

4 Global politische Faktoren

Def.: Entwicklungen, Handlungen, Entscheidungen und Strukturen auf global-politischer Ebene, Handlungen internationaler politischer Akteur*innen und Institutionen in der Vergangenheit und Gegenwart. Auch Sanktionen werden hierzu gezählt.

Anwendung: Wird codiert, wenn von politischen Entwicklungen, Handlungen und Strukturen auf internationaler Ebene oder von internationalen politischen Akteur*innen die Rede ist (bspw. andere Staaten, UN, EU, CPI, FMI). Auch bei der Erwähnung von Sanktionen wird diese Kategorie vergeben, da es sich bei den Sanktionen gegen VEN um politisch motivierte Entscheidungen internationaler Akteure handelt.

4.1 USA

Def.: USA als globalpolitischer Akteur in der Krise in VEN. Handlungen, Entscheidungen der USA bzgl. ihrer Politik gegenüber VEN, sowie Einschätzungen bzgl. der Rolle der USA in der Krise in VEN.

Anwendung: Wird codiert, wenn von den USA, ihren Handlungen und ihrer Rolle in der Krise in VEN gesprochen wird.

Bsp.: "Y entonces... además de que el tema económico responde a las coyunturas electorales de acá, terminó respondiendo también a las coyunturas electorales en EE.UU." (Interview 2, Pos. 358-360)

4.2 Internationale Verhandlungen

Def.: Verhandlungen der venezolanischen Regierung oder Opposition mit internationalen Akteur*innen, d.h. anderen Staaten oder internationalen Organisationen, wie die UN, FMI, OMS etc.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Verhandlungen der venezolanischen Regierung oder Opposition mit internationalen Akteur*innen, d.h. anderen Staaten oder internationalen Organisationen, wie die UN, FMI, OMS etc., die Rede ist.

Bsp.: "El por ejemplo pagó, fue una negociación que se hizo en una mesa de la Asamblea Nacional con la OPS, la Oficina Panamericana de la Salud, y la Oficina Mundial de la Sa-

lud, la OMS, con la oposición, con la gente de Guaidó, se negoció para descongelar algunos fondos del tesoro nacional de la (FAC?) de EE.UU. para poder pagar la deuda en la OMS y poder acceder al sistema covid para los países pobres, [para que] pudieran llegar las vacunas a Venezuela. Eso se logró. El gobierno poco a poco ha aceptado algunas cosas... pero difícilísimo. Yo seguía ese proceso y fue difícilísimo." (Interview 7, Pos. 400-404)

4.3 Sanktionen

Def.: Aspekte, Entwicklungen, Entscheidungen bezüglich der gegen VEN erhobenen Sanktionen.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Sanktionen gesprochen wird, oder Entscheidungen, Entwicklungen, Aspekte dieser genannt werden.

Abgrenzung: Wird nicht codiert, wenn von Konsequenzen der Sanktionen auf die venezolanische Wirtschaft gesprochen wird. Dann wird die Kategorie "Auswirkungen der Sanktionen" codiert.

Bsp.: "Pero las sanciones como tales no son del 2015, las sanciones como tales, sanciones económicas se dan a partir de mediados del 2017." (Interview 1, Pos. 142-143)

4.3.1 Auswirkungen der Sanktionen

Def.: Auswirkungen und Konsequenzen der internationalen Sanktionen gegen VEN auf die venezolanische Wirtschaft und ihre internationalen Handelsbeziehungen sowie auf politische Beziehungen und auf die humanitäre Lage im Land.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Auswirkungen der internationalen Sanktionen, die gegen VEN erhoben wurden, gesprochen wird.

Bsp.: "No puedes adquirir deudas, además la industria petrolera como tú sabes es una industria muy intensiva en capital. Si a ti te niegan toda fuente de capital, toda fuente de financiamiento naturalmente es una industria que va a entrar en crisis, ¿no?, cuya crisis que había iniciado dos años antes se va acentuar." (Interview 5, Pos. 258-261)

4.4 Internationaler Kampf um Hegemonie

Def.: Aspekte, Entwicklungen, politische Auseinandersetzungen bzw. Kooperationen und Entscheidungen bzgl. eines Kampfes um Hegemonie auf internationaler Ebene. Konfrontation bzw. Kooperationen zwischen venezolanischer Regierung und anderen internationalen Akteur*innen im Kampf um Hegemonie.

Anwendung: Wird codiert, wenn Konfrontationen, Handlungen, Aspekte etc. eines Hegemoniekampfes auf internationaler Ebene genannt werden, wenn also internationale Akteur*innen eine politische Konfrontation bzw. eine Kooperation mit VEN eingehen, bei der es um die Erhaltung bzw. die Errichtung einer Hegemonie geht.

Bsp.: "Desde que Chávez llega al gobierno en el año 1999 vive en un proceso de confrontación política con los sectores que lo adversen. Incluyendo a los EE.UU., a los gobiernos norteamericanos." (Interview 1, Pos. 245-246)

4.5 Internationale Allianzen

Def.: Internationale politische Alliierte, deren Beziehungen zur venezolanischen Regierung oder der Opposition oder gemeinsame Abkommen, Verhandlungen und Transaktionen.

Anwendung: Wird codiert, wenn von internationalen Alliierten und Partner*innen der venezolanischen Regierung oder der Opposition und/oder deren Verhandlungen, Abkommen und Transaktionen gesprochen wird.

Bsp: "Y más sus aliados internacionales que le dan el *know-how* cómo me sostengo con sanciones, cómo me sostengo en estas penurias, cómo controlo a los militares, deben estar contentos mientras destruyo esas instituciones." (Interview 7, Pos. 181-183)

5 National soziale Faktoren

Def.: Soziale Entwicklungen, Tendenzen und Charakteristika im Bereich der Gesellschaft in der Vergangenheit und Gegenwart auf nationaler Ebene.

Anwendung: Wird codiert, wenn soziale Aspekte, Entwicklungen und Charakteristika auf nationaler Ebene genannt werden.

5.1 Soziale Ungleichheit

Def.: Aspekte und Entwicklungen der sozialen Ungleichheit in VEN.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Aspekten und Entwicklungen der sozialen Ungleichheit in VEN gesprochen wird.

Bsp.: "Y vuelve toda esa situación de un consumo muy conspicuo, ¿no? En medio de una desigualdad muy grande, una desigualdad que se agranda en una economía prácticamente dolarizada." (Interview 1, Pos. 175-176)

6 Sonstiges

Def.: Sonstige Ursachen, die für die Forschungsfrage relevant erscheinen, aber in keine andere Kategorie passen.

7 Potentielle Lösungen/Zukunftsszenarien

Def.: Potentielle Lösungsansätze und mögliche Zukunftsszenarien auf sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ebene bzgl. der Krise in Venezuela, egal ob es sich um einen nationalen oder internationalen Ansatz handelt.

Anwendung: Wird codiert, wenn mögliche Lösungsvorschläge, Vermutungen über Lösungen und Zukunftsszenarien geäußert werden.

7.1 Dialog mit/Partizipation der Zivilgesellschaft/Kommunen

Def.: Lösungsansätze, die auf einen innergesellschaftlichen Dialog, der verschiedene Sektoren der Gesellschaft einschließt, bzw. auf die Partizipation der Zivilgesellschaft oder Kommunen abzielen.

Anwendung: Wird codiert, wenn von innergesellschaftlichem Dialog, also dem Dialog zwischen verschiedenen Sektoren der Gesellschaft gesprochen wird, wie bspw. die chavistischen Basis/Comunas, aber auch oppositionellen Organisationen.

Abgrenzung: Wird nicht codiert, wenn es konkret um Verhandlungen zwischen nationalen/internationalen politischen Akteuren/Institutionen geht. Dann wird die Kategorie "Lösungen durch Verhandlungen" codiert

Bsp.: "No solo de los partido políticos sino también la sociedad civil, pero además con las instituciones, los gremios, los sindicatos, los maestros, las maestras, las universidades. Todos deben participar en conjunto para que podamos entonces sacar adelante a nuestro país." (Interview 6, Pos. 141-144)

7.2 Soziale Widersprüche und Rebellion

Def.: Zukunftsszenarien, die von einer Verstärkung der sozialen Widersprüche und/oder möglicher Rebellion und Protesten der Bevölkerung sprechen.

Anwendung: Wird codiert, wenn darauf hingewiesen wird, dass sich die soziale Krise und die soziale Ungleichheit verstärken wird und/oder davon gesprochen wird, dass die Krise auf Kurz oder Lang eine Rebellion bzw. Proteste der Bevölkerung auslösen wird bzw. auslösen könnte.

Bsp.: "Eso va a tener consecuencias. Es como que la economía la tengan por un lado y la política por otro. Y el discurso por otro. Y cuando se encuentren, eso va a generar una explosión... va a generar una explosión." (Interview 3, Pos. 281-283)

7.3 Lösung durch Aufhebung von Sanktionen

Def.: Mögliche Lösung der Krise durch die Aufhebung bzw. Flexibilisierung der Sanktionen.

Anwendung: Wird codiert, wenn als Lösungsstrategie die Aufhebung bzw. Flexibilisierung der Sanktionen genannt wird.

Bsp.: "Creo que el gobierno está apostando mucho al alivio de las sanciones." (Interview 5, Pos. 393)

7.4 Lösung durch Wirtschaftsmaßnahmen

Def.: Lösungsansätze, die auf einer Änderung des wirtschaftlichen Systems basieren, bzw. auf Änderungen/Maßnahmen innerhalb des Wirtschaftssystems.

Anwendung: Wird codiert, wenn Lösungsstrategien genannt werden, die auf eine Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen, des Akkumulationssystems, der Rentenökonomie basieren bzw. auf Änderungen/Maßnahmen innerhalb des aktuellen Systems, bspw. der Rekonstruktion der Ölindustrie etc.

Bsp.: "Entonces es posible que siga esta recuperación que tienes ahorita que bueno, aumentan 20 mil barriles diarios, 50 mil barriles diarios al mes, pero eso va a llegar a un techo, ¿no? Quizás el techo es un millón o un millón y medio porque bueno en algún momento, por un lado no tienes personal capacitado, y por otro tu misma infraestructura está muy dañada. Entonces no puedes sostener un volumen como lo que tenías antes. (Pausa). Entonces quizás puedes seguir con la recuperación... la economía cayó tanto que puede volver a crecer un poco." (Interview 2, Pos. 254-258)

7.5 Sonstige

Def.: Sonstige Zukunftsszenarien oder Lösungsansätze, die in keine der anderen Kategorien passen, aber dennoch interessant erscheinen.

7.6 Lösungen durch Verhandlungen

Def.: Zukunftsszenarien, welche sich auf die Lösung der Krise anhand nationaler, als auch internationaler Verhandlungen zwischen politischen Akteur*innen beziehen.

Anwendung: Wird codiert, wenn Lösungsstrategien anhand von Verhandlungen zwischen politischen Akteur*innen auf nationaler, als auch internationaler Ebene genannt werden.

Abgrenzung: Wird nicht codiert, wenn es um Verhandlungen über die Aufhebung/Lockerung von Sanktionen geht. Hier wird die Kategorie "Aufhebung der Sanktionen" codiert.

Weitere Abgrenzung: Wird nicht codiert, wenn es um den Dialog/Verhandlungen mit der Zivilgesellschaft geht. Dann wird die Kategorie "Dialog/Partizipation der Zivilgesellschaft/Kommunen" codiert.

Bsp.: "Entonces bueno, yo oí la semana pasada a Gerardo (Blayez??) que es el jefe de la delegación de la oposición de la mesa de negociación de México. El está bastante esperando de que este año se puedan sentar. Ellos tienen una agenda, que el gobierno había

aprobado también discutir esa agenda, y en esa agenda está de primera la ayuda humanitaria." (Interview 7, Pos. 336-338)

7.7 Veränderung durch Wahlen

Def.: Lösungsstrategien oder Zukunftsszenarien, welche sich auf die Lösung der Krise durch politische Wahlen innerhalb Venezuelas beziehen.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Lösungen/Zukunftsszenarien die Rede ist, welche sich auf politische Wahlen beziehen.

Bsp.: "Y repito, no se trata de una coalición electoral nada más. Una coalición política que tenga realmente un proyecto, que tenga un desarrollo." (Interview 6, Pos. 128-129)

8 Konsequenzen der Krise

Def.: Von der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und humanitären Krise ausgelöste politische, wirtschaftliche und soziale Konsequenzen für VEN.

Anwendung: Wird codiert, wenn es sich um Konsequenzen der Krise auf wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Ebene handelt.

8.1 Wirtschaftliche Konsequenzen

Def.: Konsequenzen der multidimensionalen Krise, die sich auf die nationale Wirtschaft auswirken.

Anwendung: Wird codiert, wenn von Konsequenzen der Krise auf die nationale Wirtschaft gesprochen wird, d.h. Auswirkungen auf die Versorgung, Infrastruktur, den Arbeitsmarkt etc..

Bsp.: "En todo caso lo que predomina en Venezuela es una clase trabajadora sumamente golpeada, sumamente digamos en un mercado de trabajo desregulado por la vía de hechos, flexibilización por la vía de hechos." (Interview 5, Pos. 347-348)

8.2 Soziale Konsequenzen

Def.: Soziale Konsequenzen der multidimensionalen Krise in VEN.

Anwendung: Wird codiert, wenn von sozialen Konsequenzen der multidimensionalen Krise gesprochen wird, d.h. Konsequenzen, wie Ungleichheit, Armut, Hunger, Veränderung der sozialen Schichten etc..

Bsp.: "[E]sta situación actual que es una especie de salvase quien puede. El que tiene dinero, el que tiene contactos... sobrevive. Lo que significa que todos que no tienen dinero y no tienen contactos no sobreviven. Y eso es más o menos la realidad que ocurre en el momento actual." (Interview 1, Pos. 365-367)